Arbeiter-Ausschüsse in der deutschen Industrie

Herausgegeben von Max Sering



Gutachten, Berichte, Statuten



Duncker & Humblot reprints

Arbeiter-Ausschüsse in der deutschen Industrie.

Schriften

des

Vereins für Socialpolitik.

XLVI.

Arbeiter-Ausschüsse in der deutschen Industrie.



Leipzig, Verlag von Duncker & Humblot. 1890.

Arbeiter=Ausschüsse

in

der deutschen Industrie.

Gutachten, Berichte, Statuten

herausgegeben im Auftrage des Bereins für Socialpolitik

von

Professor Dr. Max Hering.



Leipzig, Verlag von Duncker & Humblot. 1890.



Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Sinleitung	1
Butachten, Berichte, Statuten.	
Bergbau.	
Fürstlich Pleßsche Kohlengruben der Fr. Standesherrschaft Fürstenstein,	
Schlefien	27
Steinkohlenwerk Bereinigte Glückhilf=Friedenshoffnung zu Hermsdorf, Schles.	31
Königliche Steinkohlengruben bei Saarbrücken	34
Deutsche Solvah-Werke, AG. in Bernburg S. 163.	
Herzoglich Anhaltisches Salzwert Leopoldshall S. 166. Hütten werke und Metallindustrie.	
Marienhütte bei Kokenau und Mallmik, Schlesien	36
Wilhelmshütte in Gulau-Wilhelmshütte, Schlesien	47
Rorber Eisenhütte in Korden, Reaby, Aurich	48
Gisenwert Kaiserslautern	52
Württembergische Metallwarenfabrik in Geislingen-St	53
Textilindustrie.	.,,,
Mechanische Weberei zu Linden, Hannover	58
Beters & Co., mechanische Weberei, Neviges-Clberfelb	70
R. Brandt3, mechanische Weberei, MGladbach	80
M. Molls & Meer, mechanische Weberei, MGladbach	92
3. A. Lindgens Erben, Hochneukirch bei MGladbach	95
F. W. Greef, mechanische und Handweberei, Viersen, Rab. Duffelborf .	97
Gebr. Roffie, Sammetfabrik, Süchteln, Rgb. Duffelborf	98
M. Scheibler & Co., mechanische Weberei, MGladbach	98
Otto Müller & Co., mechanische Weberei zu Seidenberg	99
Beer & Co., Wirkwarenfabrit, Liegnit	101
Reramifche Induftrie.	
2. Hutschenreuther, Porzellanfabrit, Selb in Babern	103
Barensprung & Starke, Thonwarenfabrik, Frankenau b. Mittweida, Sachs.	108
Fürstlich Jenburg-Wächtersbacher Steingutfabrit, Schlierbach, Rgb. Kaffel	112
Billeron & Boch, Steingut- und Mojaiffabriten, Mettlach, Rgb. Trier .	122
Stettiner Kartland : Cement : Kahrif in Lillcham	126

Berliner Fabriten.	Gette
Samburg-Berliner Jaloufie-Fabrit von Heinrich Freeje	130
Rietschel & Henneberg, Fabrit für Centralheizungen 2c	
Ludwig Löwe & Co., Maschinen- und Waffenfabrik	
Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Attien-Gesellschaft S. 162.	- 10
Wormfer Lederindustrie.	
Dörr & Reinhart	146
Cornelius Hehl	151
Chemische Fabriten.	
L. Vossen & Co., Neuß a. Rh	152
G. Siegle & Co., Stuttgart und Feuerbach	
Borfter & Grüneberg, Leopoldshall in Anhalt S. 164.	
"Concordia", AG., ebendafelbst S. 164.	
Bereins bestrebungen.	
Berein der anhaltischen Arbeitgeber	
Deutsche Continental-Gasgesellschaft in Dessau	160
Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, Dessau u. Berlin .	162
F. Hallström, Metallwarenfabrik, Nienburg a. d. S	
Brauerei zum Waldschlößschen, AG., Deffau	163
Deutsche Solvay:Werke, A.:G., Bernburg	168
Borster & Grüneberg, chemische Fabrik, Leopoldshall	164
Concordia, chemische Fabrit, Leopoldshall	164
Cuny & Co., Zuderfabrit, Bernburg	164
Deffauer Attien= Bucker=Raffinerie, Deffau	164
D. Merkel, Steinmehmeifter, Bernburg	
Biegler, Uhlmann & Co., Speditionsgeschäft, Ballwighafen bei Deffau	
Buchbruckerei von A. König, Bernburg	165
Buchbruckerei von H. S. Mrt'l, Deffau	165
Herzoglich-Anhaltisches Salzwerk Leopoldshall	166
Berein der Arbeitgeber des Amtsbezirks Mittweida	166
Linkerheinischer Berein für Gemeinwohl	
Berband keramischer Gewerke in Deutschland	
Enquete des Bereins chemischer Industrieller	
Gegnerische Resolutionen	
~	

Die vorliegende Sammlung will Einblick gewähren in die Bedeutung einer großinduftriellen Organisationsform, welche in Deutschland mahrend ber letten Jahre eine größere Ausbreitung gewonnen und wegen ihrer socialen Tragweite die öffentliche Ausmerksamkeit in steigendem Mage auf fich gezogen hat. Die Arbeiterausschüffe (Altesten-Rollegien. Bertrauensmänner = Ronferenzen, Beratungskommissionen) bedeuten eine Beränderung und Fortbildung der Berjaffung des industriellen Großbetriebes derart, daß die Arbeiterschaft des einzelnen Unternehmens als solche in weiterem oder engerem Umfange an der Verwaltung desfelben teilnimmt. Rur folche Arbeitervertretungen, für welche diese Charakteristik zutrifft, haben bier Berücksichtigung gefunden. Wir rechnen also nicht zu den Arbeiteraus= schüffen solche Organisationen, welche die Arbeiterschaft mehrerer Unternehmungen umfaffen. Ebensowenig berücksichtigen wir die zahlreichen Arbeiter= vertretungen, welche zwar für ein einzelnes Werk funktionieren, deren Kompetenz sich jedoch mit der Verwaltung einzelner Wohlfahrtseinrichtungen (Betriebs=Krankenkassen, Konsumvereine 2c.) erschöpft. Von vorneherein ift ferner hervorzuheben, daß die Einrichtung der Arbeiterausschüffe nichts zu thun hat mit der Bildung von Produktivgenoffenschaften, wie die Gegner der Ausschüffe vielfach anzunehmen scheinen. Die geringe Anwend= barkeit, welche diese Versaffungsform unter den bestehenden sittlichen und intellektuellen Boraussehungen befigt, kann als fo klar erwiefen gelten, daß neue Berfuche, fie einzubürgern, unter den Sachkennern nur auf un= gläubige Zuschauer rechnen könnten.

Anders die hier zu erörternden Schöpfungen. Dieselben haben ihre Lebenskraft in einer größeren Zahl von Werken durch längere Wirksamkeit bewährt. Ohne die wirtschaftlich = technische Leistungsfähigkeit der letzteren irgendwie zu schwächen — das Gegenteil ist der Fall —, haben die Arschriften XLVI. — Sering.

beiterausschüffe unter den verschiedensten ökonomischen und socialen Bebingungen zu einem gegenseitigen Begreisen, zu einem sriedlichen Zusammen-wirken von Unternehmern und Arbeitern geführt, welches inmitten all des Zwistes und Hasses der industriellen Gegenwart die sreudigste Teilnahme erwecken muß. Sie sind gleichzeitig zu einer so ersolgreichen Schule der Arbeiterschaft auf dem Gebiete der praktischen Verwaltung geworden, daß die Hosstung auf eine schrittweise Fortentwickelung und weitere Ausbreitung der Institution nicht unbegründet scheint.

Die Verfassung derjenigen deutschen Unternehmungen, welche Arbeiter= ausschüffe besitzen, ist nicht eine genoffenschaftliche, sondern eine herrschaft= liche. Den dienenden, den technisch ausführenden Gliedern der Unternehmung, den "Arbeitern", ift aber ein Anteil an der Herrschaft ein= geräumt, hier und da in einem Umfange, daß man von einer Umwandlung der bisherigen absoluten in eine konstitutionelle Monarchie nicht ganz mit Unrecht sprechen konnte. Immerhin hinkt diefer Vergleich. Die Ausschuffe haben gar keinen Anteil an der technischen Leitung der Produktion oder der kaufmännischen Geschäftsführung. Beides unterliegt nach wie bor der uneingeschränkten Entscheidung der Befiger oder Direktoren. Alle Anord= nungen in Bezug auf die auszuführenden Arbeiten und die Art der Leiftung gehen allein von ihnen aus, und eben diefer Ilmstand verbürgt die unver= minderte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmung; denn je größer und komplizierter bas zu birigierende Werk, um fo unentbehrlicher wird bas genaueste Ineinandergreisen aller Manipulationen, um so notwendiger ein ftraffes, einheitliches Regiment.

Die Beteiligung der Arbeiterausschüffe an der Verwaltung der Werke beschränkt sich vielmehr auf den nächsten Interessenkreis der Arbeiterschaft: die Regelung des Arbeitsverhältnisse, die Wohlsahrtseinrichtungen, die Handhabung der Disciplin, die Ausbildung der jugendlichen Arbeiter 2c. Man kann die Ausschüffe im übertragenen Sinne als Selbstverwal=tungsbehörden für Arbeiterangelegenheiten bezeichnen. Da=mit ist schon gesagt, daß ihrer Kompetenz nur Dinge zugewiesen sind, welche ihrem Verständnis durchaus nahe liegen, ihren Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechen. Die Institution vermeidet demnach den Fehler der Produktiv=genossenschaft, einer vielköpfigen Menge die Verwaltung von Dingen zu überweisen, welche nicht nur von stetiger und sester Hand geleitet sein wolslen, sondern auch außerhalb des Gesichtskreises der großen Mehrzahl liegen.

Der Gedanke, die Arbeiter der einzelnen Unternehmungen an deren Berwaltung und zwar kraft gesetzlichen Zwanges zu beteiligen, ist in Deutschland wohl zum erstenmale seitens des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Franksurter Parlamentes erwogen worden.

Die dem rechten Centrum desfelben angehörenden Abgeordneten Lette, Degentolb, Beit und Becker aus Gotha erstatteten unterm 20. Februar 1849 ein Minoritätsvotum zu dem vom volkswirtschaftlichen Ausschuß auß-gearbeiteten, übrigens im Plenum nie zur Berhandlung gelangten Entwurfeiner Gewerbeordnung unter Borlage eines Gegenentwurfes, in dem es heißt:

- § 42. Jede Fabrik mählt einen Fabrikausschuß. Derfelbe besteht
- a. aus einem Mitgliede jeder felbständigen Gruppe der Fabrikarbeiter;
- b. einem Werkmeister jeder Gruppe, beide durch die Arbeiter gewählt;
- c. aus dem Inhaber der Fabrik oder dem von ihm bestimmten Stell= vertreter.
 - § 43. Die Fabrikausschuffe haben jolgende Befugniffe:
- 1. Bermittelung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeit= nehmern;
- 2. Entwerfung und Aufrechterhaltung der besonderen Fabritordnung;
- 3. Einrichtung und Verwaltung der Kranken=Unterftütungskaffe;
- 4. Überwachung der Fabrikkinder, sowohl in sittlicher Beziehung in der Fabrik selbst, als hinsichtlich des Schulbesuches;
- 5. Bertretung der Fabrit in den Fabrifraten.

Tabrifräte.

- § 44. Für jeden Gewerbebezirk wird von den Fabrikausschüffen ein Fabrikrat gewählt, in welchem alle im Bezirke befindlichen Industriezweige sowohl durch Fabrikinhaber, als durch Fabrikarbeiter, soweit Angelegensheiten der letzteren in Frage kommen, vertreten sein müssen.
 - § 45. Dem Fabrikrate steht zu:
 - 1. die Genehmigung der besonderen Fabrikordnungen und die Oberaufsicht über deren Beobachtung;
 - 2. die Festsetzung oder Bermittelung der Arbeitszeit und der Kundigungsfristen;
 - 3. die Festsezung der Anzahl der Lehrlinge im Verhältnis zu den selbsständigen Arbeitern und die Prüfung der Lehrlinge nach beendigter Lehrzeit;
 - 4. die Aufficht über die Rranken-Unterstützungskaffen der Fabriken;
 - 5. die Entwerfung der Statuten der Fabrik-Pensionskassen und deren Berwaltung, unter Genehmigung und Oberaufsicht der Gewerbekammer;
 - 6. die Bertretung der Fabrikinteressen des Bezirkes bei der Gewerbekammer des Kreises.

1*

Fabritschiedsgerichte.

§ 46. In jedem Gewerbebezirk wird ein Fabrikschedsgericht eingesfetzt, das aus der Wahl des Fabrikrates hervorgehen und dem ein Rechtsstundiger vorsigen muß. Die Handelsgesetzgebung bestimmt darüber das Nähere. Dem Fabrikgerichte steht die Entscheidung von Streitigkeiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter sich und miteinander zu.

Den Geist, in welchem diese Bestimmungen gedacht waren, lassen die Schlußworte der Motive des Entwurss erkennen: die Gewerbeordnung soll nicht Vorrechte gewähren, sondern im Gegenteil die Rechte des gewerbetreibenden Staatsbürgers an strengere Pflichtersüllung binden. Denn die vom Irrtum der Zeit sast ausschließlich die ins Kleinlichste versolgte Rechtssicherung des Einzelnen kann nicht zum Heile der Gesamtheit sühren, wenn nicht gleichzeitig auch die Pflichtenkreise aller Staatsglieder schärfer bestimmt werden, damit die Freiheit des Einzelnen zur sicheren Grundlage der Ordnung des Ganzen und des Gesamtwohles diene 1.

Der erste deutsche Arbeiterausschuß ist, soweit bekannt, in den sech= ziger Jahren durch David Beters in Neviges geschaffen worden, Anfang der fiebziger Jahre folgten mit ähnlichen, wenn auch in wefentlichen Buntten von der Betersschen Organisation und untereinander abweichenden Schöpfungen L. Hutschenreuther in Selb (1872), F. Brandts zu M.=Glad= bach (1873) und Direktor Schlittgen auf Marienhütte bei Kohenau (1874), ferner im Jahre 1881 Curt Starke zu Frankenau, 1884 Direktor Mag Rösler zu Schlierbach und Beinrich Freese zu Berlin. Diesen Mannern gebührt das Verdienst, zuerft unter ihren Genoffen den Gedanken lebendig ergriffen und in die That umgesett zu haben, daß in einer Zeit der allgemeinen Schul- und Wehrpflicht, des allgemeinen Wahlrechts und gesteigerten Rlaffenbewußtseins der Arbeiterschaft weder ein reichliches materielles Ausfommen, noch die ausgedehnteste Wohlfahrtspflege feitens des Staats, der Gemeinde, der Unternehmer genügen könne, um den focialen Frieden gu sichern, daß als nicht minder wichtig die Aufgabe angesehen werden muß, den Widerspruch zu lösen, welcher zwischen dem in allen Bolksschichten jest= gewurzelten Ideal der Freiheit, der anerkannten rechtlichen Gleichheit, der Einräumung von politischen Mitbestimmungsrechten auf der einen und einer starren wirtschaftlichen Abhängigkeit auf der anderen Seite besteht. Die sociale Frage ist kein bloges Problem der Verteilung des Reichtums, keine bloß wirtschaftliche Frage, sie ist zugleich ein ethisches Problem, es

¹ Bgl. Verhandlungen der deutschen versaffunggebenden Reichsversammlung II 945 ff.

handelt sich darum, die wirtschaftliche Ordnung jenen Idealen entsprechend zu gestalten, genauer: die im wirtschaftlichen mehr noch als im staatlichen Leben notwendige Herrschaft und Unterordnung zu vereinigen mit dem Freiheits= und Selbstbewußtsein der Gehorchenden.

In England hat man dieses Ziel für einen großen Teil der industriellen Arbeiterschaft in einem etwa 100 Jahre dauernden Kampse auf dem Wege der Ausbildung mächtiger Arbeiterverbände erreicht. Ein Mittel, welches die Wirksamkeit solcher Gewerkvereine keineswegs ausschließen, aber sie vielleicht von vornherein in friedliches Fahrwasser zu leiten geeignet sein würde, haben jene Männer in der unmittelbaren Beteiligung der Arbeiter an der Leitung ihrer Unternehmungen gesunden, einer Teilnahme, welche sich innershalb der durch die Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeiterschaft und durch die notwendige Einheitlichkeit der Berwaltung gesteckten Grenzen bewegt.

Die Ersolge der ersten Arbeiterausschüsse und die weittragende Bebeutung dieser Einrichtung sind dann in der Litteratur eindringlich betont worden namentlich von Fr. Hiße, B. Böhmert und W. Öchelhäuser. Ihren Bemühungen ist es in erster Linie zu danken, daß die Arbeiteraussschüsse während der letzten drei Jahre trotz heftigsten Widerspruchs seitens der Anhänger einer uneingeschränkten Fabriksouveränität eine ziemlich rasche Ausdreitung gesunden haben. Mehrere Verbände von Industriellen haben die neue Versassungsform mit Ersolg ihren Mitgliedern empsohlen und Normalsstatuten ausgearbeitet: zuerst der von Öchelhäuser im Dezember 1887 begründete Verein der anhaltischen Arbeitgeber, dann unter E. Starkes Einfluß der Verein der Arbeitgeber des Amtsbezirks Mittweida, im Jahre 1888 solgte der linksrheinische Verein sür Gemeinwohl (Vicepräsident F. Brandts), 1889 der Verband keramischer Gewerke in Deutschland (Vors. Max Rösler).

Der erste Arbeiterausschuß innerhalb des deutschen Bergbaues wurde aus Anlaß der großen Arbeitsstreitigkeiten des vorigen Sommers auf den Fürstlich Pleßschen Gruben in Schlesien eingesührt, denen dann andere, namentlich auch das Herzogl. anhaltische Salzwerk Leopoldshall und die Königlichen Steinkohlengruben bei Saarbrücken solgten².

¹ F. Hige, "Pflichten und Aufgaben der Arbeitgeber in der Arbeiterfrage", Köln 1888, "Schutz dem Arbeiter", Köln 1890. — B. Böhmert, "Eine Untersuchung über Arbeiterausschüffe und Ältestenkollegien". S.-A. a. d. "Arbeiterfreund" 1889. — W. Öchelhäuser, "Über die Durchführung der socialen Aufgaben im Berein der Anhaltischen Arbeitgeber", Berlin 1888. "Sociale Tagsfragen", Berlin 1889.

² Seitens der westfälischen Bergwertsbesiger ist bekanntlich in dem "Effener Protofoll" vom 18. Mai v. J. die Vereinbarung zwischen Dr. Hammacher und den Berkliner Delegierten der Bergleute abgelehnt worden, wonach das Versahren von produktiven überschichten der Zustimmung eines Ausschusses der Belegschaft unterliegen sollte.

Eine gesetzliche Anerkennung der bestehenden Arbeiterausschüsse hat der neueste Entwurf einer Abänderung der Gewerbeordnung in Aussicht genommen: "vor Erlaß der Arbeitsordnung oder eines Nachtrags zu derselben ist den in der Fabrik beschäftigten Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich über den Inhalt derselben zu äußern", dieser Vorschrift aber wird durch Anhörung eines etwa bestehenden Arbeiterausschusses genügt (§ 134 d).

Die gegnerischen Strömungen haben u. a. in Beschlüssen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie und des Centralverbandes deutscher Industrieller Ausdruck gesunden.

Wir geben unten die dem Berein für Socialpolitik mit dankenswerter Bereitwilligkeit eingesandten Berichte und Gutachten über einige vierzig in Deutschland sunktionierende Arbeiterausschüsse wieder. Die Sammlung ist nicht ganz vollskändig. Wir konnten nur bezüglich solcher Arbeiterausschüsse Auskunft erbitten, welche in der Litteratur oder in der Tagespresse als vorhanden erwähnt worden waren. Ginige dieser Nachrichten haben sich als irrtümlich herausgestellt, in anderen Fällen ist unsere Anfrage unsbeantwortet geblieben. Indessen umfaßt die vorliegende Sammlung die Mehrzahl der in Deutschland bestehenden Ausschüsse, und sie hat den Borzug, durchaus zuverlässige Auskunft zu geben. Kur solche Männer kommen darin zu Wort, welche, an der Spize größerer Unternehmungen stehend, die neue Versassung selbst eingesührt und, sosere Unternehmungen stehend, die neue Versassungen handelt, erprobt haben. Diesen Berichten über die Ausschüsse lassen welche über sordernde oder gegenerische Vereinsbestrebungen urkundliche Auskunft geben.

Es könnte nur den Eindruck der aus dem vollen Leben geschöpften Berichte abschwächen, wollten wir eine genauere Darstellung ihres Inhaltes vorwegnehmen. Diese Einleitung will nichts anderes, als durch geeignete Gruppierung des Materials das Zurechtsinden inmitten einer zunächst verwirrenden Mannigsaltigkeit von statutarischen Einzelbestimmungen und von zwar einander ähnlichen, aber doch vielsach recht wesentlich voneinander abweichenden Einrichtungen erleichtern.

I. Der Arbeiterausschuß als Bermittlungsamt.

In seiner einsachsten Gestalt ist der Arbeiterausschuß nichts anderes als ein Organ, um den Verkehr zwischen der Betriebsleitung und der Arsbeiterschaft zu vermitteln. Er soll Beschwerden und Wünsche, die Meinung und Stimmung der letzteren in allen auf das Arbeitsverhältnis bezüglichen Fragen und Vorgängen zum Ausdruck bringen, andrerseits Gelegenheit geben, die Ansichten und Motive der Betriebsleitung den Arbeitern auseinander=

zuseigen und eine Verständigung zwischen beiden Parteien in offener Rede und Gegenrede herbeizusühren. Derartige Ausschüffe bestehen ausschließlich aus gewählten Vertretern der Arbeiterschaft, ihre Thätigkeit spielt sich in Konserenzen ab, in denen der Betriedsleiter unter etwaiger Zuziehung von Betriedsbeamten den Vorsitz sührt. Die Bedeutung solcher Arbeitervertretungen ist sür das einzelne Werk eine ähnliche wie die der Einigungsämter der englischen Industrie sür umsassender Bezirke. An den lausenden Verwaltungsgeschäften des Unternehmens haben jene Ausschüffe keinen anderen Anteil, als den einer kontrollierenden und beratenden Deputation von Interessenten. So beschaffen sind die Arbeiterausschüffe in der Bergwerksindustrie: auf den Kohlengruben des Fürsten Pleß, auf Glückhilf und Friedenshoffnung bei Waldenburg, auf den fiskalischen Gruben bei Saarbrücken (S. 27—35), sowie in der Stettiner Gementsabrik zu Züllchow (S. 126).

Um reinsten tritt ihr Wefen in der letterwähnten Fabrit zu Tage, anderwärts finden fich gewiffe Abweichungen. So foll auf Gludhilf und den Plegichen Gruben neben den unmittelbar auf das Arbeitsverhältnis bezüglichen Fragen (Verfahren von produktiven Bei= und Überschichten, Anderung der An= und Absahrtszeiten 2c.) die Gewährung von Unterstützungen aus dem Strafgelberfonds, auf den Plegichen Werken auch die Bewilligung von Vorschüffen an hulfsbedurftige Arbeiter ben Gegenstand der Beratung des Ansichusses bilden. Auf den Saargruben und Glückhilf follen die Arbeiterausschüffe Streitigkeiten zwischen ben Arbeitern vermitteln, bier auch über die Beförderung zu Hauern und Lehrhauern beraten, in Saarbrucken dazu mitwirken, daß die Arbeitsordnung und die für die Ge= fundheit und Sicherheit der Bergleute getroffenen Anordnungen von den Kameraden gewissenhaft befolgt werden. Indessen wollen derartige Berwaltungskompetenzen wenig bedeuten gegenüber den Verhandlungen, welche in den regelmäßigen und außerordentlichen Konjerenzen der Vertrauens= manner mit den Wertsdirettoren gepflogen werden.

Die Arbeiterausschüffe der hier erörterten Art sind ohne Ausnahme zur Zeit der großen Ausstände von 1889 und 1890 zu dem aus=
gesprochenen Zwecke ins Leben gerusen worden, dem Ausbruch von
Zwistigkeiten vorzubeugen. Man wollte sich die Gewißheit einer legalen Bertretung der Arbeiterschaft sichern, welche besähigt wäre, die thatsächliche Meinung der Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen, man wollte der Rot=
wendigkeit überhoben sein, mit Leuten zu verhandeln, welche sich in
Zeiten allgemeiner Erregung, ohne ein Mandat von der Mehrheit der Arbeiter=
schaft zu besitzen, zu deren Wortsührern auswersen. Aber mehr als dies:
man wollte dauernde "Fühlung" mit den Arbeitern gewinnen, durch regel=

mäßige Aussprache die Betriebsleiter und die Arbeiterschaft einander menschlich nahe bringen, rechtzeitige Kenntnis von ihren Wünschen und Beschwerden erlangen, man wollte Gelegenheit gewinnen, die Arbeiter über die wahren Intentionen der Betriebsleitung auszuklären, Mißverständnissen vorzubeugen, vorhandenen Mißständen in gemeinsamer Beratung auf den Grund gehen und rasch abhelsen, bei Plänen für die Zukunst auf die Meinung der Arbeiterschaft Rücksicht nehmen zu können.

Die Entstehung diefer Beratungs= und Bermittlungsämter in erregter Beit tritt in den besonders vorsichtigen Bestimmungen über ihre Zusammen= jehung und den Wahlmodus zutage. Abgefehen von der Stettiner Cement= fabrik und der Steinkohlengrube "Friedenshoffnung" ift nicht nur die Wählbarkeit zum Ausschuffe, sondern auch die aktive Wahlberechtigung an eine langere, nämlich dreijährige Zugehörigleit jum Werke geknüpft, eine Einschränkung, welche bei allen unter II zu besprechenden Ausschüffen Auf dem ersterwähnten Werke und den schlesischen Gruben ist die Wahl eine öffentliche. In dem Saarbrückener Statut findet sich die Bestim= mung, daß die Wählbarkeit durch die fünfjährige ununterbrochene Arbeit auf ein und derfelben königlichen Steinkohlengrube bedingt fei und das Mandat durch Verlegung auf eine andere Grube erlöschen folle, obwohl fich der Wirkungsfreis der Vertrauensmänner auf gange Bergwerksinfpektionen, keineswegs nur auf die Berhältniffe der einzelnen Grube erftreckt. Auch fehlt in Saarbrücken die Zusammensassung aller gewählten Vertrauensmänner zu einem umfaffenderen Kollegium zur Verhandlung über folche Fragen, welche der ganzen Arbeiterschaft aller fiskalischen Bruben des Saar=Rohlenbeckens gemeinsam find. Das in jenen Bestimmungen zu Tage tretende Migtrauen gegen die Arbeiterschaft wurde den angeblich geringen Erfolg der Inftitu= tion auf den fiskalischen Rohlengruben ausreichend erklären, felbst wenn die in den Tagesblättern zu findenden Behauptungen der Bergleute über unzuläffige Wahlbeeinfluffungen unrichtig ober übertrieben fein sollten.

Jener Mißersolg steht in auffallendem Gegensatz zu den ersreulichen Ersahrungen, von denen uns die Herren Generaldirektor Dr. Kitter (Pleß'sche Kohlengruben) und Kommerzienrat Dr. Delbrück (Stettiner Cementsabrik) berichten können.

Zu der hier besprochenen Gattung von Ausschüssen gehört auch das kürzlich ins Leben gerusene Bertrauensmänner-Kollegium des Eisenwerks Kaiserslautern (S. 52); als Abweichung ist nur hervorzuheben, daß nicht der Betriebsdirektor, sondern ein vom Ausschuß erwähltes Mitglied den Vorsitz in den Verhandlungen führen soll 1.

¹ Auch die für die Dortmunder "Union" in Aussicht genommene Arbeiter=

Eine höhere Form bes Bermittlungsamtes tritt uns in der "Ständigen Beratungskommission" der mechanischen Weberei zu Linden (cirka 2000 Arbeiter) und dem Arbeiterausschusse des Lederwerks von Dörr & Reinhard zu Worms (cirta 700 Arbeiter) entgegen (S. 58 und 146). Bertretungskörper dürften zu der hier besprochenen Gattung von Ausschüffen zu rechnen sein, da nach den unten folgenden Berichten der Schwerpunkt ihrer Thätia= feit weniger in der Wahrnehmung der ihnen im Statut zugeschriebenen ausführenden Berwaltungsgeschäfte 1 als in den Berhandlungen mit den Betriebsleitern zu liegen scheint. Bon einer höheren Form der Arbeitervertretung kann bier beshalb gesprochen werden, weil in beiden Fabriken die Fabrikordnung, d. h. die Summe der allen gemeinsamen Bertragsbedingungen von der Arbeiter= schaft nicht nur begutachtet und von derselben beraten, sondern "gemeinsam festgestellt" worden ist und als vereinbarter Dienstvertrag angesehen wird. deffen Abanderung nicht ohne Zustimmung des Ausschuffes erfolgen wurde. Sier alfo eine finngemäße Unwendung des in § 105 der Gewerbeordnung ausgesprochenen Rechtsgrundsates: "die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbtreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist Gegen= ftand freier Übereinkunft", eine rückhaltlose Anerkennung der Arbeiter als gleichberechtigter Kontrabenten. Wie empfänglich fich die Arbeiter für eine von diesem Beifte getragene Auffassung des Arbeitsverhältnisses erweisen, die im Betriebe notwendige Unterordnung und Autorität der Vorgesetzten dadurch nicht nur nicht gelockert, sondern gesestigt wird, wie die Arbeiter= schaft bei voller Freiheit täglicher Kündigung sich in guten und schlechten Zeiten durch innere Bande mit folchem Werke dauernd verknüpft fühlt, wie "manche aute Einrichtung für die Fabrit" durch die lebendige Teilnahme der Arbeiter angeregt und gefordert worden ist, wie gerade in großen Betrieben "die Ge= schäftsgebarung mit einem Arbeiterstande, der sich durch heranziehung seines Urteils und feiner Mitwirkung gehoben und befriedigt fühlt, eine viel zu= verläffigere und angenehmere wird", davon geben die vorliegenden Berichte, giebt namentlich derjenige des Direttors Berding zu Linden überaus beherzigenswerte Kunde². In der mechanischen Weberei zu Linden kommt auf je 60 bis 80 Arbeiter jeder Abteilung ein in geheimer Abstimmung 3 gewählter

vertretung soll die Funktionen eines "Bermittlungsamtes" in dem angedeuteten Sinne haben. — 1 Aufrechterhaltung der Fabrikordnung, der Sicherheits: und Sanitätsvorsschriften, Beilegung von Streitigkeiten z. — Die Berwaltung der von der Firma gesktifteten Unterstühungskasse liegt bei Dörr & Reinhard nicht in der Hand des Alteskenskollegiums, sondern in der des Vorstands der Krankenkasse, ein besonderer Ausschuß verwaltet die Konsum: Anstalt. — 2 Der Arbeiter: Ausschuß von Dörr & Reinshard fordert in der "Teutschen Arbeiterzeitung" (8. März 1890) zur Nachahmung der dortigen Einrichtung öffentlich auf. — 3 Die Abstimmung findet, soweit aus dem

Bertreter, der wenigstens 25 Jahre alt sein und 3 Jahre hindurch der Fabrik angehört haben muß; die Jubilare, d. h. die in der Fabrik länger als 25 Jahre lang beschäftigten Arbeiter, wählen zwei besondere Bertreter aus ihrer Mitte. Das Kollegium ernennt seinen Borsißenden selbst.

In diesem Zusammenhange bleiben noch zwei Ausschüffe zu erwähnen, welche gleichsam nur einige Punkte aus dem umsassenberen Programme der hierher gehörigen Arbeitervertretungen verwirklicht haben.

In der Ledersabrik von Cornelius Hehl in Worms (S. 150) besteht für jede Werkstatt ein zur Hälste von denjenigen Arbeitern und Arbeiterinnen, die das achtzehnte Lebensjahr überschritten haben, gewählter, zur anderen Hälste vom Besitzer ernannter Ausschuß zu dem Zwecke, mit Stimmenmehrheit über das Einlegen von Überstunden zu entscheiden. Die Natur des vom Sonnenslicht und der Witterung abhängigen Betriebes macht solches "Überzeitsarbeiten" besonders häusig ersorderlich. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Besitzer.

In der Wirkerei von Beer & Co. in Liegnit (S. 101) hat man ein sogenanntes "Einigungsamt" zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen der Firma und deren Arbeitern errichtet. Es liegen noch keinerlei Ersahrungen über den Ersolg dieser Einrichtung vor.

11. Der Arbeiterausschuß als Bermittlungsamt und Berwaltungsinftanz.

Die unter dieser Benennung zu besprechenden Ausschüffe kenn= zeichnen fich baburch, daß ihnen neben benjenigen Aufgaben, welche wir als folche eines Bermittlungsamts bezeichnet haben, noch eine aus= gedehnte ausführende Berwaltungsthätigkeit obliegt. Sie stehen, mit andern Worten, nicht nur wie die Vermittlungsämter ber Betriebsleitung in allen auf das Arbeitsverhältnis bezüglichen Fragen beratend und eventuell beschließend zur Seite, diefer die Erekutive über= laffend, vielmehr ist ihnen teils unter Kontrolle, teils zu gang felbständiger Durchführung eine Reihe von Berwaltungsgeschäften übertragen, welche fonst der Betriebsleitung und ihren Beamten obliegen oder obliegen follten, wie die Berwaltung gewiffer im Interesse der Arbeiterschaft errichteter Raffen, die Sandhabung der auf dem Arbeitsvertrag beruhenden Disciplinargewalt, die Überwachung der Lehrlinge, die Wahrung von Chrenhaftigkeit und guter Sitte unter dem Berfonal 2c. Der Arbeiter= ausschuß erscheint hier also nicht als eine bloge Vertretung der Interessen

vorliegenden Material ersichtlich, mit den oben erwähnten Ausnahmen überall au bem Wege der Abgabe von geschloffenen Stimmzetteln ftatt.

und Rechte der Arbeiterschaft, sondern zugleich als ein Organ der Unternehmung als solcher mit der Verpflichtung, gewisse allen Beteiligten gemeinsame Ausgaben wahrzunehmen.

Die Verfassung eines Großunternehmens, in welchem berartige Ausschüsse sunsteineren, läßt sich nicht begreisen von dem Standpunkte desejenigen aus, welcher das Unternehmen als ein bloßes Geschäftsverhältnis zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern aussatz. Auch die Analogie mit der modernen Gemeindeverwaltung, die eine bloße Verwaltungsgemeinsichaft darstellt, ist nicht zutreffend; eher würde schon der Vergleich mit der mittelalterlichen Dorsversassung unserer Weistümer das Verhältnis kennzeichnen. Die in Frage stehende Organisation erscheint vielmehr als eine zeitgemäße Fortbildung der alten Handwerksversassung. Wie die letztere Meister und Gesellen nicht nur zu einer Arbeit, sondern auch zu einem Familienleben, d. h. zu einer sittlichen Gemeinschaft, vereinigte, so ist die Vethätigung einer sittlichen Gemeinschaft aller am Werk Veteiligten, und zwar im Sinne einer Gemeinschaft von mündigen, ihre persönliche Freiheit eisersüchtig wahrenden Menschen, der sruchtbare Gedanke, welcher der nun näher zu charakterisserenden Versassung zu Grunde liegt.

Wir ordnen die verschiedenen Gestaltungen, welche dieselbe angenommen hat, in der Weise an, daß wir die Arbeiterausschüfse mit größeren denen mit geringeren Machtvollkommenheiten nachfolgen lassen, und beginnen mit der Besprechung einiger Bildungen, welche gleichsam als Ansätze, als Vorstusen sür die voll entwickelte Versassung angesehen werden können.

In wohl den meisten deutschen Großunternehmungen find Wohlsahrts= einrichtungen und Kassen irgend welcher Art im Interesse der Arbeiterschaft errichtet worden. Oft find fie ausschließlich von feiten des Werkes dotiert, vielfach haben aber auch die Arbeiter Beitrage, nicht felten Zwangsbeitrage ju leisten; die eingegangenen Strafgelber werden regelmäßig ju Bunften ber Arbeiter: ju Unterstützungszwecken, gemeinsamen Bergnügungen zc. ver= Nichts liegt näher, als diejenigen Kreife, für welche jene Gin= richtungen bestimmt find, bei beren Entstehung zu Rate zu ziehen und an der Berwaltung verantwortlich zu beteiligen. Es ist eine bekannte Er= fahrung, daß octropierte Wohlthaten einer felbstbewußten Arbeiterschaft wenig Freude machen, geschweige denn Dank ernten, daß fie oft sogar Difftimmung und Unwillen hervorrufen; nirgends ift eine Bevormundung weniger am Plat, es giebt andererseits tein dankbareres Gebiet gemein= samer Thätigkeit. Sollen jene Einrichtungen ihren Zweck erfüllen, so muß ihre Nüglichkeit und Notwendigkeit begriffen werden, die Arbeiter muffen darin ihre eigenen Gedanken und Ideen wiederfinden und ihre freudige Mithulfe zur Durchführung derfelben leihen.

Man hat beobachtet, daß die Klagen über mangelhafte Speisen und Getränke in der vielleicht mit beträchtlichen Opsern betriebenen Fabrikkantine oder Kaffeküche mit dem Tage aushörten, wo die Arbeiter selbst die Berwaltung übernahmen. Arbeiterausschüffe haben mehrsach Zwangssparabzüge eingeführt, ohne den geringsten Widerspruch zu sinden, während dieselbe Einrichtung, vom Unternehmer vorgeschrieben, ganz undurchsührbar gewesen wäre. Bei der Berwaltung von Unterstützungkassen ist die Personalkenntnis verständiger älterer Arbeiter gar nicht zu entbehren. Wo die Arbeiter selbst zu den betressenen Kassen beigesteuert haben, erscheint die Einzäumung eines Mitverwaltungsrechtes als Forderung nicht nur der Billigskeit und Zweckmäßigkeit, sondern des Anstandes.

In der That bestehen in zahlreichen Werken Arbeitervertretungen zur Berwaltung oder Mitverwaltung von Wohlsahrtseinrichtungen. Dahin sind auch die Vorstände der 6000 Betriebskrankenkassenrichtungen. Dahin sind auch die Vorstände der 6000 Betriebskrankenkassen des deutschen Kranken-Bersicherungsgesetzes zu rechnen; hier haben die Arbeitervertreter, entsprechend dem Verhältnis ihrer Beiträge, eine Majorität von zwei Dritteln der Vorstandsmitglieder. Nach allgemeinem Urteil haben sich diese Betriebskrankenkassen vollkommen bewährt, die Arbeiterschaft und ihre Vertreter haben sich der ihnen zugewiesenen Ausgabe recht gut gewachsen gezeigt. Insbesondere hat sich auch herausgestellt, daß die Arbeiter die Verwaltung ihrer Kassen nicht den Phrasenhelden und berufsmäßigen Hegen, sondern ruhigen, zus verlässissen und gesetzen Leuten anzuvertrauen pslegen.

Der Übergang von derartigen Arbeitervertretungen zu einem Ausschuß, welcher auch bei sonstigen Angelegenheiten des Unternehmens mitwirkt, ist häusig ein kaum merkbarer. So behandeln vielsach die Fabrikanten des bergischen Landes die Vertreter und Vorstandsmitglieder der Betriebs-krankenkasse, den von den Mitgliedern des Konsumbereins der Fabrik gewählten Vorstand zc. als die berusene Arbeitervertretung, mit der sie, so ost es wünschenswert erscheint, Angelegenheiten der Arbeiterschaft besprechen.

"Aus diesem zwanglosen steien Meinungsautausch in den Käumen unseres Arbeiterkasinos bei einem Glase Bier," so schreibt uns ein dortiger Fabrikbesitzer, "habe ich durch Rede und Gegenrede schon manche Anregung zu zweckmäßigen Einrichtungen gewonnen, gegenseitiges Vertrauen gestärkt und das Gesühl der gemeinsamen Interessen geweckt, und halte ich diesen immerhin geschäftsmäßigen, aber in sreundschaftlichem Tone gehaltenen Verkehr zwischen Arbeitgeber und Arbeiter für ebenso wichtig, ja sür die Erstrebung des socialen Friedens wohl noch sörderlicher, als die jetzt vielsseitig erstrebten kommunalen oder Bezirks-Arbeiterausschüsse, in denen gar

zu leicht die Heger und Verführer der Arbeiter die Oberhand gewinnen und den zu erstrebenden Ausgleich von vornherein gefährden."

Ühnlich sunktionirt der aus allgemeiner Wahl hervorgegangene Vorftand der von der Firma Siemens & Halste in Berlin gestisteten Pensions=, Witwen= und Waisenkasse "als natürliche Vertretung der Mitarbeiter im Geschäfte gegenüber den Besitzern und Oberseitern desselben".

Das Gleiche gilt vom Vorstande der 1819 gegründeten "Antonius-Brüderschaft" auf den großen, 5000 Arbeiter zählenden Steingutsabriken von Villeron & Boch zu Mettlach (S. 122). Der Vorstand des "Wohlsfahrtsvereins" der württembergischen Metallwarensabrik zu Geislingen=St. (S. 53) verwaltet nicht nur selbständig die mannigsaltigen Wohlsahrtseinrichtungen der Fabrik, welche ausschließlich durch die Mittel der letzteren geschaffen sind; zu seinen Ausgaben gehört außerdem die Beurteilung und Beratung von Lohnfragen, die möglichste Beschränkung von Überzeit und Sonntagsarbeit u. a. m.

Zu einem wirklichen Arbeiterausschuß, und zwar im Sinne eines Bermittlungsamtes, ist das von vornherein in dieser Absicht gegründete "Ältesten-Kollegium" der Firma Rietschel & Henneberg zu Berlin (S. 142) geworden, nachdem es sich als Kuratorium einer von der Firma dotierten und durch die Strafgelder vermehrten Unterstützungskasse bewährt hatte.

Wir wenden uns nun zur Betrachtung berjenigen Arbeiterausschüffe, welche nicht als bloße Vermittlungskommissionen anzusehen, auch nicht auf die Verwaltung von Wohlsahrtseinrichtungen beschränkt sind, sondern mit weiteren Kompetenzen als entscheidende und aussührende Verwaltungsbeshörden sunktionieren.

1. Die Altestenräte ber linkerheinischen Textilindustrie und der Marienhütte in Schlesien — Rachbildungen.

Die weiteste und ersolgreichste Berbreitung haben die verwaltenden Arbeiterausschüsse bisher in dem industriereichen Düsseldorfer Bezirke gesiunden, dank namentlich der Anregung seines früheren Regierungspräsidenten Freiherrn von Berlepsch und des von ihm ins Leben gerusenen linkserheinischen Bereins für Gemeinwohl. Die durch den letzteren ausgearbeiteten und vielsach zur Einsührung gelangten Mustersatzungen gründen sich auf die Ersahrungen der Fabrik von F. Brandts in M.-Cladbach (S. 80) und sind unter dessen Borsit von F. Brandts in M.-Cladbach (E. 80) und sind unter dessen Borsitz beraten worden. Es möge daher zunächst eine genauere

¹ Nach einer Außerung bes herrn von Siemens im Berliner "Berein für Gewerbfleiß".

Schilderung der in diesem zwischen 3 und 400 Arbeiter zählenden Werke vorhandenen, vollkommen ausgebildeten Organisation folgen.

Als Ältesten-Kollegium sunktioniert daselbst — ebenso wie in den meisten anderen hierher gehörigen Fabriken des linken Rheinusers — der Borstand der Krankenkassen Fabriken des linken Rheinusers — der Borstand der Krankenkassen Einer Borstigender ist, 8 von allen volljährigen Arbeitern und Arbeiterinnen gewählte (männliche und weibliche) Vertreter, die wenigstens 24 Jahre alt sein und 2 Jahre hindurch der Kasse angehört haben müssen. Dieser Vorstand verwaltet ganz selbständig außer der Krankenkasse noch zwei weitere Hüsseund Wohlsahrtskassen, zu denen alle beisteuern, sowie die von ihm errichtete Bibliothek.

Im übrigen regelt sich seine Thätigkeit, wie solgt: Die Tagesordnung für die Beratungen des Ältesten=Rollegiums unterliegt der Genehmigung des Fabrikbesitzers, die Beschlüsse und Entscheidungen desselben erhalten erst durch seine Unterschrift bindende Krast. Indessen kommen in dem Statut die Rechte des Fabrikherrn stärker zum Ausdruck, als dieselben in der Praxis geltend gemacht werden: es ist noch niemals vorgekommen, daß einem Beschlusse des Kollegiums die Genehmigung versagt worden wäre. — Vorsbehaltlich jener Bestätigung hat das Ältesten-Kollegium

a. über dieselben Gegenstände zu beraten und zu beschließen, wie die oben besprochenen "Bermittlungsämter". Die einzelnen Bestimmungen der Fabrikordnung sind aus seinen Beratungen hervorgegangen; es entsicheidet über andere Fragen des Arbeitsverhältnisses: über das Einelegen von Überstunden, ob zu Fastnacht und Kirmeß gearbeitet werden soll oder nicht 2c.2. Hingegen ist die Lohnfrage als solche von der Kompetenz des Ältesten=Kollgiums ausgeschlossen; soweit davon eine Ausnahme gemacht worden ist, handelte es sich um die Formen und Fristen der Lohnzahlung oder um Fragen der ausgleichenden Gerechtigkeit: die Hersellung eines richtigen Verhältnisses zwischen den verschiedenen Kategorieen der Arbeiterschaft (z. B. zwischen Röpperinnen und Spulerinnen). Grund sür die principielle Ausschließung der Lohnfrage war der, daß hier leicht Gegensätze in der Ausschließung und den Interessen beider Parteien hervortreten, während das Ältesten=Kollegium in erster Linie zur Pflege der gemeinsamen Interessen berusen sein am en Interessen berusen sein am en

¹ Wo eine Betriebstrankenkasse nicht besteht, wird ein Ausschuß von entsprechensber Zusammensehung gewählt, bezw. ernannt. — 2 Bei wichtigeren Angelegenheiten hat der Ausschuß mehrsach allgemeine Abstimmung durch Stimmzettel angeordnet. — 3 Bgl. F. Hige, "Arbeiterwohl", Köln 1881, S. 104 u. 105. Derselbe, "Schuß dem Arbeiter", Köln 1890, S. 178.

b. Der Vorstand überwacht die Ausführung der Fabrifordnung und handhabt die Strafgewalt (vgl. d.).

Er untersucht Klagen über schlechtes Material, Fehler an den Masschinen, Nachlässigkeit und Parteilichkeit bei Zuteilung der Arbeit durch die Angestellten, achtet daraus, daß die Sicherheits= und Gesundheitseinrichtungen in gutem Zustand sind und zweckentsprechend benutzt werden, überwacht zusgleich die Ausbildung der jugendlichen Arbeiter, ihre sittliche Führung innersund außerhalb der Fabrik.

Bur Unterstützung bei dieser kontrollierenden Thätigkeit zieht das Kollegium Vertrauensmänner zu, die wenigstens 30 Jahre alt und seit 5 Jahren in der Fabrik beschäftigt sein müssen. Auf Einladung nehmen sie an den Sitzungen des Kollegiums mit Stimmrecht teil.

- c. Der Ausschuß sorgt "nach Möglichkeit jür Erhaltung und Förderung des Geistes der Zusammengehörigkeit, der Ordnung und guten Sitte unter den Arbeitern der Fabrik, steht, soweit thunlich, den einzelnen mit Fürssorge und Kat zur Seite"; "bei Streitigkeiten zwischen Arbeitern der Fabrik, die öffentlich bekannt und jür das gute Verhältnis und den Frieden der Fabrik störend sind", ladet derselbe die Streitenden vor, sucht den Streit zu schlichten und legt eventuell dem schuldigen Teil Genugthuung und Strafe auf.
- d. Gelbstrasen in einem 50 Pf. übersteigenden Betrage und die Strase der Entlassung kann außer dem Fabrikherrn nur der Arbeitervorstand seste seigen. Derselbe entscheidet in der Berusungsinstanz über Beschwerden gegen (geringere) Strasen, die vom Obermeister und anderen Angestellten der Fabrik verhängt worden sind.

Das ist in einiger Aussührlichkeit der Inhalt der Brandtsschen Statuten. Die Grundlage sür die Thätigkeit des Ültesten=Kollegiums bildet danach die Verwaltung der verschiedenen Kranken= und Unterstützungskassen. Das Ültesten=Kollegium in seiner heutigen Gestalt hat sich thatsächlich ganz allmählich, Schritt sür Schritt, aus dem Vorstand der Krankenkasse entwickelt und besteht, wie schon bemerkt, aus denselben Personen wie der letztere. Das giebt dem Ausschuß von vornherein eine bedeutungsvolle Stellung und bietet neben anderen, oben angedeuteten Vorzügen den Vorteil häusiger Zusammenkünste und Besprechungen, wo dann auch Dinge sortlausend mit zur Verhandlung kommen, deren alleinige Erledigung nicht als ausreichende Tagesordnung sür eine Ausschußsitzung erscheinen könnte. Auf dem Gebiet der gemeinsamen Fürsorge sür die Kranken und Hülsbedürstigen, in der gemeinsamen Verwaltung sonstiger Wohlsahrtseinrichtungen gleichen sich am leichtesten vorhandene Gegensäte aus, entwickelt sich am

sichersten die Empfindung der genossenschaftlichen Zusammengehörigkeit aller Angehörigen der Fabrik. Diese Empfindung wird auch die Beratungen des Ausschusses, die er als Bermittlungsamt zu führen hat, auss günstigste beeinflussen.

Ferner aber ist der Ausschuß Disciplinarbehörde, Erziehungsamt und nicht zum mindesten eine Art von censorischem Sittenamt, von Ehrengericht.

Diese Funktionen stehen mit den übrigen in engem Zusammenhange. Alle mit der Arbeitervertretung sestgestellten, von dieser als notwendig und nüglich anerkannten Borschriften der Fabrikordnung, mögen sie hygienischen, technischen oder disciplinären Inhalts sein, sinden — das wird nicht nur von Herrn Brandts, sondern in allen ähnlichen Fällen von den Berichtersteten übereinstimmend bezeugt — die energischste Durchsührung seitens der Arbeiterbehörde.

Rugleich bürgt die verantwortliche Teilnahme des fachkundigen Ausschuffes an der Durchführung der Werksordnung für gerechtere und als gerechter empfundene Entscheidungen, als wenn die Wertmeifter hier allein, wie es die Regel ift, zu bestimmen haben. Weder in der Brandtsschen Fabrik noch in den anderen Werken mit entsprechender Organisation hat der Befiger irgendwann Beranlaffung zu nehmen brauchen, die Urteile des Ausschuffes zu beanstanden. Wo perfonliche Miggunft oder technische Übelstände einen ungerechten Lohnabzug bewirkt haben, ist ein Ausschuß, ber bei mangelnder eigener Sachtunde Bertrauensmänner der betreffenden Abteilung beizieht, eine unentbehrliche Inftanz, um Rettifitation eintreten Gine Menge von Anlässen zu begründeter Unzufriedenheit wird au laffen. damit ein für allemal befeitigt. In England ift es bekanntlich Befet, daß bei dem im Bergbau üblichen Wagennullen ein Vertrauensmann der Ar= beiter auf deren Wunsch hinzugezogen wird. Die Autorität tüchtiger Meister kann durch jene Mitwirkung einer unabhängig entscheidenden Inftanz nur gewinnen.

Das Wichtigste aber ist, daß nichts den Sinn sur Ordnung und Ehrenhaftigkeit wirksamer weckt und sestigt, als die Handhabung von selbstgegebenen Gesehen. Wo solch ein Geist, der Geist strenger Pflichterfüllung
im Verein mit dem Gesühl treuer Kameradschaft und genossenschaftlicher Zusammengehörigkeit die Träger der Selbstverwaltung eines Werkes und durch
sie ihre Mitarbeiter ergriffen hat, da verwandelt sich der Altestenrat gleichsam
von selbst in eine oberste Sittenbehörde, in ein Censorenamt: ganz nach Art
der alten Zünste zu ihrer Blütezeit. Gerade in dieser Richtung kann der Ältestenrat am schönsten wirken, indem er, ohne das Gesühl der Freiheit zu
verlegen, sür Anstand und Ehre, Wahrung guter Sitte und Kameradschaft=
lichkeit nicht nur innerhalb, sondern mit vorsichtigem Takte auch außerhalb

bes Werkes unter allen Genossen Sorge trägt, Trunkenbolde und liederliche Frauenzimmer, schlechte Familienväter und Kausbolde erst ermahnt, dann mit Strasen belegt oder ausschließt, Streitigkeiten schlichtet, die Erziehung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter nicht nur in technischer, sondern auch in sittlicher Hinsicht überwacht, und sür die Autorität der Eltern, der älteren Arbeiter eintritt. Derartiges läßt sich nicht durch das Statut vorschreiben; daß aber die Ausschlisse släßt sich nicht durch das Statut vorschreiben; daß aber die Ausschlisse släßtersensreiche Thätigkeit vielsach aus sich selbst heraus entsaltet haben, lassen namentlich die Berichte erkennen, welche über die Brandtssche und die Wächtersbacher Fabrik, sowie über die Marienhütte vorliegen — durchweg Anstalten, wo die Institution seit längerer Zeit sich eingelebt hat.

Man rühmt allgemein das sichere Kechts= und Taktgesühl, mit dem die Ausschüsse gerade in der hier angedeuteten Kichtung ihres Amtes walten. In der Brandtsschen Fabrik und anderweit hat der Umstand aufs glücklichste gewirkt, daß Arbeiterinnen dem Borstande angehören. Daß die Bedeutung der censorischen Funktionen der Ausschüsse in großen Städten und überall da, wo die Einrichtung erst seit kurzem besteht, in den Hintergrund tritt, ist leicht erklärlich.

Unwillfürlich hat sich unsere Erörterung der Einrichtungen des Brandtsschen Werkes zu einer allgemeinen Betrachtung der Bedeutung des Arbeiteraußeschussselse als Berwaltungsbehörde erweitert. In der That treffen jene Bemerkungen mit der schon hervorgehobenen Einschränkung im großen und ganzen sür alle noch zu besprechenden Ausschüffe zu — überall ist der Gegenstand ihrer Berwaltungsthätigkeit der gleiche, wenn auch die Kompetenzen im einzelnen Abweichungen ausweisen, überall lautet das Urteil der betreffenden Besitzer in ähnlicher Weise, wie wir es bereits andeutend sormutiert haben. Wir begnügen uns, in solgendem kurz aus wesenkliche Abweichungen in der Organisation der anderen Ausschüffe und in der Bezurteilung, welche sie gesunden haben, hinzuweisen.

Als unmittelbare Nachbildung des Brandtsschen ift, wie schon bemerki, das vielsach acceptierte Normalstatut des "linksrheinischen Bereins für Gemeinwohl" (S. 169) anzusehen. Die unten (S. 92—98) abgedruckten Berichte von fünf linksrheinischen Webereien² lassen erkennen, daß

¹ Auf einzelnen entlegenen Werken — so auf der Marienhütte — erscheint der Ausschuß so sehr als das Organ einer engen Lebensgemeinschaft aller dem Werke Angeshörigen, daß er seine Mitwirkung sogar auf Erteilung des Heiratskonsenses erstreckt, damit leichtsinnige Chen verhütet werden.

² Die geringen Abweichungen ber Berfassung in einzelnen bieser Fabriken sind unten teils als solche hervorgehoben, teils leicht herauszufinden. Rur in einem dieser Schriften XLVI. — Sering.

felbst da, wo die Einrichtung ursprünglich gegen eine starke Opposition der Arbeiter gebildet wurde, sie sich nach kurzem Bestehen zur allseitigen Zufriedenheit eingebürgert hat. —

Etwas anders als die linkerheinischen Ausschüffe ift das Alteften-Rollegium bes Eifenwerks Marienhütte bei Rogenau und Mallmig (S. 36) gedacht. — hier hat fich von vornherein die Wirksamkeit des Kollegiums in der Hauptsache auf die Durchführung einer geregelten Bucht im Berte, die Beilegung und Entscheidung von Streitigkeiten, die Berhutung von folden Unzuträglichkeiten auch außerhalb besfelben, welche bem guten Ruf ber Gemeinschaft nachteilig werden könnten, konzentriert. Selbst Streitiakeiten von privatem Charakter werden hier möglichst durch den Ausschuff geschlichtet, gerichtliche Sulje foll nur angerufen werden, wenn alle Suhneversuche des letteren vergeblich gewesen find. Das Altesten-Kollegium der Marienhütte ift also in erster Linie richterliche Behörde. Im In= tereffe der vollen Unparteilichkeit ihrer Entscheidungen gehört demselben daher "tein Element an, welches im Arbeitsverhältnis dem einzelnen oder einer Angahl von Mitgliedern vorgesett ift". Das Kollegium befteht ausschließlich aus Arbeitern (Werkmeifter find nicht wählbar), und zwar folchen Arbeitern, welche aus ber Bahl ber feit wenigstens 5 Jahren ber butte Ungehörenden von den Rameraden der betreffenden Werkstatt gewählt worden Die Körperschaft konstituiert sich nach eigenem Ermessen, ihre Abftimmungen finden geheim durch Rugeln statt. Die Situngsprotokolle werden dem Leiter des Werks vorgelegt, damit diefer die Ausführung der gefaßten Befchlüffe anordne. Er tann fie beanftanden, macht aber bon diesem Rechte nur "im alleräußersten Falle" Gebrauch.

Die Thätigkeit des Kollegiums ist aber keineswegs auf die Handhabung der Disciplin, auf richterliche und sittencensorische Funktionen beschränkt. Das Kollegium überwacht die Ausbildung der Lehrlinge und spricht sie stei, es ist an der Verwaltung der Wohlsahrtseinrichtungen beteiligt, eine von ihm gewählte Deputation verwaltet z. B. mit einem Beamten des Werks die vom Ausschuß ins Leben gerusene Zwangssparkasse; Abänderungen oder Ergänzungen der bestehenden Fabrikordnung oder alter Gebräuche kommen zur Verhandlung behuss Vorlage bei der Verwaltung, alle Maßnahmen, welche die letztere im Interesse der Arbeiterschaft zu tressen beschließt, werden zuvor mit und von dem Altesten=Kollegium besprochen und beraten.

Werke (Molls & Meer) finden wir die Borschrift, daß die Wählbarkeit auf männs liche Personen beschränkt ist. In berselben Fabrik erstreckt sich die Kompetenz des Ausschusses auf die Festsehung der Löhne — ebenso bei Lindgens Erben, Hochneukirch. Nach dem Muster der Marienhütte ist der Arbeiterausschuß der Wilshelmshütte (S. 47) und mit geringen Modisitationen derjenige der Nordener Eisenhütte eingerichtet (S. 48).

Auch die Normal=Satungen, welche der Berein anhaltischer Arsbeitgeber, sowie der Berband keramischer Gewerke in Deutschland, aussegearbeitet und ihren Mitgliedern anempsohlen haben (S. 158 und 172), acceptieren den Grundsatz der Marienhütte, daß "bei der Bildung und Konstituirung des Arbeiterausschusses kein anderer Einfluß als die freie Selbstebestimmung der Arbeiter zugelassen werden solle". Der Arbeitgeber wohnt jedoch den Situngen des Kollegiums selbst oder durch Vertreter mit beratender Stimme bei, und hat das Recht, sein Veto gegen die Aussührung von Veschlüssen einzulegen oder nochmalige Beratung zu verlangen.

Wenn man somit diese Ausschüffe nach ihrer Zusammensetzung in höherem Grade als eigentliche Arbeitervertretungen gelten lassen als diejenigen der rheinischen Textilindustrie, wo der Arbeitgeber ¹/s der Ausschuß-mitglieder ernennt, so sind anderseits jene Verbände bezüglich des Maßes der dem Ausschuß einzuräumenden Besugnisse viel behutsamer versahren als der linksrheinische Verein für Gemeinwohl.

Das anhaltische Statut geht von der Anschauung aus, daß für die Zeit des Versuchsstadiums den Ausschüssen keine anderen als moralische Besugnisse und Pflichten eingeräumt werden sollen. Es ist ihnen kein bestimmter Einsluß rechtlich garantiert, sondern nur die Bahn eröffnet, sich solchen Einsluß zu erobern. Sie sollen "Gutachten über alle ihnen vom Arbeitgeber vorgelegten Fragen des Arbeiterinteresses und der Wohlsahrt des Unternehmens abgeben", die Durchsührung der Ordnungsbestimmung en überwachen zc., ohne daß ihnen die Strasbesugnis delegiert wäre, und sie sollen in den vom Arbeitgeber zu steckenden Grenzen an der Begründung, Leitung und Kontrolle der zu Gunsten der Arbeiterschaft zu tressenden Wohlsschungen teilnehmen.

In benjenigen Werken, wo auf Grund dieser Normativbestimmugen den Arbeitern greisbarere Besugnisse, insbesondere Teilnahme an der Verwaltung von Wohlsahrtseinrichtungen, die Aussertigung von Lehrbriesen u. a. m. einsgeräumt worden sind, aber auch nur da, haben die Arbeiter an der neuen Versassung binnen kurzer Frist Interesse gewonnen und steht eine günstige Entwicklung derselben mit Vestimmtheit zu erwarten. In anderen Fällen klagt man über mangelnde Teilnahme und Initiative der Ausschüsse. Dem

¹ Bgl. B. Öchelhäufer, Durchführung ber focialen Aufgaben im Berein ber anhaltischen Arbeitgeber. Berlin 1888. S. 17.

anhaltischen Normalstatut anscheinend nachgebildete Einrichtungen bestehen außerhalb Anhalts in den chemischen Fabriken von Siegle & Co. in Stuttgart und Feuerbach und von Vossen & Co. zu Neuß—im letzgenannten Werke bisher mit geringem Ersolge (S. 152 sf.). Auch das Statut der Müllerschen Weberei zu Seidenberg ist hierher zu rechnen (S. 99). In einem der anhaltischen Werke (Deutsche Solwahwerke) sungiert übrigens nach Brandtsschem Muster der Vorstand der Krankenkasse als Älteskenrat.

Das Normalstatut des Verbands keramischer Gewerke beruht auf den Ersahrungen, welche der Direktor der Wächtersbacher Stein=gutsabrikmit dem dortigen Ältesten=Ausschuß gemacht hat (S. 112). Der letztere, im Jahr 1884 nach dem Vorbilde von F. Brandts, wenn auch von vornherein in abweichender Gestalt begründet, hat in wesentlichen Punkten eine selbständige Fortbildung seiner Organisation über das Vorbild hinaus ersahren.

Das gesamte Personal der Wächtersbacher Steingutsabrik zerjällt in Lehrlinge, Gesellen und Meister. Nach regelmäßig 4jähriger Lehrzeit, aber nicht vor vollendetem 18. Lebensjahre beginnen die Gesellenjahre, welche wenigstens dis zum 20. Jahre dauern. Die Gesellenzeit wird durch die Freisprechung zum Meister abgeschlossen, nachdem die Ältesten der betressenden Abteilung ihre Entscheidung getrossen, ob der Gesell sähig und würdig sei, als Meister des Gewerbes sich zu sühren und zu gelten. Fremde Arbeiter treten stets zunächst, wenn auch nur aus einige Wochen als Gesellen ein. Nur Meister können in den Ausschuß gewählt werden 1—statt dessen wird im Verbandsstatut die Wählbarkeit, welche sowohl die männlichen als die weiblichen Arbeiter besißen, an ein Lebensalter von wenigstens 30 Jahren und eine Zugehörigkeit zum Werke von wenigstens 10 Jahren geknüpst — wahlberechtigt sind alle volljährigen Arbeits=Genossen und Genossinnen.

An Stelle der "Vertrauensleute" der rheinischen Werke tritt im Wächstersbacher und Verbands = Statut die sür große Werke durchaus nachsahmenswerte Einrichtung der "Abteilungs-Ausschüffe" (§ 6 des Statuts), welche "viel Zeit spart, die Wirksamkeit vereinsacht und vertiest".

Die Besugnisse und Pflichten des Ausschusses sind im wesentlichen dieselben wie in den linksrheinischen Werken, jedoch erstreckt sich seine Strasgewalt in erster Instanz nur auf grobe Verletzungen der Ehrenhaftigkeit und des Anstandes. Der Ausschuß sungiert serner als Schiedsgericht "für alle Arten von Streitigkeiten unter den Arbeitern, denen die Anzusung der Gerichte

¹ Rur Meifter burfen ohne Genehmigung bes Ausschuffes eine Ghe eingehen.

in solchen Fällen solange untersagt ist, bis dieses Schiedsgericht seines Amtes gewaltet hat". Lohnstreitigkeiten sind in Wächtersbach seit 15 Jahren nicht vorgekommen, jedoch würde der Direktor, wie er schreibt, "keinen Anstand nehmen, auch solche durch die Altesten schlichten zu lassen, und würde dies sicher in der gerechtesten und sachlichsten Weise geschehen, die Arbeiter würden sich jedem Entscheid der Ältesten auf diesem Gebiete ohne jeden Widerspruch sügen". Für den Fall, daß troß wiederholter Beratungen ein Einversständnis zwischen Fabrikleitung und Hauptaußschuß nicht erzielt werden kann, ist ein von Fall zu Fall zu bildendes Schiedsgericht vorgesehen, zusammengesett aus gänzlich unbeteiligten Personen, und soll der Ausspruch besselben beide Parteien endgültig binden.

Der Verband keramischer Gewerke hat für die Zeit, wo in den meisten ihm angehörigen Fabriken Altesten=Ausschüffe errichtet sein werden, die Bildung einer Kommission ins Auge gesaßt, welche da einzutreten die Aufgabe haben soll, wo die lokalen Ältestenräte nicht ausreichen, um eine Einigung zu erzielen.

2. Die Arbeitervertretungen der Firmen David Peters & Co. zu Neviges=Elberfeld und Lorenz Hutschenreuther zu Selb (Bayern).

Die Versaffung dieser beiden ältesten deutschen Arbeiterausschüffe weicht in manchen Richtungen von dem Linksrheinischen und dem Thpus der Marienhütte ab. In der Petersschen wie in der Hutschenreutherschen Fabrik (S. 70 u. 103) bildet die Grundlage der Versaffung die Generalversammlung eines Wohlsahrtsvereins, welcher die Mitglieder der Betriebskrankenkasse umsaßt.

Die Generalversammlung kontrolliert die Verwaltung der Kassen des Wohlsahrtsvereins² und wählt die Vertreter zum Ausschuß. Der letztere besteht bei Peters & Co. aus einem Teilhaber der Firma als Vorsitzendem³ ohne Stimmrecht, 4 von der Generalversammlung gewählten und 4 von der Firma ernannten Mitgliedern; wählbar sind nur männliche Personen, die wenigstens 30 Jahre alt sind und seit 10 Jahren dem Geschäft angehören; der Vorstand des "Lokalvereins" der Hutscherreutherschen Fabrik besteht auß 3 von der Firma auß den Reihen der Arbeiter ernannten und 5 von der Generalversammlung gewählten Mitgliedern, welche ihren Obmann selbst bestimmen.

¹ Arbeiterfreund 1889 S. 468. — 2 E3 handelt sich, abgesehen von der Bestriebskrankenkasse bei Peters & Co. um eine durch freiwillige Beiträge und die einsgehenden Strasgelder dotierte Hülfskasse und eine ebenfalls von der Firma durch Zusschießte zu den Zinsen unterstützte Zwangssparkasse, bei Hulfchenreuther um eine Invalidenkasse. — 3 Derselbe macht jedoch nur selten von dieser Besugnis Gebrauch.

22

Neben der selbständigen Verwaltung der Kassen hat der Altestenrat solgende Besugnisse und Obliegenheiten:

- a. In der Petersschen Fabrik 1. alle Funktionen des "Bermittlungsamts" höherer Form Feststellung und Abänderung der Fabrikordnung, Ünderung der Stücklöhne, Beschränkung und Ausdehnung der Arbeitszeit zc. Selbstverständlich bedürsen diese, aber auch nur diese, auf den Arbeitsvertrag bezüglichen Beschlüsse des Ältestenrats der Zustimmung der Firma — die Genehmigung derselben ist noch nie versagt worden.
- 2. Überwachung der Fabrikordnung, Bekämpfung von Roheit und Trunksucht, Beaufsichtigung der jugendlichen Arbeiter bezüglich ihrer fitt-lichen Führung, Unregung derselben, sich in den Freistunden weiter auszu=bilden. Der Altestenrat hat das Recht, in Verfolg dieser Aufgaben Verwarnungen auszusprechen und bei Richtbesolgung dem Arbeitgeber zur Veranlassung des weiteren Mitteilung zu machen.

Die Besugnisse des Ausschusses der Petersschen Fabrit gehen also — entsprechend der verschiedenen Zusammensetzung des Ausschusses — in Bezug auf die Regelung des Arbeitsverhältnisses weiter als in den linksrheinischen Werken, während die censorenartige und richterliche Thätigkeit mehr zurücktritt.

b. In der Hutschenreutherschen Fabrik beruht die Fabrikordnung ebenfalls auf beiderseitiger Bereindarung, der Kreis der gemeinsamen, auf das Arbeitsverhältnis bezüglichen Beratungen ist nicht näher umschrieben; sür den Fall mangelnden gegenseitigen Einverständnisses ist ein Schieds= gericht vorgesehen.

Der Ausschuß wacht über die Ordnung der Fabrik, soll Streitigkeiten unter den Arbeitern schlichten und entscheiden; er hat die Besugnis, in Versolg dieser Funktionen Geldstrasen bis zu 3 Mark zu verhängen.

3. Die Ausschüffe der Fabriken von Heinrich Freese in Berlin und von Bärensprung & Starke zu Frankenau bei Mittweida — Nachbildungen.

In den genannten Werken findet sich der Gedanke eines Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterschaft in allen Fabrikangelegenheiten, welche zugleich ihre eigenen Angelegenheiten sind, am konsequentesten durchgeführt. Die Rechte des Ausschusses sind bedeutungsvoller als irgendwo sonst. Auch hat man hier eine Form gesunden, welche nicht nur den Ausschussmitgliebern, sondern allen Arbeitern eine unmittelbare Beteiligung an der Werkseverwaltung in geordneter Weise ermöglicht. Diese Versassung bietet ganz besonderes Interesse, weil sie zu einem herzlichen Einvernehmen zwischen

Unternehmern und Arbeitern mitten in den Hauptlagern der Socialdemostratie geführt hat.

Die Verfaffung der Freefeschen Fabrik ift die folgende (S. 130):

Der Ausschuß besteht aus vier von der Firma ernannten und els alljährlich von der Generalversammlung aller Fabrikangehörigen gewählten Mitgliedern. Wählbar ist jeder, welcher seit wenigstens einem halben Jahre in der Fabrik arbeitet. Den Vorsitz sührt ein vom Ausschuß gewählter Werksührer. Der Besitzer ist meist bei den Verhandlungen zugegen. Er und sein Vertreter erhalten außer der Reihe das Wort. Ebenso aber können Arbeiter als Zuhörer beiwohnen. Die Verhandlungen sind im Gegensatzu allen bisher besprochenen Organisationen öffentliche, sie sinden nach Schluß der Arbeitszeit statt, an den Sitzungstagen wird die Fabrik um eine Stunde srüher als sonst geschlossen. Der letzte Punkt der Tagesordnung lautet vorschriftsmäßig: Wünsche und Beschwerden der Arbeiter, und dazu kann sich jedes Fabrikmitglied das Wort erbitten.

Der Wirkungskreis des Ausschuffes ist genau umgrenzt:

a. Die Fabrik- und die Betriebsordnung ist von der Arbeitervertretung mit dem Chef vereinbart worden, Abänderungen "dieser den Arbeits- vertrag bildenden Bestimmungen finden auf dem Wege freier Vereinbarung zwischen Chef und Arbeiterschaft statt".

Die Arbeitszeit ist mit dem Ausschuß auf 9 Stunden vereinbart worden, nachdem dieser darüber die von ihm berusene Generalversamm = Lung gehört hatte. Gine Verlängerung oder Verkürzung der Arbeitszeit, welche über die Dauer von zwei Wochen pro Quartal hinausgeht, ist nur mit Justimmung des Ausschusses gestattet.

Die Accordtarise — zu deren Beurteilung technische Sachkenntnis gehört — werden direkt mit den einzelnen Werkstellen auf je 2 Jahre vereinbart.

b. Der Ausschuß verwaltet eine von ihm gegründete Unterstützungs= kasse und einen in der Fabrik auf gemeinsame Rechnung eingerichteten Bierausschank.

Er hat Sparabzüge eingeführt, welche die Fabrik mit 6 Prozent verzinst. Die Hälfte des Ertrags gewisser Fabrikabfälle und die Strafgelder fließen in eine Festkasse, über deren Verwendung die Generalver= sammlung aller Fabrikmitglieder entscheidet.

c. Der Ausschuß verhängt (auf Antrag des Werksührers) Ordnungsstrasen bis zu 5 Mark nach Maßgabe der Fabrikordnung, hebt auf Anrusen des Bestrasten verhängte Strasen auf, ermäßigt oder bestätigt dieselben. Der Bestraste hat die Wahl, sich mit seiner Beschwerde entweder
an den Fabrikbesißer oder an den Ausschuß zu wenden.

d. Der Ausschuß hat die Besugnis, auf Anrusen Streitigkeiten und Bergehen der Fabrikmitglieder zu behandeln.

In der Fabrik von Bärensprung & Starke zu Frankenau (S. 108) tritt die Bedeutung der Generalversammlung aller Fabrikarbeiter als einer Berwaltungsinstanz noch mehr hervor. Die Generalversammlung wird jährlich einmal und außerdem berusen, wenn der Ausschuß es für nötig befindet oder wenigstens zehn Arbeiter unter Angabe der Gründe schriftlich darauf antragen. Den Borsit sührt der Ausschuß. In der Generalversammlung wird über alle die Arbeiterschaft betreffenden Borkommnisse Bericht erstattet, über Einrichtungen im Interesse der Arbeiter und gemeinsame Bergnügungen verhandelt, werden Anträge auf Abänderung der Fabrikvordnung gestellt und diskutiert.

Der Ausschuß besteht aus dem Werksührer, dem Buchhalter und drei von der Generalversammlung auf ein Jahr gewählten Arbeitern. Er konstituiert sich selbest. Seine Protokolle sind dem Besitzer vorzulegen; derselbekann die Beschlüsse des Ausschusses für ungültig erklären, wenn sie gegen das Gesetz oder gegen die Fabrikordnung verstoßen.

Der Ausschuß verhandelt mit dem Fabrikinhaber über Anträge der Generalversammlung auf Abänderung der Fabrikordnung. Die letztere "gründet sich auf freie Vereinbarung des Fabrikinhabers und des Fabrik-ausschusses und kann ohne Genehmigung beider Teile nicht einseitig abgegeändert werden".

Der Fabrikbesitzer berät und ordnet mit dem Ausschuß "alle Bor-kommnisse in der Fabrik".

Der Ausschuß wacht über die Aufrechterhaltung der Ordnung im Werke und entscheidet über die zu verhängenden Strasen.

Er verwaltet oder nimmt teil an der Verwaltung der Invalidenkasse, der Hülfskasse, der Arbeitersparkasse, der Konsumwirtschaft, des Wohnungs-wesens 2c.

Das Normalstatut der Arbeitgeber von Mittweida (S. 166), welches bereits Ende 1888 nach einer Meldung der "Concordia" in 9 Fabriken zur Einsührung gekommen war, bedeutet eine vorsichtige Nachbildung der Starkeschen Einrichtung. In Arbeitsstätten von mehr als 50 Angehörigen soll der Ausschuß aus drei — von allen mehr als 16 Jahre alten Arbeitern und Arbeiterinnen gewählten und zwei ernannten männlichen Mitgliedern bestehen. Seine Funktionen sind: Aufrechterhaltung der zwischen Arbeitgeber und Aussichuß vereinbarten Fabrikordnung, Verhandlungen mit dem ersteren, welche im Interesse des Unternehmers oder der Arbeiter ersorderlich sind,

Beaufsichtigung der jugendlichen Arbeiter, Berwaltung und Kontrolle der Wohlsahrtseinrichtungen. —

Es find nur die groben Umrisse eines in frischen Farben leuchtenden Bildes, denen wir in dieser einleitenden Übersicht nachzugehen vermochten. Jede begriffliche Zergliederung gesellschaftlicher Vorgänge und Institutionen bleibt notwendig hinter dem Reichtum des socialen Lebens zurück. Mannigialtigkeit der Formen aber, welche der Gedanke einer Beteiligung der Arbeiterschaft an der Berwaltung der Großindustrie angenommen hat — je nach der geistigen und moralischen Entwicklung der beteiligten Personen, je nach bem Standort des Unternehmens im einsamen Gebirgsthal oder in volfreichen Fabritstädten, - macht es wahrscheinlich. daß jede zwangsweise Durchführung einer bestimmten Schablone von Selbstverwaltungsorganen der Arbeiter eine Totgeburt ans Licht bringen würde 1. Solche focialen Inftitutionen muffen wachsen, fie laffen fich nicht als fertige Bäume verpflangen. Undererseits ift nicht zu verkennen und wird viel= seitig bezeugt, daß gerade der hier besprochenen Organisation eine felten ftarke erziehende, gewinnende und verföhnende Kraft innewohnt. Wenn auf besonders ungunftigem Boden einzelne Versuche, Arbeiterausschuffe ins Leben zu rufen, gescheitert find 2 oder geringen Erfolg gehabt haben3, so werden diese schlimmen Erjahrungen durch die Thatsache aufgewogen, daß es in anderen Källen unter gleich schwierigen Bedingungen schließlich doch durch offenes und vertrauenweckendes Entgegenkommen gelungen ift, die anfängliche Zurückaltung oder die Feindseligkeit der Arbeiter zu überwinden 4. Gewiß ift den Worten bes unten folgenden Berichts des Direktors Berding zuzustimmen, wenn er fagt: "Wie in die gegenwärtige Entfremdung zwischen Arbeitern und Arbeit= gebern anders als durch die Pflege des Bewußtseins der Gemeinsamkeit der beiderseitigen Interessen und den zur Weckung desselben nötigen personlichen Gedankenaustausch eine Wendung gebracht werden kann, ist mir nicht ersichtlich. Wo die Arbeiter durch Agitation verbittert sind, ist es schwer, diesen Weg zu betreten, aber nicht unmöglich. Wenige Arbeiter find fo

Die vorsichtige Formulierung von § 134d der Gewerbeordnungs-Rovelle ift baher nur zu billigen. — ² Bgl. den unten (S. 145) folgenden Bericht von L. Löwe, Berlin. In einem andern Fall hat der Formerausstand einen kurz vor demfelben zu Berlin gegründeten Ausschuß gesprengt. Man sollte glauben, daß die Fachvereine, welche sich vielsach seinblich gestellt haben, eben durch Bertretungen im einzelnen Wert nur größeren Einfluß zu gewinnen erwarten könnten. — ³ Bgl. den Ber. von L. Bossen & Co. zu Neuß (S. 152). — ⁴ Bgl. namentlich die "Aufsorderung" von C. Starke (S. 108).

verstockt, daß sie nicht schließlich aufrichtig gemeinte Bemühungen, ihrem Stande das zu gewähren, was die bestehenden Verhältnisse als möglich und billig erscheinen lassen, anerkennen und ihr Verhalten dadurch beeinscussen lassen."

Als der beste Erfolg solchen Vorgehens ist in der That die Weckung des Gefühls gemeinsamer Interessen und gegenseitiger Berpflichtungen, des Gefühls genoffenschaftlicher Zusammengehörigkeit und sittlicher statt der bloken geschäftlichen Gemeinschaft von Unternehmern und Arbeitern anzusehen. Die freiwillig eingeräumte Teilnahme der Arbeiterschaft an der Verwaltung der Unternehmungen erscheint geeignet, rascher und sicherer zu diesem Ziele zu führen als Englands sociale Entwickelung, welche in der Ausbildung großer, ganze Industrieen umfassender Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber gipfelte. So wenig freilich jene englischen Berbande erganzender lokaler Organisationen entbehren konnten, so mahrscheinlich ift es, daß umgekehrt in Deutschland die Arbeiterausschüffe einer Erganzung durch umfassendere Organisationen bedürsen werden, welche die großen, aus Rücksicht auf die Konkurrenzverhaltniffe nur einheitlich für ganze Bezirke und Länder zu entscheidenden Fragen des Arbeitsberhältniffes, wie namentlich die Lohnfragen, behandeln und regeln. Aber diefe großen Berbande werden von vornherein mehr den Charakter von Einigungs- als von Kampjesinstitutionen tragen, wenn fie aus engeren Bereinigungen hervorgegangen find, welche Unternehmer und Arbeiter nicht nur einander menschlich näher gebracht haben, sondern die letteren zugleich durch praktische Berwaltungsarbeit ge= wöhnt haben, mit den gegebenen Berhältniffen und den zu überwindenden Schwierigkeiten zu rechnen.

Nichts stärkt mehr den Sinn sür das praktisch Mögliche und Notwendige als die unmittelbare Teilnahme am Regiment. Wer immer solche Schule durchgemacht hat, weiß mit sicherem Empfinden das Richtige und Falsche in allen Vorschlägen und Plänen zu unterscheiden, mit denen man vorhandenen Mißständen abhelsen zu können meint. Nur dann glauben die Menschen an das Unmögliche, Phantastische, Utopische, wenn ihnen die Möglichkeit einer Besserung ihrer Lage im Wege praktischer, sriedlicher Arbeit benommen ist.

Berlin, im August 1890.

Gutachten, Berichte, Statuten.

Bergban.

Fürstlich Plefsche Kohlengruben der fr. Standesherrschaft Fürstenstein.

I. Gutachten des Generalbirektors herrn Dr. Ritter, Mitglied des Staatsrats.

(Gefl. Schreiben an den Ausschuß des Ber. f. Socialpolitik vom 21. Juni 1890.)

. . . . Ich schicke voraus, daß der Gedanke, Arbeiterausschüsse einzusühren, im hiesigen Rohlenrevier und wohl überhaupt in allen Rohlenrevieren zu = erft von Gr. Durchlaucht dem Fürsten von Pleß ausgegangen ift. Wir haben, allen anderen Gruben vorangehend, dieferhalb nach Maßgabe der Ihnen übersandten Ordre solche Ausschüffe eingeführt, und die übrigen Gruben des hiefigen Reviers find bald diefer Initiative gefolgt. Auch ift nicht unbekannt, daß der Herr Berkehrsminister auf den Königlichen Staats= werken alsdann die Arbeiterausschüsse ebenjalls hat einführen lassen. der Form, wie dies diesseits nach der Ihnen übersandten Ordre geschehen ift, hat diese Organisation keine Bedenken, sie bringt aber nach meiner Auffassung und nach meinen bisherigen Wahrnehmungen wesentliche Borteile in dem Berkehr zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit fich. Die Wahlen zu den Ausschüffen haben hier ganz normal und ohne jede Leidenschaft stattgefunden, und ich bin überzeugt, daß diese Wahlen in Zu= kunst noch ruhiger sein werden, sobald sich das Institut noch mehr einge= bürgert hat und auch die Lohnbewegung wieder in ruhigere Geleise über= geführt ift. Die gegenwärtigen Bertrauensmänner der Ausschüffe haben, nachdem ihnen durch die Konferenzen Gelegenheit zuteil geworden ift, die Magnahmen für das Wohl der arbeitenden Klaffen feitens der Arbeitgeber tlarer zu erkennen, bei uns wenigstens fehr balb eine milbere Auffaffung gewonnen und haben fich jederzeit bemüht, ihren Belegschaften diefe Aufjaffungen ebenfalls beizubringen. Der Wert der Ausschuffe liegt vornehm= 28 Bergbau.

lich darin, daß einmal, namentlich bei Kohlenbergwerken, wo Taufende von Bergleuten unter der Erde an den verschiedensten Orten einzeln arbeiten und wo also die Berührung der Aufsichtsbeamten mit den Bergleuten eine außerordentlich schwierige und zersplitterte ift, das wechselseitige Verstehen immer mehr Plat greift und somit die Hauptursache von Mighelligkeiten, nämlich die Digberftandniffe, befeitigt werden. Dann aber ift auch der Arbeitgeber refp. der Leiter des Werks beffer in der Lage, den Arbeitern nicht nur als Vorgesetzter, sondern auch als Mensch gegenüber zu treten und neben den durch die Ihnen überfandte Ordre bestimmten Gegenständen auch alle irgendwie zweiselhaften Fragen durch den Arbeiterausschuß begut= Es wird dadurch der Ausschuß für die gesamte Beleg= achten zu lassen. schaft ein wichtiges Mittelglied und Vermittelungsglied, ohne daß dadurch Die Autorität des Arbeitgebers im mindesten beschränkt wird. Ausschuß entscheidet nicht, sondern votiert nur begutachtend. Er giebt aber auch durch eingehende Erörterungen und wiederholte Befragung am sichersten Aufschluß über die jeweilige Stimmung in den Arbeiterfreifen, und giebt gleichzeitig dem Arbeitgeber eine Vertretung in die Sand, um nach Aräften die Berhekung der Arbeiter durch die Socialdemokratie zu bekämpien. Während anfangs auch im hiefigen Revier mehrfach Bedenken gegen diese neue Institution sich erhoben, sind dieselben augenscheinlich geschwunden, da wir gegenwärtig bei Berhandlungen wesentlichen Charakters, 3. B. über die acht= stündige Schicht u. dal., die Ausschüffe als Arbeitervertretungen gar nicht gut entbehren können, während fich die Belegschaften immer mehr daran gewöhnen, in den von ihnen gewählten Ausschüffen ihre legale Vertretung Gerade diefe Legalität der Vertretung ift gegenüber von etwaigen fünftigen Streitbewegungen von großer Wichtigkeit und für uns das Hauptmotiv der Einführung der Ausschüffe gewesen. Während nämlich bei der vorjährigen Streikbewegung die Arbeitgeber gezwungen wurden, mit den illegalen Rabulisten, die sich die Führung der Arbeiter anmaßten und namens der Arbeiter sprachen, ohne hierzu ein Mandat zu haben, zu ver= handeln, werden in Zukunst die Arbeitgeber alle derartigen Versuche zurückweisen können und nur mit den von der Belegschaft legal gewählten Ausschüffen verhandeln. Es ist ja nicht unmöglich, daß auch aus diesen Wahlen bei unruhigen Zeiten bedenkliche Kandidaten für die Ausschüffe hervorgehen können; aber dies müßte ertragen werden und wäre immer noch nicht so schlimm als der andere Fall. Es ware dies um so weniger schlimm. als ich die Überzeugung gewonnen habe, daß selbst socialdemokratisch gesinnte Bertrauensmänner einer ruhigeren Auffassung der Dinge durch überzeugende Rede und Gegenrede im Ausschuß entgegengeführt werden. Ich habe in unserem eigenen Ausschuß eine solche Ersahrung gemacht. Charakteristisch ift 3. B. auch, daß gegenwärtig, wo im hiefigen Revier die Frage der Einführung einer achtstündigen Schicht eine gewisse Bewegung herborgerusen hat, die Vertrauensmänner der Ausschüffe sich in der Majorität im Intereffe der eigenen Belegschaften gegen diese Einführung erklärt haben und versichern, daß außer einigen Schreiern und Anappenvereinsführern im wefentlichen die Bergleute die Beibehaltung unferer gehnstündigen

Schicht wünschen. Unsere zehnstündige Schicht ist nämlich inkl. Ein= und Ausfahrt gerechnet und macht, wenn man eine halbstündige Frühstückspause abrechnet, auch nur 81/2 Stunden Arbeit aus, während bei Einführung der achtstündigen Schicht extl. Gin= und Ausfahrt, 8 Stunden ohne Paufe durchgearbeitet werden muß. Die Bergleute aber wollen gern die Frühstuckspause behalten und glauben sich dabei wohler zu fühlen. Batten wir die Ausschüffe nicht, so wurden die Arbeitgeber absolut im Untlaren fein, wieweit ber Bunfch nach einer achtftundigen Schicht von den Belegschaften geteilt wird. Wir muffen zur Zeit die Ginführung der achtstündigen Schicht im hiesigen Revier auch um deswillen ablehnen, weil unfere Konkurrengreviere, nämlich Oberschlefien und Sachsen, fie ebenfalls nicht einführen. Gin folches Motiv wollen felbstverftandlich die Anappen= vereine nicht anerkennen, weil das den Führern nicht in ihren Rram paßt. Aber die verftändigeren Bergleute, wie fie in den Ausschuffen vertreten find, sehen dies vollkommen ein . . . Ich verspreche mir daher, ohne sanguinisch ju fein, von diesem Inftitut unter den in unferer Orbre gege= benen Beftimmungen eine gute, Frieden wirkende Butunft.

II. Ordre, betreffend die Einrichtung von Bertrauensmänner-Konferenzen auf den konfol. Fürstensteiner Gruben.

Um eine stetige Fühlung meiner Berwaltung mit den auf meinen Gruben beschäftigten Arbeitern sicherzustellen,

insbesondere auch

um den Arbeitern es leicht zu machen, Berhältnisse und Borkommnisse, durch welche die gesamte Belegschaft, ganze Abteilungen oder ganze Arbeiterskategorieen sich beschwert sühlen, rechtzeitig und ohne Scheu zur Sprache bringen zu können,

wie auch

um das Vertrauen der Arbeiter zu befestigen dadurch, daß sie sich die Gewißheit verschaffen, daß ihre Beschwerden der sorgfältigsten Prüsung durch meine Verwaltung beziehungsweise durch meine Bevollmächtigten unterzogen werden, erscheint es angezeigt, die Belegschaften zu veranlassen, Vertrauensmänner zu wählen, welchen

a. obliegen würde, solche Beschwerden anzubringen, und mit welchen

- b. in einer von dem Werksdirigenten als Vorsitzenden abzuhaltenden Konferenz unter Zuziehung der Betriebssührer und Abteilungsbeamten Fragen zu beraten sein würden, die sich auf solgende Punkte beziehen:
 - 1. Das Bersahren von anderen Bei= und Überschichten, als solchen, die der Betrieb notwendig ersordert,

2. Beränderung der Un= und Abfahrtszeiten,

- 3. Gewährung von Borschüffen an hülfsbedurstige Arbeiter, 4. Gewährung von Unterstützungen aus dem Strafgeldersonds,
- 5. allgemeine, das Wohl der Arbeiter betreffende Verhältnisse.

30 Bergbau.

Demgemäß werden Sie ersucht, den Bergwerksdirektor W. anzuweisen, unter Beobachtung der nachsolgenden Bestimmungen, das Ersorderliche in die Wege zu leiten:

I. Von jeder Grubensteiger = Abteilung ist je ein Häuer und von jeder Betriebssührer = Abteilung je ein Schlepper und je ein Tagearbeiter

als Vertrauensmann zu wählen.

II. Die Wahl erfolgt in den Belegschaftsstuben mündlich durch Namensnennung, und zwar wählen die wahlberechtigten Häuer jeder Abteilung einen Häuer, die wahlberechtigten Schlepper beziehungsweise Tagearbeiter jeder der beiden Betriebssührer = Abteilungen je einen Schlepper beziehungsweise je einen Tagearbeiter.

III. Wahlberechtigt sind alle diejenigen Arbeiter, welche die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen, das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben und mindestens 3 Jahre auf den konsol. Fürstensteiner Gruben beschäf-

tigt sind.

IV. Wählbar sind nur diejenigen Arbeiter, welche die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen, das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben und mindestens 5 Jahre auf den konsol. Fürstenskeiner Eruben in Arbeit stehen.

V. Die sämtlichen Vertrauensmänner werden jährlich für 1 Jahr gewählt. Rach dieser Periode ausscheidende Vertrauensmänner sind wieder wählbar. Für die durch Tod, durch Abgang oder Entlassung von der Grube, durch Amtsniederlegung oder anderweit ausscheidenden Vertrauensmänner sindet bald nach deren Ausscheiden eine Ersatzwahl von den Wahlberechtigten der betreffenden Abteilung statt.

Die Wahl erfolgt zum erstenmal im Laufe dieses Monats für die Periode bis 1. Juli 1890, in den folgenden Jahren jedesmal in der zweiten Hälfte des Monats Juni für die jährlich vom 1. Juli bis 30. Juni laufende Amtsperiode.

VI. Die Konferenz tritt zusammen.

a. wenn es der Werksdirigent für wünschenswert erachtet,

b. wenn wenigstens 5 Vertrauensmänner den Zusammentritt unter Angabe der zu beratenden Angelegenheiten beantragen und diese Angelegenheit der Beratung in der Konserenz unterliegt, c. jedensalls aber mindestens einmal in jedem Vierteljahr.

Die Zusammenberufung erfolgt durch den Werksdirigenten oder

einen Stellvertreter desfelben.

über die Verhandlungen werden Protokolle aufgenommen und

in ein Protokollbuch eingetragen.

Hann der Werksdirigent diesen Beamten von der Konserenz, bei Besprechung der Beschwerde, ausschließen; ebenso kann der Werksdirigent ohne Zuziehung irgend eines anderen Beamten eine Konserenz mit den Vertrauensmännern allein abhalten.

VII. Selbstwerständlich unterliegen die Bertrauensmänner genau wie die übrigen Arbeiter der für meine Gruben geltenden Arbeitsordnung,

es wird denselben aber zugesichert, daß sie Maßregelungen aus der Vorbringung von Beschwerden in den nach diesen Vorschriften zu

bildenden Konferengen nicht erleiden follen.

VIII. Sofern die Bertrauensmänner, oder der eine oder andere berfelben, durch die Teilnahme an der Konserenz eine Schicht oder einen Teil ber Schicht verfäumen muffen, wird ihnen Vergutung für diese Berfäumnis in Sohe ihres Arbeitsberdienstes aus der Grubenkaffe zugesichert.

Im übrigen erhält jeder Vertrauensmann zur Beftreitung der ihm durch sein Amt erwachsenden kleinen Auslagen zc. aus der Grubenkaffe eine jährliche, in vierteljährlichen Raten postnumerando

zu zahlende Pauschale von zehn Mark. Schloß Fürstenstein, den 10. Juli 1889.

gez. Fürst von Bleg.

meinen General = Bevollmächtigten herrn General-Direktor Dr. Ritter.

Steinkohlenwerk Vereinigte Blückhilf = Friedenshoffnung zu Hermsdorf bei Waldenburg in Schlesien.

Die Centraldirektion übersendet uns die nachfolgenden Ausschuß= Statuten mit dem Bemerken, "daß die zwischen den Gruben und den Ausschüffen stattgefundenen Berhandlungen bis jett fich ziemlich glatt abwickelten".

I. Statut für die Wahl und die Thätigkeit der Vertrauensmänner der Belegschaft der Friedenshoffnung-Grube zu Hermsdorf

bom 30. Oftober 1889.

Bum Zwecke ber Erhaltung bes guten Ginvernehmens zwischen ber Berwaltung ber Friedenshoffnung : Grube und ben auf bem Werke beschäftigten Arbeitern, und zum Zwecke ber raschen und friedlichen Beilegung etwa entstehender Streitigkeiten werben von den Arbeitern aus ihrer Mitte Bertrauensmänner gewählt.

Die Wahl der Vertrauensmänner erfolgt in jedem Jahre im Monat November für das nächstfolgende Ralenderjahr.

Es mahlen, und zwar jeder Bahltorper getrennt: a. Die Sauer und Lehrhauer ber funf Abteilungen ber unterirbifchen Belegichaft je einen Häuer als Bertrauensmann aus der entsprechenden Abteilung;

b. die Forderleute der fünf Abteilungen der unterirdischen Belegschaft je einen Schlepper als Bertrauensmann aus der entsprechenden Abteilung;

c. die Tagesabteilung einschließlich ber Holzmeffer zwei Bertrauensmänner aus ihrer Mitte;

d. bie Schmiebe und Schloffer, bie Rlempner, bie Zimmerleute gemeinschaftlich mit ben Reffelheigern einen Bertrauensmann aus ihrer Mitte;

e. die bei der Rotsanftalt und Bafche beschäftigten Arbeiter einen Bertrauens= mann aus ihrer Mitte.

32 Bergbau.

Bei Aufhebung einer Abteilung, Organisation einer andern oder wesentlicher Berminderung beziehungsweise Bermehrung der Belegichaftsgiffer in den einzelnen Abteilungen bleibt eine anderweitige Weftfegung ber zu mablenben Bertrauensmanner vorbehalten.

Die Wahl ift eine öffentliche. Das Weitere bestimmt die Wahlordnung. § 5.

Wahlberechtigt find alle mannlichen Arbeiter bes Werks, welche bas 21. Lebens= jahr gurudgelegt haben und im Befige der burgerlichen Chrenrechte find. Bahlbar als Bertrauensmänner find nur folche wahlberechtigte Arbeiter, welche das 25. Lebens= jahr gurudgelegt haben und mindeftens brei Jahre ununterbrochen auf bem Werte beschäftigt find.

§ 6. Die Wiederwahl der gewählten Bertrauensmänner ist zulässig. Scheidet ein Bertrauensmann mahrend des Jahres aus, so wird eine Neuwahl für das laufende Jahr nur dann angeordnet, wenn das Ausscheiden in der ersten Hälfte des Jahres erfolat ift.

Die Bertrauensmänner treten regelmäßig am ersten Sonntage der Monate Januar, April, Juli und Ottober zu einer ordentlichen Sipung zusammen. Außerordentliche Sigungen finden statt, so oft der Grubenrepräsentant oder der Bergwerks: birettor folde beruft, ober wenn folde von minbeftens fechs Bertrauensmannern unter Angabe des Grundes beantragt werden.

Den Borfit in ben Sigungen führt ber Grubenreprafentant ober ber Bergwerts: Direktor ober in Bertretung berfelben ber Bergverwalter. Der Berwaltung fieht es frei, einzelne ober famtliche Grubenbeamte zu ben Beratungen zuzuziehen.

über die Berhandlungen wird ein Protofoll geführt.

§ 9. Gegenstände der Beratungen find alle unter die im § 1 bezeichneten 3mede fallenden Ungelegenheiten.

§ 10. Die Bertrauensmänner unterliegen, wie alle übrigen Arbeiter, der Arbeits= ordnung bes Wertes. Aus ihrer Thätigfeit als Bertrauensmänner foll ihnen fein Nachteil erwachsen.

§ 11. Die Bertrauensmänner sollen für die ihnen durch ihre Thätigkeit als solche entstandenen Arbeitsverfaumniffe eine ihrem Arbeitsverdienfte entsprechende Entfchäbigung erhalten.

II. Bestimmungen über die Thätigkeit der Bertrauensmänner bei dem Steinkohlenbergwert "Bereinigte Glüchilf" vom 2. September 1889.

Um bei dem Steinkohlenbergwert "Bereinigte Glüchilf" das gute Ginver-nehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu fordern, hat der Gruben-Borstand neymen zwiegen Arveitgever und Arveitnehmer zu sordern, hat der Gruden-Vorstand bes genannten Werkes beschlossen, Bertrauensmänner einzusehen, welche von den Arbeitern, und zwar aus der Mitte derselben, zu wählen sind. Dieselben sollen nach den weiter unten angeführten Bestimmungen Anträge und Wünsche, auch etwaige Beschwerden der Arbeiter der Werksverwaltung vortragen und unterbreiten, um deren sorgfältige Prüfung und, salls dieselben als berechtigt bezw. begründet erstannt werden, die Berückstigung resp. Abstellung derselben herbeizusühren. Jür diese Einrichtung sowie für die Thätigkeit der Bertrauensmänner übersaunt gelten solgende Krupdisker.

haupt gelten folgende Grundfäge:

Die Wahl ber Bertrauensmänner erfolgt im Monat September jeden Jahres

auf ein Jahr, und zwar in ben Berlefefalen bes Werks. Gine Wiebermahl ift zuläffig.

Bon jedem Hauptschachte (bem Wrangel-, v. d. Heydt- und Erbstollenschachte) sind aus der Zahl der wählbaren Mannschaften 2 Hauer und 1 Schlepper zu wählen. Die wahlberechtigten Arbeiter der über Tage beschäftigten Abteilungen wählen in ähnlicher Weise und der Anzahl der Belegschaft entsprechend ihre Vertrauensmänner aus ihrer Mitte.

3.

Die Wahl findet öffentlich statt, indem der Wähler den zu Wählenden nennt und in die Wahlliste eintragen läßt.

Wahlberechtigt find nur solche Arbeiter, welche mindestens 3 Jahre auf dem hiesigen Werke beschäftigt find, das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben und die bürgerzlichen Chrenrechte besitzen.

Wählbar bagegen find nur biejenigen Arbeiter, welche

a. das 25. Lebensjahr jurudgelegt haben und die burgerlichen Chrenrechte befigen und

b. mindeftene 5 Jahre auf dem hiefigen Werte beschäftigt find.

Ausnahmsweise kann mit Genehmigung der Werksvertretung von letterer Beftimmung (sub b.) abgesehen werben.

Für aus irgend einem Grunde ausscheibende Bertrauensmänner findet inners halb 4 Wochen nach erfolgtem Ausscheiben von den betreffenden Wählern eine Neuswahl statt.

Die Bertrauensmänner treten alle Vierteljahre minbestens einmal, und außers dem falls es der Werksdirigent oder sein Stellvertreter für notwendig hält, oder falls mindestens sieben Bertrauensmänner dies unter Angabe des Grundes beantragen, zur gemeinschaftlichen Beratung zusammen.

8.

An den Beratungen nehmen der Bergwerksdirektor, der Berginspektor, die Oberfteiger und von jedem Schacht mindestens ein Steiger, sowie ein Werkmeister oder ein Steiger der über Tage beschäftigten Abteilungen teil. Der Werkdirektor oder sein Stellvertreter führt den Vorsitz. Über die Berhandlungen wird Protofoll geführt.

Gegenstand der Beratung foll sein:

a. Besprechung über die den Zeitverhaltniffen anzupaffende Lohn= und Gebingestrage:

b. Besprechung über bas Bersahren von Bei- und Überschichten, welche ber Betrieb nicht unbedingt erfordert;

c. Besprechung über Dauer ber Schichtzeit und die Un= und Ausfahrzeit;

d. Besprechung der Gemahrung von Borichuffen an hilfsbedurftige Arbeiter und ber laufenden und außerordentlichen Unterflügungen auß dem Strafgelberfonds;

e. Beratichlagung ber dem Bedürfnis ber Grube entsprechend vorzunehmenden Beforderung zu hauern und Lehrhauern;

f. Beratichlagung über Feste der Belegschaften, sowie über allgemeine das Wohl

ber Arbeiter betreffende Berhältniffe und Fragen; g. Beilegung von etwaigen Streitigkeiten unter den Arbeitern und Raterteilung an biefelben.

10.

Bei Beschwerben über einen Beamten kann ber ben Vorsitz führenbe Werkesbirigent ben resp. Beamten bei Besprechung ber Beschwerbe ausschließen, ebenso aber auch ohne Zuziehung eines anderen Beamten eine Konferenz mit den Bertrauenssmännern allein abhalten.

Schriften XLVI. — Sering.

34 Betgbau.

11.

Bei Angelegenheiten, welche unter No. 9g fallen, fönnen die Vertrauensmänner ganz unter fich beschließen und sich einen Borsihenden aus ihrer Mitte mählen.

Die Vertrauensmänner unterliegen wie alle übrigen Arbeiter der Arbeitssordnung des Werks, dürfen jedoch Maßregelungen aus ihrem Amt als Vertrauenssmann nicht erleiden.

Für die Zeitversäumnis bei den Beratungen und die event. anderweitige amt-Liche Thätigkeit der Bertrauensmänner erhalten dieselben ihrem bei Wahrnehmung ihres Amtes entgangenen Arbeitsverdienst entsprechend Entschängung.

Königliche Steinkohlengruben bei Saarbrücken.

Bekanntmachung des Agl. Oberbergamts zu Bonn vom 21. Febr. 1890.

Um den Belegschaften der föniglichen Steinkohlengruben bei Saardrücken Gelegenheit zu geben, durch ordnungsmäßig selbstgewählte Vertreter Anträge, Wünsche und etwaige Beschwerden der Werksverwaltung vorzutragen und sich hierüber, sowie über sonstige allgemeine Fragen und Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses in Zusammenkünften mit dem Bergwerksdirektor gutachtlich zu äußern, sollen für jede Berginspektion von der Belegschaft derselben aus ihrer Mitte Vertrauensmänner gewählt werden. Für die Wahl und die Thätigkeit dieser Vertrauensmänner sind bie nachfolgenden Vestimmungen maßgebend.

Bahlberechtigt ift jeber bem Arbeiterstande angehörige aktive Knappschaftsgenoffe, welcher das 21. Lebensjahr zurückgelegt hat und feit wenigstens brei Jahren auf einer der königlichen Steinkohlengruben bei Saarbrücken in Arbeit fteht.

Wählbar ist jeder dem Arbeiterftande angehörige aktive Anappschaftsgenoffe, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat und seit wenigstens fünf Jahren auf einer und derfelben königlichen Steinkohlengrube bei Saarbrücken in Arbeit steht.

§ 3.

Von jeber Steigerabteilung wird ein Bertrauensmann gewählt, welcher dieser Abteilung angehören muß. Den Wahltag bestimmt die königliche Bergwerksdirektion. Die Ginladung zur Wahl erfolgt spätestens am Tage vorher bei dem Verlesen auf Grund schriftlicher Verfügung des Bergwerksdirektors.

Die Wahl wird unter Leitung des Bergwerksbirektors ober ber von ihm hierzu ernannten Beamten der Berginspettion in den Berleseräumen vorgenommen. Sie erfolgt durch geheime Abstimmung unter Zuziehung von zwei Bergleuten, welche der Bergwerksdirektor oder der von ihm mit der Leitung der Wahl beauftragte Beamte hierzu aus den Wählern beruft. Das Versahren bei der Wahl wird durch die könig-liche Bergwerksdirektion geregelt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen sämt-licher erschienenen Wähler auf sich vereinigt hat. Ist eine solche Stimmenmehrheit nicht vorhanden, so sindet zwischen denjenigen beiden Personen, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben, eine engere Wahl statt. Stellt sich bei der letzteren Stimmengleichheit heraus, so entscheidet das Los.

Die Wahl ber Vertrauensmänner erfolgt auf zwei Jahre. Die Ausscheibenben find wieber mahlbar.

Ein Vertrauensmann scheibet als solcher aus durch Amtsniederlegung, Benfionierung, freiwilligen Abgang oder Entlassung aus der Grubenarbeit, Berlegung auf eine andere Grube, eine länger als dreimonatige Krankheit oder Beurlaubung. Es findet alsdann ebenso wie im Falle des Todes eines Bertrauensmannes eine

Ersahmahl für die übrige Dauer der Wahlperiode statt. Die Ersahmahl ift inner: halb vier Wochen nach bem Ausscheiben bon ber betreffenden Steigerabteilung nach Borschrift ber §§ 1 bis 5 vorzunehmen.

Die Vertrauensmänner haben die Aufgabe:

1. Antrage, Bunfche und etwaige Beichwerben, welche die Belegichaft ber betreffenden Berginfpettion oder Grube im gangen angehen, bei dem Bergwerksdirektor anzubringen und sich in ben Zusammenkunften mit letterem über dieselben gutachtlich zu äußern;

2. in diesen Zusammenkunften über sonstige Fragen und Angelegenheiten, welche das Arbeitsverhältnis, insbesondere die Arbeitsverdung und Abänderungen derselben betreffen, ihr Gutachten abzugeben; 3. in diesen Zusammenkunften solche das Wohl der Bergleute und ihrer Ange-

hörigen betreffende Berhältniffe und Fragen zu besprechen, welche ihnen von bem Bergwerksbirektor vorgelegt werden;

4. Streitigkeiten der Bergleute untereinander ju vermitteln und thunlichft bei-

zulegen;

5. bagu mitzuwirten, bag bie Arbeitsordnung, sowie bie für bie Gesundheit und Sicherheit ber Bergleute getroffenen Borichriften und Anordnungen bon ben Rameraden gewiffenhaft und punttlich befolgt werden.

Die Zusammenkunfte ber Bertrauensmänner mit bem Bergwerksbirektor finden getrennt für jede Berginspektion ober, sofern der Gegenstand der Berhandlung dies mit fich bringt, für jede Grube statt. Der Bergwerksdirektor hat hieruber ju bestimmen. Dieselben werden vierteljährlich einmal und außerdem abgehalten, so oft der Bergwerksdirektor es für erforderlich exachtet, oder wenn wenigstens fünf Bertrauensmänner ber betreffenden Berginfpettion unter Angabe ber gu beratenden und nach § 7 gur Beratung geeigneten Gegenstände darauf antragen. Den Borfit in den Zusammentunften führt der Bergwertsbirettor. Derfelbe ftellt bie Tagesorbnung fest. Gegenstände, welche nicht vorher bei ihm angemeldet find, kommen nicht auf die Tagesordnung.

§ 9. über die Berhandlungen einer jeden Zusammentunft ift ein Protokoll aufzunehmen und der foniglichen Bergwertedirettion einzureichen.

Hüttenwerke und Metallindustrie.

Eisenhüttenwerk Marienhütte (U. = G.) bei Kozenau und Mallmit (Rgbzk. Liegnit).

I. Gutachten des Hüttendirektors Herrn Rittmeister a. D. Schlittgen. (Gefl. Schreiben an den Berein f. Socialpol. vom 11. Juni 1890.)

.... Ich kann nur wiederholt die Bersicherung geben, daß diese Ausschüffe (Altestenkollegien, wie ich sie nenne) sich sowohl auf dem hiesigen wie auf dem Kobenauer Werke vortrefflich bewährt haben! Die alten persönlichen Beziehungen, deren Schwächung man von gegnerischer Seite mit Vorliebe ins Feld führt, sind durch dieselben nur noch mehr beseitgt worden, und auch die Besürchtung hat sich als unbegründet erwiesen, daß diese Aussichüsse von seiten des Arbeiterpersonals dazu benutzt werden würden, um in Lohn= und ähnlichen Fragen einen Druck auf die Verwaltung auszuüben — aber selbst wenn wider alles Erwarten ein solcher Fall einmal eintreten sollte, so würde ich kein Unglück darin erblicken können, denn es dürste sich immer besser und ersprießlicher mit derartig gewählten, ihrer Ausgabe bewußten Vertretern der Arbeiter, als mit ad hoc in Ausregung und Unruhe von den letzteren ernannten Agitatoren — denn ersahrungsmäßig bilden diese diese Sprecher — verhandeln lassen!

11. Erläuterungen zu den Bohlfahrtseinrichtungen für das Arbeiter= personal des Eisenhüttenwerts Marienhütte bei Kokenau.

Seit Bestehen unseres Werkes haben wir ersreulicherweise über ein Arbeiterpersonal versügen können, das nicht nur in Pflichtersüllung und Berusstüchtigkeit geschult, sondern auch in Zeiten, da die Wogen der Arbeiterbewegungen hoch gingen, zuverlässig und treu sich bewährt hatte.

Die Beziehungen zwischen unserem Vorbesitzer und den Arbeitern seines Werkes sind immer gute gewesen, denn Unzusriedenheit und Wühlereien konnten ebenso wie Böswilligkeiten nicht mehr erzeugen als plöglich entsstehende und schnell wieder vergehende Verstimmungen und Mißklänge; in

ihrem Gejolge wurde vielmehr der Anschluß der Arbeiter an ihren Arbeitegeber und sein Vertrauen zu jenen stetig sester. Die so geschaffene Verbindung bestand, als die Marienhütte in unsere Hände kam, ihre erste Probe in den Jahren, die als die Gründerjahre mit ihren bedauerlichen Beigaben und Folgen allen, die sie in der Praxis durchlebt, in steter Erinnerung sein dürsten. Fern blieben dem Kreise unserer Arbeiter jene Auswüchse, die gerade innerhalb der Arbeiterverhältnisse diese Periode zeitigte: maßvolle Haltung, verständige Ansprüche und bedingungslose Achtung vor den bestehenden Verordnungen sührten stets leicht und glatt zu einer Verständigung, wo scheindar eine Verschiedenartigkeit der Interessen obwaltete.

So gingen wir benn 1, — unseres Wissens die ersten, — uns stütend auf das Vertrauen, das Verwaltung und Arbeiter verband, an die Er=

richtung des

Altesten = Rollegiums,

die Grundlage aller Institutionen, die während der letzten dreizehn Jahre auf unserem Kotzenauer und in den späteren Jahren auch auf unserem Mallmitzer Werk geschaffen worden.

Statut des Alteiten=Rollegiums.

Um den Geist der Zusammengehörigkeit zu beleben und die Ordnung innerhalb und außerhalb des Werkes aufrecht zu erhalten, hat das — mit Genehmigung der Direktion — aus freier Wahl sämtlicher Werkstätten der Marienhütte gebildete unterzeichnete Ültesten=Kollegium solgende Beschlüsse gesaßt:

I. Organisation des Ältesten-Kollegiums.

§ 1.

Mitglied des Altesten-Kollegiums kann nur derjenige werden, welcher sich im vollen Besitz seiner staatsbürgerlichen Rechte besindet und mindestens fünf Jahre auf der Hütte als selbständiger Arbeiter thätig gewesen ift.

§ 2.

Sollte ein Mitglied sich eines Vergehens schuldig machen, welches den Verlust der ad 1 angeführten Rechte nach sich zieht, so ist dasselbe verpplichtet, aus dem Kollegium auszuscheiden und ist nicht wieder wählbar.

§ 3. Das Ältesten=Kollegium besteht aus dreizehn Mitgliedern, von denen in Rokenau in Mallmik

เม อเบอูเมนน		in meatining		
der Formerei	fieben	der Formerei	fünf	
= Schlosserei	brei	den Werkstätten	eines	
= Tischlerei	eines	der Tischlerei	eines	
dem Emaillierwerk	eines	= Blechwarensabrik	brei	
den übrigen Arbeitern	eines	dem Emaillierwerk	eines	
_		den übrigen Arbeitern	eines	

angehören.

§ 4.

Die Wahl ber Mitglieder ersolgt aus der Mitte der Arbeiter auf drei

^{1 1874.}

Jahre gleichzeitig in allen Werkstätten; jede Werkstatt hat also ihre resp.

ihren Vertreter felbständig zu ernennen.

Nach Berlauf von drei Jahren findet eine Neuwahl statt, und sind die früheren Mitglieder wieder wählbar. Kommt während der Wahlsperiode in außergewöhnlicher Weise die Stelle eines Mitgliedes des Kollegiums zur Erledigung, so hat die hiervon betroffene Werkstatt sosort eine Neuwahl vorzunehmen.

§ 5

Das Altesten-Kollegium wählt in seiner ersten Sitzung einen Vorssitzenden, einen Stellvertreter und einen Schriftsührer. Zu den Sitzungen, welche, wenn nicht besondere Veranlassungen vorliegen, monatlich einmal stattsinden, werden die Mitglieder durch den Vorsitzenden oder dessen Stellsvertreter berusen.

§ 6

Die Beschlüsse werden mit einsacher Majorität gesaßt; bei Stimmengleichheit entscheibet die Stimme des Vorsitzenden; die Abstimmung findet geheim durch Kugeln statt.

II. Funktionen des Ältesten-Kollegiums.

\$ 7

Das Altesten-Kollegium hat, wie schon oben angedeutet, die Pflicht, über die Ordnung innerhalb und außerhalb der Hütte zu wachen und alle Maßnahmen zu treffen, welche zur Erreichung dieses Zweckes notwendig sind; jeder Arbeiter ist daher verpflichtet, demselben in der Erfüllung seiner Obliegenheiten bereitwilligst Hülse zu leisten und hat sich den ordnungsgemäßen Beschlüssen des Altesten-Kollegiums unweigerlich zu unterwersen.

§ 8.

Jeder Arbeiter, welcher der Hütte angehört, soll sich eines unbescholtenen Ruses erfreuen; neue Mitglieder, welche sich vorher irgend eines Bergehens schuldig gemacht haben, sollen aber nur nach vorheriger Beschlußzaffung des Altesten-Kollegiums aufgenommen werden.

3 9.

Arbeiter, welche von jest an wegen gemeiner Bergehen gerichtlich verurteilt werden, scheiden aus dem Werksverbande für immer aus.

§ 10.

Jeder Arbeiter ist berechtigt und verpflichtet, innerhalb oder außerhalb des Werkes vorgekommene Unzuträglichkeiten, welche dem guten Kuse der Gemeinschaft nachteilig werden könnten, dem Altesten-Kollegium zur Anzeige zu bringen und Beschlußsassung darüber zu verlangen.

§ 11.

Streitigkeiten unter den Arbeitern, auch wenn dieselben einen privaten Charakter haben, sollen möglichst durch das Altesten-Kollegium geschlichtet werden, und schiedsmännische oder gerichtliche Hülse von den Streitenben nur dann nachgesucht werden, wenn alle Sühnversuche des Altesten-Kollegiums vergebens sind.

§ 12.

Jeder Arbeiter hat einem Mitglied des Ältesten-Kollegiums in der Ausübung seiner Obliegenheiten sowohl innerhalb als außerhalb der Hütte unweigerlich Folge zu leisten, und sind bei etwa vorkommenden Widersetlichkeiten anwesende Mitarbeiter verpflichtet, dasselbe zu unterstüßen.

§ 13.

Arbeiter, welche sich zu Excessen und zu Widersetzlichkeiten gegen ihre Pflicht ausübende Mitglieder des Altesten-Kollegiums hinreißen lassen, werden nach dreimaliger Verwarnung und Bestrasung zur Entlassung aus der Arbeit gemeldet; in derselben Weise wird gegen Arbeiter versahren, welche gewohnheits= oder erwerdsmäßig Hazard spielen.

§ 14.

Jeder Arbeiter ist verpflichtet, das Wohl der Lehrlinge in allen Beziehungen im Auge zu behalten; diejenigen Arbeiter, welche selbst Lehrlinge beschäftigen, haben deren Lebenswandel auch außerhalb der Hütte sorgfältig zu überwachen.

§ 15.

Lehrlingen ist der Besuch von Gasthäusern und Tanzlokalen nur bis neun Uhr abends gestattet, und müssen dieselben um zehn Uhr in ihren Quartieren sein; diesen Bestimmungen Zuwiderhandelnde werden zur sosjortigen Bestrasung herangezogen.

§ 16.

Jeder Lehrling hat sich eines gesitteten und ordentlichen Lebenswandels zu besleißigen und ist außerhalb wie innerhalb der Hütte verpslichtet, seinen Borgesetten, überhaupt allen älteren Personen, mit Hösslichkeit, Bescheidensheit und Folgsamkeit zu begegnen.

3 17

Das Alteften-Kollegium behälf fich ausbrudlich vor, die vorstehenden Statuten nach Bedurinis zu vervollständigen.

Marienhütte bei Rogenau, den 20. April 1875.

Bucht, Sitte und Ehre unter allen Arbeitern des Werkes, innerhalb wie außerhalb desselben, zu erhalten, in ihnen den Geist der Zusammen=gehörigkeit, der kameradschaftlichen Gemeinschaft zu erwecken und zu pflegen, jedem einzelnen nahe zu legen, daß er ein selbstthätiges Glied ist des Ganzen, an dem er schafft, — das ist der leitende Grundgedanke sür die

Wirtfamfeit des Alteften-Rollegiums.

Ein Chrenrat der Arbeiter, aus unbeeinflußter Wahl derselben hervorgegangen; Richter, Wächter und Diener des Gesetzes zu gleicher Zeit;
eine durch das Vertrauensvotum der Arbeiter geschaffene, von dem Vertrauen des Arbeitgebers getragene Verbindung zwischen beiden: ein mitberatendes und mitwirkendes Organ bei allen das Wohl der Arbeiter betreffenden Fragen — so giebt das Altesten-Kollegium die Garantie sür
jenes ersprießliche Zusammenwirken des Arbeitgebers mit den Arbeitern,
das weit über die Grenzen der materiellen Interessen beider hinaus sich
erstreckt und das auch bei den vollendetsten Wohlsahrtseinrichtungen kaum

denkbar ist, wenn eben jenes verbindende Glied jehlt, durch das beide Teile

menschlich sich näher treten.

Es liegt dem Altesten-Kollegium ob, Streitigkeiten und 3 wiftig= teiten der Arbeiter untereinander, auch wenn fie deren perfon= liche Berhältniffe berühren, zum Austrag zu bringen, um das Gefetz nur in den alleräußersten Fällen anrufen zu muffen; der Schuldige wird ermahnt, verwarnt, ihm Abbitteleiftung bei der Berhandlung oder am schwarzen Brett aufgegeben, Strafe durch Geldbuße diktiert, Entlaffung angedroht, endlich bei groben Bergeben der auf Entlaffung bezügliche Beschluß gesaßt und bei der Berwaltung als Antrag eingebracht. Die Be= auffichtigung der Lehrlinge wie in ihrer Arbeit fo besonders in ihrem Lebenswandel, vor allem nach der fittlichen Seite hin, ift eine hervor= ragende Aufgabe der Altesten; Ungehörigkeiten und Ungebührlichkeiten werden streng gerügt, bezw. durch Berlangerung der Lehrzeit bestraft: Böflichkeit und Bescheidenheit im Berkehr mit den alteren Arbeitern und Mahrung des Respekts vor der Erfahrung wird der Jugend mit Nachdruck zur Pflicht gemacht. Unguträglichkeiten, die dem Rufe der Ge= meinschaft nachteilig werden könnten, unterliegen dem Urteils= spruch des Altesten-Rollegiums, das daher auch die Entlassung von Arbeitern, die systematische Trunkenbolde sind oder trog Verwarnungen an gewerbsmäßigem Spiel sesthalten, beantragt. Fragen, welche auf wünschens= werte oder notwendige Abanderung oder Erganzung der bestehenden Fabrit= ordnung oder alter Bebräuche fich erftrecken, tommen gur Berhandlung behufs Vorlage bei der Verwaltung; mitberatend und thätig wirkt das Altesten=Kollegium an allem, was mittelbar ober unmittelbar in irgend einer Gestalt sich auf das materielle, fittliche und geistige Wohl ber Arbeiter und auf ihre Beziehungen zu der Berwaltung erstrectt.

In jeder Sizung findet protokollarische Aufnahme der Berhandlung in ihrem Entwickelungsgang statt: Bernehmung des Klägers, des Angeklagten, der Zeugen, Meinungsaustausch, Abstimmung und Beschlußsfassung; Abschrift dieses Protokolls wird dem Leiter des Werkes oder in seiner Abwesenheit seinem Stellvertreter behändigt, damit dieser die Aussührung der gesaften Beschlüsse anordne. Wenn ihm nun auch naturgemäß die Abänderung derselben zusteht, so wird er doch nur im alleräußersten Falle und nach gewissenhastester Prüsung davon Gebrauch machen, damit das Gewicht des Altesten-Kollegiums, die Bedeutung seiner Beschlüsse, nicht — auch nur scheindar — in den Augen der Arbeiter verliere.

Den nunmehr bestätigten Beschlüssen ist unbedingt Folge zu geben, und in der langen Reihe von Jahren, welche das Altesten-Kollegium auf unserem Kohenauer Werk thätig, ist eine Auslehnung gegen dieselben nur vereinzelt vorgekommen; in einem solchen Fall hat sie selbstredend zum Austritt aus dem Hüttenverbande gesührt. Willig und gern ersolgt die Unterwersung unter den Urteilsspruch, der in den weitaus meisten Fällen schäfter und in seiner Wirtung härter aussällt als eine Aburteilung durch den Vorgesetzen, aber dieser Urteilsspruch hat vor jedem anderen voraus, daß

er aus dem Munde der Arbeitsgenoffen, aus der unparteilschen Rechtsprechung der selbstgewählten Vertrauensmänner kommt, während eine Versordnung "von oben herab" meist mit jenem Mißtrauen betrachtet und aufgesaßt wird, das dem Arbeiter von Haus aus anhaftet und das — mitunter wohl auch nicht ohne Ursache — besonders in die Erscheinung tritt, wenn es der Unterwersung unter Vestimmungen einer einseitig von

der Verwaltung ausgehenden Anordnung gilt.

Da ist es nun allerdings ein Ersordernis, daß dem Altesten-Kollegium fe in Element angehört, das im Arbeitsverhältnis dem einzelnen oder einer Anzahl von Mitgliedern vorgesetzt ist; vorurteilssrei und unsbefangen wird die Rechtsprechung dann schwerlich sein, denn unbewußt wird, wenn auch nur in einzelnen Fällen — und ein Fall würde genügen — eine Beeinflussung eines Teils der Mitglieder durch jenes im Arbeitsvershältnis sür die materiellen Interessen bedeutungsvolle Element stattssinden, und mit dem natürlich richtigen Gesühl der von jenem Urteil Betrossenen würde eine Grundlage zum Mißtrauen gerade dort geschaffen,

wo Vertrauen die wesentlichste Bedingung bildet.

Es ist des Ferneren von Bedeutung, daß die zu mählenden Mit= glieder im Bollbefig der burgerlichen Ehrenrechte fein muffen. Die Bezeichnung "Altesten-Kollegium" schließt das gewiffermaßen schon in sich, denn es sollen diese "Altesten", als Träger des Bertrauens ihrer Mitarbeiter, in sich die Autorität, hervorgehend aus ihrer exprobten fitt= lich en Befähigung, verkörpern, nicht aber einen Arbeiterausschuß bilben. bei deffen Wahl die Berufsbefähigung ober Tüchtigkeit allein beftimmend Ein Konflitt mit bem Strafgesethuch läßt fich aus dem Leben nicht verwischen, und der feinfühlige Arbeiter wird sich immer daran stoßen, wenn ein folcher Rollege über ihn zu Gericht fitt. Run läßt fich wohl einwenden, daß die freie Wahl der Arbeiter auch die Garantie für eine autreffende Bahl geben wird; da bleibt indeffen zu bedenken, daß ein durch Lebenserjahrung und Menschenkenntnis, durch Gewandtheit im Berkehr und besonders bestechende Außerlichkeiten in einer Arbeitergruppe zum Ubergewicht gelangter Arbeiter die Stimmenmehrheit auf sich zu vereinigen vermag, ohne daß sein Charakter und seine Vergangenheit Burgichaft für die Bürdigkeit der ihm zugedachten Auszeichnung geben; einem folchen Miß= griff, der doch nicht unschwer möglich, vorzubeugen, bietet die Bedingung bes Bollbefiges ber burgerlichen Ehrenrechte und eine bestimmte Dienstzeit sicherlich ein erfolgreiches Mittel.

Wie das Statut und die daran geknüpften Erläuterungen belegen, hat die Berwaltung einen großen Teil der ihr zustehenden Gerichtsbarkeit an das Altesten=Kollegium abgetreten, aber dies hat keineswegs die Disciplin zu lockern vermocht oder die Arbeiter in ihrem Bershältnis zu derselben, ebenso wie zu den Beamten und Meistern aus den gebührenden Schranken heraustreten lassen, es hat im Gegenteil offen ers

tennbar Disciplin und Ordnung gefestigt.

Wie in dem Arbeiter, der sich seiner Pflichten bewußt ist und nun auch zu der Erkenntnis des Wertes seiner Rechte gelangt, das Bewußtsein

seiner Ehre erwacht, und er in diesem Bewußtsein freudig seinen Plat ausfullt, beffen gewiß, daß er ein Blied einer Gemeinschaft ift, beren Sache auch die seinige, so wird er sicher benen gegenüber, die in dieser Gemein= schaft die erste Stelle einnehmen, seiner Pflichten sich bewußt bleiben und die Erfüllung derfelben auch darin bethätigen, daß er als der Untergebene dem Vorgesetzten giebt, was er ihm schuldet. Er thut das gern, denn er weiß, daß die ihm eingeräumten Rechte ein Beweiß des Vertrauens und aufrichtigen Wohlwollens seiner Verwaltung find, die ihm in dem Altesten-Rollegium eine Vermittlung gegeben, welche neben und mit der Ver= waltung die Pflege feines Wohles, auf der Grundlage gewiffenhaftester Prüfung und vollen Verständniffes für das, was aut und nüte, beforgt. Allerdings muß das, was dem Arbeiter gegeben wird, ihm nicht ge= geben werden als der Ausfluß eines "Wohlwollens" bes "Berrn", der bon feiner höheren Warte herabsteigt, um plöglich ein Füllhorn von Beglückungen zu leeren. Nicht das, was ihm gegeben, ist allein ausschlaggebend, sondern wie es ihm gegeben, kommt Aus der Erkenntnis, daß der Arbeiter eine fociale in Betracht. Besserung seiner Lage zu fordern berechtigt ist, und sein Streben nach vorwärts und nach oben unterstützt werden muß, wenn es fich in den Grenzen des Gefetes halt und die bestehenden und nie vergehenden Standesunterschiede anerkennt, unterftütt werden muß gerade von der Seite, die werkthätig mit ihm zusammen arbeitet, — aus dieser Er= kenntnis heraus und in der dem Herzen entspringenden Bethätigung christ= licher Rächstenliebe und humanität muß der Arbeitgeber, den Arbeitern als Mensch näher gerückt, von den ihm traditionell gebührenden Rechten an jene das abgeben, was wie der Wochenlohn auf materiellem, so auf ibealem Gebiete ihren Gewinnanteil bilbet. Dann wird der Arbeitgeber durch das vermittelnde Glied des Altesten-Kollegiums immer volles Verftändnis für seine Absichten und Berordnungen finden und in der Aus= dehnung der Rechte seiner Arbeiter nur eine Stärkung, nicht eine Schwächung seiner eignen Stellung schaffen.

Wie wir bereits oben erwähnten, hat als Wirkung der Thätigkeit des Altesten-Kollegiums Disciplin und Ordnung stetig sich gesestigt, nicht eine Disciplin, die aus Furcht vor Strase jeder an sich selbst übt, die sich vielmehr als das dem einzelnen undewußte Ergebnis des Geistes der Kameradschaft äußert, des Geistes der Gemeinschaft auf einheitlich sittlicher Grundlage. Wieviel rascher sindet sich jetzt der Arbeiter, der nun weiß, daß seine Vertrauensmänner Mitberater gewesen, in die Abänderung althergebrachter und die Einsührung neuer Bestimmungen! Koheiten, Schlägereien, um nicht Schlimmeres zu nennen, gehören sast ganz der Vergangenheit an. Spieler und notorische Trunkenbolde sind entsernt. Wie häusig ist Unsrieden in den Familien durch die Intervention der Altesten, durch freundlichen Zuspruch, durch energische Ermahnung an die Ersüllung der Pflichten gemildert oder beseitigt worden! Wie viele Thorheiten, unberechendar in ihren Folgen, wurden, ehe sie zur Aussührung gelangten, verhindert, und mancher, auf dem Wege zum Laster,

rechtzeitig noch zur Umkehr gebracht! Der Ton ber Arbeiter untereinander ift ein anftandiger, gegen den Borgefetten mit dem ihm gebührenden Refvett auch in der außeren Form verbunden. Die Schranken, Die zwischen dem älteren und erfahrenen Arbeiter einerseits und dem jugendlichen Arbeiter oder Lehrling andererseits in geordneten Berhaltniffen bestehen muffen, find überall fichtbar; mit Achtung begegnet die Jugend dem alteren Arbeiter und folgt willig feinen Anweifungen. Erkennbar zieht durch das Ganze der Beift kameradschaftlicher Gemeinschaft, wir möchten fagen, jener mili= tärische Corpsgeist, der eine Macht bildet, durchgreifender und nachhaltiger schaffend und wirkend als Gesetzesparagraphen und Gewaltmittel, als Berheißungen und Versprechungen, als Aussichten auf persönliche Vorteile und Ehren. Pflichterfüllung in der Arbeit, in der Familie, draußen im burger= lichen Leben; - Treue dem Arbeitsgenoffen und dem Brotherrn, den Beboten, den Gesetzen und dem Könige; — Liebe zum eigenen Herd, zu Weib und Kind, jum Baterland; — Achtung vor der Religion, dem mahren Fundamente echter Sittlichkeit; - diefer Beift wird jede Arbeitergemeinschaft verbinden, wenn gegenseitige Achtung, ein warmes Herz des Gebenden und Vertrauen der Empfangenden Arbeitgeber und Arbeiter beseelt und in gemeinsamer Thätigkeit erprobt ist; wir haben das ersreulicherweise ersahren innerhalb der Jahre, die das Altesten-Kollegium auf unseren Werken seine Thätiakeit ausübt.

In welcher Form die Ausübung dieser Thätigkeit in den regelmäßig stattsindenden Situngen geschicht, — nur ein geringer Teil der Gesamtthätigkeit des Allesten-Kollegiums — das mögen einige Protokolle, die in wörtlicher Abschrift dem Schlusse der vorliegenden "Erläuterungen" beigefügt sind, belegen. Stil und Grammatik verraten den mit der Feder nicht Vertrauten, um so klarer und treffender ist das Botum.

Die Sitzungen selbst werden in einem nur diesem Zweck dienenden Zimmer, dem "Altestenzimmer", im Bereinshaus des betreffenden Werkes abgehalten; seine Ausstattung ist der Würde und der Bedeutung der Bersammlung angepaßt; die Bilder der Hohenzollernkaiser an der Wand; in Hufeisensorm der grüne Tisch; um ihn herum hochtehnige Sichenstühle; in der Mitte der Sessel des Vorsigenden mit Glocke und Stimmurne; keine überstüffige Dekoration; einsach und würdig soll das Zimmer dazu beitragen, denen, die hier Recht sprechen, ebenso wie denen, die dorgeladen werden, den Ernst der Situation nahe zu legen.

Che wir nun zu den unter Mitwirkung des Altesten-Kollegiums geschaffenen Sinrichtungen, die je ein in sich abgeschlossens Ganzes unter besonderer Versatten.

Ghe wir nun zu den unter Witwirfung des Altesten-Kollegiums geschaffenen Einrichtungen, die je ein in fich abgeschlossenes Ganzes unter besonderer Berwaltung bilden, übergehen, wollen wir einiger Bestimmungen Erwähnung thun, beren günstiger Ginsluß deutlich in die Augen springt und sich auch in dieser Richtung geäußert hat. Zuvörderst die Einholung des Heiratskonsense seiten

der jungen Leute.

Wie leichtsinnig werden oft Ehen geschlossen! Der Mann, kaum mehr als zwanzig Jahre alt, unersahren, in völliger Unkenntnis der Ehe, der Pflichten, die er durch sie übernommen, nun auch Ernährer einer Familie zu sein; das Mädchen, mangelhaft im Haus erzogen, im Fabrisbetrieb beschäftigt gewesen, ohne Kenntnis bessen, was zur Führung eines Hausdwesens gehört; beibe nicht nur ohne einen Psennig, der Wann auch noch verschuldet, so daß er, um die Kosten der Trauung und einer, wenn auch beschenen, Hochzeitsseier zu bestreiten, erneut Schulden machen muß; — da ist es eine ernste Pflicht des Arbeitgebers, dem jungen Mann, nach genauer sachlicher Prüfung seiner Verhältnisse durch die Altesten, in geeigneter Weise zu bedeuten, daß der beabsichtigte Schritt bessertwas später geschehe. Ohne die Verweigerung des Konsenses für setzt als eine Ve-

schränkung der persönlichen Freiheit aufzufassen, hat mancher junge Mann willig das "später" angenommen und dankbar des Einspruches gedacht, der im ersten

Augenblick ihm freilich nicht fo recht in Herz und Ropf gewollt.

Eine ferner tief in das Arbeiterleben einschneibende Abanderung alter Gewohnheiten ist die Streichung des Sonnabends als Lohntag und das strenge Berbot, unmittelbar nach der Lohnung, also "mit dem verdienten Lohn in der Tasche", ins Wirtshaus einzukehren. Die allwöchentlich fälligen Löhne werden am Freitag ausgezahlt, und die halbmonatlichen Accordabrechnungen, denen das Datum zugrunde liegt, erfolgen gleichsalls am Freitag, wenn der Sonnsabend das fällige Datum ist, und am Montag, wenn die Auszahlung am Sonntag fällig aewelen ist.

fällig gewesen ist.

Wer inmitten des Arbeiterlebens sicht, der erkennt gewiß die Berechtigung an, daß der Arbeiter, soll er auch vor allem in seinem Hauderstündigen Merholung genießen, doch auch hin und wieder zu einem Plauderstündigen mit seinem Kollegen zusammentressen will; ein Glas Bier dei harmloser Unterhaltung in einem anständigen Wirtshaus wird dem Arbeiter ebensowenig verderben, wie jeden anderen, wenn dieser Abend nur nicht oft wiederkehrt. Da liegt die Wahl des Sonnabends naturgemäß am nächsten; am folgenden Tage keine Arbeit, die ersreuliche Aussicht, ordentlich auszuschlassen; "auf ein Stündchen länger sommt's wohl nicht an", dentt die Mehrzahl; das möchte noch angehen, aber die Duelle vielen Clends ist dies Längerbleiben oft geworden, wenn das Geld in der Tasche klingt. Mancher Groschen des sauer verdienten Lohnes wandert dann in die Hand des zum Einschenken steibereiten Wirtes, und aus der Stunde der Erholung wird ein Abend der Aussichweisung, während daheim die Frau auf die Kücksehr des Ernährers wartet, mit dem sie den kommenden Sonntag als den eingesetzen Kuhetag freudig und still genießen wollte. Anders liegt es, wenn der Sonnabend aus der Reihe der Lohntage nursgeschieden wird; die Erwägung, daß am nächsten Morgen die Arbeit in gewohnter Weise verrichtet werden muß, hält einen großen Teil derec, die den Abend des Lohntages zum Ausgehen früher benutzen, daheim sest den Erhält dem Haus-

mefen nutlos vergeudete Grofchen.

Hand in Hand mit der vorbehandelten Beftimmung geht nun freilich, soll sie durchgreisend wirksam sein, das Berbot des Besuches eines Wirtshauses unmittelbar nach der Lohnung; diese Art Einkehr — "auf dem Wege nach Hause" — ist erfahrungsgemäß die schlimmste und hat manches schöne und frohe Familienkeben gestört oder seinen Frieden vernichtet. Wäre der Mann direkt von der Arbeit in seinen Familienkreis zurückgekehrt, hätte sich's behaglich am eigenen Herd gemacht, umgeben von den Liedesdeweisen der Seinen, dann würde er auch gern zu Haus geblieben sein und nun keine Gewissensdisse dann direkt von der Arbeit gemecht, umgeben von den Liedesdeweisen der Seinen, dann würde er auch gern zu Haus geblieben sein und nun keine Gewissensdisse denselben zum Unterhalte dienen sollte, in strästlichem Leichtsinn vergeubet zu haben. Gerade für den Arbeiter spielt es eine große Kolle, ob sich ihm unmittelbar nach beendeter Arbeit eine besondere Veranlassung zum Wirtshausdesluch bietet, so daß er, wie er eben die Arbeit verläßt, im Arbeitsrock, bestandt, beschmut, mit den äußeren Zeichen der Arbeit einkehren kann, oder ob er erst am späteren Abend eine Erholung sucht, die ihm die Phicht auferlegt, sich vorher vollständig zu säubern und umzukleiden. Derartige Außerlichkeiten, in einem anderen Stand nicht oder kaum beachtet, sind für den Arbeiter in den meisten Fällen ausschlagedend; in seinem Hein der Merkenten, in den meisten Fällen ausschlagedend; in seinem Heinerheites zu unterziehen; er bleibt zu Haus, und die Aufemerstamkeit einer verständigen Frau, die Freude der Kinder, die den Bater schon kohn ist der Familie gerettet.

Die erste von der Bermaltung unter Mitwirfung des Alteften-Rollegiums ins

Leben gerufene Ginrichtung ift die

Arbeiterfparfaffe,

in Rogenau seit dem 1. Januar 1876, in Mallmitz seit dem 1. Januar 1888 bestehend.

Statut der Arbeitersparkasse Marienhütte.

§ 1. Die Arbeiter ber Marienhutte errichten heute mit Genehmigung der Direktion unter sich eine gemeinschaftliche Sparkasse, welche ben Zwec hat, jedem Arbeiter Gelegenheit zu geben, in gesunden und glücklichen Tagen ein kleines Kapital für etwaige Unglücksfälle und Notstände zuruchzulegen.

Die Sparkasse wird unter Oberaufsicht der Direktion durch einen von dieser dazu bestimmten Beamten und eine von dem Altesten=Kollegium erwählte Deputation verwaltet.

Jeder Arbeiter ift von heute an verpflichtet, von feinem Cohne einen wöchent-lichen Beitrag von mindeftens gebn Reichspfennigen in die Sparkaffe gu gablen; auch die Lehrlinge haben fich an biefen Beitragen zu beteiligen, jedoch ift denselben gestattet, nach beendeter Lehrzeit ihre Einzahlung zuruckzufordern.

Gine Rudgabe ber Ginlagen findet nur unter folgenden Bedingungen ftatt: wenn der Einleger seine Einzahlungen bis auf sechstundert Reichsmark gebracht hat; borher ist eine Rückzahlung nur bei besonderen Notständen und Unglückställen statthaft, deren Feststellung aber der Direktion und bem Alteften-Rollegium zufteht, nicht dem Ginleger;

wenn der Einleger die Arbeit verläßl; wenn der Einleger mit Tode abgeht, in welchem Falle feine legitimierten Erben für ihn eintreten.

§ 10.

Anderungen des Statuts konnen auf Antrag des Altesten-Rollegiums mit Genehmigung der Direktion vorgenommen, jedoch muffen dieselben mindeftens einen Monat, bevor sie in Kraft treten, durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht

§ 11.

Die Auflösung der Sparkasse kann nur mit Genehmigung der Direktion auf Antrag des Altesten-Kollegiums ersolgen: ein derartiger Beschluß ist aber drei Monate zuvor durch öffentlichen Anschlag zur Kenntnis zu bringen; nach Ablauf dieser Frist erhält jeder Einleger den ihm zukommenden Betrag zurück.

Marienhütte bei Rogenau, den 1. Januar 1876.

Das Alteften : Rollegium.

.... Die Mitwirkung des Altesten=Rollegiums hat sich als besonders segensreich bei dieser Einrichtung erwiesen. In der ersten Zeit erschien der Sparzwang einem großen Teil der Arbeiter lästig, es fehlte das Vertrauen zu der Bedeutung und dem Rugen der Sparkasse; dazu kam die Annahme einzelner, es tonne, wenn die Sparfumme fich mehre ober die eingezahlten Betrage verhaltnis. mäßig hohe seien, eine Lohnermäßigung ober sonstige ungunftige Ginwirkung auf den maßig hohe seine kohnermaßigung oder sonftige ungunstige Einwirtung auf den Arbeitsverdienst eintreten, wie derartige Besorgnisse und Mißtrauensäußerungen in Geldfragen schließlich auch nicht überraschen können. Da hat nun bald das Altestenskollegium diese Bedonsen und Besorgnisse zerstreut, ist nachhaltig und erfolgreich dasur eingetreten, daß der Arbeitgeber aufrichtige Freude empsindet, wenn der Arbeiter spart, und daß er dem wirtschaftlichen Arbeiter sein Interesse doch sicher nicht minder zuwenden werde, wie dem, der nur den pslichtschuldigen Spargroschen zurücklegt. Bolles Vertrauen in den Segen der Sparkasse für jeden, sei er gut situtert oder lebe er aus der Hand in den Mund, hat Platz gegriffen und kommt in der Söke der Anglogen deutsch zum Ausdrusch in der Höhe der Anlagen beutlich zum Ausdruck.

Aber der Wert der Sparkaffe liegt nicht lediglich auf dem materiellen Gebiet; die ethische Seite dieser Einrichtung ist auch zu beachten. Der Arbeiter, der Freude am Sparen gewonnen, der bestrebt ist, das Ersparte zu mehren, ist naturgemäß sleißig in der Ausübung seines Beruses; er ist treu und zuverlässig, um seines Brotes ficher zu bleiben; er ift folid, um jede unnute Ausgabe zu meiben. Dies aber nicht allein; ift er verheiratet, wirkt ber Trieb zu sparen auch auf die Frau, bie im haushalt wirtschaftlich alles zusammenhält, auf die Rinder, die rechtzeitig ben Wert des Pfennigs ichagen lernen: so bildet die Sparsamkeit ein wichtiges Blied in der Rette der Beftrebungen, den Arbeiter in focialer Beziehung vormarts

zu bringen.

(Es folgt nun eine Schilderung des bestehenden Warenverkaufsladens und der Suppenauftalt, eine turze Erörterung der Wohnungsverhaltniffe und eine Dartellung derjenigen auf der Warienhütte ausgebildeten Institutionen, welche auf sittsliche Erziehung, auf Welehrung und Ausbildung, auf Anregung und Exholung, überhaupt auf die Psiege des geistigen wie auch des körperlichen Wohles der Arbeiter hinzielen — Fortbildungsschule, Kleinkinderschule, Sonntagsschule, Handsfertigkeitsunterricht, Bibliothek, Bereins- und Krankenhaus, Frauen- und Jungsfrauenderein, Hüttenkapelle, Gesang-, Militär-, Turnderein nebst Feuerwehr.)

Aus den Berhandlungen des Altesten-Rollegiums.

83. Sigung des Altesten=Rollegiums.

Berhandelt Marienhütte, den 14. August 1878. Der Arbeiter 2. klagt den Arbeiter 3. wegen Beleidigung und giebt an, daß 3. ihn im Beisein mehrerer Kollegen beschuldigte, eine Gelegenheitssuhre nach Sainau nicht bezahlt zu haben.

3. gesteht bei seiner Bernehmung zu, diese Außerung gethan zu haben, er will es jedoch nicht aus boser Meinung gethan haben. Das Kollegium beschloß, daß 3. dem L. Abbitte leiste und die Hand zur Verfohnung reiche, mas geschieht.

Ferner verklagt die Arbeiterin P. den genannten J. Diefelbe giebt an, daß J. fie icon mehreremale wegen ihres forperlichen Gebrechens chicaniert habe, will

jedoch nicht, daß derfelbe bestraft werden foll, sondern sie ferner in Ruhe lasse. 3. streitet nicht, sich biefes ju fculben fommen gelaffen zu haben, es maren ja alte Bekannte und beshalb hatte er fich einen Spaß erlaubt. Das Kollegium beichloß, baß 3. Abbitte leifte mit dem Bersprechen, sich ferner vor abnlichen Rebensarten zu huten, und wurde ihm bedeutet, bag er bei einer ahnlichen Rlage gebührend in Strafe genommen wird.

Der Brenner A. ersucht um Buruderstattung von 12 Mart seiner Sparein-lagen. Der Grund ift ärziliche Sulfe bei Entbindung seiner Frau, da fein jehiger

Berdienst nicht ausreiche, die Rosten zu zahlen.

Das Kollegium empfieht das Gefuch ber Buttenverwaltung gur Berud-

verbande ausgeschloffen.

Die Hüttenverwaltung wird gehorsamst ersucht, dem J. die Arbeit auf dem

Wert für immer zu verfagen.

Das Altesten=Rollegium. (Unterfdriften.)

315. Sigung des Altesten = Rollegium &.

Berhandelt Marienhütte, den 7. Juli 1888. Rach eröffneter Sigung wurde unter einer ermahnenden Unsprache der Tischler:

lehrling R., welcher mit dem heutigen Tage seine Lehrzeit keendet, freigesprochen. Es gelangte das von dem Schlosser G. gestellte Beiratsgesuch zur Beratung. Das Kollegium erwog die in die häuslichen Berhältnisse eingreisenden Fragen des Gesuchstellers nach berschiedenen Richtungen und tam, nachdem in Erfahrung gebracht worden mar, daß das Liebesverhaltnis des Benannten nicht ohne Folgen geblieben und beibe schon feit langerer Zeit gemeinsam am elterlichen Berbe bes Besuchstellers leben, was für die Zutunft wohl zu nichts Gutem führen könnte, zu dem Entschluß, da dem Mädchen nach keinen Richtungen hin schlechte Zeugnisse zur Seite fteben, Diefes Befuch ausnahmsweise zu befürworten.

Spartassengesuche gingen ein: Schleifer S. 15 Mt. Grund Doktorrechnung. Luherin B. 10 Mark. Grund Krankheit.

Beibe Gesuche wurden vom Alteften-Rollegium nach Prüfung bewilligt und unterbreiten wir biefelben ber Suttenverwaltung jur geneigten Beachtung. Das Alteften-Bollegium.

(Unterfdriften.)

17. Sigung des Altesten=Kollegiums. Berhandelt Marienhütte=Mallmig, den 19. Januar 1889. In der heutigen Sigung wurde gegen die Witwe F. aus B., zur Zeit in Arbeit im hiefigen Emaillierwert, welche am vergangenen Mittwoch Abend einen Topf im Werte von 10 Pf. entwendet und deshalb am Donnerstag aus der Arbeit entlassen wurde, verhandelt. Genannte bittet, weiter arbeiten zu dürfen, indem sie sich in der größten Not besindet, sie 5 Kinder und eine alte Mutter zu ernähren habe, den Tops auch nicht zum häuslichen Gebrauch verwenden wolle, sondern nur um ein bischen Essen auf Arbeit mitnehmen zu können. Das Kollegium nimmt daher von einer Beftrafung wegen ber großen Armut Abstand, bittet vielmehr bie hutten-verwaltung gehorsumft, Gnade für Recht walten ju laffen und bie Witwe in Arbeit zu behalten.

Ferner wurden die beiden Former A. und W. wegen Trunkenheit und Gin-

fehrens am Lohntage zu je 1 Mark Strafe verurteilt.
Ferner war der Formerlehrling B. wiederholt angeklagt, in B. bis nach
12 Uhr zur Tanzmusik gewesen zu sein, auch stellte sich während der Verhandlung heraus, daß er schon die Fortbildungsschule versäumt habe, um nur zur Musik geben zu können. Da der Lehrling die Anklage nicht streiten konnte und die vor-herigen Warnungen nichts genützt haben, verurteilte ihn das Kollegium zu 2 Mosnate langerer Lehrzeit.

Wir bitten die Huttenberwaltung gehorsamst, vorstehende Beschlüffe zu ge-nehmigen und die Strafen bei nächster Löhnung in Abzug zu bringen.

Das Altesten Rollegium. (Unterichriften.)

Wilhelmshütte, Uktiengesellschaft für Maschinenbau und Eisengießerei in Eulau-Wilhelmshütte.

Das Grundgesetz der Altestenvereinigung (vom 1. November 1885, abgeandert seit 1. April 1890) stimmt wortlich mit dem oben S. 37 abge= druckten Statut des Altestenkollegiums von Rogenau und Mallmig überein mit der Abweichung, daß die Altestenvereinigung aus 10 Mitgliebern ftatt 13 besteht und folgende Bestimmungen eingeschoben sind, welche dort fehlen:

"Wünsche, Anträge und etwaige Beschwerden der Arbeiter hat die Altestenvereinigung zur Kenntnis der Direktion zu bringen und überhaupt dafür Sorge zu tragen, daß das Berhältnis zwischen den Arbeitern und Beamten ein ungetrübtes bleibt und von gegenseitigem Vertrauen getragen wird.

Die Vereinigung verwaltet alle Wohlsahrtseinrichtungen und veranstaltet die jährlichen gemeinschaftlichen Vergnügungen."

Norder Eisenhütte, Julius Meyer & Comp., Eisengießerei, Schleiferei, Bernickelungsanstalt in Norden.

I. Gutachten. (Gest. Schreiben bes Herrn Direktor Kohlschütter p. pa. ber Firma an den Ausschuß des Vereins für Socialpolitik vom 25. Juni 1890.)

Wenn auch der auf unserem Werke bestehende Arbeiterausschuß erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit in Thätigkeit ist und wir demgemäß über die mit ihm gemachten Ersahrungen nur weniges berichten können, so entsprechen wir doch gern dem in dem gest. Schreiben vom 15. d. Mts. ausgedrückten Wunsche und übersenden Ihnen hiermit einen Abdruck der Satungen unseres Altesten-Ausschusses.

Der Absassung dieser letteren liegen in der Hauptsache die Bestimmungen zu Grunde, die für den gleichen Zweck auf der Marienhütte in Kohenau getroffen worden sind, nur ist das Ganze auf unsere wesentlich

fleineren und anders gearteten Berhältniffe zugeschnitten.

Bon einem sehr bemerkbar hervortretenden Einfluß der neuen Einrichtungen auf unser Verhältnis zu der Arbeiterschaft kann naturgemäß heute noch nicht die Rede sein, doch haben wir andererseits auch noch nicht zu bereuen gehabt, den Vertretern der Arbeiter nicht ganz unerhebliche Zugeständnisse hinsichtlich ihrer Mitwirkung bei der Einführung und Hadenhabung von Arbeitseinrichtungen gemacht zu haben. Die gewählten Ältesten selbst empfinden ihre Ernennung jedensalls als eine Auszeichnung, zweiselshaft bleibt es uns aber vorläusig noch, ob die übrige Arbeiterschaft sich lieber dem Spruche der doch von ihr vollkommen srei gewählten Vertreter aus ihrem eigenen Stande unterwirft, als dem der Werksverwaltung. Erst vor wenigen Wochen ist es z. B. vorgesommen, daß Arbeiter, die von den Ältesten in vollkommen gerechter Weise zu einer empfindlichen Geldstrase verurteilt wurden, dennoch lieber die Arbeit verließen, als sich dem Spruche ihrer eigenen Kameraden zu unterwersen.

Auch einen Einfluß auf die Lehrlinge in Hinsicht auf das Sparen dersfelben haben unsere Altesten im ersten Jahre noch nicht zu erlangen versmocht, keiner der Lehrlinge, denen sie nach Ablauf der Lehrzeit das Sparbuch aushändigten, ließ sich bewegen, weitere Spareinlagen zu machen.

Eigene Anträge von irgend erheblicher Bedeutung sind bisher seitens des Altestenausschuffes nicht gestellt worden, alle Vorschläge, bei deren Beratung sie zugezogen waren, gingen von der Werksverwaltung aus. Anertennen müssen wir dabei, daß eine freiwillige Ermäßigung der Arbeitszeit und die Festsehung neuer Gedingelöhne durch die Mitwirkung des Altestenausschusses wesentlich erleichtert wurde.

Unfere bisher gemachten Erfahrungen möchten wir so zusammensassen: die Wirksamkeit des Altestenausschusses hat dem Werke disher zwar noch keine augensälligen Vorteile gebracht, sie ist aber auch nicht im mindesten von schädlichen Folgen insoweit begleitet gewesen, daß auf seiten der Arsbeiter eine Anderung ihres Verhaltens, eine Zunahme unangemessener Forderungen zu bemerken gewesen wäre. Daß die erste Wahl, ganz ohne unser

Buthun, auf folche Leute gefallen ift, benen auch wir volles Bertrauen ent= gegenbringen, möchten wir als eine gute Vorbedeutung dafür ansehen, daß Die junge Einrichtung sich mit der Zeit als ein gutes Mittelglied im Verkehre der Verwaltung mit der Arbeiter= ichaft erweisen wird.

II. Statut des Altestenausschusses der Norder Gisenhütte.

Von dem Wunsche erfüllt, das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter der Arbeiterschaft unseres Werkes zu ftarken und ihr in allen möglichen Fällen einen Anteil an ber Regelung und Aufrechterhaltung ber Werksordnung zu verschaffen, hat die Werksverwaltung die Anregung zu der von ihr in keiner Weise beeinsluften freien Wahl eines aus vier Mitgliedern bestehenden

Altesten Deiener Dei Aufgebe besselben soll sein: ein Mittelglied zu bilden zwischen der Arbeiterschaft und der Werksverwaltung, er soll Wünsche und Beschwerden zur Kenntnis der letzteren bringen und jederzeit bestrebt sein, ein auf gegenseitiges Ber-

trauen gegrundetes gutes Einvernehmen zwischen beiben zu erhalten.
Unter Zustimmung der Werksberwaltung hat der Altestenausschuß für die Regelung seiner zufünstigen Wirksamkeit die folgenden Sahungen beschloffen:

Einrichtung des Altestenausschusses.

§ 1. Der Altestenausschuß besteht aus vier Mitgliedern und zwar von der zweiten Wahl an aus:

2 Mitgliedern aus ber Formerei,

1 Mitglied aus ber Schlofferei, Tijchlerei und Modellwertstatt,

1 Mitglied aus der übrigen Arbeiterschaft.

§ 2. Wählbar ift jeder großjährige Arbeiter, ber im Besitze aller staats-burgerlichen Rechte und mindestens funf Jahre auf ber Norder Gifenhutte als selbftanbiger Arbeiter thatig ift,

§ 3. Die Wahl der Altesten erfolgt in jeder der drei oben genannten Abteilungen selbständig und gleichzeitig. Die Dauer des Altestenamtes beträgt zwei Jahre, doch kann nach Ablauf berselben Wiederwahl stattsinden. § 4. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel. In festem Gehalte des Werfes

stehende Beamte und Dleifter find nicht mählbar.

§ 5. Der Altestenausschuß mahlt in seiner erften Sigung einen Borfigenden und einen Schriftführer. Die Beiglüffe bes Ausschuffes werben mit einfacher Stimmensmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheit das Los. § 6. Die Beschlüffe bes Ausschuffes werben in ein Berhandlungsbuch eingestragen, in das Einficht zu nehmen die Werksverwaltung jederzeit berechtigt ift.

Obliegenheiten der Arbeiterschaft gegenüber dem Altesten= ausschusse.

§ 7. Jeber auf ber Norder Gifenhutte beschäftigte Arbeiter ift verpflichtet, den Anordnungen bes Altestenausschusses innerhalb und außerhalb bes Wertes, soweit fie fich auf die Aufrechterhaltung der Ordnung und guten Sitte beziehen, unbedingt Folge zu leisten. Er übernimmt diese Berpflichtung beim Eintritt in die Arbeit, die Berweigerung der Anerkennung derselben zieht den Austritt aus dem Werksverbande nach sich.

§ 8. Die Arbeiter find berechtigt und verpflichtet, Berftoge gegen die Ordnung

innerhalb und außerhalb bes Werkes, die dem Ansehen des Werkes und seiner Ansgehörigen nachteilig sein können, dem Altestenausschuß anzuzeigen. § 9. Streitigkeiten unter Arbeitern sollen diese stets zur Entscheidung vor den Altestenausschuß bringen. Es kann das Ansehen der Arbeiterschaft nicht heben, wenn für folche 3mede gerichtliche Gulfe in Unfpruch genommen wird.

Schriften XLVI. - Sering.

Obliegenheiten des Altestenausschusses.

§ 10. Die Altesten sind verpflichtet, über die Ordnung innerhalb und außer-halb des Wertes nach besten Kräften zu wachen. Innerhalb des Wertes haben sie auf die punttliche Befolgung ber Wertsordnung zu achten, durch kamerabschaftlichen Bufpruch und Bermarnungen Ungehörigkeiten ju verhindern, wiederholte Bergeben und Ubertretungen bei ber Werksverwaltung zur Bestrafung anzumelben. Außerbalb bes Werkes haben sie nach Möglickfeit jede Handlung zu verhindern, die das Ansehen bes Wertes und das Beste desselben wie den guten Ruf der Arbeiterschaft

schädigen fann.

§ 11. Besondere Aufsicht haben die Altesten über das Berhalten der Lehr= linge ju führen, den vorzeitigen Befuch von Wirtschaften und Tangvergnugungen gu verhindern und ein bescheidenes und folgsames Betragen ben alteren Arbeitern gegen= über ftreng zu fordern. — Rach vollendeter Lehrzeit erfolgt die Lossprechung ber Lehrlinge und die Ausstellung des Lehrbriefes durch den Altestenausschuß, nachdem fich berfelbe für diesen Zweck die Zustimmung des betreffenden Meisters und der Werksverwaltung eingeholt hat. Die Beforderung des Sparfinnes bei den Lehr-Wertsbertoatting eingehott hat. Die Sestsvertung des Sparsinnes det den Lett-lingen soll sich der Altestenausschuß nach Möglichkeit angelegen sein lassen, vor allem auch zu erreichen suchen, daß die Spareinlagen nicht nur während der vier Lehr-jahre, sondern fortdauernd gemacht werden. § 12. Kommen Streitigkeiten zwischen Arbeitern zur Kenntnis der Altesten, so sind sie zur Bermittelung verpslichtet, sie haben es nach Möglichkeit zu verhindern, daß solche Streitigkeiten zu gerichtlichem Austrag kommen.

§ 13. Auf der Norder Eisenhütte sollen der Regel nach nur solche Arbeiter beschäftigt werben, die im vollen Befige ber burgerlichen Chrenrechte fich befinden. Im Falle biefelben einem Mitgliede ber Arbeiterichaft entzogen werben sollten, ober im Falle ein Arbeiter aufgenommen werden foll, dem fie abgesprochen worden find, jo fteht bem Altestenausschuß die Entscheidung über bas Berbleiben ober die Aufnahme des Betreffenden auf dem Werte allein gu.

§ 14. Bei ben unvertennbar schweren Schäbigungen, die der mißbräuchliche Branntweingenuß für den einzelnen und noch mehr für die Familie nach fich zieht, ist es die dringenoste Psticht des Altestenausschusses, diesem mit allen Mitteln ent-gegen zu arbeiten. Bor allem soll er zu verhindern suchen, daß vor Beginn der Arbeitszeit Schenken besucht und die Montagsarbeit durch die Folgen der sonntäg:

lichen Bergnügungen beeinflußt wird. § 15. Dem Altestenausschuß bleibt eine nach Bedürfnis herbeizuführende Ber-

vollständigung dieser Sahungen ausdrucklich vorbehalten.

Norden, im August 1889.

Der Altestenausschuß. (Unterichriften.)

III. Aus der Werksordnung der Norder Eisenhütte.

Im Einvernehmen mit dem Altestenausschuß ist die bisher gultige Werks= ordnung der Norder Gifenhutte in der nachfolgenden Beije erganzt und abgeandert worden:

§ 1. Die tägliche Arbeitszeit beginnt morgens um 6 Uhr und endet abends um 6 Uhr. Ruhepaufen finden statt morgens von 8-81/2 Uhr, mittags von 12-1 Uhr und nachmittags von 31/2-4 Uhr. Beginn und Ende berfelben werben durch Läuten angezeigt.

Das Mitbringen von Branntwein und jeder Branntweingenuß innerhalb des Bertes ift unstatthaft. Zuwiderhandelnde gegen diese Bestimmung tonnen mit einer Strafe bis zu drei Mark belegt werden. Außerdem ift das Werk berechtigt, aufgefundenen Branntwein mit Befchlag zu belegen.

Singen und Pfeifen innerhalb der Werkstätten, sowie jede geräuschvolle Unter-

haltung ift unterfagt.

Allen Arbeitern wird im Bertehr unter fich ein friedfertiges, rudfichtsvolles Benehmen zur Pflicht gemacht. Streitigkeiten find ftets vor den Altest enausichuß zu bringen, und von diesem nach Möglichkeit zu ichlichten. Selbsthulfe ist in allen Fallen unftatthaft, befonders im Berfehr zwischen alteren Arbeitern und Lehrlingen.

Glaubt ein Arbeiter sich durch die Anordnungen seines nächsten Vorgesetten benachteiligt, fo hat er darüber der Wertsleitung zu berichten, bleibt aber bis zu

beren Entscheidung ben Borfchriften bes Borgefesten unbedingt unterworfen.

Hinfichtlich der Lehrlinge werden folgende Beftimmungen getroffen: 1. Lehrlinge werden auf dem Werte nur angenommen, wenn fie fich durch schriftlichen, von den Eltern oder dem Bormunde vollzogenen, Bertrag zur Inne-

haltung einer vierjährigen Lehrzeit verpflichten.
2. Nach Bollendung der Lehrzeit erfolgt, wenn fich der Lehrling eine genügende Fertigkeit in seinem Handwerke angeeignet hat, die Lossprechung desselben und die Aushandigung des Lehrbriefes durch den Altestenausschuß.

3. Jeder Lehrling ist verpflichtet, während der Lehrzeit wöchentlich eine Spareinlage von fünfzig Psennigen bei der Werksverwaltung zu machen, die von dieser verzinslich angelegt wird. Über die angesammelten Beträge darf er erst dann verfügen, wenn er nach erfolgter Lossprechung noch ein halbes Jahr auf dem Werke in Arbeit gestanden hat. Die Aushändigung der Sparbucher erfolgt durch den Altesten =

4. Über das Berhalten der Lehrlinge innerhalb und außerhalb des Werkes ift ber Altestenausschuß Aufficht zu führen berechtigt und verpflichtet. Das Rauchen ift ben Lehrlingen verboten, ber Befuch von Wirtichaften und Tangbeluftigungen fann

ihnen jederzeit unterfagt werden.

5. Jeder Lehrling hat in seinem Borarbeiter den unmittelbaren Borgesetten zu erblicken, dessen Anordnungen er unweigerlich Folge zu leisten verpflichtet ift. Zu anderen Leistungen als denjenigen, die sein Handwert mit sich bringt, darf er jedoch bon feinem Borgesetten nicht angehalten werden.

Berftoße gegen die Beftimmungen Diefer Werksordnung werden mit Gelbftrafen belegt, deren höhe zu bestimmen der Wertstleitung überlaffen bleibt, die aber drei Mart in jedem einzelnen Falle nicht übersteigen durfen. Sämtliche eingezogene Strafgelber, die in der Regel am nächsten Lohntage gefürzt werden, fallen der Rrantentaffe der Norder Gifenhütte gu.

IV. Ans der Begräbnisordnung für die Angehörigen der Rorder Eisen-

Die Arbeiter der Norder Gisenhütte haben, in der Absicht, ihren gestorbenen Rameraden die lette Chre zu erweifen, die folgende Begrabnisordnung unter fich verabredet und beschloffen.

Das Begräbnis eines ber Sutte Ungehörigen ober eines Familiengliedes besfelben erfolgt burch ein, ein für allemal aus der Mitte ber Arbeiterschaft, gewähltes Trägercorps.

Die Bahl der Träger wird durch bie bem Borftand ber Krankenkaffe angehörenden Meister und Arbeiter vorgenommen, die aus ihrer Mitte einen Obmann ermählen. Diesem liegt die Aufsicht darüber ob, daß die Bestimmungen dieser Begrabnisordnung ftreng innegehalten werden.

4 *

Diefe Begrabnisordnung foll ber Fabrifordnung ber Norder Gifenhutte gleich geachtet werden, und für alle jest oder zufünftig auf derfelben in Arbeit Stehenden verbindlich fein.

Norden, am 27. Mai 1886.

Eisenwerk Kaiserslautern.

Herr Oberingenieur Uge sendet uns unterm 14. August 1890 nach= folgendes Statut für die kürzlich eingerichtete Arbeitervertretung mit dem Bemerken, daß die Einrichtung noch zu neu ware, als daß fich über den Erfolg etwas fagen ließe.

Statut einer Arbeitervertretung des Eisenwerks Kaiserslautern.

1. Die Arbeitervertretung hat ben 3med, als Mittelglied zwischen ben Arbeitern und beren Borgesetten, Bunfche und Beichwerben ber Arbeiter bem Borftande zu unterbreiten und Angelegenheiten der Fabrit im Auftrage des Borftandes zu besprechen, ferner Streitig feiten ber Arbeiter untereinander zu schlichten. Es foll jedoch der bisherige dirette Berkehr der Arbeiter mit den Borgesetten und dem Borstande in keiner Weise beschränkt werden.

2. Die Bahlen zu ber Arbeitervertretung erfolgen in jeder Abteilung felb-

ständig, unter Leitung des betr. altesten Meisters.
3. Auf je 50 Arbeiter wird ein Bertrauensmann sowie ein Ersasmann derfelben gemählt. Wertstätten und Arbeitergruppen mit weniger als 50 Mann bereinigen sich zur Wahl und wählen auch bann, wenn die Zahl 50 nicht erreicht wird. Rach dem heutigen Stand würde die mechanische Werkstätte 2, die Brückenbau-

anstalt 3, die Giegerei 4 und die Arbeiter der beiden Expedienten und der Rachel-

ofenfabrit 1 Bertrauensmann mahlen.

4. Wahlberechtigt ist jeder Arbeiter, der über 21 Jahre alt und 5 Jahre ununterbrochen in der Fadrik thätig gewesen ist.
5. Wählbar ist jeder Arbeiter, der über 25 Jahre alt ist und 8 Jahre unsunterbrochen in der Fadrik gearbeitet hat.
6. Die Vorstände der Krankenkasse sind Mitglieder der Arbeitervertretung,

fofern fie nicht birett gewählt worden fein follten.

7. Die Bertrauensmänner mählen unter sich einen Borfigenben und Stell=

vertreter, das erste Mal unter Leitung eines dazu delegierten Wertsbeamten.

Das Amt des Schriftführers besorgt ein Comptoirist, welcher aber nicht ftimmberechtigt ift.

8. Der Borfigende beruft die Sigungen und muß folches innerhalb 3 Tagen

thun, sobald ber Geschäftsvorstand ober 3 Bertrauensmanner es verlangen.

9. Gin Bertrauensmann, der das Geschäft verläßt, scheidet natürlich von der Bertretung aus. Wenn der Bertrauensmann und der Ersahmann einer Gruppe nicht mehr vorhanden, so ift die Erganzungswahl vor der nächsten Sigung vorzu-

nehmen.

Anmerkung d. Herausg.: Neben sonstigen Wohlsahrtseinrichtungen — Penstions: und Unterstühungskasse ohne Beiträge der Arbeiter, Gewährung von zu 31/2 % berzinslichen und mit ½ % amortisserderen Vorschüssen und Häuserdau — besteht seit Frühjahr 1890 die Stiftung eines "Ehrengabensonds" für Arbeiter. Aus demselben werden "Ehrengabescheine" im Werte von 100 Mark an diejenigen Arbeiter, welche fünf Jahre lang im Werke thätig gewesen sind und die aktive Wahlberechtigung zur Arbeitervertretung gewonnen haben, ausgegeben. Die Scheine können ischarzeit gegen Narrachtung umgetauscht werden sie werden im ührigen is tönnen jeberzeit gegen Barzahlung umgetauscht werben, sie werden im übrigen je nach der Geschäftslage, mindestens aber mit 5 % verzinst.

Württembergische Metallwarenfabrik Beislingen = St.

Schreiben des Direktors Herrn Kommerzienrat C. Haegele an den Ausschuß d. Ber. f. Socialpolitik vom 8. Juli 1890.

Auf das geehrte Schreiben vom 22. pto. teile ich Ihnen ergebenft mit, daß wir an Stelle der Arbeiterausschüffe den "Bohlfahrtsverein für die Angehörigen der württembergischen Metallwarenfahrit" haben, der die Ausdehnung der Krankenkaffensfürsorge — der gesehlich organisierten Vereinsthätigkeit zwischen Unternehmer und Arbeiter — auf das gesamte Gebiet der Beamten: und Arbeiterspürsorge unseres Unternehmens jum Biele hat.

Ich beehre mich, Ihnen anbei die Statuten, sowie Sahresbericht 1889/90 zu übersenden, woraus Sie alles Räheres zu ersehen belieben.

Auf Grund der bisherigen Bjährigen Erfahrungen ift eine Reubearbeitung ber Statuten vorgesehen.

I. Statuten des Wohlfahrtsvereins der Angehörigen der württembergischen Metallwarenfabrik in Geislingen=St.

Der Berein ift am 2. Februar 1887 ins Leben gerusen anläglich einer Erinnerungsseier, welche die Angehörigen der Metallwarensabrik, zum 15jährigen Gründungstag unserer Stammsabrik in Eglingen, dem Gründer derselbeu, ihrem Direktor C. Hacgele, veranskaltet hatten. Derselbe erklärte, die Kundgebung als eine Mahnung an die beiderseitigen Berpstichtungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter anzunehmen und legte alsdann einem engern Kreis den Plan des Bereins vor, in welchem die Geschäftsleitung, die Angestellten und die Arbeiter zur Lösung socialer Ausgaben zusammenwirken sollen. . . . § 1. Der Wohlsahrtzvere in der Angehörigen der württembergischen Metallwarensahrik bezweckt, unter Mitwirkung der Geschäftsleitung, die durch die Soc

tallwarenfabrit bezweckt, unter Mitwirfung ber Geschäftsleitung, die durch bie Socialgesetgebung des Deutschen Reichs eingeleiteten Bestredungen zur Hebung des Arbeiterstandes, im engeren Kreise zu erganzen und schließt sich der Krankenkasse dieser Fabrit an, indem die Mitglieder der letteren jugleich Mitglieder des Wohl-

fahrtebereins werden fonnen.

Leiftungen der Krankenkaffe zu Gunften bes Wohlfahrtsvereins find aus-

geschloffen.

§ 2. Die Aufgaben des Bereins werden durch seine Abteilungen bearbeitet, beren Borfigende und Mitglieder von den Bertretern der Krankenkaffenmit= glieder (Generalversammlung) durch Zuruf gewählt werden.

Die jährlichen Reuwahlen ersolgen in einer Bersammlung, welche sich unmittelbar an die Jahres-Generalversammlung anschließt.
Die Bersammlungen des Vereins und der Abteilungen finden an Sonn- und Feiertagen oder nach Schluß der Geschäftszeit statt.
§ 3. Der Vorstand wird gebildet: Aus den Borstandsmitgliedern der Krankenkasse und den Abteilungsvorsigenden, welche die Geschäftsleitung freiwillig im Sinne der Statuten der Krankenkasse nich der Geschüchtschaft mit der Direktion besorgen. Der Borstand konstituiert sich alljährlich sofort, nachdem die Abteilungen gemahlt find, mahlt feinen Borfigenden, deffen Stellvertreter, ben Schriftführer und ben Kaffier und forgt für Erfat und Stellvertretung. Die Abteilungsvorsitzenden bestimmen ihre Stellvertreter und Schriftführer.

Die Borftands- und Abteilungsmitglieder werden fofort nach der Bahl durch

Unichlag bekannt gemacht.

Borftandafipungen finden ftatt im Januar und Juli und fonft nach Bedürfnis. § 4. Die Abkeilungen bestehen je aus 7 Mitgliedern, welche sich durch Beiwahl verstärken können. Sie werden durch ihre Borsipenden monatlich mindestens einmal, auf Antrag des Bereinsvorsitzenden oder auf Antrag der Abteilungs= mitglieder gur Beratung berufen. Gie übergeben bem Bereinsvorsitenden ihre Prototolle nach jeder Beratung.

Dieser legt die Borschläge der Abteilungen der Direktion im Protokollbuch zur schrift= lichen Begutachtung vor und erledigt sie alsdann mit dem Vorstand oder giebt sie bem Abteilungsvorsigenden zur Erledigung zurud. Borerst treten 7 Abteilungen in Wirksamkeit. Weitere Abteilungen werden nach Bedarf durch Beschluß der Generalversammlung gebildet.

§ 5. Die Aufgaben der Abteilungen find folgende:

1) Gefundheitsabteilung. Borjorgende Gefundheitspflege: Arztliche Untersuchungen franklicher und schwächlicher Mitglieder burch bie Krantentaffe (bie betr. Mitglieder ober ihre Wertstattvorftande oder Abteilungsmitglieder beantragen beim Borftand ber Rranten= fasse Untersuchungsscheine, welche zur Untersuchung durch den betr. Kassenarzt berechtigen. Die arztlichen Berichte gehen an den Kasser, welcher sie dem Abteilungsborstand übergiebt); monatliche Einholung und jeweilig sosortige Beratung der ärztlichen Berichte; Anträge an den Borstand der Krankenkasse oder an die Dis ber ärztlichen Berichte; Anträge an den Vorttand der Krankenkale oder an die Direktion; Ermöglichung von Kuren und Unterbringung in Specialheilanstalten; Beschaffung von dem Gesundheitszustand kränklicher Mitglieder entsprechenden Beschäftigungen; Einrichtung einer Badeanstalt und eines Krankenzimmers; Ergänzung und Erhaltung der Unfallverhütungsmaßregeln; allgemeine Vorsichtsmaßregeln gegen Krankheiten; Beseitigung schöblicher Zustände in den Arbeitsz und Wohnräumen (Anträge über letztere an Abteilung 5); Berusung eines Zahnarzts; Einübung einiger Mitglieder in der Hitgliedering bei Verwundungen u. s. w.
Borsorge für Familienangehörige der Witglieder: Übernahme der Arztz und Apothekerkosten oder eines Teils derselben bei sehr bedürstigen Mitgliedern sir deren Kamilienangehörige auf die Vereinskosse eines Kamilienangehörige auf die Vereinskosse einer Kamilienangehörige auf die Vereinskosse einer Kamilienangehörige auf die Vereinskosse eines Kamilienangehörige auf die Vereinskosse eines Kamilienangehörige einer Konstindung einer Kosse

für deren Familienangehörige auf die Bereinstaffe, event. Gründung einer Raffe zur Aufbringung ber Dottor-, Medigin- und Sterbegelder für die Angehörigen ber Bereinsmitglieder; Unterbringung von franten ober vertruppelten Familienangehörigen

in Unftalten u. f. w.

2) Bulfsabteilung.

Übersicht: Berteilung und Einzug von Fragezetteln (je am 15. Januar jeben Jahres und sonst nach Bedarf) über Mißstände und Wünsche der Mitglieder; Sichtung und Beratung ber Ergebniffe; Untrage an die Direttion und an die Ab-

Borforge: Ansammlung eines Reservesonds für Zeiten großer Not behufs Ankauf von Lebensmitteln u. dgl.; Unterstügung in dringenden Einzelnotfällen, bezw. Antrage an die Direktion; Unterbringung der Angehörigen besonders des drängter Familien in besser stituierten Familien bezw. Anstalten; Beschaffung von Arbeit aller Art für die Arbeitslosen bei Arbeitsbeschränkungen; Beradreichung von Reisegeld an auswärts Arbeit suchende Mitglieder; Sorge sur Unterkunft Arbeitsloser auswärts 2c. 2c. Beurteilung und Beratung in Bohnfragen mit Rücksicht auf die Keiskungen des Arbeiters und die Eankurrentsklickeit des Weichstels Mässlichte bie Leiftungen bes Arbeiters und Die Konkurrengfähigkeit bes Geschäfts. Dioglichfte Beschräntung der Überzeit- und Sonntagsarbeit u. s. w.

3) Lebensbedürfnisabteilung.
Ermäßigung der Lebensmittelpreise auf die Höhe der Preise der benachbarten Städte; gemeinichaftlicher Einkauf von Lebensdedürsnissen aller Art unter billiger Berücksichtigung der Gewerbetreibenden in der Stadt und Umgebung; Kontrollierung der gelieferten Waren nach Menge und Güte; Prüfung der von den Mitgliedern über Lieferanten und Lieferungen eingereichten Beschwerden und Uhhülfe für dieselben ebent. unter Zuhülfenahme öffentlicher Warnung durch Fadrikanschlag oder durch die Presse; Regelung der Zusuhr und des öffentlichen Verkaufs von Gemüse und dal. 2c. 2c. Cründung einer Speiseanstalt; Verabreichung von billigem Kasses für Keuerarbeiter u. 1. w. für Feuerarbeiter u. f. w.

4) Sparabteilung. Sparkaffe: hinmeis aller, besonders aber der jugendlichen Mitglieder aufs Sparen und aufs Schonen bes eigenen (wie bes fremben) Befipes; Bermittlung

ficherer Unlage ber Spareinlagen.

Borforge gegen bas Schulbenmachen: Bermittlung von Unlehen und Ratenzahlungen zur Schulbentilgung für würdige Mitglieder unter Bedingungen gegen Gläubiger und Schuldner zum Schutz und zur Befreiung des letteren; Gin= führung und Empfehlung des Systems der Barzahlung, Befämpfung bes Borginftems; Aufdectung und Berfolgung von Bewucherungen und Ablölung folder Laften; Beratung bei beabsichtigtem Eingehen von Miet-, Bacht- und Kaufverträgen.

Berficherungen: Empfehlung und Erleichterung von Lebensverficherungen,

Reuerverficherungen ac.

Belehrung und Beratung in allen biefen Dingen.

5) Wohnung sa bteilung.
Sorge für gefunde und behagliche Wohnungen; Ermöglichung ber langfamen Erwerbung eigener kleiner Häuser; Beschaffung von guten und billigen Haushaltungs-einrichtungen und von praktischen Seiz- und Kochvorrichtungen; Bearbeitung ber Berichte (je am 15. Januar jeden Jahres j. Abt. 2) über die Wohnungsverhältniffe der Mitglieder; thunliche Berücksichtigung etwaiger Wünsche und Beschwerden; Stellungnahme gegenüber ungerechtfertigt hohen Mietpreifen; Unichaffung und Ber-teilung von Samen zc. von Biergewächsen in und vors haus zc. zc.

Belehrung und Beratung in allen biefen Dingen.

Belehrung und Seratung in auen diesen Eingen.
6) Jugendabteilung.
Beauffichtigung, Belehrung und Ermahnung der jugendlichen Arbeiter beiderlei Geschlechts (insbesondere der Lehrlinge) in Bezug auf Beschäftigung, fittliches Wohlsverhalten, Fleiß und Ausdilbung in den Fortbildungs: und Sonntagsschlen; Empfehlung derer, die sich burchaus gut gehalten haben, nach auswärts, event. Präsikung dere harbeiten Gesing für jugendliche Errichtung und Beauffichtigung eines Beims für jugendliche miierung berfelben. Arbeiter, einer Kleinkinderschule und Bewahranftalt, einer Saushaltungsichule fur jugenbliche Arbeiterinnen.

7) Erholungs: und Bildungsabteilung.

Beranftaltung von geselligen Bereinigungen und Erholungsabenden mit Bortragen, Mufit und Gefang; Betampjung von Unmagigteit und Ausschweifungen bei Sonntags= 2c. Vergnügungen; Errichtung einer Bibliothek unterhaltender und belehrender Bücher und Zeitschriften; Sebung des religiösen, sittlichen und patriotischen Gefühls der Mitglieder ohne specifisch konfessionelle oder politische Beeinslussung.

§ 6. Die Beschluffe der Abteilungen, welche nach § 4 zur Ausführung

gelangen, werden, soweit sie von allgemeinem Interesse sind und nicht Angelegensteiten einzelner Mitglieder betreffen, durch Anschlag bekannt gemacht. § 7. Wünsche und Anträge sind entweder schriftlich mit Namensangabe im Briefkasten des Wohlsahrtsvereins niederzulegen oder mündlich den Abteilungs vorfigenden vorzutragen. Der Brieftaften wird vom Schriftführer täglich geleert und fein Inhalt im Ginverftandnis mit dem Borfigenden den Abteilungen überwiefen.

§ 8. Die Beiträge find freiwillige und betragen entweder mindeftens 10 Pf.

monatlich ober mindeftens M. 1.20 im Jahre.

Söhere Beiträge werden dantend angenommen.

Die Zeichnung der Beiträge erfolgt bei Übergabe der Statuten durch den Meifter, bei Neueintretenden am zweiten Zahltag. Neueintretenden ift beim Gin= tritt vom Meister ein Exemplar Diefer Statuten gu übergeben.

Die Zeichnungslisten werden jährlich am 2. Januar erneuert. Die Jahresbeiträge werden bei der Zeichnung gezahlt und wird vom Kassier

bafür Quittung ausgestellt.

Die Monatsbeiträge werden am 2. Zahltag des Monats in Abrechnung gebracht.

Die Beiträge der einzelnen Mitglieder werden gebucht und bei Bemeffung von Unterstützungen berücksichtigt, wobei aber der Bedürftigkeit gebührend Rechnung zu tragen ist. In Fällen besonderer Dürftigkeit kann vom Vorstand beim Ausscheiben eines Mitglieds die Rückzahlung der eingezahlten Beiträge bewilligt werden.

§ 9. Bezüglich ber

Raffenführung und Rechnung lage, ber Unlage ber Raffengelber und bes Refervefonds gelten bie entsprechenben Beftim= mungen ber §§ 19 und 20, bezüglich der Abnahme ber Jahresrechnung und der Wahl des Revisionsausschuffes zur Prüfung der Kassenrechnung diejenigen des § 30, bezüglich der Haffe der Borstandsmitglieder für die pflichtmäßige Verwaltung der Kasse diejenigen des § 27 des Krankenkassenstatis.

§ 10. Der Jahresbericht wird durch den Borfigenden bearbeitet und im Ginvernehmen mit dem Borftand und der Direktion festgestellt. Derselbe enthält eine turge Uberficht über die Leistungen des Bereins und deffen Raffenführung im lebt= verfloffenen Ralenderjahr und foll je bis 31. Januar gedruckt den Mitgliedern übergeben merden.

Befehen und genehmigt:

Beiglingen, im September 1887.

Die Direktion der Württ. Metallwarenfabrik.

II. Aus dem IV. Jahresbericht des Wohlfahrtsvereins der württemberg. Metallwarenfabrik Geislingen (1889/90).

Die Jahresversammlung ber Krantentasse am 24. April 1890 gehalten; in berselben wurde über die Vereinsthätigkeit im Jahre 1889 berichtet.

Der Vorstand

besteht aus den Mitgliedern des Krankenkaffenvorstands und den beigewählten Mitgliedern als Bertretern der verschiedenen Fabrifabteilungen, gur Zeit zusammen aus 20 Mitgliedern.

Im Herbste 1889 wurde ein ausschließlich für die Bereinszwecke thätiger Geschriftleführer bestellt, welcher zugleich die Schriftleitung ber seit Januar 1890 alle 14

schäftsführer bestellt, welcher zugleich die Schriftleitung der seit Januar 1890 alle 14 Tage erscheinenden Bereinszeitung: "Feierstunde" besorgt.

Der Borstand hält seine regelmäßigen Situngen jeden Montag und eventuell Dienstag nach Feierabend, in welchen alle Bereinsangelegenheiten besprochen, Gezuche aller Art zur Begutachtung für die Direktion vorberaten und geprüft werden. Die Arbeit der ursprünglichen Bereinsabteilungen wurde in den Vorstand verlegt, welcher einzelne Ausgaben kleineren Kommissionen zu zeitzweiliger oder dauernder Ausschus unter Leitung des Borstands überträgt; so besteht z. B. der Ausschus für die Wirtschaft und Speiseanstalt, das Mädchenheim zc. Die Statuten werden neu bearbeitet. Von der Erhebung eines Mitzaliederheitzgaz konnte dauf der Fürstrage der Direktion abgesehen werden.

gliederbeitrags konnte dank der Fürsorge der Direktion abgesehen werden.

Vermögensstand:	
Die Einnahmen im Jahre 1889 find:	
Von der Fabrikwirtschaft	2418.81
Im Briefkasten "	16.20
Geschenke der städtischen Handwerker "	20.—
Zuweisung der W.M.F	1 500.—
Zinsen	262.30
M 4	4 207.31
Auslagen:	
Berschiedenes, Gehalt des Sekretärs zc	423.95
Somit Überschuß	3 783.36
Hierzu Überichuß vom Vorjahr "	8661.08
Bermögen bes Bereins am 31. Dezember 1889 M	7 444.44
Dasfelbe ift bei ber Metallwarenfabrif angelegt.	
	000.—
Das Vermögen ber Krankenkaffe	3 000.—
	400.—
	7 700.—
Für Wirtschaftsgebäude und Arbeiterkasino stehen	
jur Berfügung 45	5 000.—
zusammen 36 246	i 100.—

Die Thätigkeit des Wohlfahrtsvereins erftredte fich auf folgende Aufgaben:

1. Gefundheitspflege.

a. Beilanftalten. Die Bereinsangehörigen murben bei Auffuchung bon Heilanstalten beraten und es wurden für Leidende Freistellen in Staatsanstalten

b. Die Babeanstalt wurde am 6. Juli 1889 eröffnet und gab von da an bis April 1890 ca. 16 000 Braufebaber, 220 Bollbaber und 50 Dampfbaber unent=

geltlich ab.

d. Die Berpflegung geit seitens ber Krankenkaffe beschränkt sich nicht auf bie gesehliche Grenze von 13 Wochen, sondern wird je nach Bedarf durch Krankenfaffe und Unterftugungsfonds verlangert; in gleicher Weife find freiwillige Beitrage gu Ruren und gahlreiche augerordentliche Berwilligungen gegeben worden.

e. Die Borrichtungen zur Sicherung gegen Unfälle, zur Bermeibung von Zugluft, zur Abführung schlechter Luft u. s. w. wurden wie bisher in thunlichster

Beife vervolltommnet.

f. Die Leistungen der Krankenkasse werden vom 1. Juli 1890 an ausgebehnt auf die Familienangehörigen der Mitglieder für Arzt, Apotheker und Sterbegelb. Die Mehrkosten werden durch die Zuwendungen der Direktion aufgebracht, wofür wir unfern herzlichen Dank aussprechen.
2. Statistik über Löhne und Lebenshaltung u. a.
Alls eine wichtige Reuerung und als eine Hauptgrundlage, für unsere Arbeit wurde auf Beranlassung der Direktion

eine Statistit über Löhne und Lebenshaltung angelegt. Dieselbe foll fortlaufend weitergeführt werden, um ein überfichtliches Bilb von der Lebenslage unferer Mitglieder gu betommen und diejenigen, welche durch große Familien oder aus anderen Urfachen in schwierigen Lebenslagen fich befinden, zur Förderung und event. Unterstützung der Direktion vorschlagen zu können.

Die alleinige Boraussegung für die Leistungen des Unternehmens und bes Bereins gegenüber feinen Ungehörigen ift bie treue Pflichterfüllung

und ein friedfertiges, geordnetes und fparsames Leben . .

b. Der Zahltag war früher halbmonatlich. Auf Antrag, der Flaschnerei wurde die Frage vom Wohlfahrtsverein untersucht und alsdann in Übereinstimmung mit den Wünschen unserer Angehörigen die Direktion erzucht, 14tägige Lohnzahlungen mit Auszahlung am Freitag Abend (unter thunlichster Berücksichtigung der Feste Weihnachten, Ostern 20.) einzuführen. Diese Einrichtung ist seit 5. April 1889 einz geführt und bewährt sich gut. Die Stägige Auszahlung wurde von der großen Mehrjahl unferer Mitglieder nicht gewünscht.

c. Die Arbeitszeit im Frühjahr und Sommer 1889 war burchschnittlich 10 Stunden, im Spätjahr 12 Stunden.

Dieselbe ift wegen des verschiedenartigen Bedarfs nicht gang gleichmäßig und es erweift fich hin und wieder als nötig, in einzelnen Werkstätten über Zeit arbeiten zu laffen, um die anderen voll zu beschäftigen.

d. Die Sonntagsarbeit blieb beschränkt auf bringende Ausbesserungs=

arbeiten und die gesethlich zuläffige Arbeit in der Glashutte; an ben Samstagen wirb, soweit es bas Geschäft irgend erlaubt, die Arbeit 1 Stunde früher als an den

anderen Wochentagen geschloffen. -

Es folgt ein umfaffender Bericht über Beratung und Unterftügung der Arbeiter durch den Verein in Geldangelegenheiten (Schuldentilgung) und Rechtsfragen, über den Einkauf von Lebensmitteln im großen, die Anlage von Arbeiterwohnungen, einer Kaffeeküche, von Speiseanstalten, eines Mädchenheims, Arbeiterkafinos, Lesezimmers, einer Bibliothek, über den Geschäftsgang der Sparkasse und die Fürsorge für jugendliche Arbeiter (Fortbildungsschule, Prüfungen, Turnspiele während der Arbeitspausen 2c.).

Textilinduftrie.

Mechanische Weberei zu Linden (Hannover).

Herr W. B. Berding schreibt uns unterm 4. Juni 1890 über die von ihm als Borstand der gegen 2000 Arbeiter zählenden Fabrik im Juli 1889 ins Leben gerusene

"Ständige Arbeiter=Beratungskommission":

... Besonders hervorzuheben ist zunächst, daß der Geist unter den Arbeitern des Etablissements durchweg ein sehr guter ist, so daß die Arbeiterschaft, von Bertrauen zur Leitung beseelt, sur diese neue Einrichtung auch wohl ein besonders gutes Verständnis hat. Es ist dieses bei den aus unseren Ersahrungen etwa zu ziehenden Kückschlüssen auf die allgemeine Anwendsbarteit dieses Systems der Arbeiter-Ausschüsse zu berücksigen, und habe

ich deshalb geglaubt, diefes voranschicken zu muffen.

Ich kann nun nach den etwa 11 monatlichen Erfahrungen nur meine volle Zufriedenheit mit der Wirksamkeit unserer Ständigen Arbeiter=Beratungs= tommission aussprechen und freue mich, daß ich dieselbe ins Leben gerufen habe, ebenfo wie ich glaube, daß diefelbe fich in Zukunft bewähren wird. In allen Fragen, welche ich mit der Kommission beraten habe und welche biefe allein auf Grund des Statuts beraten hat, habe ich gefunden, daß biefelbe ein großes Intereffe für die Sache bekundet und mit vollem Ernfte und gutem Willen bestrebt gewesen ift, die Interessen der Fabrit ebenfowenig wie diejenigen der Arbeiter aus dem Auge gu verlieren. benn auch nach den bon mir gewonnenen Gindruden außer 3weifel, daß manche gute Einrichtungen für die Fabrik ebenfowohl wie für die Arbeiter burch diefe gemeinsamen Beratungen wesentlich gefördert werden können. Es muß ja auch jedem, welcher einen Einblick in das Wefen und das Gemut des Arbeiters gewonnen hat, einleuchten, daß dieser jede Einrichtung höher achten und lieber gewinnen wird, welche ihm nicht lediglich bon oben herab auferlegt, bezw. gewährt, fondern deren Wert mit ihm beraten wird, und bei deren Geftaltung er feine Un= sicht nach Möglichkeit mit berücksichtigt sieht. Ich muß hier der von ein= zelnen Fabritanten gehegten Anficht, die Arbeiter=Ausschüffe wirkten ftorend

auf die Erhaltung des ihnen, den Fabrifanten, am Bergen liegenden und von ihnen gepflegten patriarchalischen Verhältnisses zwischen ihnen und ihren Arbeitern, meine durch die Erfahrungen des letten Jahres bestätigte Anficht entgegenstellen, daß da, wo ein gutes patriarchalisches Berhältnis über= haupt noch besteht, dieses bei richtiger verständnisvoller Handhabung durch die Arbeiter-Ausschüffe nur gefestigt werden kann, da icon die Bekundung des Bertrauens, welches der Arbeiterschaft burch Ginrichtung der Ausschüffe gezeigt wird, als Bethätigung eines recht patriarchalischen Sinnes seitens bes Fabritheren gur Geltung gebracht werden tann, ebenfo wie die Berhandlungen der Ausschüffe dem Fabrikherrn die Gelegenheit bieten, bei den Urbeitern das Berftändnis dafür zu erhalten, daß er als väterlicher Fürforger ihr Bestes will. Ohne dieses Verftandnis feitens der Arbeiter murde aber das, was man vielleicht für ein patriarchalisches Berhältnis halt, in Wirklichkeit höchstens der Schein davon fein. Auch die größten Wohlthaten, welche man den Arbeitern gewissermaßen als Geschenke erweift, werden oft mit Migtrauen entgegengenommen und in der Allgemeinheit felten voll und gewiß nicht so gewürdigt wie diejenigen Wohlthaten, welche der Arbeit= geber ihnen zwar aus eigenem Antriebe bietet, aber doch in freier Bereinbarung mit ihnen bespricht und nach Möglichkeit so zu gestalten sucht, wie die Arbeiter sie nach ihrer eigenen Beurteilung in ihrem Interesse gestaltet zu feben für zweckdienlich halten.

Wenn die Arbeiter dabei zweckwidrige oder undurchführbare Wünsche haben, so wird es selten schwer halten, sie von der Zweckwidrigkeit und Undurchführbarkeit zu überzeugen, und das bei diesen Beratungen sür die zweckmäßige Gestaltung einer solchen Wohlthat bekundete Interesse des Arbeitzgebers für das Beste der Arbeiter wird dann die Wohlthat vielleicht doppelt

wertvoll machen.

Weit über den fachlichen Verbefferungen, welche das Re= fultat der Beratungen in den Ausschüffen find, steht die Thatsache, daß die Arbeiter bei der Handhabung von Einrichtungen, bei deren Gestaltung von ihrer Seite mitgewirkt ist, größere Zusriedenheit hegen, und daß dadurch besonders in großen Betrieben die Geschäftsgebarung mit einem Arbeiterstande, welcher sich durch eine berartige Heranziehung feines Urteils und feiner Mitwirkung gehoben und befriedigt fühlt, eine viel zuverlässigere und angenehmere wird. Falschen und irr= tümlichen Gindrücken, denen der Arbeiter, wenn man ihm keine Gelegen= heit giebt, seinen eigenen Ansichten Ausdruck zu geben, sich leicht hingiebt, kann man durch solche Beratungen auch am besten vorbeugen. Schon die bloße Existenz einer derartigen Kommission, einer Vertretung, durch welche der einzelne Arbeiter seine Ansichten vorbringen kann, muß nach meiner Anficht das Gejühl auch des Einzelnen heben und mancher Mißstimmung Durch dieses gehobene Gefühl, sich in seinem Stande als Mitberater geachtet und anerkannt zu sehen, wird der Arbeiter nicht anmaßen= ber, sondern im Gegenteile zugänglicher für Belehrung und versöhnlichen Beift.

Auch die einzeln laut gewordene Ansicht von Fabrikanten, durch der=

artige Ausschüffe wurde die Autorität der Betriebsbeamten. Meister und Auffeher untergraben, finde ich in keiner Weise bestätigt, wohl aber glaube ich, daß diefe Einrichtung geeignet ift, in mancher Beziehung auch erziehlich auf die Meifter einzuwirken. Dag Digftimmungen und Digverständnisse zwischen Arbeitern und Leitung durch verkehrte Magnahmen und bariches Wefen oder unehrbares Betragen von Unterbeamten, Meistern zc. in manchen Källen hervorgerufen werden, ist nicht zu bestreiten. 3ch will damit keinen Tadel gegen die Betriebsbeamten, Meifter und Aufseher im allgemeinen aussprechen; dieselben find ebensowohl ein unentbehrliches Binde= glied zwischen Arbeitern und Leitung, als auch notwendig in ihren Special= fächern als selbständige Organe der Leitung und verdienen im allgemeinen gewiß die Anerkennung, daß fie ihre Stellung richtig auffaffen, auch manche Unangemeffenheit einzelner Arbeiter in richtiger Weise abwehren und der Leitung ersparen, sich damit besassen zu mussen. Es giebt aber auch Ausnahmen, daß ein Meister den Posten durchaus nicht in richtiger Weise außfüllt und den Arbeitern berechtigten Anlaß zur Unzufriedenheit giebt, wovon die Leitung, wenn überhaupt, erft zu fpat Renntnis erlangt. Das Borhandensein des Arbeiter-Ausschuffes beffert entweder den verkehrten Meister oder bringt seine verkehrte Sandlungsweise früher zur Kenntnis der Leitung. welche dann rechtzeitig einschreiten kann.

Biele Fabrikanten, welche von Arbeiter-Ausschüffen nichts wiffen wollen. sagen, daß dieselben unnötig, und wenn sie nicht geradezu schädlich seien, boch nur die Bedeutung einer harmlosen Spielerei hätten. Sie glauben, daß fie für fich das Richtige getroffen haben, indem fie angeb = lich den Zutritt zu ihnen jedem Arbeiter, welcher etwas auf dem Berzen hat, offen halten. Die Herren haben entweder nicht genügend über die Sache nachgebacht oder kennen die Arbeiter schlecht, wenn fie glauben, der Arbeiter, welcher sich schlecht behandelt jublt, wurde sich über den Meister 2c. bei ihm, dem Fabritanten, sofort beklagen. Das wird der Arbeiter aus Furcht vor Vergeltung feitens des Meisters meistens erst im alleräußersten Falle thun, wenn er es darauf ankommen lassen will, seine Stelle gang aufgeben zu muffen. Bis dahin wird er im Unwillen vieles hinnehmen, seinen Unwillen aber auf die Mitarbeiter mit zu übertragen geneigt fein. Zum Fabrikherrn geht er nicht fo leicht. Wohl aber wird er fich entschließen, einem Bertreter bes Ausschuffes fich zu eröffnen. Möglichkeit, Rlagen der Arbeiter durch den Ausschuß bor die Fabrikleitung gebracht zu feben, wird die einzelnen Meifter zc., welche fonft die Gewohn= heit haben, den Arbeitern unangemeffen entgegenzutreten, in ihrem Berhalten beeinflussen. Dadurch wird aber ihre Autorität nicht geschwächt, sondern aus sich selbst herausgehoben. Der Fabritherr aber. welcher bei großem Arbeiterpersonale keinen anderen persönlichen Berkehr mit den Arbeitern hat als denjenigen, welchen ihm ein einzelner Arbeiter einmal bietet, wenn er ein besonderes Anliegen hat, wird dem Bergen der Arbeiter fremd bleiben. Das Sprichwort "Kleine Ursachen, große Wirtungen" ift nicht zum allerwenigsten auf die Berhaltniffe zwischen Arbeit= gebern und Arbeitnehmern anwendbar. Auch in kleinen, anscheinend un=

bedeutenden Sachen weiß der Arbeiter meistens das Bertrauen und aufrichtige

Wohlwollen, welches man ihm erzeigt, wohl zu würdigen.

Mag man nun die Arbeiter=Ausschüffe eine harmlofe Spielerei nennen. oder mag man darin richtiger eine für die Fortbildung des guten Berhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in großen Betrieben wichtige Einrichtung erkennen, da wo die Arbeiter selbst solchen Ausschüffen Interesse entgegenbringen und mit Berständnis darauf eingehen, wird die Einrichtung bei richtiger Handhabung des Fabrikherrn immer eine für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern fegensreiche fein, mogen nun die Beratungsgegenstände mehr ober minder wichtiger Ratur sein. Wie wohl man aber auch wichtige Angelegen= heiten mit Arbeitern, welche nicht allzusehr verhett sind, in sachgemäßer Weise behandeln kann, dafür glaube ich durch die Verhandlungen, welche ich mit unserer Ständigen Arbeiter-Beratungskommission über den Normalarbeitstag gepflogen habe und von denen ich einen turgen Auszug im Druck hier beifuge, den Beweis geliefert zu haben. Die Ausschuffe nüten aber nichts, wo nicht Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenseitig Sinn und Berständnis dajür haben, und deshalb glaube ich auch, wäre es verkehrt, sie geseklich obligatorisch einführen zu wollen.

Wohl aber halte ich die in der Novelle zur Gewerbeordnung vorgesehene gesetzliche Verpflichtung der Arbeitgeber, die allgemeinen Fabrikordnungen mit ihren Arbeitern zu beraten, für nüglich. Unsahhängig davon, daß dadurch die Fabrikordnungen für die Arbeiter alles Gehässige verlieren, wird dadurch vielen Arbeitgebern eine Einleitung geboten, freiwillig auch für andere Zwecke Ausschiffe zu organisseren. Ich habe schon vor 18 Jahren die Fabrikordnung mit unsern Arbeitern nicht nur beraten, sondern gemeinsam sestgestellt, und als solcher gegenseitig vereindarter und bindender Dienstvertrag hängt die Fabrikordnung aus. Daß man in solchen Sachen die Arbeiter sragt und ihre Ansicht kundgeben läßt, ist nur billig. Wenn der Fabrikant dem Arbeiter nicht mal soweit entgegenkommen und nicht anerkennen will, daß er als mit berecht igter Kontrahent doch auch eine Meinung haben dars, muß er sich nicht wundern, wenn der Arbeiter sich nicht von Liebe zu seinem Arbeitsverhältnis besecht und an seinen Arbeitgeber nicht anders als durch die Not und den Zwang geseinen Arbeitgeber nicht anders als durch die Not und den Zwang ges

feffelt fühlt.

Auf Grund der erwähnten, durch gegenseitige Bereinbarung sestgestellten Fabrikordnung, kann jeder Arbeiter jeden Tag ohne vorherige Kündigung austreten und auch entlassen werden. Trot dieser beiderseitigen Freiheit, ist das Band, welches die Arbeiter und Fabrik bezw. Fabrikleitung versbindet, weil es durch gegenseitige Achtung und Anerkennung von Rechten und Pflichten geknüpst ist, sester als manches andere an eine längere Kündigungssrift gebundene Engagement. Während des ca. 18jährigen Bestehens dieses sreien Verhältnisses haben wir nie die geringste Schwierigkeit mit den Arbeitern gehabt, und selbst in Zeiten, wo der Verdienst in unserer Fabrik wegen ungünstiger besonderer Verhältnisse geringer war als in anderen Fabriken der Umgebung, in denen wegen besonderes

gunstiger Verhaltniffe Arbeiter zu höheren Löhnen gesucht wurden, find uns

die Arbeiter, für welche wir Beschäftigung hatten, treu geblieben.

Wenn selbstverständlich die Söhe des Berdienstes für die Arbeiter in erster Linie wichtig ist, so legen dieselben doch auch auf die Art der Beshandlung, welche ihnen in der Fabrik zuteil wird, bezw. auf die Achstung, welche sie ihrem Stande als Arbeiter durch Anerstennung eines Mitbestimmungsrechtes in den dazu geeigneten Angelegenheiten erwiesen sehen, großen Wert, und ich sür meine Person muß gestehen, daß ich bei allem, was ich als Leiter der Fabrik in Arbeiterangelegenheiten anzuordnen habe, eine große Bestiedigung sinde in dem Bewußtsein, darin vorher den Rat und die Zustimmung der Arbeiter einsgeholt zu haben.

Wie in die gegenwärtige Entfremdung zwischen Arbeitern und Arbeit= gebern anders als durch die Pflege des Bewußtseins der Gemein= famteit der beiderseitigen Interessen und den zur Weckung des= felben nötigen perfönlichen Gedankenaustausch eine Wendung gebracht werden tonnte, ist mir nicht ersichtlich. Schwer ist es, da, wo die Gemüter der Arbeiter durch Agitation verbittert sind, diesen Weg zu betreten, aber nicht unmöglich. Biele, fehr viele Arbeiter, welche durch falsche Lehren verbittert find, find doch nicht fo verftodt, daß fie nicht schließlich aufrichtig gemeinte Bemühungen, ihrem Stande das zu gemähren, was die bestehenden Berhältniffe möglich und billig erscheinen laffen, anerkennen und ihr Berhalten davon beeinfluffen laffen wurden. Wenn dadurch bei folchen Arbeitern auch nur der weiteren Berhetzung vorgebeugt wird, so ift das schon ein Gewinn. Bei vielen Arbeitern aber wird die Gemahrung des Rechtes, in den dazu geeigneten Angelegenheiten mitzuberaten, der Berhetzung geradezu einen Riegel vorschieben.

Aber ich wiederhole, alles, was in dieser Sinsicht geschehen kann, muß nach meiner Ansicht aus freier Überzeugung und den eigenen Im= pulsen einer wohlwollenden, zur Versöhnung der Gegensätze geneigten Gesinnung hervorgehen. Maßnahmen dieser Art, welche auf Zwang basierten, würden die Gegensätze in unversöhnlichem Geiste auf einander stoßen zu lassen geeignet sein und dann die Entsremdung versichärfen.

Statut der Ständigen Arbeiter = Beratungskommission der mechanischen Weberei zu Linden.

I. 3 weck.

§ 1. Zur Förderung der Interessen des Geschäftes und der Arbeiter ber mechanischen Weberei zu Linden wird eine aus 25 Mitgliedern bezw. deren Ersahmännern bestehende "Ständige Arbeiter = Beratungskommission" ernannt.

Die Mitglieder und deren Ersahmänner werden von den Arbeitern der mechanischen Weberei zu Linden selbst aus ihrer Mitte gewählt; sie berwalten dies Amt als Ehrenamt.

Mit Annahme der Wahl übernehmen die Gewählten auf Ehrenwort

die Verpflichtung, bei allen auf Grund dieses Statuts ihnen unterbreiteten Fragen nach ihrer besten Überzeugung und mit allen Kräften durch Kat und That mitzuwirken, daß dieselben nach bester Möglichkeit zum Wohle der Fabrik und der Arbeiter erledigt werden, und auch sonst zur Förderung der in den nachsolgenden Paragraphen dieses Statuts angegebenen Zwecke nach Krästen beizutragen.

§ 2. Der Kommission liegt insbesondere ob:

I. ein pflichtmäßiges Gutachten abzugeben:

- a. in Angelegenheiten, welche die Wohlsahrt der Fabrik betreffen, b. in Angelegenheiten, welche zum Schutze und zur Wohlfahrt der Arbeiter und Arbeiterinnen der mechanischen Weberei zu Linden dienen;
- II. in den unter Nr. I, a. und b., bezeichneten Angelegenheiten selbst Anträge zu stellen, wodurch jedoch das Recht des Fabrikvorstandes, auch ohne Mitwirkung der Kommission Anordnungen zu treffen, nicht berührt werden soll;

III. im Arbeiterpersonale Ehrenhaftigkeit, Ordnung und gute Sitten aufrecht zu erhalten, Streitigkeiten zu verhüten oder zu schlichten;

IV. Sorge zu tragen für Aufrechterhaltung der Fabrikordnungen, Unfallverhütungsvorschriften und aller anderen Anordnungen und Maßnahmen, welche das Interesse, die Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter und die Ehre und Wohlsahrt des Geschäfts berühren;

V. Wünsche und Beschwerden der Arbeiter zu untersuchen und, soweit sie solche sur gerechtsertigt halten, mit ihren Anträgen zur Kenntnisdes Fabritvorstandes zu bringen;

VI. nach Anordnung des Fabrikvorstandes bei der Ausführung der von demselben zum Wohle der Arbeiter getroffenen Ginrichtungen und Bestimmungen im Vereine mit den vom Vorstande sonst dazu ernannten Versonen nach besten Kräften mitzuwirken.

II. Bestimmungen über die Wahlen.

§ 3. Die Beratungs-Kommission besteht aus soviel Personen, daß auf annähernd 60—80 Arbeiter ein Kommissions-Mitglied kommt und zwar vorläufig bis auf weiteres aus 25 Personen, welche von den einzelnen Betriebs-Abteilungen je aus ihrer Mitte gewählt werden, wie solgt:

а	1. Weberei, Aufbäumerei, Schlichterei und Weberei=Beaufsich	htiç	gung	ន្ទ=	
	perfonal				6
ł	o. Sammtschneiderei , Sammtschneide = Beaufsichtigungs = Perf	onc	ıl u	nd	
	Stopferei				4
C	. Sämtliche Färberei = Abteilungen				3
d	l. Glätterei 2c. mit schwarzem Schersaal				2
ϵ	e. Aufmacher und Packer				2
	f. Senger und Bürster mit weißem Scherfaal				1
	g. Appretur und Moleskin=Schersaal und Rauherei				1
]	1. Maschinisten, Heizer und Kohlenschieber				1
j	i. Werkstatt				2
		ම	umr	na	22

Für fämtliche Mitglieder werden von den obigen Betriebs-Abteilungen

in gleicher Zahl Ersakmänner gewählt.

Die Zahl der Bertreter kann nach Ablauf jeden Jahres je nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter durch Anordnung des Fabrikvorstandes vermehrt, nach Ablauf jeder Wahlperiode aber auch vermindert werden. Bei Bermehrung der Zahl geschehen die Zuwahlen durch die betreffenden Absteilungen in derselben Weise wie die anderen Wahlen.

Die Wahl gilt zum erstenmale für 3 Jahre vom 1. Januar 1890 an und später immer für weitere 3 Jahre, von Ablauf der vorhergegangenen

Wahlperiode an gerechnet.

Die Ausscheidenden find wieder mählbar.

Wenn ein Mitglied aus dem Dienste der mechanischen Weberei zu

Linden austritt, fo erlischt damit von felbst die Mitgliedschaft.

§ 4. Wählbar ist jeder Arbeiter ober Meister der Fabrik, sosern er das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, mindestens 3 Jahre in der Fabrik besichäftigt ist und einen tadellosen Lebenswandel jührt.

§ 5. Die Wahlen find von jeder Betriebsabteilung in einer besonderen

Wahlhandlung vorzunehmen.

Zu jeder Wahl ist die betreffende Betriebsabteilung 3 Tage vorher unter Mitteilung des Ortes, der Zeit und der Zahl der zu wählenden Mitglieder und Ersatmänner durch Anschlag in der Fabrik einzuladen.

§ 6. Die Wahlhandlung jeder einzelnen Abteilung geschieht unter Leitung eines von dem Fabrikvorstande damit Beaustragten, und zwar jedesmal in einem Wahlgange in der Weise, daß die Namen der in der Verssammlung zur Wahl Vorgeschlagenen deutlich sichtbar angeschrieben werden. Jeder anwesende Wähler hat dann soviel Namen auf einen ihm einzuhändigenden gestempelten Zettel zu schreiben, als Mitglieder der Kommission und Ersahmänner derselben von der betreffenden Abteilung zu wählen sind.

Wenn mehr Namen auf einem Zettel stehen, so ist derselbe ungültig. Diejenigen, auf welchen sich der Reihe nach die meisten Stimmen vereinigen, sind als Mitglieder der Kommission gewählt; die übrigen sind Ersatymänner.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Log.

Wenn kein Widerspruch stattfindet, kann auch per Acclamation gewählt werden.

Das Resultat der schriftlichen Abstimmung wird durch zwei von der Bersammlung dazu ernannte Anwesende unter Aufsicht des Borsitzenden ermittelt.

Über die Wahlhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen.

Rach jeder Wahl werden die Ramen der Gewählten durch Unschlag in ber Fabrik bekannt gemacht.

§ 7. Wenn alle Wahlen zum erstenmale vollzogen find, werden die Gewählten zu einer Sitzung behufs Wahl eines Vorsitzenden und eines Stellvertreters für die Zeit bis Ende 1890 von dem Fabrikvorstande zusammenberusen. Später wählt die Kommission alljährlich in ihrer ersten Sitzung den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

Der Borfitende bleibt im Amte bis fein Nachfolger gewählt ift.

Den Schriftführer ernennt aus der Zahl der Mitglieder ber Fabrit-

III. Berfahren im Falle des Ausicheidens eines Mitgliedes.

- § 8. Scheidet vor Beendigung der Dauer der Wahlperiode ein Mitglied der "Beratungs-Kommission" aus, so wird, wenn für die betreffende Betriebsabteilung mehrere Ersahmänner vorhanden sind, durchs Los bestimmt, welcher von den Ersahmännern der betreffenden Betriebsabteilung in die Kommission eintritt. Ist auch kein Ersahmann aus der betreffenden Betriebsabteilung mehr vorhanden, so ist für den Kest der Dauer der Wahlperiode von der betreffenden Betriebsabteilung aus ihrer Mitte eine Neuwahl vorzunehmen.
 - IV. Berufung ber Mitglieder zu ben Sikungen.

§ 9. Die Sitzungen der Kommission finden nach Bedürsnis auf Einsladung des Vorsitzenden statt. Die Einladung ersolgt schriftlich an jedes Mitglied unter Angabe der Tagesordnung.

Der Borsitzende ist zur Einberusung einer Sitzung verpflichtet, sobald der Fabrikvorstand, oder 8 Mitglieder der Kommission, unter Angabe der

jur Beratung zu ftellenden Gegenftande, dies verlangen.

Das Lokal für die Sitzungen bestimmt der Fabrikvorstand. Derselbe kann den Sitzungen persönlich mit und ohne einen oder zwei Beamte, oder durch einen oder zwei von ihm bezeichnete Stellvertreter beiwohnen.

Tag und Stunde der Sigungen und die Tagesordnung find bem Fabrikvorstande mindestens 2 Tage vor Einladung der Mitglieder und mindestens

5 Tage vor dem Tage der Sitzung vom Borfitgenden mitzuteilen.

Der Fabrikvorstand behält sich das Recht vor, sowohl die Tagesordnung zu vermehren, als auch ihm ungeeignet erscheinende Gegenstände im Einverständnisse mit dem Vorsitzenden davon abzusehen.

In den Sitzungen ist jedem Mitgliede in der Reihenfolge, wie es sich

jum Worte gemeldet, vom Vorfigenden das Wort zu erteilen.

§ 10. Die Beschlüsse ersolgen durch Stimmenmehrheit, bei Gleichheit der Stimmen entscheidet der Borsitzende. Alle Beschlüsse und Protokolle sind in ein Protokollbuch einzutragen, welches nach jeder Feststellung eines Protokolles und vor Aussührung der Beschlüsse dem Fabrikvorstand vorzulegen ist. Derselbe kann deren nochmalige Beratung verlangen, wenn er solche für schädlich oder statutwidrig hält.

Bei Beratungen, welche ein Mitglied der Kommission persönlich betreffen, hat dasselbe die Sigung auf Anordnung des Borsigenden während der Dauer

diefer Beratung zu verlaffen.

Schriften XIVI. - Sering.

Die Beratungs-Kommission und der Fabrikvorstand sind besugt, in besonderen Fällen über Verhandlungen und Beschlüsse Verschwiegenheit auszu= erlegen, deren Bruch durch Ausschließung aus der Kommission bestraft werden fann.

Die Kommission kann zur Erledigung bestimmter Aufgaben einzelne Mitglieder beputieren, auch Vertrauensmänner aus den Kreifen der Arbeiter zuziehen.

V. Statut=Anderung.

Anderungen gegenwärtigen Statuts ober Zufätze zu demfelben können vom Kabrikvorstande angeordnet, oder unter deffen Zustimmung durch die Kommission mit 2/8 Majorität beschlossen werden.

Auszug aus den Berhandlungen der Ständigen Arbeiter=Beratungs= Kommission der Mechanischen Weberei zu Linden am 19., 25. und 29. April 1890.

Auf den Antrag des Fabritvorstandes wurde die Ständige Arbeiter-Beratungs= tommiffion der medanifchen Beberei ju Linden zu einer Sigung auf ben 19. April berufen mit folgender Tagesorbnung:

1. Mitteilung des Fabrikorskandes über die Resultate des absgelaufenen Geschäftsjahres.

2. Besprechung der Frage:
"If die geschliche Beschränkung der Arbeitszeit für erwachsene männsliche Arbeitstellung weicht ihre alles bei geschliche Beichungsweise

die gesetzliche Festitellung eines für alle Zweige gleichmäßigen, so-genannten Kormal-Arbeitstages in einem Fabrikbetriebe wie dem unfrigen überhaupt durchführbar?"

Bu Ar. I ber Tagesordnung teilte ber Direktor, Kommerzienrat Berding ber Bersammlung mit, daß bis dahin die Geschäftslage, deren außergewöhnlich schwierige Gestaltung im Jahre 1888 die mit den Bertretern der Arbeiter vereinbarte Herabsehung der früheren Cohnsche zur betrübenden, aber unabweislichen Notwensbigkeit gemacht habe, bis dahin noch ununterbrochen so ungünstig geblieben sei, daß die Fabrik fortwährend mit Berlust habe arbeiten müssen, um nur einen einigersmaßen geregelten Betrieb zu unterhalten, daß die Geschäftsaussichten für den Herbeiten wirden der bei ber ber betrieb zu unterhalten. fich aber jest gunftiger gestalten. Es fei einige Aussicht vorhanden, die Bertaufs-preise alsbann auf eine folche Sohe zu bringen, daß die Fabrit wieder ohne Berluft arbeiten und dann die früheren Lohne wieder bewilligen könne. Sobald diefes eintrete, werde er es als seine ihm gewiß sehr am Herzen liegende Pflicht erachten, die Kommission davon zu benachrichtigen und dem gegebenen Bersprechen gemäß die früheren Lohnsähe wieder in Kraft zu sehen.
Die Kommission nahm hiervon Kenntnis und gab der Hossinung Ausdruck, daß die Erwartungen des Fabrikorstandes auf eine günstigere Gestaltung der Geschäftsenerköllnisse sich der wirden währen.

verhältniffe fich vermirklichen mögen.

Bu Ar. 2 ber Tagesordnung leitete Herr Direktor Berding die Berhandlungen ein, indem er hervorhob, daß es bei der jegigen Agitation für gesetliche Magnahmen in Bezug auf Regelung der Arbeitezeit in den Fabriken von Wichtigkeit sei, daß die Arbeiter felbst fich ein klares und unbefangenes Urteil darüber bilben, welche Rich= tung dabei einzuschlagen und welches Ziel im Auge zu behalten, ihr eigenes Intereffe erfordere. Wenn auch die Beratungen der Kommission nur den Zweck haben können, die auf die eigene Fabrit bezüglichen Verhältnisse zu erörtern, so sei in diesem Falle, wo es sich darum handle, festzustellen, wie eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit und die Feststellung eines Normalarbeitstages auf die Entwicklung unsres Etablissements einwirken würde, nicht zu umgehen, daß die Kommission auch die alls

gemeinen gewerblichen Berhattniffe und die von allgemeinen Gefichtspunkten aus für und wider einen Normalarbeitstag zur Geltung zu bringenden Gründe erörtere. Mit den Bestrebungen der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern, die Arbeitszeiten nach Möglichkeit auf ein solches Maß zu beschränken, daß die Arbeiter dabei sich wohl befinden und Freude an der Arbeit behalten konnen, muffe ein jeder sympathifieren, es muffe aber vor allem auch im Auge behalten werden, daß die Lebensfähigfeit ber Induftrie gewahrt bleibe. — Wo noch zu lange Arbeitszeiten gebräuchlich find, muffen die Arbeitgeber und Arbeiter fich mit Bertrauen entgegenkommen und die richtige Grenze, auf welcher bie beiberseitigen Intereffen am beften zu vereinigen find, zu finden Dag diefes Biel durch gefengeberifche Fesistellung einer einheitlichen, fogenannten Normal-Arbeitszeit erreicht werden tonne, muffe er bezweifeln; bagu feien die Berhältniffe zu mannigfaltig. Was in einem Betriebszweige zu wenig fei, konne Arbeitszeit, in der diel sein. In der mechanischen Weberei zu Linden sei die Arbeitszeit, in der die Rohgewebe verarbeitet würden, regelmäßig 10 Stunden pro Tag. Die Warenmengen, welche da erzeugt würden, würden in gewissen Jahreszeiten nur zur Hälfte versauft, dafür dann in anderen Jahreszeiten das Doppelte. Die Rohware könne im voraus auf Lager gearbeitet, folglich in den Abteilungen der Rohwarensabilitation die Normal Arbeitszeit eingehalten werden; das Färden und Berebeln ber Ware muffe fich aber nach bem wechselnden Bedarfe regeln, ba bie gefarbte Ware bei fehr langem Lagern an Frifche ber Farben, folglich an Wert verliere, auch die Farben, welche verlangt wurden, fich im voraus nicht bestimmen ließen; folglich mußte entweder die Farberei fo groß fein, daß fie gu Beiten mehr als die tägliche Weberei-Produktion fertig stellen könne, und es müßten dann vorzübergehend soviel mehr Färber 2c. angestellt, diese aber, sobald die Zeit großen Bebarfes wieder vorüber mare, wieder entlaffen werden, oder es mußte gu Beiten regen Bebarfes, wie es in ben guten Geschäftsjahren bislang geschehen ift, mit Uberftunben gearbeitet, folglich der sogenannte Rormal : Arbeitstag beseitigt werden. Abgesehen bavon, daß das fortwährende Neuanstellen und Wiederentlaffen von Arbeitern ben Interessen und Wünschen dieser letteren nicht entsprechen könne, sei es ganz unvereinbar mit der Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Fabrik. Mit einem immerfort wechselnden Arbeiterstande könne kein regelmäßiges Fabrikat erzielt werden, und darauf fäme es doch vor allem auch an, daß Ware gemacht werde, die dauernd verkäuflich fei. Er nähme an, daß die Kommissionsmitglieder ihre Ansichten über diese Gesichtspunte untereinander auszutauschen wünschen, darin durch seine Anwesenheit sich viels Leicht zuerst etwas behindert fühlen würden, er wolle sich deshalb für heute zurücks ziehen und wenn fie ihre Anfichten untereinander geklärt hätten, an einem anderen Tage aufs neue mit ihnen zusammenkommen, um dann die gemeinsame Besprechung fortzusegen.

In der alsdann folgenden langen Beratung der Kommission wurden verschie: dene Anfichten vertreten. Im allgemeinen wurde anerkannt, daß die Verhältniffe in Bezug auf Regelung ber Arbeitszeit, wie fie in ber mechanischen Weberei gu Linden bestehen, befriedigend seien; es murbe aber auch hervorgehoben, daß ohne einen Druck der Gejeggebung die Arbeitgeber im allgemeinen schwerlich allenthalben

gleich günstige Berhältnisse herbeisühren würden. Unter anderen erörterte Herr Meyer (Weber), daß nach seiner Ansicht eine Beschränfung der Arbeitszeit die Produktion nicht verringere, da der Arbeiter, wenn er nicht durch zu lange Arbeit abgeftumpft murbe, in furger Zeit ebenfoviel und

Befferes leifte, als in langerer.

Herr Maje fath erörterte, daß dieses wohl in gemissem Mage richtig sei, besonders bei solchen Arbeiten, wo die Ausmertsamteit des Arbeiters viel ins Gewicht falle, daß aber bennoch, wenn die Leistung nicht vermindert werden solle, die Arbeitszeit ebensowenig zu furz wie zu lang bemessen sein dürfe. Wenn man glaube, daß z. B. in der Weberei in 8 Stunden soviel geleistet werden könne wie in 10 Stunden und die Weber es damit bei den gleichen Accordlöhnen versuchen wollten, fo murbe das, wenn es fich bewähren follte, ja ein Vorteil für die Fabrik fein.

Herr Lafius (Kärberei) betonte, daß Erfahrungen in anderen Ländern, z. B.

Amerita, die achtstündige Arbeitszeit durchführbar erscheinen ließen.

Herr Majefsky wies darauf hin, daß in Amerika die Arbeiter bei achtstün=

biger Arbeitszeit vielleicht fich mehr abhehen und abmühen müßten, um ihren Lohn herauszuschlagen, als die Arbeiter hier bei zehnstündiger; amerikanische Berhältniffe glaube er ben Arbeitern hier nicht wünschen zu dürfen.

Auf Antrag bes herrn Mener murbe bie Sigung nach 21/2ftundiger Dauer

aufgehoben.

Fortfegung ber Beratungen am 25. April.

Nachdem das Prototoll vom 19. April verlesen war, nahm Herr Direktor Berbing das Wort und erklärte, daß er von den vorhergegangenen Verhandlungen mit Interesse Kenntnis genommen habe und bat, die nunmehrigen weiteren Beratungen speciell auf die in die Tagesordnung gestellte Frage richten zu wollen. Auf die Aussildrungen des Herrn Meher wolle er nur noch entgegnen, daß er mit demzselben soweit übereinstimme, daß auch er glaube in einer nach unten und nach oben richtig bemessenen, nicht zu lange ausgedehnten Arbeitszeit könne in der Weberei ebensoviel geleistet werden, wie in einer längeren. Es sei ja durch Ersahrungen auch schon festgestellt, daß bei zwölfstündiger Arbeitszeit auf die Dauer nicht mehr geleistet sei, als bei zehnstündiger. Diese letzter Zeit scheine wohl eine angemessen, wenn aber in einer noch kürzeren, etwa neunstündigen Arbeitszeit dasselbe geleistet werden könne, und die allgemeinen Verhältnisse in der Industrie sich allmählich dahin entwickeln sollten, daß die Arbeiter dabei genug berdienen und die Industrieen bestehen könnten, würde er der letzte sein, sich dagegen zu sträuben. Herrn Lasius wolle er darauf aufmertsam machen, wie verschiedenartig die Erundbedingungen der ganzen Erwerds- und Existenz-Verhältnisse in Amerika und Deutschland seien.

Amerika sei ein großes, erst teilweise in Kultur genommenes Land mit unermeßlichen Bodenreichtümern und einer noch verhältnismäßig steinen Bedisterung. Amerika ziehe für die Erzeugnisse sienes Bodens, Baumwolle, Kassee, Getreide zc., viel fremdes Geld ins Land, habe für Bodenerzeugnisse anderer Länder verhältnismäßig wenig auszugeben. Deutschland habe außer dem aus seinen Rüben gewonnenen Zucker wenig Bodenschäße, six welche es fremdes Geld heranziehen könne, wohl aber müsse sir Baumwolle, Kassee, Khee, Gewürze zc. viel Geld ins Auskand senden und könne solches nur wieder hereinholen durch seine Arbeitsleistlungen in Industries Erzeugnissen. Wenn diese durch zu große Verteuerung der Arbeit nicht mehr auszestührt werden könnten, müßte Deutschland bald ganz verarmen, während Umerika noch während vieler Jahre durch Ausbentung seiner Bodenschäßte an Reichtum zuschmen könne. Was sir Amerika passen liede in Amerika der Arbeiter mit kürzerer Arbeiszeit und nominell höherem Lohne nicht so angenehm, wie der in Teutschland in einem guten Gewerdszweige beschästigte tücktige Arbeiter. Taß auch in Teutschland noch manches verbesseizet verden könne, wolse er nicht bestreiten, das müsse sind deutschalden und einseitig ändern zu wollen. Go sei bestpielsweise beschästigter und Arbeiter und durch die Gespzgebung allmählich herausdilden. Wedenklich sei es, bestehende Verhältnisse rücktig ache, englischen Arbeiterikeren zu wollen. So sei bestpielsweise die Spinnerei gegenüber der englischen Kenturrenz nicht lebensfäßig, wenn ihr Fadrikat verteuert werde; als Käufer englischer und beutscher Sarne wisse er des eigegebung und die ausssührenden Segerungsedzerning ins Lebensfäßig, wenn ihr Fadrikat verteuert werde; als Käufer englischer und beutscher Karne wisse er des eigegebung und bie ausssührenden Segerung der Freicherung ins Leben kappen er die neuen Gesetze, Unsale, Allersend vor der gegenüber gegenüber der einem Gesetze, Unsale, und beinker noch mehr in Wirfiamkeit treten, aber ner mit dem Gespgebung ieht auch wohl noch mehr in

Er wiederhole und betone besonders, den Bestrebungen der Arbeiter, Digverhaltniffe in der Arbeitszeit beseitigt zu sehen und ihre Lage zu verbessern, schließe er sich mit Freuden an, aber es sei nötig, daß die Industrieen lebensfähig bleiben, und bagu muffe man in gegenseitigem Bertrauen und mit gutem Willen bas Richtige fuchen, beibes miteinander zu vereindaren; dieses für die mechanische Weberei zu Linden und auch im allgemeinen fördern zu helsen, sei er ernstlich bestrebt und hoffe, daß diese Berhandlungen den Beweis liefern werden, daß folche für verfänglich gehaltenen Fragen dennoch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wohl richtig berhandelt werden fonnen, wenn nur der gute Wille und beiderseitiges Bertrauen babei obwalten. Ein gesetlicher Zwang sei nach seiner Unsicht bei einem solchen Bertrauens= verhältniffe nicht nötig und ein Rormal-Arbeitstag wegen der Berschiedenartigkeit ber Berhaltniffe taum burchführbar aus den ichon angeführten Grunden, befonders nicht in unferer Farberei und fonftigen Beredlungsbetrieben.

Herr Meyer führte aus, daß alle Arbeitgeber nicht so human dächten, und daß allenthalben nicht solche Berhältnisse herrschien wie bei uns, und glaubte, daß ein gesehlicher Eingriff deshalb nötig sei, daß auch mit Gestattung der nötigen Aus-nahmen für eine Betriebsart, wie beispielsweise die unfrige, der Normalarbeitstag

durchführbar fein fonnte.

herr Direttor Berbing will bie Ruglichfeit eines richtig und an richtiger Stelle angeseten gesetlichen Druckes nicht bestreiten, glaubt aber, bag wenn man einmal die Notwendigkeit der Ausnahmen vom Normalarbeitstage anerkenne, man

biefen letteren thatfächlich aufgegeben habe.

Nach langerer eingehender Diskuffion, in welcher die Gründe für und wider erörtert wurden und an welcher mehrere Kommissions-Mitglieder sich beteiligten, wurde beschloffen, einen Ausschuß von 5 Berfonen zu ernennen, welcher auf Grund ber Berhandlungen eine Resolution ausarbeiten und der Rommiffion in einer demnachftigen Sigung zur Feststellung unterbreiten follte.

In der auf den 29. April anberaumten Schluffigung wurde sodann die von bem Ausschuffe ausgearbeitete Resolution nach eingehender Brufung mit einigen Ab-

änderungen in folgender Faffung einstimmig angenommen:

In Erwägung,

daß eine zu lange Dauer der Arbeitsschichten die Gesundheit und Arbeits=

freudigkeit ber Arbeiter ichabigt,

daß eine unbeschränkte Ausnutzung der Arbeitskräfte in den einzelnen Ins dustriezweigen auch eine ungesunde Konturrenz zu erzeugen geeignet ist, daß demnach eine Beschränkung der Arbeitszeiten auf ein mit dem geistigen und leiblichen Wohle des Arbeiters zu vereindarendes, die Lebensfähigkeit der Ins duftrie aber nicht untergrabendes Dag ein Gebot der Selbsterhaltung ift,

daß aber bei ber Berichiedenartigfeit der Berhältniffe in den einzelnen Industrieen ein gleiches Mag nicht allenthalben und für alle Arbeitsarten zutrifft,

spricht die Rommiffion ihre Unficht einftimmig dahin aus:

bag es eine gebieterische Pflicht junachst ber Arbeitgeber und ber Arbeiter felbst ift, allenthalben in gegenseitigem Bertrauen fich entgegen ju tommen, um in allen einzelnen Berhältniffen die richtige Grenze zu finden, bis zu welcher die Arbeitszeiten im beiberseitigen Intereffe etwa herabgemindert werden konnen,

daß in allen Betriebsarten, in denen die Arbeit die Kräfte der Arbeiter rasch aufreibt, die Arbeitszeit notwendig eine fürzere sein muß, als in anderen, mo diefes nicht der Rall ift,

daß, da wegen des Konkurrenzkampfes in der Industrie allein durch ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Grenze, bis zu welcher die Arbeitszeit herabgemindert werden muß, schwerlich zu finden sein wird, es notwendig ist und auch möglich erscheint, für die einzelnen Industrie: zweige durch die Gesetzebung die Grenze, mithin einen Maximal-Arbeitstag ju bestimmen, über welchen hinaus ohne Genehmigung der Behorden nicht gearbeitet werden darf,

daß zur Feststellung dieser Grenzen internationale Bereinbarungen unter den Regierungen der wichtigften Industrieftaaten munichenswert find,

daß aber wegen der Berfchied:nartigfeit der Berhältniffe eine allgemeine, für alle Industriezweige gleichmäßige gesetliche Beschräntung der Arbeitszeit für erwachsene Männer mit den Interessen der Arbeiter und der Industrie unvereinbar ericheint.

bag insbefondere für die Abteilungen bes Beredlungsbetriebes in ber mechanischen Weberei zu Linden eine zeitweilige längere Arbeitsbauer als in anderen Abteilungen fur die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Fabrik not=

Berr Direttor Berbing erklärte, bag die gefaßte Refolution auch feine volle

Buftimmung finde.

Linden, den 1. Mai 1890.

Ständige Arbeiter = Beratung3 = Rommission ber mechanischen Weberei gu Linden. (25 Unterschriften.)

Mechanische Weberei von D. Peters & Co. in Neviges= Elberfeld.

Herr Kommerzienrat D. Peters schreibt über die Entwicklung und die Thätigkeit der Arbeitervertretung in seiner Fabrik (Zeitschrift des Ber= gischen Bereins f. Gemeinwohl, Elberfeld 1888, Heft 1):

Der Arbeitervorstand trat ins Leben am 24. September 1861 als Organ ber von den Arbeitern unter Mitwirtung der Firma gegründeten "Anterfühungskasse sie vereinigten Arbeiter von David Peters". Der Arbeitervorstand bestand aus dem Borsigenden und fünf Witgliedern. Vorsigender war der Vertreter der Firma, die fünf Vorstandsmitglieder waren Arbeiter der Fabrik, drei derselben wurden von den Arbeitern gewählt, die zwei andern vom Borsigenden ernannt. Stark ein Jahr nach seinem Bestehen, im Dezember 1862, gründete dieser Vorstand eine eigene Sparkasse, an der die Beteiligung zunächst freiwillig war; durch Vorstandsbeschluß vom 1. März 1865 wurde der Sparzwang eingesührt und von den Arbeitern anstandslos angesnommen. Diese Thatsache kann als Beweis dienen welchen Einstuk der Arbeiters nommen. Diese Thatfache fann als Beweis dienen, welchen Ginflug ber Arbeitervorstand sich in kurzer Frist bei den Arbeitern erworben hatte, in gleicher Weise war dem Vorstande seitens der Frima damals schon willig ein nicht unbedeutender Einssluße eingeräumt worden. In einer Denkschrift, welche Schreiber dieses im April 1866 versaßte und welche die Königliche Regierung zu Düsseldorf in Nr. 37 des Amtsblattes vom 26. Juni 1866 abdrucken ließ, befindet sich die Bemerkung:

"Der Vorstand hat außer der Aussicht und Beschlußfassung über die inneren Moscolassung der Spar und Erzukanfasse noch die Regelung und nötzt wer-

"Angelegenheiten der Spar- und Krankenkasse noch die Regelung und nötig wer-"dende Beränderung der Stücklöhne, sowie des Fabrikgesesses (Hausordnung) vor-"zunehmen. Seine in letzteren Beziehungen gesaßten Beschlüsse bedürfen der Ge-"nehmigung der Firma, boch ist bis jest der Fall noch nicht vorgekommen, daß "biese Genehmigung einem Borstandsbeschluß hat versagt werden mussen." Gine andere Denkschrift vom 12. Febr. 1868, welche die Einrichtung unserer Wohlsahrtstassen und deren damaligen Stand darlegte, und in verschiedenen industris

ellen Areisen Berbreitung fand, schloß mit dem Sage:
"Das, was unser Borstand in dem sechsjährigen Bestehen in den verschiedenen
"Kassen zu Wege gedracht hat, ließ sich in Zahlen vorsühren. Die andere Seite "des Wirtens, der wohlthätige Einfluß auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber "und Arbeitnehmer entzieht fich diefer Kontrolle, doch tann ich in diefer Beziehung, "gestügt auf eine mehr als fechsjährige Erfahrung, die Überzeugung aussprechen, "baß ein Schritt weiter auf bem Wege zur Lösung ber socialen Frage gethan ift, "wenn die Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüber ein Organ haben, welches ihr In"tereffe vertritt und mit bem der Arbeitgeber bei vorkommenden Fallen fich be-

"nehmen oder verftandigen tann."

Es find über 20 Jahre, daß diefe Worte geschrieben wurden, und heute, wo im Laufe ber Jahre die Rechte und Pflichten bes Arbeitervorstandes größer geworden find, können wir dann, das Gesagte bestätigend, nur Gutes melben von beffen Bir-ten nach unten wie nach oben. Wohl mag hin und wieder ein Borftandsbeichluß ben Wünfchen der Mehrzahl der Arbeiter nicht völlig entsprochen haben, auch wir, die Inhaber der Firma, haben dagegen mehrfach unsere Wünsche und Absichten einem Borftandsbefchluß angepaßt. Es ift bas bie natürliche Wirtung eines bermittelnben Organs. Aber um biefem Organe, dem Arbeitervorftande, die bermittelnde Kraft zu sichern, halten wir es für richtig und für wichtig, daß wie durch das besondere Berztrauen ber Arbeiter die eine Hälfte, so durch das Bertrauen der Arbeitgeber die ans bere Salfte ber Bertreter berufen wirb; besonbers erscheint biefes nötig, wenn, wie bei uns, bem Arbeitervorstande Besugniffe übertragen werben, welche sonft bem Arbeitgeber gutommen.

Gbenso wie im Jahee 1861 wird auch heute noch die Hälfte der Borstands= mitglieder durch die Generalversammlung erwählt, die andere Hälfte durch uns er= nannt. Der größeren Zahl der Arbeiter und der Hinzuziehung des in Elberfeld beschäftigten Personals entsprechend, haben wir die Jahl der Vorstandsmitglieder auf acht erhöht; für den Bertreter der Firma ist zwar das Recht des Borsiges beibeshalten, wird indes selten ausgeübt, das Stimmrecht ist schon längst aufgegeben worden.

Rach verfchiedenen Beranderungen, welche jum Teil durch das Reichsgesetz vom 15. Juni 1883 nötig erschienen, sind unterm 14. Dezember 1884, 18. Juni 1885, 27. Dlarg 1886 zwischen uns und ber Generalversammlung neue Sagungen verein-

bart worden, durch welche fich die Arbeitervertretung wie folgt regelt:

Die verschiedenen Beschäftigungsgruppen des Betriebes mahlen auf Grund des § 37, R.-Ges. 15. Juni 1883, Bertreter, und zwar auf je zehn beschäftigte und an ber Krankenkasse beteiligte Personen einen Bertreter zur Generalversammlung, welche fowohl in allen Angelegenheiten der Krankenkaffe, wie in denen aller andern Wohlfahrtseinrichtungen bie Arbeitervertretung bildet. Es liegt ihr in biefer Beziehung ob:

a) die Entgegennahme der Jahregrechnung,

b) Bahlen für den Altestenrat (Arbeitervorftand),

c) Beschlußfassung über Anderung der Statuten,
d) Beschlußfassung über solche Anträge, welche die Firma oder der Altestenrat in Übereinstimmung mit der Firma der Generalversammlung unterbreitet.
Die Generalversammlung mählt, den Bestimmungen des Reichsgeseises entsprechend, von den großsährigen Arbeitern ohne alle Beschränfung 4 Mitglieder zum Krantentassen=Borstand, außerbem gehört zu diesem Borstande ein Teilhaber der Firma und der von der Firma zu ernennende Kassenführer.

Bur Unterscheidung von dem lettgenannten Borftande hat der frühere Arbeitervorstand den Namen Altestenrat angenommen (das deutsche Wort Rat erschien uns passender, als das fremde Kollegium). Für den Attestenrat ist ein Lebensalter von mindestens 30 Jahren, ein Dienstalter von 10 Jahren Bedingung. Nur männliche Mitglieder können solches Amt bekleiden. 4 Mitglieder werden von der Generalversammlung erwählt, 4 von der Firma ernannt. Ein Teilhaber der hirma sührt den Borsig ohne Stimmrecht. Die Wirksamkeit des Altestenrats ist in den §§ 8—11 der unten folgenden Satungen umichrieben.

Unfere Erfahrungen auf borliegendem Gebiet beden fich mit dem, mas Berr Generalsekretär Hige über die Ersahrungen in der Fabrik von F. Brandts in

M.:Gladbach fagt:

Die Repräsentativverfassung führt nicht zu einer Erschwernis der Stellung eines "Fabritbefigers, sondern eher zur Erleichterung. Der Borftand erspart ihm viel "Arger und viel Antragerei; er überhebt ihn eines großen Teiles seiner Berant-"wortlichfeit, der Mühe langer Untersuchungen, der Gefahr einseitiger Urteile. Man "weiß taum, wem mehr geholfen ift: ihm ober feinen Arbeitern.

"Wichtiger aber als folche perfonliche Erleichterungen ist: es bildet fich eine fo "folide, bon fittlichem Beifte erfüllte, berufstreue Arbeiterschaft, wie fonft nicht "bentbar. Der felbsttätige, fittliche Organismus halt vertommene Glemente fern "und weiß die minder guten fich zu affimilieren, zu fich zu erheben. Der Geist "des Bangen erobert ben Gingelnen."

"Die sanzen erobert oen einzelnen."
"Die sittlichen Jonds", so schließt Hitze diesen Abschnitt, "find auch ein Kapistal, mit dem Kabrikbesiger mehr rechnen sollten, als gewöhnlich geschieht."
Die Hauptfrucht der Wirksamkeit des Altestenrats, das gute Einbernehmen zwischen Betriebs-Unternehmern und Gehülfen, läßt sich, wie schon oben bemerkt, nicht nach einem in Zissern auszudrückenden Maßstade beurteilen, indes mogen nachftehende Zahlen davon einigermaßen ein Bild geben, wobei zu berücksichtigen ift, daß, wenn zu den guten Erfolgen verschiedene andere in unserm Betriebe getroffene Ginzichtungen mitwirken, doch auch dabei die Thatigkeit des Altestenrats mittelbar wirkfam ift, da manche Ginrichtung, 3. B. die Zwangsfpartaffe, nur durch feine Mitwirtung ausführbar erichien.

Diese Kasse, zu der die verheirateten Mitglieder 5%, die unverheirateten 10% bes Lohnes einzuzahlen verpflichtet find, nimmt thatsächlich zwischen 15 und 20% ber gezahlten Löhne ein; davon wird ein großer Teil zu regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben, als Miete und bergl. verwandt, indes beträgt ber Bestand bei annähernd 500 Arbeitern heute über 200 000 Mart. Aber bas Segensreiche der Einrichtung liegt nicht sowohl im Bestande, als vielmehr in den Geldern, welche dort angesam-melt und wieder verausgadt sind zur Beschaffung eines eigenen Geims, zur Aus-stattung bei Berheixatungen u. s. w. Wie mancher glückliche Hausstand hat badurch begrundet werden konnen, wo ohne diese Einrichtung Borgen und Sorgen herr-

ichen murben.

Daß häufiger Arbeitswechsel ben Betrieb wie ben Arbeiter ichabigt, bedarf teiner Begrundung. Bon 315 beschäftigten mannlichen Arbeitern find 186 über 5 Jahre in unferm Betriebe thatig. 91 befigen das für die Wahlbarkeit in den Al-Jahre in unserm Betriebe thätig. I besihen das für die Wählbarkeit in den Altestenrat geforderte Dienstalter von 10 Jahren, und daß die älteren Arbeiter von den jüngeren geschäht und geehrt werden, ergiebt sich daraus, daß die 46 Bertreter zur Generalversammlung, welche ohne alse Beschränkung überwiegend aus Stimmzettelwahsen hervorzegangen sind, ein durchschnittliches Dienstalter von über 16 Jahren ausweisen und daß davon 34 die Wählbarkeit zum Altestenrat besihen. Die 8 Witglieder des Altestenrats haben bei einem durchschnittlichen Lebensalter von 41 Jahren ein Dienstalter von durchschnittlich 23 Jahren, dabei ist zu bemerken, daß außer sonstiger Arbeitsgelegenheit noch 3 andere mechanische Webereien sich in Neviges besinden und die Nähe der Stadt Elberfeld Gelegenheit zur Beränderung bietet. Kür die sittliche Kaltung der Kohrismödenn, deren mir unsezu 200 beichöfe

Für die fittliche Haltung der Fabrifmadchen, beren wir nahezu 200 beschäf-tigen, mag der Umftand zeugen, daß in nahezu drei Jahren keine uneheliche Geburt zu verzeichnen war; manche Arbeiterin hatte mahrend ihrer Fabrikthatigkeit soviel erspart, daß fie die Ginrichtungskoften des Haushalts bestreiten und nach dem Ber-

laffen der Arbeit einen hubschen Notpfennig in der Sparfaffe belaffen konnte. Wie weit, wie gefagt, der Altestenrat zu den erzielten Erfolgen mittelbar oder unmittelbar gewirkt, ift schwer festzusegen. Thatfachlich find die Erfolge da und burften wohl fur weitere Rreife Beranlaffung bieten, auf bem bezeichneten Wege vorzugehen.

I. Wohlfahrtseinrichtungen für Angestellte und Arbeiter der Firma D. Peters & Co in Elberfeld und Neviges.

Diese Wohlfahrtseinrichtungen sind hervorgegangen aus dem Zusammen= wirken des Vorstandes der am 24. September 1861 unter dem Namen "Bereinigte Arbeiter von David Peters (später D. Peters & Co.) in Reviges" gegründeten Unterftugungstaffe mit den Teilhabern und Bertretern der Firma und bilden einen einheitlichen Verband, von dem nur auf Grund bes Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883 die Krankenkasse am 1. Januar 1885 als selbständige Einrichtung ausgeschieden ift. Die übrigen Wohlsahrtsein= richtungen werden in bisheriger Weise sortgeführt, indem für Berwaltung und Weiterentwicklung die Teilhaber der Firma zusammen arbeiten mit den Organen der Angestellten und Arbeiter, der Generalversammlung und dem Arbeitervorstande, welch letterer auf Grund des Generalversamm= lungs-Beschlusses vom 18. Januar 1885 zur Unterscheidung von dem Borftande der Rrantentaffe den Ramen: "Neltestenrat" angenommen hat. Die Berwaltung regelt fich nach folgenden Satungen:

Art. 1. Als Mitglieder nehmen an den Wohlfahrtseinrichtungen und deren Berwaltung teil die Mitglieder der Krankenkaffe für die Fabriken der Firma D. Beters & Co. in Elberfeld und Neviges, sowie diejenigen Betriebs= beamten, welche auf Grund des § 2a des Krankenkaffen-Statuts nicht Mit-

glieder der Rrankenkaffe geworden find.

§ 2a Betriebsbeamte, deren Arbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 62/3 Mark

für den Arbeitstag übersteigt.

Art. 2. Die Generalverfammlung besteht aus denselben Vertretern, welche auf Grund des Statuts vom 14. Dezember 1884 für die Kranken= kaffe gewählt find. Bezüglich Einberufungsfrift, Leitung und Beschlußfaffung gelten die Bestimmungen des Rrankenkaffen=Statuts 1.

¹ § 30. Die Generalversammlung besteht aus Bertretern der Raffenmit= glieber (und ber Firma).

Für die Wahl der ersteren werden fämtliche Kaffenmitglieder in folgende Abteilungen eingeteilt':

1. Comptoirpersonal und Angestellte der Wiegkammer.

2. Handwerfer, Maschinenwärter, Heizer, Tagelöhner, Nachtwächter. 3. Männliche Weber und beren Meister. 4. Weberinnen und beren Meister. 5. Arbeiter ber Plüskammer.

6. Andreher, Paffierer, Kammichläger. 7. Bäumer, Spuler, Zettler, Schlichter, Kreuzlefer. 8. Angestellte und Arbeiter der Seidenfabrif.

9. Angeftellte und Arbeiter bes Beichafts in Elberfeld.

10. Meifter und Arbeiter ber Revigefer Basfabrif.

Für jede Abteilung wird in gesonderter Wahlhandlung auf je 10 Mitglieder ein Bertreter gewählt. . . .

Wahlberechtigt und mahlbar find die großjährigen, im Befit der burgerlichen Chrenrechte befindlichen Raffenmitglieder mit Ausschluß berjenigen, welche ber Raffe auf Grund des § 3, Biffer 2 angehören.

Die Wahl erfolgt nach Maßgabe der Bestimmungen des § 28.

Um Schlusse jedes Kalenberjahres scheibet die Salfte ber Bertreter aus. Die erstmalig Ausscheidenden werden durch bas Los bestimmt. Die Reuwahlen finden

im Dezember für das folgende Kalenderjahr statt. Scheidet ein Bertreter vor Ablauf seiner Amtsdauer aus, so sindet durch die Abteilung, von welcher er gewählt war, für die übrige Zeit der Amtsdauer eine Neuwahl ftatt.

In der Generalversammlung führt jeder Bertreter der Raffenmitglieder eine Stimme.

Die Bertreter ber Firma fuhren gusammen für je 20 in ber Fabrit beschäftigte berficherungspflichtige Raffenmitglieber eine Stimme, höchstens jedoch ein Drittteil sämtlicher Stimmen.

§ 31. Die Generalversammlungen finden in Neviges statt, sie werden (vom Borftande) unter Angabe der Berhandlungsgegenstände durch einen mindestens drei Tage vorher zu bewirkenden Anschlag in den Fabrikräumen berufen.

Die orbentliche Generalbersammlung findet innerhalb ber erften drei Monate bes Jahres ftatt:

1. Bur Befdluffaffung über bie Abnahme ber Jahresrechnung.

- Art. 3. Die ordentliche Generalversammlung findet innerhalb der ersten drei Monate des Jahres in unmittelbarem Anschluß an die Generalsversammlung der Krankenkasse statt; außerordentliche Generalversammlungen werden nach Bedürsnis von der Firma anberaumt.
 - Art. 4. Der Generalversammlung liegt ob:

a. Entgegennahme der Jahresrechnung.

b. Wahlen für den Altestenrat.

c. Beichluffaffung über Anderung der Statuten.

d. Beschlußsaffung über solche Anträge, welche die Firma oder der Altestenrat in Übereinstimmung mit der Firma, der General=

versammlung unterbreiten.

Art. 5. Der Altestenrat besteht aus einem Teilhaber der Firma als Vorsitzenden ohne Stimmrecht und aus acht Mitgliedern, welche zur Hälfte von der Generalversammlung erwählt, zur Hälfte von der Firma ernannt werden, wozu ein zu wählendes und ein zu ernennendes Mitglied der Abteilung 9 (Angestellte und Arbeiter des Geschäftes in Elberseld) anzgehören muß. Nur männliche Mitglieder, welche mindestens 30 Jahre alt und 10 Jahre in einem Betriebe der Firma beschäftigt sind, können das Amt eines Ältestenrats bekleiden.

Art. 6. Alle zwei Jahre scheibet die Hälfte der Mitglieder aus, die Ausscheidenden sind wieder wählbar. Beim Ausscheiden eines Mitgliedes während der Wahlperiode ergänzen sich die Übrigen bis zur nächsten

Generalversammlung.

Art. 7. Die Sitzungen des Altestenrats finden nach Bedürsnis statt und werden von dem Borsitzenden oder bessen Stellvertreter anberaumt.

Bur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von 5 Mitgliedern ersorder= lich. Beschlusse werden mit Stimmenmehrheit gesaßt, bei Stimmengleich=

heit gilt der Antrag als abgelehnt.

Art. 8. Dem Altestenrat liegt die Besorgung aller Bereinsangelegensheiten ob, welche nicht in den vorigen Artikeln der Generalversammlung vorbehalten sind, oder in den nächstiolgenden dem Kassensührer überwiesen werden, insbesondere hat er außer Prüsung der vom Kassensührer zu legenden Jahresrechnung nachsolgende Ausgaben:

a. Fürsorge für Mitglieder ober beren Familien in Fällen von Not und Unglück, (sofern Krankheit die Ursache der Not ist, auf An-

trag oder nach Unhörung des Rrantentaffenvorftandes).

Außerorbentliche Generalversammlungen beruft der Borftand nach Bedürfnis. Jede vorschriftsmäßig berufene Generalversammlung ift beschlugfähig. Die Leitung der Generalversammlung steht dem Vertreter der Firma zu.

Belgbluffe der Generalversammlung werden, soweit für einzelne Gegenstände durch biefes Statut nicht etwas anders bestimmt ist, mit einsacher Stimmenmehrheit der in der Bersammlung vertretenen Stimmen gefaßt.

3ft Stimmengleichheit, so entscheibet bei Beschlüffen die Stimme des Bor-

figenden, bei Wahlen bas Los.

(Die kleingebrudten Stellen gelten nur für bie Rrantentaffe.)

^{2.} Bur Bahl bes Rebifionsausschusses für bie nächfte Jahresrechnung, bestehenb aus brei Bersonen, welche nicht Mitglieber ber Kaffe zu fein brauchen.
3. Bur Reuwahl bes Borstandes.

b. Beaufsichtigung der jüngeren Arbeiter bezüglich der sittlichen Führung.

c. Anregung berjelben, fich in den Freiftunden weiter auszubilden.

d. Bekampjung von Robbeit und Trunksucht.

e. Sorge für treue Beobachtung der Fabrikordnung.

f. Mithulse, die Beruntreuung und Bergeudung von Rohstoffen zu verhindern.

Der Altestenrat kann in Versolg der vorstehenden Aufgaben Ver= warnungen aussprechen und hat bei Richtbesolgung derselben den Arbeit=

gebern zur Veranlaffung des Weiteren Mitteilung zu machen.

Art. 9. In ihrer Stellung als Bertrauensmänner von Arbeitern und Arbeitgebern haben die Mitglieder des Altestenrats ferner gemeinsam mit den Teilhabern der Firma Kat zu pflegen über:

a. Feststellung und Anderung der Fabrifordnung.

b. Anderungen in den Studlöhnen.

c. Beschränkung oder Ausdehnung der Arbeitszeit.

d. Magregeln zur Beseitigung von Gesahren und Erhöhung quali=

tativer wie quantitativer Leistungen.

Art. 10. Aus den Mitgliedern des Altestenrats ernennt die Firma D. Peters & Co. einen Kassensührer, welcher zugleich Stellvertreter des Borsitzenden in Berhinderungssällen ist; die Ernennung ersolgt nach der Generalversammlung, in welcher Neuwahlen vorgenommen sind, auf die Dauer von zwei Jahren.

Art. 11. Der Kassensührer hat auf Kosten und unter Berantwortlichkeit der Firma die Kassensührung und Rechnungslage wahrzunehmen und die von Beamten der Firma zu führenden Bücher zu überwachen.

Art. 12. Aus dem Bestand der Sparkasse muß zur Deckung von gesorderten Rückzahlungen stets ein entsprechender Barbestand vorhanden sein, welcher jedoch der Regel nach den Betrag einer Monatseinnahme nicht übersteigen soll; die darüber hinausgehenden Bestände dürsen nicht in der Betriebskasse der Firma ausbewahrt, müssen vielmehr in pupillarisch sicherer Weise angelegt werden. Die Anlage ersolgt durch die Firma unter deren Berantwortlichkeit; von jeder neuen Anlage oder Beränderung ist dem Altestenrat durch Mitteilung zum Protokoll der nächsten Sitzung Kenntnis zu geben.

Der Bestand der Anlage ist bei Legung der Jahresrechnung nach=

zuweisen.

Art. 13. Statutenänderungen bedürfen der Zustimmung der Firma, des Altestenrats und der Generalversammlung.

Neviges, 27. März 1886.

D. Peters & Co. Der Altestenrat. Genehmigt in der Generalversammlung vom 28. März 1886.

Die Hülfskasse

bient bazu, Hulfe zu bieten in Arankheit und Notfällen, bei denen die Arankenkasse nach ihrem Statut nicht einzutreten hat, oder wo die statutgemäß bewilligten Unterstühungsgaben nicht als ausreichend erachtet werden. § 1.

Die Ginnahmen der Hulfskasse werden gebildet durch die erkannten Ordnungs-strafen, soweit solche nicht durch Prämienzahlung für gute Leistungen Berwendung gefunden haben, sowie durch freiwillige Beiträge von Arbeitern und Arbeitgebern nebft etwaigen fonftigen Zuweifungen.

Der Altestenrat steht der Hulfskaffe vor; er hat selbständig über zu leistende Bulfe gu befchließen und zu beftimmen, ob die Baben einmalige ober wiebertehrende sein sollen. Bei Bewilligung von Unterstützung in Fällen, wo die Ursache der Not in Rrantheit begrundet ift, erfolgt Befchluffaffung auf Antrag ober nach Unhörung des Rrantentaffenvorftandes.

Der Jahresabichluß wird burch Unichlag in ber Fabrit bekannt gemacht. Neviges, 1. Januar 1877. Revidiert 28. Märg 1886.

D. Peters & Co.

Der Altestenrat.

Genehmigt in der Generalversammlung vom 28. Marg 1886.

Die Sparkasse

ber vereinigten Angestellten und Arbeiter ber Firma D. Peters & Co. in Elberfeld und Neviges

hat den Zwed, zur Sammlung von Ersparniffen anzuhalten, welche den Befigern bei Grundung eines eigenen Sausstandes oder Beims, in notfallen und im Alter

eine Hulfe bieten sollen. Die Angelegenheiten biefer Kaffe regeln fich nach folgendem

Stätut.

Mitglieder der Kasse sind sämtliche Angestellte und Arbeiter der Firma D. Peters & Co. in Elberselb und Neviges. Die Aufnahme als Kassemitglied ersolgt ohne weiteres durch geschehene Annahme zur dauernden Beschäftigung. Arbeiter und Angestellte eines Teilhabers der Firma D. Peters & Co. können durch Beschluß des Altestenrats ebenfalls als Mitglieder ausgenommen werden.

Beim Berlaffen der Beschäftigung bei der Firma gilt die Auszahlung des erfparten Guthabens als felbftredend.

§ 6. Die Angelegenheiten der Rasse werden durch den Altestenrat verwaltet; bemfelben fteht in allen zweifelhaften und burch biefes Statut nicht vorgefehenen Fällen die Enticheidung gu.

§ 7. Die Kassengeschäfte werden auf dem Comptoir der Firma erledigt, die eingelaffenen Betrage in den Lohnbuchern vorgemerkt und am Monatsichluß zusammengeftellt.

Die einkommenden Gelber dürfen nicht im Geschäfte der Firma verwandt, müssen vielmehr in pupillarisch sicherer Weise angelegt werden. . . . Die ersparten Beträge der Nevigeser Mitglieder werden mit jährlich 6 vom Handert (1/2 Pf. für jede volle Mark und jeden nicht angebrochenen Monat) verzinst und die Zinsbeträge am Jahresichluß gutgeschrieben. Da von den gegen pupillarische Sicherheit anzulegenden Gelbern nur ein geringer Zinsssuß erzielt werden kann, übernimmt es die Firma, zur Besörderung des Sparsinns das Fehlende zusukkieben zuschießen.

Neviges, 27. März 1886. D. Beters & Co. Der Alteftenrat. Genehmigt in der Generalversammlung vom 28. Märg 1886.

Die Invalidenkasse.

Da die Arbeiter und Angestellten der Firma zu der Invalidenkaffe nicht beistragpflichtig find, die Entstehung und Unterhaltung der Kasse vielmehr aus unseren freiwilligen Leistungen stammt, so haben wir uns die Berfügung über den Bestand und die Berwaltung vorbehalten; und es wird die Frage, ob und in welcher Höhe in gegebenem Falle eine Benfion zu zahlen sei, einstweilen nur von den Teilhabern unserer Firma zu entscheiden sein. Über die Anlage der Gelder und den Bestand der Kasse werden wir dem Altestenrat alljährlich Mitteilung machen.

Anm. d. Herausg. Sonstige Wohlfahrtseinrichtungen ber Fabrit (Kindergarten, handfertigfeitsunterricht ber Knaben, handarbeits- und haushaltungsschule, gesellige Zusammenkunfte bei Lekture, Musik) finden ihren Bereinigungs-punkt im Sause "Wohlfahrt", welches die Firma am 50jährigen Gebenktage der Fabrit 1883 einweihte.

II. Protokoll der Generalversammlung vom 30. März 1890, nach= mittags 38/4 Uhr im Saale ber Stiftung "Wohlfahrt".

Die heutige Generalversammlung der Bertreter für die Krankenkasse ber Hirma D. Beters & Co., Elberfeld und Neviges, ist zur Erledigung der folgenden Tagesordnung statutengemäß einberufen (folgen die Tagesordnung und die gefaßten Befchlüffe).

Die Zahl der Kaffenmitglieder beträgt 486, der Bertreter 49.

Ta hiermit die Tagesordnung erschöpst war, wurde die Generalversammlung der Fabriktrankenkasse geschlossen und unmittelbar darauf die Bersammlung von Bertretern der "Bereinigten Arbeiter von D. Peters & Co." eröffnet. Einziger Punkt der Tagesordnung:

versammlung.

Einziger Punkt der Tagesordnung:

Entgegennahme der Jahresrechnung.

Der Horr Vorsigende trug der Bersammlung den vom gesamten Altestenrate geprüften und für richtig besundenen, umstehend abgedruckten Jahresabschluß der Wohlsahrtstassen pro 1889 in den einzelnen Positionen vor. Er bemerkte dabei, daß die ersten derjenigen, die sich zur Erwerbung eines eigenen Heims entschlossen, 11 an der Zahl, im Monat Wai d. Z. Eigentümer würden, indem alsdann der notarielle Kausatt gethätigt werde. Diesen I würden im nächsten Jahre weitere 16 kaleen Auf teine Austrage ab noch iemand irgend melche Mitteilung wünsche. notareite Kalfali getiglicht verbe. Diesen il wirden im nachzen Fahre weitere fle folgen. Auf seine Anfrage, ob noch jemand irgend welche Mitteilung wünsche, meldet sich niemand zum Wort, und wurde somit die Tagesordnung für erledigt erachtet. Nachdem noch eine längere Besprechung über das Geseh, betreffend die Alters und Invaliditätsversicherung vom 22. Juni 1889 stattgesunden, wobei die Wichtigkeit der rechtzeitigen Beschaffung der erforderlichen Nachweise besonders hers vorgehoben wurde, ersolgte durch den Herrn Vorsigenden Schluß der Generals

10						
	Jahre	sab	schluß de	r W	3ohlfah1	ct8=
OD 5111 6	Elberfeld		Neviges			
Bestände	M	18	м	18	М	1 & −
Sparkasse.						
Bestand 1. Januar 1889	21 980	63	207 443	80		
Einlagen in 1889	4 441 1 257	66	66 937 11 465	18 81	·	
- Ծանունուրդուր	27 679	29	285 846	$\frac{179}{179}$		
Auszahlungen	1 732	15	64 336	92	1	
Beftand 31. Dezember 1889	25947	14	221509	87	247 457	1
Sülfstaffe.						
Beftand 1. Januar 1889			4 309	53		
Einnahmen			473 161	64	į	
Sinjengarjajerje ja ± /0			4 944	38		
Ausgaben für Unterstützung von						
Witwen, Waisen u. s. w			592	82	4054	E 0
Bestand 31. Dezember 1889				į	4351	56
Krankenkasse.	24 222				, ,	
Bestand 31. Dezember 1889	21 260	50	(befonder	s an	gelegt)	
Invalidenfonds.			50.600	70	1	
Bestand 1. Januar 1889			58 689	73		
Zuweisungen der Firma 1 % der Löhne Neviges — 2 %				i _		
Elberfeld		ĺ	$5632 \\ 2403$	2 52		
Dinfengurfuftifien gu 4 70			$\frac{2403}{66725}$	$\frac{132}{127}$		
Ausgaben f. Unterftügung a. In-			00.20	-		
valide — Prämienzuschüsse zur		!	2 573	-		
Altersversorgung J Bestand 31. Dezember 1889				<u>!</u>	64 152	97
, , , ,				1	04102	41
Altersversorgung der Arbeiter. Angesammelter Bestand 31. Dezbr. 1889					11 011	20
Prämienkasse für Hauserwerb.						
Bestand 1. Januar 1889			47 912	13		
Zuweisungen der Firma 2 % der Löhne und Rückzahlungen			10 358	61		
count and beaugustungen.			58 270	74		
Ausgaben f. Wohnungsprämien .			3 534	70		
Bestand 31. Dezember 1889				Ι	54 736	4
	burch bi	e	Wohnun prämien d			
Abzahlungen auf Wohnhäuser.	Arbeite	r			ļ	
Bestand I. Januar 1889		49	die Firn 34 751	97		
in 1889	(1 101 infl. Zin	41	$egin{array}{cccc} 2002 \\ 1805 \end{array}$	28 31		
Beftand 31. Dezember 1889	19 452	190		56	1	
	10 102		00 000		58 012	46
Rücklage f. etwaige Verluste (Reservefds.) Bestand 31. Dezember 1889		İ			3594	91

Kaffen für das Jahr 1889.

Die Bestände find angelegt	Ль	18	м	18
Effetten			123 245	_
Städtische Sparkaffe in Elberfelb	 		25 947	14
Shpotheken und Darlehne			70 332	23
Raifer Wilhelm8-Spende.				
Eigene Ginlagen ber Arbeiter	4 035	_		
Einlagen der Firma als Brämien darauf .	2 11 0	_		
Einlagen der Krankenkasse behus Alter8: versorgung	3 755	_	:	
Arbeiterwohnungen zur allmählichen Abzahlung			9 900	-
verkauft			112 550	_
Arbeiterwohnungen und Grundftude (unver-				
fauft)			87 010	61
Guthaben bei ber Firma D. Beters & Co			14330	47
			443 315	45

Um 31. Dezember waren an Spartaffenbuchern in Umlauf:

-							
	unter	М	60			124	Stüď
	über	=	60	bis	150	108	=
	=	=	150	=	300	114	=
	=	=	300	=	60 0	90	=
	=	=	600			102	=
					_		

zusammen 538 Stück

Borgelegt in der Generalversammlung vom 30. März 1890. gez.: D. Peters & Co. Der Ältestenrat.

f. Brandts, Mechanische Weberei zu M. Gladbach.

I. Berichte und Gutachten. Gr. F. Brandts schreibt uns unterm 2. und 15. Juli 1890:

..... In meiner Fabrik hat seit dem Jahre 1873 der Krankenkassenvorstand die Funktionen des Altesten-Kollegiums ausgeübt, wie sie
später im Statut vom Jahre 1881 näher niedergesegt sind und welche Sie
in beisolgender Fabrikordnung von 1885 vorsinden. Mit dem AltestenCollegium habe ich in jeder Beziehung die günstigsten Ersahrungen gemacht.
Manche Einrichtung (speciell auch im Interesse der Disciplin, Wohlsahrtseinrichtungen nicht ausgeschlossen) würde nur mit viel größeren Schwierigkeiten, als jett der Fall war, zur Durchsührung haben gelangen können,
wenn dieselbe nicht durch das Altestenkollegium vorberaten und mit demselben vereinbart worden wäre.

Alle Veranstaltungen und Einrichtungen sind unter Mitberatung desselben zu stande gekommen und haben sich Dank seiner Mitverwaltung bestens eingelebt.

Ich bin noch nicht in der Lage gewesen, einem Beschluß des Altesten=

Rollegiums die Zustimmung zu versagen.

Daß ein solches nur dann mit Ersolg wirkt, wenn der Fabrikbesitzer selbst von Gifer und Liebe für das Institut und seine Wirksamkeit beseelt ist, liegt für mich auf der Hand.

Eine aussührlichere Schilberung der Wirksamkeit des Altesten=Kollegiums der Brandtsschen Fabrik giebt Herr Generalsekretär hitze im "Arbeiterwohl" (Jahrg. I 2. Quartal, Köln 1883). Wir bringen diese Darsstellung in abgekürzter Form unter Zustimmung des Herrn Brandts zum Abdruck:

Der Borstand der Arbeiter= und Krankenkasse hat sich in der B. schen Fabrik "von selbst", ohne daß Arbeiter wie Herr an der "Bildung" eines "Altestenkollegium" und dergleichen gedacht haben, zu einem solchen sortgebildet und seit Jahren thatsächlich in der besten Weise sunstituentet. Der Arbeitervorstand hat sich zum natürlichen Berater des Fabrikherrn herausgebildet und ist das geborene vermittelnde Organ zwischen Arbeitern und Herrn geworden. Der Arbeitervorstand ist duch das Vertrauen der Arbeiterschaft; was natürlicher, als daß der Herr die licksteisen und solibesten Elemente der Arbeiterschaft; was natürlicher, als daß der Herr die Entschlaften Fällen ihnen die Entscheidung giebt, dann almählich auch andere Fälle ihnen dorlegt, sich an ihr Urteil bindet, wo er es sonst nicht zu thun gewohnt war, viesleicht den Arbeiteru gegenüber darauf aufmerkiam macht, daß der Arbeitervorstand auch (ober vielleicht gerade) die und die Bestimmung gewünscht hätte. So hat sich im Verlauf von 10 Jahren schon ein "Gewohnheitsrecht" gebildet, das Arbeitern wie Herr ganz selbstverständlich geworden ist. Herr wie Arbeiter binden sich daran, und eine Beschwerde oder eine Unzuträglichseit nach irgend einer Seite hin hat sich im ganzen Verlaufe der Jahre noch nicht herausgestellt. — Das ist der Verlauf der Prazis. Dieses Beispiel deweist sonnentlar, daß das Altesten-Kollegium ebensosht dem praktischen Bedürfnis entspricht, eine "natürliche" Ergänzung der Fabrikverfassung ist, als dasselbe den idealen Anschauungen der Zeit entspricht, rationell gesordert erscheint, kurz, Theorie wie Brazis kommen zu demselben Resultate. Dieses wird sich noch klarer zeigen, wenn wir die Khätigkeit des Borstandes uns im einzelnen vorsühren.

Bersuchen wir zunächst das Gebiet zu zeichnen, auf dem das Alteften=Rollegium thätia ift.

Sittliche Überwachung der fabrik. Gemiß, jeder Fabritherr hat es ichon oft gefühlt, wie das Fabritleben doch

Gefahren bietet, benen er 3. B. feine Kinder, feine Sohne und Tochter nie und nimmer ausjegen mochte. Der eine ober andere Fall veranlagte ihn auch, energisch einzuschreiten, das Bewußtsein seiner großen Berantwortung wieder zu wecken. Allein, einerfeits tennt er burchaus nicht ben gangen Umfang ber Gefahren, anbererfeits fehlen ihm bie Wege und Mittel, bie ausführenden Organe, grundliche Anderung herbeizuführen. Bewiß fann er das übel eindammen, die ihm befannt werdenden kalle öffentlich reprobleren und so dem sittlichen Bewustein Genugthuung schaffen; allein das Ubel bei der Wurzel sassen er nicht, dazu sieht er dem Fadristeben zu fremd. Auf seine Angestellten aber kann er auch nicht rechnen, denn diese sind es oft gerade selbst, die durch Wort und Beispiel das Berderben saen, die jedenfalls

es oft gerade seloft, die durch Wort und Weispiel das Werderben säen, die sedenfalls nicht Bertrauen und Liebe besigen, um einen die Arbeiter innerlich ergreisenben, überzeugenden und erwärmenden sittlichen Einsluß auszuüben.
Kurz und gut, das Werf der sittlichen Erziehung in der Fadrik ist nicht auf dem Wege des Bureaukratismus, sondern nur auf dem der Selbstverwaltung zu erzielen. Sin resp. der durch die Arbeiter selbst gewählte Vorstand ist das einzig geeignete, ich möchte da aber auch sagen: "geborene" Organ zur Handhabung dieser sittlichen Ordnung.

Unsere Arbeiter im großen und gangen besigen noch fittlichen Ernft. Der verberbliche Ginfluß geht immer von einzelnen aus, die es dann aber auch oft zu einer Birtuofitat der Korruption gebracht haben, die furchtbar, mahrhaft teuflisch ift. Solche find meistens mehr gefürchtet als gefucht; aber niemand hat den Mut, ihnen entgegenzutreten. Überhaupt liegt es ja im Geiste der Zeit, der Freiheit des Bojen zartere Mucflichten entgegenzubringen, als der des Guten, und leider ift ja auch Er-fahrungsfat, dag die Guten, die Konfervativen, nie die Energie und Thätigkeit ent= wickeln, als die Bofen.

Dem gegenüber kann man fagen, daß die Schaffung und Heranziehung eines Arbeitervorstandes ("Altesten-Kollegium") eine "Mobilmachung", eine "Organisierung ber Guten" bedeutet. Bei jeder Bahl irgend eines Borstandes durch die Arbeiter werben bie besten, solidesten Clemente gemählt, und fast ftets werden es verheiratete Arbeiter fein. Gbenso werden fast stets biefelben Bersonen gemählt. Diese Erfahrungen wird ein jeder Fabrikant bestätigen. Sie geben aber ein glänzendes Zeugnis von dem gesunden Sinne, der in unseren Arbeitern noch herrscht, und legen es klar vor Augen, daß eine Organisation der Arbeiter in diesem Sinne — durch einen Arbeitervorstand — schon als folche eine Stärkung und Förderung der Guten und zum Guten bebeutet. Eine Organisation der guten, eine Folierung der schlechten Elemente: das ift ja doch die ganze Aufgade zu einer fittlichen Regenerierung der Fabrik.

Selbst wenn ein oder anderes zweiselhafte Element in den Arbeitervorstand sich verirrte: sieht ein solches Mitglicd sich einmal die Aufgabe zugewiesen, sittlich auf andere einzuwirken, dann kommt es auch persönlich in eine sittliche Richtung hinein und "lehrend lernt es"; die sittliche Erziehung anderer wird zur Selbsterziehung. Es wäre ja nicht zum erstenmale, daß ein Revolutionär in Amt und Würde sonsservativ geworden wäre, und zwar von ganzer Seele. Das Gefühl der Berantwortslichteit, der Kampf gegen die Leidenschaften, wie sie im Untergebenen entgegentreten, wirken an sich versittlichend, geben sittlichen Ernst.

Andererseits wirtt eine Vorschrift oder Küge, die von selbstgewählten Standessenossen, vom Arbeitervorstand oder einem seiner Mitglieder ausgeht, viel tieser und nachbaltiger, als eine solche vom Kerrn oder aar Begunten. Em lektern Kalle mischt

nachhaltiger, als eine solche vom Herrn ober gar Beamten. Im lettern Falle mischt fich immer ein gewisses Gefühl ber Bitterkeit und Opposition, des Klassengagensates ein; es erscheint ihm nur zu leicht als Herrschsucht, als unwürdige Bevormundung, als von egoistischen, berechnenden Motiven eingegeben, mahrend der Arbeitervorftand der selbst gewählte Gerichtshof ist, dem die sittliche Führung Selbstzweck, Wahrung der "Standesehre" ift. Es wirtt einerseits demutigend, beschämend auf den Arbeiter, von feinen felbstgewählten Standesgenoffen an feine Pflichtverlegung gemahnt refp.

Schriften LXVI. - Sering.

beftraft zu werden, andererfeits fehlt ihm aber jedes Recht der Ausrede oder Rlage über Unrecht.

Das find Wahrheiten, die überall im Leben sich als solche bewähren und die auch deshalb in der Fabrik keine Ausnahme erleiden können. Und die Praxis in der

B.ichen Fabrit hat es bewiesen.

In der Bichen Fabrik besteht bis heute keine geschriebene Fabrikordnung 1. Auch ethische Bestimmungen", wie fie im zweiten Hefte bes "Arbeiterwohl" niedergelegt, find, find dort nie ausdrücklich ausgesprochen resp. publiziert worden. Und doch, das natürliche, sittliche Gefühl dieses "felbstthätigen Organismus" hat famtliche Beftimmungen ins Leben der Fabrit eingeführt und die ftrenge Beobachtung gefichert. Ethische Forberungen, die andere Fabriten taum zu ftellen wagen, gelten hier als selbstverstandlich, wurden ohne die geringste Schwierigkeit stets exekutiert, ohne auf Opposition zu ftogen — dant dem Arbeitervorftand e.

Führen wir einige Fälle an, die für die verschiedenen Richtungen, in denen der

Vorstand thatig war, thpisch find.

Ein recht bezeichnender Fall, wie der Arbeitervorstand wohl zu unterscheiden weiß, wo Strenge und wo Rachficht am Plage ift, ift folgender: Die Arbeiterin X. wird wegen eines Berhaltniffes mit einem vertommenen Burfchen birett und fofort entlassen. Sie hatte icon früher eine Bermahnung wegen unanftandiger Rebengarten Und wie richtig der Borftand gehandelt hatte, zeigte fich später auch erhalten. hier wieder.

Es ist bemerkenswert, mit wie richtigem Takte der Borstand in allen diesen Hällen vorgeht. Namentlich ist der Umstand, daß Arbeiterinnen im Borstande figen, bon gludlichfter Wirtung. Diefe, mitten in den Arbeiterinnen ftehend, ver-huten es auch, daß überhaupt ein hinaustreten über die Schranten weiblicher Zucht nach irgend einer Seite hin statsfinde. So ist denn unter den Arbeiterinnen ein Geist des Anstandes, der Zurücksaltung und Sitte, der sofort jedem, der sonst die Fabrikbevölkerung zu beobachten Gelegenheit hatte, auffällt. Gine einzige Unanständigkeit oder Zudringlichkeit, oder ein anstößiges Lied eines Arbeiters oder gar Meisters würde sofort auffallen und reprodiert werden.

Wie der Arbeitervorstand für die Autorität der Eltern wacht, zeigt folgende Berhandlung. Der Arbeitervorftand hatte in Erfahrung gebracht, daß jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Eltern ben Lohnzettel zu unterschlagen wußten, fei es nun, daß fie die Zahlen änderten, sei es, daß sie Lohnzettel ältern Datums mit kleinern Zahlen vorzeigten; ja, sie hatten sich sogar Formulare zu verschaffen gewußt und ließen dieselben von Freunden aussüllen. Selbstverständlich war es für den Arbeitervorstand, daß dem ein Riegel vorgeschoben werden müsse, im Interesse der Eltern wie der Kinder, die dadurch zu Lug und Trug und zur Berschwendung heran-gebildet würden; nur das Mittel war zweiselhaft. Allein, in langer Beratung wurde auch das gefunden, und es war fogar verhältnismäßig nahellegend: alle zwei Monate follten vom Komptoir aus den Eltern die Lohnbezüge ihrer Kinder an den einzelnen Lohntagen birett per Boft zugesandt werden. Gin Beispiel nach anderer Richtung:

Der Arbeiter D. fängt, angetrunken, in einem Wirtshause Händel an. Meister R., aus derselben Fabrik, sucht ihn zu beruhigen; allein O. wendet sich nun argen diesen und ergeht sich in den rohesten und ungerechtesten Schimpsereien. Meister R. bringt die Sache an den Arbeitervorstand. Dieser bestimmt: Arbeiter D. muß, wenn er noch langer auf der Fabrit beschäftigt werden will, Abbitte leiften, und seine Einwilligung bazu geben, daß sein ganzer Lohn direkt an seine Mutter

¹ Diefelbe ift erft 1885 erlaffen worden. Unm. bes Berausg.

ausbezahlt wird. Letteres hatte ben Zwed, die Mutter, um beren willen er eigentlich in Arbeit belaffen murbe, zu schützen, zugleich aber auch den Sohn vor zu vielem Gelbe, das dann vertrunten murbe, zu bewahren

Besondere Aufmerksamkeit wendet der Vorstand den jugendlichen Arbeitern 311. Alle Ausgelassenheiten und Roheiten werben ihnen streng verwiesen. Rauchen und Wirtshausbesuch ist ihnen untersagt. Überall haben sie Bescheibenheit und Zurudhaltung zu beobachten und den alteren Arbeitern Achtung zu beweisen. Gigent= liche Borstandssitzungen find dieserhalb noch nicht notwendig gewesen, vielmehr hat die Autorität des einzelnen Borftandsmitgliedes noch ftets genügt, um jede Uberschreitung fern zu halten.

Uberhaupt liegt nicht in bem, was die Prototolle berichten, die Bedeutung bes Borftandes, — fein Beftehen, die personliche, durch den Vorstand gestützte Autorität der Borftandsmitglieder und ihr ftiller, unvermerkter Einfluß in der Fabrit ist es, was vor allem wohlthätig wirkt. Das gelegentliche freundliche Wort, ja der Blick des Borftandsmitgliedes genügt schon, manches Bose in der Quelle zurückzudrängen. Erst dann, wenn die private Mahnung nicht genügt, kommt der Vorstand und endlich erst

der Fabrikherr.

Es verdient hervorgehoben zu werden, mit welchem Zartsinn, mit wiediel Liebe, Geduld und Nachsicht der Borftand seines Umtes waltet. Er steht eben mitten unter ben Leuten, tennt ihre Schwächen und hat fie tragen gelernt. Lange Erfahrung (mehr als eines Menschenalters) fteht ihnen zur Seite. Das Bertrauen ber Arbeiter hat fie berufen, und fie suchen es zu rechtfertigen. Sie wissen sehr gut Leichtfinn, vorüber-gehende Vergeklichkeit und Bosheit zu unterscheiben, fie wissen, wo Milbe und Nachficht am Plage ist, aber auch, wo Strenge not thut, wo dem guten Ruse und dem fittlichen Geifte der Fabrik Gefahr droht.

Alle die Angelegenheiten geschilderter Art find Angelegenheiten der Arbeiter als folder; fo betrachten Borftand wie Arbeiter Diefelben. Es ift ihnen eine Bergenssache, daß die Ehre und der gute Ruf der Fabrik gewahrt bleibe. Sie find ftolz

darauf, daß es in ihrer Fabrit nicht ist wie in den übrigen.

Zugleich ist es aber auch das Gefühl des sittlichen Schupes, des Selbstschubes, das fie besett. Die Eltern freuen sich, sind dankbar, ihre Kinder einer solchen Fabrit anzubertrauen, und da der Arbeitervorstand fast ganz aus solchen Bätern besteht, so ist es ganz natürlich, daß er eisersüchtig darüber wacht, daß es auch so bleibe. Der Bruder freuet sich für die Schwester, die Schwester für den Bruder. Die gute Geständer wöhnung giebt einen Halt, der einzelne Verirrungen leicht überwindet. Es gehört schon eine große Verkommenheit dazu, fich über das Urteil der Genoffen hinwegzusiegen; man scheuet sich, aus solchem Anlaß — verurteilt vom Arbeitervorstand die Arbeit ju verlaffen.

Obwohl der Kabritherr nach dem Statut der Arbeiter: und Krankenkaffe Sik und Stimme im Borftande hat, macht er boch, wo es fich nicht um gang befondere Angelegenheiten und Mitteilungen handelt, taum mehr Gebrauch bavon: ber Bor= ftand berät und beschließt seit Jahren vollständig selbständig. Wo er als Altesten-Rollegium sungiert, gilt dieses ohne Ausnahme. Arbeiter und Herr legen in gleicher Weise Gewicht darauf, daß der Herr erst als höhere Inkang in Thätigkeit tritt, wenn der gemahnte oder bestrafte Arbeiter dem Beschluß des Arsbeitervorstandes sich nicht fügen will. Der Fabrikherr hat aber noch kein eins zigesmal einem Beschlusse die Ausführung versagt.

.... Bei der Aufnahme neuer Arbeiter wird durchaus nicht angstlich verfahren, auch nicht erst Nachforschung über beren Bergangenheit gehalten. So kommt es oft, daß Arbeiter, deren Bergangenheit durchaus nicht gerade die beste war, aufgenommen werden. Es ist nun außerst interessant, wie diese Arbeiter sich allmählich in die gegen die bisherige Umgebung ihnen völlig neue Umgebung hineinleben: anfangs vielleicht mit Widerstreben, vielleicht recht oft anstoßend; wie die alteren Arbeiter Gebulb und Nachficht mit ihnen haben, wie fie fich aber nach und nach verstehen lernen und all= mählich aus bisher unverträglichen, nachläffigen, leichtfinnigen und launigen folide, gute Arbeiter werben. Selbst im Außern der Arbeiter merkt man balb die Beranberung — es ift bloß eine "Luftveranderung", die aber fcon manchem Fabrifarbeiter die fittliche Gesundheit wiedergebracht hat, manche Familie aus dem brobenden

Ruin gerettet hat.

Bie fehr der Arbeitervorftand felbft auf diesen ftill erobernden Ginflug des guten Geiftes der Fabrit auf den neuen Arbeiter baut, geht baraus hervor, daß derfelbe schon mehrere Male Rlagen gegen neu aufgenommene Arbeiter einfach mit der Erwägung abwies: "bas fei ein neuer Arbeiter, — der würde fich ichon mit ber Zeit änbern."

Das alles ift erzielt durch die fittliche Organifation der Fabrik im Arbeitervor= ftande. Es wird "die Freiheit des Guten" gesichert, während sonst nur zu leicht bloß "die Freiheit des Wösen" besteht, d. h. dort geben die ernsteren Elemente — der Arbeitervorstand — den Ton an, während hier die Leichtssinnigen und Verkommenen das Wort führen: das ist der Unterschied. — Es sei noch ausdrücklich konstatiert, daß ofsizielle religiöse Einrichtungen an der Blichen Fadrik nicht bestehen, daß tein Arstitellen Geschichtssichen Geschichtssichen Arstitellen Geschichtssichen Geschichtssichen Ausgeschlieben von der Verleichen Geschichtssichen der Verleichen Geschichtssichen Geschichtssich von der Verleicht des geschichtssichen Geschichtssichen Geschichtssichen Geschichtssichen Geschichtssiche Geschichtssichen Geschichtssichen Geschichtssichen Geschichtssichen Geschichtssichen Geschichtssich geschicht der Verleicht geschlicht geschicht geschicht geschlicht geschlicht geschicht geschlicht geschl beiter nach seinem Glaubensbekenntnisse gefragt wird, ober ob er Socialdemokrat 2c. ift, ober wie er gewählt hat. Auch über die Ausübung der specifisch religiösen Pflichten wird nicht Wache gehalten — der sittliche Ernst schützt auch vor religiöser Bflichtvergeffenheit.

Die "gesetzgebende" Thätigkeit des Altesten-Kollegiums im Gebiete der fabrifordnung überhaupt.

In der Bichen Fabrik besteht bis heute, wie schon erwähnt, keine geschriebene Fabritordnung1, und tropdem, jeder tennt fie, jeder fügt fich ihr, und in wenigen Fabriken ist wohl eine vollkommenere, freudigere Ordnung als hier.

Freilich, die einzelnen Bestimmungen der Fabritordnung find auch niederge=

schrieben — in den Protokollen der Borftandssigungen.

Alle Bestimmungen ber Fabrifordnung find nämlich vom Borstanbe ausge-gangen, resp. gehen noch von bemselben aus. Der Borstand berät fie, sett fie fest; der Borftand unterschreibt fie, schlägt fie an; der Borftand andert ab, bringt fie von wenn burch Anschlag in Erinnerung, wenn sie in Bergessenteit ab, bringt sie vohen. Wenn ber Fabrikberr Borschläge hat, so teilt er sie einem Mitgliebe des Arbeiters vorstandes mit, daß er sie dem Arbeitervorstande vorschlage; umgekehrt wird auch vom Arbeitervorstande wohl ein Mitglieb beauftragt, mit dem Fabrikberrn sich zu des sprechen. Im übrigen aber liegt die ganze Fabrikordnung in der Hand des Borsstandes, und während des ganzen Berlaufs der Jahre hat der Herr noch nie Beranzlussen.

laffung gehabt, einen Borftandsbeschluß zu korrigieren.

Der Arbeitervorstand trägt Ehre wie Berantwortung der gesetzgebenden Thätigkeit; die gange Fabrit weiß das und freuet fich ihrer "tonftitutionellen Berfasjung". Um den Gegensat, ber in dieser Beziehung gegenüber andern Fabriken beficht, kennen zu lernen, braucht man nur die Teilnahme und Lebhaftigkeit, mit der fofort die Anschläge am Anschlagsbrett gelesen und biskutiert werden, zu beobachten sofort die Anschläge am Anschlagsbrett gelesen und diskutiert werden, zu beobachten. Hier wird sosort lebendig, was anderwörts toter Buchstade bleibt, oder aber, was noch schlimmer ist, mit innerem Widerstreben, mit einem Gesühl ungerechten Sinzgeisens in die persönliche Freiheit, ungerechtertigter Demittigung und Härte ausgenommen wird, und wo es am Ende noch gut geht, wenn nicht ein formeller Aufruhr sich bildet. Ist es doch z. B. statistisch fonstatiert, daß schon mehr Strikes wegen der Fabristordnung, als wegen der Lohnstrage, entstanden sind.

Derselbe Unterschied, wie in der Aufrahme, macht sich in der Bildung der Fabristordnung gestend: in anderen Kadrisch wird die Fabrisordnung "gemacht", bleibt deshalb auch der Fabristordnung "sich fortbildet", wie die Erfahrungen und Bedürfnisse so fordern, und so vielleicht weniger Bestimmungen enthält, aber solche, die Leben gewinnen.

folche, die Leben gewinnen.

Endlich wird eine durch Mitberatung der Arbeiter geschaffene Fabrikordnung nicht blog an den Berrn und feine Intereffen benten, fondern auch fur ben Coun der Arbeiter forgen. Gewiß thuen das auch andere Fabrikordnungen; allein wohl nicht in dem Dlage und nicht mit bem Erfolg. Octropierte Borfchriften auch zum

¹ Wgl. Anm. S. 82.

Schutze der Arbeiter werden von diesen nie mit dem Entgegenkommen aufgenommen und befolgt werden als von ihrem Vorstand ausgegangene, namentlich, wenn dieselben eine persönliche Belästigung in sich schließen.

Die "Ausführung" der Fabrikordnung durch das Ältesten-Kollegium.

Richt bloß die "Gesetzebung", sondern auch die Exckutive liegt in der B.schen Fabrit wesentlich in der hand des Arbeitervorstandes, nicht zwar rechtlich, durch Statut sestgetzt, aber fattisch, chenso wie die "gesetzebende Thätigkeit". Der Borstand überwacht die Aussührung und handhabt die Etrasen. Jeder Arbeiter das Recht, an den Arbeitervorstand zu appellieren; schwerere verhängt nur der Borstand. Auch der Fabritserr dind sich steits an das Urteil des Arbeitervorstandes. Es bedeutet eine Schonung für den Arbeiter, wenn der Fabritserr ihn einmal ausnahmsweise ohne Beiziehung des Arbeitervorstandes bestrast oder sogar entläßt; auch in diesem Falle dietet er ihnen jedesmal au, dem Arbeitervorstand die Sache zu unterbreiten, allein, wenn der Arbeiter eben seiner Berurteilung anz sicher ist, so erhaart er sich diese gern und ist froh, wenn der Herr auf die hinzugiehung des Arbeitervorstandes verzichtet. Denn auch selbst der sortgehende Arsbeiter mag nicht gern das Berditt des Arbeitervorstandes mitnehmen.

Bon Mitgliedern des Arbeitervorstandes selbst wird oft einem Arbeiter, der sich schwer vergangen hat, so daß seine Entlassung durch den Arbeitervorstand ziemlich gewiß ist, der Nat erteilt, zu fündigen, um ihm die Verurteilung zu sparen. Abrigens kommen Entlassungen sehr selten vor — sechs Fälle in den legten zwei Jahren bei 280 Arbeitern. Dieses wird um so mehr auffallen, wenn wir hinzusügen, daß es an der betreffenden Fadrit Gelbstrafen seit langer Zeit gar nicht mehr giebt, außer für Zuspältommen, daß alle Strafen Verwarnungen sind und als letzte — die

Entlassung.

Erst: private Rüge bes Meisters ober Angestellten; dann: Rüge unter Beisiehung eines sachverständigen Borstandsmitgliedes; dann vielleicht: Anzeige an den Herrn und Borladung vor diesen; endlich: Appell an den Borstand und Urteil durch diesen — das sind die Instanzen, die gewöhnlich innegehalten werden. Ausnahmsewie in dann schon der Borstand eine Gelbstrase setzgest für ein oder zweimal, wenn es sich um besonders nachlässige Arbeiter handelte, um denselben eine Gnadenstrift geben zu können, bevor man zum letzten Mittel, der Entlassung, seine Zuslucht nahm. Es war das dann eine Bergünstigung — gegenüber der verdienten Entlassung — und eine doppelte Chrenstrase, indem man für sie einen gröberen Maßstad ans legte als an die übrigen, den Maßstad der Spre für ungenügend für sie erklärend. Durch den Arbeitervorstand sünst sied ebenso jeder Arbeiter gegen Willtür und Särte gegen Arbeiter gegen Willtür

Durch den Arbeitervorstand fühlt sich ebenso zeder Arbeiter gegen Wilkfür und Härte gegenüber den einzelnen Angestellten geschützt, als andernteils die Autorität dieser durch denselben auch wieder gestärkt erscheint. So kommt der Arbeitervorstand

beiden in gleicher Beife zu Gute.

Auch ber beste Meister kann sich mal vergessen und ein übereiltes Urteil sällen, auch der tüchtigste Angestellte kann einen Arbeiter für einen Fehler verantwortlich machen, an dem derzelbe unschuldig ist. In der That ist es schon vorgesommen, dat der Wertmeister einen Weber mehrere Male scharf zur Rede stellte, wegen eines Mangels seiner Arbeit, dis er, ungehalten über die stelte Wiederholung des Fehlers, den Arbeitervorstand berief. Derselbe untersuchte die Sache und sand, daß es an einem technischen übelstande lag und der Arbeiter unschuldig sei. Niemand freute sich über die Auflärung mehr als der Wertmeister. In den meisten andern Fabriken würde der Arbeiter gestraft oder gar entlassen worden sein; hier wurde dem Arbeiter nicht bloß sein Recht, sondern auch volle Genugthuung.

***Ther Arbeiterporstand selbst nicht in der Lage. die Arbeit beurteilen zu können

Ist der Arbeitervorstand selbst nicht in der Lage, die Arbeit beurteilen zu können, so zieht er Vertrauensmänner aus der betreffenden Branche bei. So wird stets für sachverständiges Arteil gesorgt. So wird nicht bloß die Schuldsrage — kann der Arbeiter den Fehler vermeiden? — auß genaueste abgemessen, sondern zugleich wird auch der Ursprung des Fehlers erniert und auf die Mittel der Abhülfe gesonnen Recht bezeichnend ist es, daß gerade der Werkmeister selbst auf regelmäßige Hinzusiehung solcher Sachverständigen bei Beurteilung der Arbeit gedrungen hat. — Sehr oft liegt die Schuld schlechter Arbeit in der schlechten Vorarbeit: der Weber muß

bie Jehler des Spulers bugen u. f. w. — in diesen Fallen wurden die Borarbeiter mehrere Male zur Entschäftigung, z. B. für den Weber, herangezogen — oft auch in ben schlechten Garnen zo. Das ist nicht bloß für die Schuldfrage von durchgreifender Bedeutung, sondern spielt auch sehr in die Lohnfrage hinein. Wenn ein Weber gerade eine schlechte Kette hat, und er ist z. B. ein Familienvater, so kann das am nächsten Lohntag sehr verhängnisvoll für ihn werden. Aber auch ganz abgesehen von bieser materiellen Schäbigung: biese Wiberwärtigkeiten und unglucklichen Zufalle werben ftets sehr bitter empfunden und benehmen die Arbeitsluft. Gerade hier liegen zugleich große Bersuchungen zu Unterschlagungen und Beruntrenungen. Die schlechten Spulen werden bei Seite geschafft, die Arbeit übereilt, um von ihr abzukommen.

Hier ist so recht wieder das Gebiet des Arbeitervorstandes. Der so betroffene Arbeiter wendet sich an diesen, der dann die Sache untersucht und dem Arbeiter eine entsprechende Entschädigung zuweist, vielleicht die Arbeit an solche giebt, die die Schwierigkeiten leichter überwinden u. f. w., zugleich aber auch Abhülse für die Zufunft schafft. Auch hier wieder trifft das Interesse der Arbeiter und des Fabritherrn zusammen, liegt die Kontrolle über das Arbeitsmaterial in besten Handen.

Gublich entscheidet der Arbeitervorstand über die lausenden Fragen: ob 3. B. nach Unterbrechung der Arbeit durch Maschinenbruch 2c. nach earbeitet werden soll, und wie; ob Fasinacht, Kirmes 2c. die Fabrit stille stehen oder gearbeitet werden soll 2c. 2c. Alles das sind Fragen, die ja äußerlich bedeutungslos erscheinen, die aber im Leben einer Fabrit schon kleine "Ereignisse" bilden und oft viel Erbitterung absiehen. Selbst der Arbeitervorstand hat oft die Berantwortung sir die Entscheinen wie der die Berantwortung sir die Entscheinen die Berantwortung sir die Greichte der Arbeitervorstand hat oft die Berantwortung sir die Entschein nicht allein tragen mögen und allgemeine (geheime) Abstimmung burch Stimmzettel angeordnet. Auch wurde ber Borftand hier und ba felbst beratend bei Beranberung ber Lohntarife, ber Brämienfäge 2c. jugezogen.

II. Aus der Fabrikordnung (1885).

Die Fabritordnung gahlt u. a. die Sauptpuntte auf, welche bon den Angestellen, Meiftern und Arbeitern bei der Arbeit, im Berkehr mit den Mitarbeitern u. f. w.

zu beachten find.

Diefelbe legt teine neuen, bisher unbefannten Pflichten auf, fie ftellt vielmehr nur zusammen, mas bisher ichon angeordnet, resp. teils durch Herkommen, teils durch

ausdrückliche Anordnung des Arbeitervorstandes in die Prazis übergegangen war und sich als wirklich durchführbar gezeigt hat.

Auch alle übrigen Einrichtungen und die darauf bezüglichen Satungen sind von dem Arbeitervorstande (d. i. von den aus der Mitte aller Meister und Arbeiter von der Gesamtheit erwählten Bertrauenspersonen) selbst angeordnet, resp.

unter feinem Beirate entworfen worden.

I. Sittliche Bestimmungen.

§ 1. Alle Borgesetten in der Fahrik, Meister und Angestellte, find gehalten, ihren Untergebenen in der Erfüllung ihrer fittlichen und religiöfen Pflichten mit einem guten Beispiel voranzugehen und fördernd auf den fittlichen Beift in der Fabrit einzuwirten.

Die Arbeiter sollen in Kleidung und Benehmen anständig er= scheinen und untereinander friedfertig und dienstgefällig fein. Sie find dem Kabritherrn und seinen Stellvertretern Treue, Fleiß und pünktlichen Ge= horsam schuldig.

¹ Die Daten der betr. Beschluffe des Arbeiterborftandes find neben den einzelnen Bestimmungen des Originals der Fabritorbnung bermerkt. Unm. b. Herausg.

Die jungeren Arbeiter follen ihren alteren Mitarbeitern gegenüber bescheiden und zuvorkommend fein; von den alteren Arbeitern wird er-

wartet, daß fie den jungeren fein Argernis geben.

§ 2. Die Angestellten und Meister, serner die Mitglieder des Arbeiter= vorstandes, sowie die von letzterem ernannten Bertrauenspersonen, haben darüber zu wachen, daß keiner der ihnen Unterstellten Zucht und Ehr=barkeit verletzt, ungebührliche Reden sührt, ungeziemende Lieder singt u. s. w. Sie haben, soviel dies ihres Amtes, Fehler zu tadeln und Ausschreitungen zu rügen, — andererseits das Interesse Arbeiter zu wahren und zu vertreten.

§ 3. Unverheiratete junge Leute, die gegen den Willen ihrer Eltern außer dem elterlichen Hause Wohnung nehmen, werden sofort entlaffen.

Die Auslöhnung findet an Minderjährige felbst nur mit Einwilligung der Eltern statt. Auch bei unverheirateten großjährigen Arbeitern und Arbeiterinnen, die im elterlichen Hause wohnen, behält sich der Fabrikherr vor, unter gewissen Umständen die Löhne direkt an Bater oder Mutter auszuzahlen. Bierteljährlich wird den Eltern eine Jusammenstellung der von ihren Kindern verdienten Löhne zugesandt; auch werden denselben die an ihre Kinder gerichteten Briese eingehändigt, so ost solche einlausen.

§ 4. Arbeiter, die sich innerhalb der Fabrik öffentlicher Berhöhnung der Religion oder der guten Sitte, oder grober unsittlicher Handlungen schuldig machen, oder in trunkenem Zustande betroffen oder der Beruntreuung übersührt werden, oder Schlägerei veranlassen oder daran

teilnehmen, werden fofort entlaffen.

Dieses Bergehen, außerhalb der Fabrik begangen, sowie liederlicher Lebenswandel, leichtsinniges Schuldenmachen, wiederholte Trunkenheit ziehen Berwarnung, oder, wenn diese sruchtlos erscheint, Kündigung nach sich.

Ungehorsam, Widersetzlichkeit gegen die Vorgesetzen der Fabrik, Unverträglichkeit mit den Mitarbeitern, böswilliges Verderben von Stoffen oder Maschinen, kann ebensalls mit sosortiger Entlassung oder Kündigung bestraft werden.

- § 5. Die weiblichen Arbeiter sollen während der Arbeit, soweit thunlich, von den Arbeitern männlichen Geschlechts getrennt sein. Ebenso ist denselben während der freien Zeit jeder gegenseitige Berkehr untersagt. Zuwiderhandlungen, sowie jeder leichtsinnige, der christlichen Sitte widerstrebende Verkehr der jungen Leute beiderlei Geschlechts, auch außerhalb der Fabrik, ziehen Verwarnung seitens des Arbeitervorstandes und, salls diese sruchtlos, Kündigung nach sich.
 - II. Organisation: Kassen, Arbeitervorstand.
- § 6. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen find zum Beitritt zur Kranken= und Arbeiterkasse die verheirateten Arbeiter auch zum Beitritt zur Familienkrankenkasse verpflichtet.
- § 7. Der Borstand der Arbeiter-, Kranken- und Familienkrankenkasse (siehe die hetreffenden Statuten), durch das Bertrauen der Arbeiter berusen, soll als "Ältesten-Kollegium" das vermittelnde Organ sein zwischen dem Prinzipal und den Arbeitern selbst.

Er soll es für seine besondere Ausgabe und Pflicht erachten, den Geift der Jusammengehörigkeit, der Ordnung, der Gerechtigkeit und der guten Sitte in der Fabrik zu wecken und zu sördern. Die bezüglichen Rechte und Pflichten sind bestimmt und geregelt durch das unten folgende Statut für den Arbeitervorstand als Altesten-Kollegium.

IV. Technische Bestimmungen, Strafen.

§ 19. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche je nach Rotwendigkeit seitens der Meister oder der in der Wiegkammer Angestellten von der einen an eine andere Maschine oder an eine andere Arbeit gestellt werden, sind gehalten, diesen Anweisungen Folge zu leisten. Beschwerden in solchen Källen sind dem Obermeister mitzuteilen, der eventuell über deren Berech-

tigung ben Arbeitervorftand entscheiben läßt.

§ 29. Claubt fich ein Arbeiter benachteiligt ober irgendwie verlett, sei es durch einen der Mitarbeiter oder durch einen der Angestellten oder Meister, so berechtigt ihn dies keineswegs zu ungebührlichem Betragen, sondern in aller Ruhe kann er dem Prinzipal oder dessen Stellvertreter, oder einem Mitglied des Arbeitervorstandes oder einem der Verstrauen sim änner Mitteilung machen. Ist seine Beschwerde gerechtsertigt, so wird baldthunlichst Abhülse geschaffen, ohne daß ihm daraus Unannehmslichseiten irgend welcher Art erwachsen.

§ 30. Gelbstrafen bis zu 50 Pfennig, welche wegen Übertretung ber Fabrikordnung verhängt werden, können nur ausgesprochen werden vom Fabrikherrn, vom Obermeister oder vom Borsteher der Wiegkammer, und haben die übrigen Meister, salls sie solche Strasen für gesordert erachten, bei einem der Borgenannten selbige zu beantragen.

Geldstrafen, die den Betrag von 50 Pfennig für den einzelnen Fall oder die einzelne Arbeit übersteigen, sowie die Strafe der Entlassung kann — außer in den Fällen, wo der Fabrikherr persönlich diese Strafen verhängt — nur der Arbeitervorstand festsehen. Gegen Strasen unter 50 Pfg., die von dem Obermeister oder von dem Vorsteher der Wiegkammer, oder durch die Fabrikordnung als solche z. B. sür Zuspätommen zc. sestgesetzt werden, steht dem Arbeiter, wenn er dieselben sür ungerecht oder sür zu hoch erachtet, der Appell an den Vorstand offen.

Strafen, die der Fabritherr perfonlich verhängt, unterliegen nicht der

Kompetenz des Vorstandes.

Alle Strafgelber, welche nicht als Entschädigung für verdorbene Ware ober für leichtfinnig verursachten Schaden gezahlt werden, fließen in die Arbeiterkasse.

Anmerk.: Es foll bis auf weiteres bei der bisherigen Praxis: keine Geldstrafen (außer für Zuspäkkommen) zu ver= hängen, verbleiben, in der Erwartung, daß für das Ehr= und Pflicht= gefühl der Arbeiter auch eine Mahnung und Warnung genügen wird.

Wer diefes Pflichtgefühl nicht besitzt, hat es sich felbst zuzuschreiben,

wenn er aus dem Berbande der Fabrik entlaffen wird.

§ 31. Berheiratete Frauen, sowie Kinder unter 14 Jahren werden in der Fabrik nicht beschäftigt.

M. Gladbach, im Juli 1885.

Der Fabrikbesitzer. Der Arbeitervorstand.
(Unterschriften.)

III. Statut für den Arbeitervorftand als "Alteften-Rolleginm".

§ 1. Dem Arbeitervorstand liegt es — außer der Berwaltung der bezüglichen Kassen — noch ob, für Erhaltung und Förderung des Geistes der Zusammengehörigkeit, der Ordnung und guten Sitte unter den Arbeitern der Fabrik nach Möglichkeit zu forgen und, soweit thunlich, den Einzelnen mit Fürsorge und Kath zur Seite zu stehen.

Speciell ift es Aufgabe des Vorstandes:

a) auf treue Beobachtung der Fabrikordnung, der sittlichen wie der technischen Bestimmungen derselben, zu achten und, wenn nötig, Berwarnung und Strasen auszusprechen (bezüglich der Geldstrasen vergl. § 30 der Fabriksordnung).

b) Abänderungen und Ergänzungen der Fabrikordnung, wo solche notwendig oder wünschenswert erscheinen, sowie Vorschläge anderer Art, die in das Gebiet des Arbeitervorstandes sallen, für die Tagesordnung vorzuschlagen und, salls nach § 2 kein Einspruch des Fabrikherrn ersolgt, zur

Beratung zu bringen.

c) Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitern der Fabrik, die öffentlich bekannt und für das gute Verhältnis und den Frieden in der Fabrik störend sind, die Streitenden vorzuladen und auf Beilegung der Streitigkeiten zu wirken, eventuell Genugthuung und Strase dem schuldigen Teil aufzulegen. Ebenso hat jeder Arbeiter das Recht, die Vermittlung des Vorstandes bei Streitigkeiten mit anderen Arbeitern der Fabrik, auch solchen privater Natur, anzurussen.

§ 2. Die Tagesordnung jeder Vorstandssitzung ist vorher dem Fabrikherrn vorzulegen; dieselbe unterliegt als Ganzes wie in den einzelnen Teilen seiner Genehmigung, und hat derselbe das Recht, ungeeignet erscheinende

Punkte von der Tagesordnung abzuseben.

§ 3. Die Beschlüffe und Entscheidungen des Vorstandes sind in ein Protokollbuch einzutragen mit den Unterschriften des Vorstandes; durch die Unterschrift des Fabrikherrn erhalten dieselben bindende Kraft, und sind sie in diesem Falle durch die zuständigen Organe zur Aussührung zu bringen. Der Fabrikherr hat das Recht, die Genehmigung zu versagen, Abänderungs-vorschläge zu machen und den Gegenstand zu nochmaliger Veratung auf die Tagesordnung zu seizen.

§ 4. Dem Borstand steht es zu, Bertrauensmänner aus den verschiedenen Abteilungen der Fabrik zu wählen, die ihn in Ersüllung seiner Ausgaben unterstüßen. Die Wahl geschieht im Vorstand durch geheime Wahlzettel; bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die Namen der Vertrauensmänner sind öffentlich bekannt zu geben. In der Regel sollen

bie Vertrauensmänner aus den wenigstens 30 Jahre alten und mindestens fünf Jahre in der Fabrik beschäftigten Arbeitern genommen werden, unter gleichzeitiger Rücksichtnahme auf die verschiedenen Ortschaften, aus denen Arbeiter in der Fabrik beschäftigt sind. Die Vertrauensmänner können vom Vorstande zu den Situngen eingeladen werden und haben in diesem Falle Stimmrecht. Bei jeder ganzen oder teilweisen Neubildung des Vorstandes sindet auch Neuwahl der Vertrauensmänner statt.

§ 5. Specielle Aufgabe der Bertrauensmänner wie der einzelnen Borftandsmitglieder ift es noch, zum Schutze der ihnen unterstellten Arbeiter

und der Intereffen der Fabrit

a) über Übelstände in der Fabrik, z. B. über schlechtes Material, über ungenügende Borarbeit in den einzelnen Betriebsteilen, über Nachlässigkeit oder Parteilichkeit bei Zuteilung der Arbeit durch die Angestellten, über Fehler an den Maschinen und ungeeignete Einrichtungen irgend welcher Art den höheren Angestellten oder dem Prinzipal in schieklicher und geeigneter

Weise Anzeige zu machen;

b) darauf zu achten, ob die Sicherheitsvorrichtungen und die für die Gesundheit der Arbeiter getroffenen Einrichtungen in gutem Zustande sind, resp. von den Arbeitern zweckentsprechend benutzt und die dasin zielenden Borschriften treu eingehalten werden, sowie in entsprechender Weise Anzeige zu machen, wenn Arbeiter sich zu Arbeiten melden oder angestellt werden, die augenfällig der Gesundheit und den Kräften und Fähigkeiten derselben nicht entsprechen;

c) in Notfällen, von denen die Arbeiter betroffen werden, sich nach den häuslichen Berhältniffen derselben zu erkundigen und dann für dieselben

fich bei dem Prinzipal oder bei dem Vorstande zu verwenden;

d) dafür zu sorgen, daß die den älteren Arbeitern zur Ausbildung unterstellten jugendlichen oder neuen Arbeiter von den erstern in der richtigen Weise behandelt und zu schnellem und gutem Arbeiten angeleitet werden;

e) auf gute sittliche Führung der jugendlichen Arbeiter auch außerhalb

der Fabrik acht zu haben.

§ 6. Über die Verhandlungen und Abstimmungen im Vorstande ist strengste Verschwiegenheit zu beobachten, und wird schwere Verlezung mit Ausschluß aus dem Vorstande bestraft. Bei Verhandlungen, wo ein Vorstandsmitglied persönlich beteiligt ist, hat dasselbe die Sitzung zu verlassen.

§ 7. Der Fabrikherr legk in der Regel alle die Fabrikordnung und das Wohl der Arbeiter betreffenden Angelegenheiten dem Borstande zur Beratung vor, unbeschadet des Rechts jedoch, auch unabhängig vom Arbeitersvorstande Anordnungen zu treffen.

IV. Aus dem Statut der Krantentaffe der Fabrit von F. Brandts.

- § 5. Als Krankenunterstützung gewährt die Kasse den in der Fabrik beschäftigten Mitgliedern:
 - 1. Bom Beginne der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung, freie Arznei, fowie Brillen, Bruchbander und ähnliche Heilmittel;

2. im Falle der Erwerbsunfähigkeit für jeden Krankheitstag auf Bescheinigung des Arztes hin Krankengeld, und zwar: für die ersten
zwei Krankheitstage ^{1/4}, für jeden ferneren Krankheitstag die Hälfte
des wirklichen Arbeitsverdienstes, soweit dieser 4 Mark für den Arbeitstag nicht übersteigt.

Die Krankenunterstützung endet mit dem Ablauf der 26. Woche nach

Beginn der Arankheit.

Mitglieder, welche der Kasse vor ihrer Erkrankung wenigstens ein Jahr ohne Unterbrechung angehört haben, erhalten indessen, wenn der Vorstand solches im einzelnen Falle beschließt und dies nach dem Stand des Kassensvermögens für unbedenklich erachtet, die Krankenunterstützung bis auf die Dauer eines Jahres.

§ 25. Der Borftand der Raffe besteht:

a) aus 4 Bertretern der Firma, von denen einer als Borsitzender, ein anderer als dessen Stellvertreter sungiert. Dieselben werden auf die Dauer von 2 Jahren von der Firma ernannt;

b) aus 8 von der Generalversammlung ohne Mitwirkung der Firma aus der Mitte der stimmberechtigten Kassenmitglieder auf die Dauer von

2 Jahren gewählten Beifigern.

Sobald die sür Rechnung der Mitglieder zu zahlenden Beiträge 2/s der Gesamtbeiträge übersteigen, ist bei der nächsten Wahl ein neunter Beisitzer und sobald dieselben 9/13 übersteigen, ein weiterer Beisitzer zu wählen. Die Wahl der Beisitzer ersolgt, wenn nicht durch einstimmige Acclamation, mit relativer Stimmenmehrheit durch verdeckte Stimmzettel. Bei Stimmengleichheit entscheidet das durch den Vorsitzenden zu ziehende Los. Jedes Jahr tritt abwechselnd die Hälfte der Beisitzer aus.

Mitglieder des Borftandes können nur Personen sein, die fich im vollen Besitze der burgerlichen Ehrenrechte befinden, nicht unter 24 Jahre alt find

und wenigstens 2 Jahre der Raffe angehören.

Beisiber, welche am Ende bes ersten Kalenderjahres ausscheiden, werden durch das Los bestimmt. Die Neuwahl findet im Dezember statt. Die Gewählten treten ihr Amt am 1. Januar des solgenden Jahres an.

Scheiden mehr wie zwei Beifiger vor Ablauf ihrer Amtsdauer aus, so muß alsbald eine Generalversammlung zur Ersatwahl für alle ausgeschiedenen Beisitzer berusen werden. Die Amtsdauer der Ersatmänner erslischt mit dem Jahre, mit welchem diejenige der ausgeschiedenen Beisitzer erloschen sein würde.

Der Vorsitzende des Vorstandes leitet die Wahl.

Wahlen, bei welchen ein Vorstand nicht vorhanden ist, werden von einem Vertreter der Aufsichtsbehörde geleitet.

Uber jede Wahlverhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen.

§ 27. Die Generalversammlung besteht aus sämtlichen Kassenmitzgliedern, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, mit Ausnahme derjenigen, welche der Kasse auf Grund des § 3, Zisser 2 angehören, sowie aus 3 Vertretern der Firma. Jedes Kassenmitglied sührt eine Stimme. Die Vertreter der Firma sühren zusammen sür je 2 in der

Fabrik beschäftigte, versicherungspflichtige und stimmberechtigte Mitglieder der Generalbersammlung eine Stimme. Die Leitung der Generalbersamm= lung fteht bem von der Firma zu bezeichnenden Bertreter derfelben zu.

Schlugbemerkung b. Herausg. Aus den vorliegenden Materialien ergiebt fich bes weiteren, daß ber Arbetervorstand folgende Wohlfahrtseinrichtungen verwaltet:

1. Die Kamilienfrantentaffe, 1881 auf feinen Befchluft eingerichtet jum 3med ber Beihulfe im Sall ber Erfrantung der Frauen und erwerbaunfähigen Rinder ber

verheirateten Arbeiter;

berheitateten Arbeiter;
2. die "Arbeiterkasse". Zweck derselben ist die Erteilung von Borschüssen (zinß103 bei allen unverschuldeten Unglücksfällen und bei Beschaffung der Wintervorräte),
die Gewährung schenkungsweiser Unterstützungen, die Anschaffung von Büchern und
Zeitschriften, die Förderung der Gesundheitspsiege ze.
Die Mittel der Familien= und Arbeiterkasse werden zu 2/3 von den Mitgliedern,
zu 1/3 vom Fadritbesitzer beschafft. Auch sließen die Strasgelder der Arbeiterkasse zu.
3. Die von der Arbeiterkasse bis diese mit Sderringskungen parkung

3. Die von der Arbeiterkasse botirte Bibliothek. —
Die Geschäfte des sog. Sparvereins, d. i. eines mit Spareinrichtungen verbuns denen Konsumdereins leitet ein besonderer Vorstand der Kranken und Arbeiterkasse dem Mitgliedern gewählten Personen, 3 vom Vorstand der Kranken und Arbeiterkasse dazu Bevollmächtigten, dem Obermeister der Fadrit und einem Kassierer.
Die betreffende, für die Arbeiterschaft der Brandtsschen Fadrit bestimmte Zusammenstellung enthält u. a. ein Reglement für die Benuhung der Badecinrichtung, der Basse und Umkleideräume, des St. Josephhauses (welches "den Arbeitern der Fadrit für ihre freie Zeit einen gesunden, schönen Ausenthalt zu bieten, sowie für die verschiedenen, zum Besten der Arbeiter getroffenen Einrichtungen Heimstätte und Mittelpunkt zu bilden bestimmt ist"), ein Statut der (freiwilligen) von der Firma verwalteten Sparksse, ein Reglement für den Mittagsklich, eine Ankündigung des Arbeitervorstandes über die monatlich zu gewährenden Prämien Antundigung des Arbeitervorstandes über die monatlich zu gewährenden Pramien für rechtzeitiges Gricheinen zur Arbeit, ein Statut des Gesang- und Instrumentalfur regizetiges Erigeinen zur Arbeit, ein Statut des Gejang- und Anfrumenial-vereins der Angehörigen der Fabrik, ein Statut für die Rähschule und Reglemeni-für die Kinderbewahranstalt, ein "Mahnwort" des Besißers gegen die Gewohnheit des Schnapstrinkens — es soll jeder erwachsene Arbeiter für gänzliches Unterlassen des Branntweingenusses eine monatliche Prämie erhalten — die Kontrolle wird in der Weise geübt, daß derzenige, welcher darauf Anspruch macht, einen entsprechenden Schein am Ende jeden Monats "auf Treue und Gewissen" ausstellt und in einen, nur gewissen Bertrauensmännern zugänglichen Kasten wirst.

M. Molls & Meer, Mechanische Weberei, färberei und Uppretur zu M.-Bladbach.

Entwidelung und Thätigkeit des Altesten-Rollegiums der Fabrit. (Gefl. Schreiben der Firma an den Ausschuß d. B. f. Socialpolitik vom 1. Juli 1890.)

Auf Ihre gefl. Zuschrift vom 29. d. M. erwidern wir Ihnen ergebenft, daß wir bis heute für unfer Alteften-Rollegium besondere Statuten nicht haben und für die Folge die vom "linksrheinischen Berein für Gemeinwohl" entworsenen annehmen werden. Unser Altesten=Kollegium besteht seit 5 Jahren, arbeitet zu unserer vollsten Zufriedenheit und set sich zusammen aus dem Fabrikherrn und Obermeister als ständigen Mitgliebern und aus bem jedesmaligen Rranten= und Arbeiterkaffenvorftande, wovon jedes Jahr die Sälfte ausscheidet bezw. neu= oder wiedergewählt

wird. Die Unterlage für die Thätigkeit des Altesten-Rollegiums bilden die Statuten unserer Rranten-Arbeiter- und Familientaffen, wovon wir Ihnen je eine Ausfertigung hierbei überfenden. Außerdem ziehen wir das Kollegium bei Festsehung ber Löhne, bei Ginrichtungen, die den Schut und Die Gefundheit ber Arbeiter betreffen, zu Rate, und laffen wir uns, wo dies nicht direkt durch uns angeht, durch dasselbe über die Familien= verhältniffe unferer Arbeiter auf bem Laufenden halten. Dann wacht dasfelbe nicht allein während der Arbeitszeit, sondern auch außerhalb der Fabrik über die sittliche Aufführung sämtlicher Arbeiter, besonders aber die der jugendlichen, und ist es uns schon öfters vor gekommen, daß durch Bermittelung des Rollegiums Streitigkeiten zwischen Eltern und Rindern beigelegt, daß lettere, wenn fie das Elternhaus ver= laffen hatten, um in Roft zu geben, ihren Eltern wieder zugeführt wurden, und für Arbeiter, deren Aufführung außerhalb der Fabrit den guten Ruf derfelben gefährdete, Entlaffung beantragt wurde. Wir haben nach den gemachten Erjahrungen allen Brund, jedem Induftriellen, der Fühlung mit seinen Arbeitern behalten will, diese Ginrichtung zu empsehlen und möchten lektere nicht mehr entbehren.

Ein Bericht über unsere Arbeiterkuche, verbunden mit dem hinweise auf unsere Arbeiterwohnung, Saushaltungs= und Sandarbeitsschule, wurde feiner Zeit in einem Beft des Bereins "Gemeinwohl" und in den hiefigen Beitungen wiedergegeben.

II. Aus dem Statut der Rrankentaffe für die Fabrit der Firma M. Molls & Meer zu M.=Gladbach.

§ 27. Der Borftand der Raffe befteht:

a. aus zwei Bertretern ber Firma, von benen einer als Borfigender, ein anberer als beffen Stellvertreter fungiert. Diefelben werben auf die Dauer von 2 Jahren von der Firma ernannt.

b. aus 4 von der Generalversammlung ohne Mitwirfung der Firma aus der Mitte ber ftimmberechtigten Raffenmitglieder auf die Dauer von 2 Jahren

gemählten Beifigern.

gewahlten Beizigern.
Sobald die für Rechnung der Mitglieder zu zahlenden Beiträge 4/6 der Gesamtbeiträge übersteigen, ist dei der nächsten Wahl ein fünfter Beisitzer und sobald dieselben 5/7 übersteigen, ein weiterer Beisitzer zu wählen. Die Wahl der Beisitzer ersolgt, wenn nicht durch einstimmige Acclamation, mit relativer Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entschebt das durch den Vorsitzenden zu ziehende Los. Jedes Jahr tritt abwechselnd die Hälfte der Beisitzer aus.

Witglieder des Vorstandes können nur Personen männlichen Geschlechts sein die sich im vollen Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte besinden und nicht unter 25 Jahr all sind

25 Jahre alt find.

Scheiben mehr wie zwei Beifiger vor Ablauf ihrer Amtsbauer aus, fo muß alsbald eine Generalversammlung zur Ersatwahl für alle ausgeschiedenen Beifiger berusen werben. Die Amtsbauer ber Ersatmanner erlischt mit bem Jahre, mit welchem diejenige ber ausgeschiedenen Beifiger erloschen fein murbe.

§ 29. Die Generalversammlung besteht: aus fämtlichen Raffenmitgliebern, welche großjährig und im Befige ber bürgerlichen Chrenrechte find

III. Statut der Familienkasse der Fabrik von M. Molls & Meer in M.=Gladbach.

Jeder verheiratete Arbeiter ist verpflichtet, dieser Kasse beizutreten. An diese Kasse zahlt jedes Mitglied pro Woche 10 Pfennige; die Fabrikinhaber zahlen von den Gesamtbeiträgen 50 Prozent als Zuschuß.

Die Berwaltung der Familienkasse wird geführt von der Firma unter ihrer Berantwortlichteit und untersteht der Kontrolle des Altesten-Kollegiums. Die Bestimmung über die Berwendung der Mittel der Kasse trifft das Altesten-Kollegium nach Majorität.

3med der Raffe ift:

1) Dem Arbeiter in der Zeit, wo er allein für den Unterhalt feiner Familie sorgen muß, wenn die Kinder klein find, bei Krantheiten der Frau und Kinder zc., und sein Berdienst bei ordentlich geführter Saushaltung nicht ausreicht, die Auslagen zu bestreiten, beizuspringen, wenn hierzu die Rot-wendigkeit nachgewiesen wird.

2) Den Kindern der Mitglieder, wenn solche zur ersten heiligen Kommunion gehen zc. eine der Feier entsprechende Aussteuer zu geben und deren weitere Ausbildung für das spätere Leben zu fördern und zu unterstüßen.

3) Dem Arbeiter die Möglichkeit zu bieten, zur Unterstüßung seiner Eltern beizutragen, falls letztere einer Unterstüßung bedürsen und deren Notzweiselt in alles einer Eltern wendigfeit nachgewiesen ift.

4) Schenfungen ju gemahren an die Mitglieder, beren Frauen und beren

Nur diejenigen Mitglieder haben Unspruch auf die Raffe, welche mindeftens ein Jahr lang Beitrage an Diefelbe geleiftet haben.

Die Verzinsung der Familienkasse geschieht, von der Firma zu 5 Prozent. In allen Fallen ift der Borfigende beg Alteften-Rollegiums ermachtigt, die Raffe zu bertreten.

IV. Aus dem Statut der Arbeitertaffe der Fabrit von M. Molls & Meer, M.=Gladbach.

§ 1.

Samtliche Arbeiter und Arbeiterinnen find jum Beitritt zu der Raffe verpflichtet.

Jedes Mitglied zahlt von jeder verdienten Mark einen Beitrag von 1/2 Pf. ; der Fabrikinhaber giebt von den Gesamtbeiträgen dieser Art 50 Prozent als Zuschuß.

Die Berwaltung der Kasse wird geführt vom Borstande der Krankenstasse, unter Zuziehung des von den Arbeitern zur Kontrolle der Zuspätkommenden aus ihrer Mitte gewählten Meisters oder Arsbeiters. Der Fabritherr hat zwei Stimmen im Borstand.

§ 4. Der Borstand trifft nach Majorität die Bestimmungen über die Berwendung der Fonds der Raffe.

§ 5.

3med ber Raffe ift:

1) an die einzelnen Mitglieder Borichuffe zu erteilen, wenn deren Rotwendigkeit nachgewiesen wird; deren Rückzahlung vereinbart der Vorstand mit dem Vorichugempfänger;

2) besondere Unterftügungen zu gewähren in Form von Schenfungen, sowohl einmalige, wie langer andauernbe, an Mitglieder, beren Frauen und beren

3) Anschaffungen für die Arbeiter und en gros Gintäufe zu machen in

Lebensmitteln, Rohlen 2c. unter Bedingung der sofortigen oder späteren

Bahlung; 4. für die Arbeiter Anschaffungen zu machen nach anderen Richtungen hin, als Bücher, Zeitschriften zc., ferner hat der Borstand Zwecke der Er-holung, der Gesundheitspflege und andere ahnliche, soweit als möglich zu fördern und die Mittel dazu aus der Raffe zu bewilligen.

Alle Strafgelber kommen der Arbeiterkasse zu Gute, wenn solche nicht ausdrücklich den Charafter einer Entschädigung für berdorbene Ware ober Maichinen ic. haben. Gbenso allenfallfige Schenkungen, die nicht zu einem ausgesprochenen andern Zwecke der Fabrik resp. den Arbeitern zugewandt werden.

Die Arbeitertaffe hat die Pflicht, zu Gunften der Krankentaffe einzutreten, wenn lettere in ihren Fonds erichöpft ift.

Berginsung der Arbeiterkaffe geschieht vom Fabritherrn à 5 Prozent.

Im Fall eine gerichtliche Klage notwendig wird, vertritt der Fabritherr oder deffen Bevollmächtigter die Raffe. M.-Gladbach, den 1. Februar 1879.

M. Molla & Meer.

J. U. Cindgens Erben, Hochneukirch bei M.-Gladbach.

I. Gefl. Schreiben des Fabrikbesitzers Herrn Kgl. Kommerzienrat Pet. Busch, an den Ausschuß d. B. f. Socialpolitik vom 27. Juni 1890.

Meine Erfahrungen bezüglich des Arbeitervorftandes meiner Fabrik kann ich nur als in jeder Beziehung günftige bezeichnen. Die Arbeiter urteilen stets durchaus fachlich und verständig, und je nach den vorliegenden Fällen, A. B. bei nötig werdenden Bestrasungen oder Berwarnungen teils milde, teilweise aber auch entsprechend strenge, so daß ich bisher noch niemals Beranlaffung hatte, ihrer Beurteilung der Sachlage nicht vollständig zustimmen zu können. — Dem Urteil des Arbeitervorstandes unterwarfen sich die Arbeiter stets durchaus bereitwillig, felbst diejenigen, welche früher gegen Strafen — burch mich ober meine Beamten ausgesprochen, — die heftigfte Opposition machten, ungeachtet es stets Grundsat von mir war, nur im Notjall zu Bestrafungen überzugehen, weil bekanntlich Strafen, wenn auch durchaus gerecht, immer mehr oder weniger zu erbittern pflegen. -

Ich kann mir allerdings fehr gut vorstellen, daß in manchen Ge= genden, 3. B. wo die Arbeiter allgemein vom Gift der focialdemotratischen Freiehren durchseucht sind, die Altestenkollegien nicht allein durchaus zwecklos sein dürften, sondern auch schädlich wirken könnten, während andererseits, wo die Arbeitgeber die Sache nicht mit dem richtigen Berftandnis und nicht mit gutem Willen und Luft und Liebe in die Hand nehmen, die Wirkung gleich null fein dürfte. Deshalb würde ich mich auch gegen jede durch Gesetz zu veranlassende obligatorische Gin= führung aussprechen. Nur volle Freiwilligkeit kann die Einrichtung zu einer wirklich segensreichen machen. —

II. Statut für den Arbeitervorstand der Firma J. A. Lindgens Erben, Hochneukirch.

§ 1. Der Arbeitervorstand besteht aus bem Obermeister, den vier Beisigern des Krankenkassenvorstandes und drei weiteren Mitgliedern, welch letztere für die Tauer von 3 Jahren von der Generalversammlung der Krankenkasse gewählt werden, und von welchen jedes Jahr ein Mitglied ausschiedet, um durch Neuwahl oder Wiedermahl ersetzt zu werden. Die erstmalig Ausschiedenden werden durch das Los beftimmt.

Außer den Mitgliedern des Rrankenkaffenvorstandes und dem Obermeister tonnen nur diejenigen Arbeiter oder Arbeiterinnen Mitglied bes Arbeitervorftandes werben, welche minbestens 25 Jahre alt und schon 5 Jahre in der Fabrit von J. A. Lindgens Erben beschäftigt find.

Der Arbeitervorstand mahlt jahrlich in feiner ersten Sigung einen Bor-figenden und einen Stellvertreter besielben; indeffen ift der Fabritherr jederzeit berechtigt, felbst ben Borsit in einer Sigung ju übernehmen, und bagu verpflichtet, wenn ber Borstand foldes munscht.

Die Schriftführung und Raffenführung wird von einem Angestellten der Firma beforgt, welcher in der Sitzung nur beratende Stimme hat, jedoch auf Wunsch des Borftandes auch die Stelle eines ftellvertretenden Borfigenden einnehmen tann.

Dem Arbeitervorstand liegt außer der Kaffenverwaltung noch ob, für Er= haltung und Forderung des Geiftes der Zusammengehörigteit, der Ordnung und guten Sitten unter den Arbeitern der Fabrit nach Möglichkeit zu forgen und, soweit thunlich, den einzelnen mit Fürsorge und Rat zur Seite zu stehen. Insbesondere hat der Borstand noch folgende Aufgaben: a. Fürsorge für Arbeiter und deren Familien in Fällen von Not, Unglück

und Extrantung; b. Beaufsichtigung der jungen Arbeiter bezüglich der fittlichen Führung und Anregung derselben, sich in den Freistunden weiter auszubilden; c. auf treue Beobachtung der Fabritordnung, der sittlichen wie der technischen

Bestimmungen berselben zu achten, und, wenn nötig, Berwarnungen und Strasen auf Grund der Fabrifordnung auszusprechen; d. Abänderungen und Ergänzungen der Fabrifordnung, wo solche notwendig oder wünschendert erscheinen, sowie Worschläge anderer Art, die in das Erhält des Abstragenstands (2006) Gebiet des Arbeitervorstandes (3. B. Errichtung einer Arbeiterbibliothet, einer Arbeiterspartaffe ic.) fallen, für die Tagesordnung vorzuschlagen und nach Genehmigung durch ben Fabritherru, gemäß § 5, zur Beratung zu

e. bei Streitigkeiten zwischen Arbeitern der Fabrik, die für das gute Vershältnis und den Frieden in der Fabrik strend sind, die Streitenden vorzuladen und auf Beilegung der Streitigkeiten zu wirken, eventuell Genugthuung und Strafe auf Grund der Fabrikordnung dem schuldigen Teil aufzulegen. Ebenso hat jeder Arbeiter das Recht, die Vermittelung des Borstandes bei Streitigkeiten mit anderen Arbeitern der Fabrik, auch solchen privater Natur, anzurusen.

Bei sortgesetzem unordentlichen Lebenswandel von Arbeitern, sowie bei kreessen und Miderabelichkeit der Arbeiter gegen die ihre Klicht aus-

bei Excessen und Wibersetlichkeit ber Arbeiter gegen die ihre Pflicht aus-übenden Witglieder des Vorstandes nach geschehener Berwarnung und Bestrafung auf Grund der Fabrikordnung, die Entlassung der betr. Arbeiter aus der Fabrit zu beantragen;

f. Befampfung ber Robeit und Truntjucht;

g. Mithulfe, die Beruntreuung und Bergeudung von Rohftoffen ju berhindern;

h. Borichläge jur etwaigen Anderung reip, gleichmäßigeren Feststellung ber Accordlöhne;

i. Borichlage von Magregeln gur Befeitigung von Gefahren und Erhöhung

qualitativer wie quantitativer Leiftungen;

k. bei Beschwerden einzelner Arbeiter über Strafen oder sonstige Bortomm= niffe die Sache zu untersuchen und nötigenfalls bem Fabritheren geeignete

Borschläge zu machen.
(Die §§ 5 und 6 — Tagesordnung und Protofoll über Beschlüffe und Entscheisbungen des Borstandes, Genehmigung beider durch den Fabrikherrn — stimmen mit § 3 Abs. 1 und § 4 des unten folgenden Normalstatuts des "Linksrhein. Ber. f. Gemeinwohl" wortlich überein.)

Die Befchluffe werden mit einfacher Mehrheit gefaßt, bei Stimmengleichheit enticheidet die Stimme bes Borfigenden.

Alle Strafgelber, sofern solche nicht als Entschädigung für verdorbene Ware ober für leichtfinnig verursachten Schaben gezahlt werben, fliegen in die Arbeiterstaffe und können nach Ermeffen bes Borftanbes zur Unterftugung erkrankter ober

hülfsbedürftiger Arbeiter bermandt merden.

(Die §§ 9—13 — Bertrauensmänner, Amtsverichwiegenheit, Vorlage von Bertaungsgegenständen durch den Fabritherrn — entsprechen den §§ 5—8 des unten mitzuteilenden Normalstatuts des "Linksrheinischen Bereins für Gemeinwohl" mit der Maßgabe, daß unter den speciellen Obliegenheiten der Bertrauensmänner die Überwachung "ber fittlichen Führung der jugendlichen Arbeiter auch außerhalb ber Fabrit" aufgeführt wird.)

f. W. Breef, Mechanische und Handweberei in ganzseidenen und halbseidenen Schirmstoffen zu Diersen.

(Gefl. Schreiben bes herrn F. W. Greef vom 7. August 1890.)

Infolge Ihres Rundschreibens vom 3. d. M. im Namen des Ausschuffes des Bereins für Socialpolitik beehre ich mich, Ihnen beiliegend Altestenrates meiner Fabrik zu übersenden. ein Statut des aus demfelben erfehen wollen, ift diefe Einrichtung bei mir erft mit dem 1. Januar d. J. eingeführt worden, und haben fich in der feither ber= floffenen kurzen Zeit natürlich noch wenig Erfahrungen sammeln laffen; auch ist speciell über meine Einrichtungen in der Preffe meines Wiffens bisher nicht berichtet worden. Die Einführung des Altestenrates wurde in meinem Etabliffement, worin fast ausschließlich weibliche Arbeiter be= schäftigt werden, allerseits freudig begrüßt. Reben dem Wirken des Altestenrates in feinen, ihm durch § 1 Abf. 1 des Statuts zugewiesenen Aufgaben haben die Arbeiter fich feiner auch bereits bedient, um mir ihre Wünfche betreffs fürzerer Arbeitszeit bezw. früheren Aufhörens an Samstagen gegen entsprechende längere Arbeitsdauer an den übrigen Wochentagen vorzutragen (vgl. § 1b), welche Underung meinerfeits gern zugeftanden murbe.

Das Statut bes Alteftenrates biefer Firma stimmt wörtlich mit dem unten abgedruckten, vom "Linksrheinischen Berein für Gemeinwohl" aufgestellten Normalstatut überein mit folgenden Abweichungen:

1) Die Festsehung von Gelbstrafen gehört jur Kompetenz des Altestenrats erft vom Betrage von 1 M. (nicht schon von 50 Bf.) an, die der Berufung unterliegende Strafbefugnis der Meifter erftredt fich bis ju jenem Betrage.

Schriften XLVI. - Sering.

2) Als Bertrauensmänner funttionieren bie nach bem Krankenkaffenstatut ge- wählten Bertreter ber Generalversammlung.

3) In jedem Bierteljahr foll wenigftens eine Sigung ftattfinden.

Gebr. Rossié, Mechanische Sammet= und Sammetbandfabrik in Süchteln, Regbz. Düsseldorf.

(Gefl. Schreiben der Firma vom 5. August 1890.)

In unserer Fabrik ist seit März 1889 ein Arbeiterausschuß unter dem Namen "Altestenrat" in Wirksamkeit. Derselbe besteht aus vier Vorsstandsmitgliedern der Fabrikkrankenkasse (Arbeiter), aus vier dazu gewählten weiteren Bertretern der Arbeiter und aus vier von der Firma bestimmten Bertretern.

Seiner Zeit bilbeten wir den Altestenrat gegen eine starke Opposition von seiten der Arbeiter; in der Zwischenzeit haben die letzteren indes die Zweckmäßigkeit der Einrichtung eingesehen, und wir sind mit der Thätigkeit des Ausschusses, den wir als ein Vermittelungs = und Vindeglied zwischen den Arbeitzebern und den Arbeitern betrachten, sehr zusrieden. Wir lassen unsere Wünsche durch dessen Vermittelung zur Kenntnis der Arbeiter gesangen, wie auch umgekehrt Wünsche der Arbeiter durch den Altestenrat uns vorgetragen werden. In dieser Weise wird manche Hörzte vermieden und manche Abweichung in der Aussaflung der gegenseitigen Rechte und Pflichten ausgeglichen.

Wegen des vorhandenen Mißtrauens gegen die Bilbung des Altestenrats unterließen wir ansangs die Festsehung bestimmter Sahungen, um zunächst Ersahrungen zu sammeln, und da der Linksrheinische Berein sür Gemeinwohl den Entwurf eines Kormalstatuts sür die Bildung von Altestentollegien durch einen Ausschuß unternahm, in welchem auch unsere Firma
vertreten war und ein Mitglied unseres Altestenrats mit zur Begutachtung
gezogen wurde, so warteten wir natürlich die Festsehung dieses Kormalstatuts ab. Das lehtere ist inzwischen sertiggestellt, und . . . werden wir
dasselbe als Grundlage sür die Sahungen unseres Altestenrats benußen.
Übrigens entsprechen schon die Ausgaben, die wir unserm Altestenrat zugewiesen, den im genannten Kormalstatut entwickelten Grundsähen.

Max Scheibler & Co., Mechan. Weberei in M.-Bladbach.

(Gefl. Schreiben der Firma an den Ausschuß des Ber. f. Soc.-Pol. vom 7. August 1890.)

In höflicher Erledigung der seitens des Ausschusses an uns gerichteten Fragen erlauben wir uns, dieselben folgenderweise zu beantworten:

a. Den Befugniffen des Alteftenrats unserer Fabrit liegt das Normal= ftatut des "Linksrheinischen Bereins für Gemeinwohl" zu Grunde. b. Der Altestenrat, dessen Thätigkeit sich auf die Aufsicht über eine Sparkasse, sowie eine Unterstügungskasse sur schuldlos verarmte Weber und sur kranke Angehörige solcher Weber erstreckt, ist für das Wohl unserer Arbeiter und für das gute Einvernehmen zwischen denselben

und uns bisher von fegensreicher Wirkung gewefen.

Bu bes Altestenrats Thätigkeit gehört serner, Bestrasungen endgültig zu regeln und eigenmächtig auf Grund unserer von der Behörde genehmigten Fabrikordnung Strasen zu verhängen. Jedem Arbeiter steht der Rekurs an den Altestenrat zu. . . . Schließlich ist der Altestenrat verpflichtet, alle Unzuträglichkeiten unter den Arbeitern zu schlichten, und alle Klagen und Wünsche der Arbeiter, auch über die Löhne und die Arbeitszeit, bei uns in geeigneter Weise vorzubringen und dieselben mit uns gemeinsam zu beraten.

Otto Müller & Co., Mechanische Webereien zu Görlitz, Seidenberg und Ebersdorf i. 3.

Geft. Schreiben des Herrn Richard Müller an den Ausschuß vom 12. Juli 1890.

Ihrer gefl. Zuschrift vom 29. Juni zusolge gestatte ich mir, Ihnen anbei das Statut unseres im Februar a. c. ins Leben gerusenen Arbeiter-ausschusses einzuhändigen, und bemerke, daß das Institut bei uns eigentlich noch zu jung ist, um sich bereits ein Urteil zu bilden. Der Ausschuß ist bis jett erst zweimal beratend zusammengetreten und hat seine segensreiche Thätigkeit zum erstenmale in den unruhigen Zeiten im März entsaltet. Es wird hier noch einiger Zeit bedürsen, ehe der Ausschuß den nötigen Respekt unter unseren Arbeitern erreichen wird, da bei den Leuten hier und da noch das richtige Verständnis dasur sehlt.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir noch, auf die bei uns eingeführte Prämiierung von Arbeitern von 10= und 20jähriger Dienstzeit aufmerksam zu machen. Wir beabsichtigen mit dieser Prämienzahlung dem Herüber= und Hinüberlausen der Leute von einer Fabrik in die andere zu steuern und uns eine möglichst sekhaite treue Arbeiterschaft heranzuziehen.

Unlage. Mitteilung.

An hand nachfolgender Statuten wünschen wir, daß aus dem Kreise unserer Arbeiter eine "Bertretung der Arbeiter", eine Art "Arbeiteraußichuß" gebildet werde, dessen Mitglieder, vom Bertrauen ihrer Wähler getragen, besähigt sind, je nach Bedürfnis der Arbeitgeber an der Beratung gemeinsamer Fragen teilzunehmen.

Dieser Arbeiterausschuß foll serner der Psiege des friedlichen Berhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dienen, und soll durch ihn den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden ermöglicht, den

¹ Arbeiter und Arbeiterinnen, welche 10 Jahre lang ununterbrochen der Firma angehört haben, erhalten eine Prämie von 50, ebenso nach 20jähriger Beschäftigung eine Prämie von 150 *M*.

Fabrikherren besser als bisher Gelegenheit gegeben werden, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letteren Fühlung zu halten.

Statut für den "Arbeiterausschuß" der Arbeiter der Kirma Otto Müller & Co. zu Seidenberg O. = L.

Der Ausschuß hat ben 3med:

MIS Bertehrsmittel zu dienen zwischen den Arbeitgebern und Arbeit= nehmern, jugleich aber auch als unterftugende Rorperichaft zu wirten für gutes Ginbernehmen durch Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung.

Dem Ausschuß liegt ob, sich über die Interessen der Arbeiter laufend in Kenntnis zu erhalten, diese Interessen wahrzunehmen und fördern zu helfen.

Das materielle Wohlbesinden der Arbeiter, deren gegenseitige Achtung, Sittenzeinheit und guten Auf soll der Ausschüß seinen Bestredungen zum Ziele stecken und durch Pssege der Kameradschaft unter den Arbeitern, freundliche Belehrung, Bestämpfung von Leidenschaften und Robeit soll er dies Ziel zu erreichen bemüht sein. Als seine besondere Ausgabe soll der Ausschuß betrachten:

auf richtige Beodachtung der Fabrisfordnung zu halten;
auf etwaige Lücken und Mängel der Fabrisfordnung, Dienstvorschriften und in der Fabris eingeführten Einrichtungen und Gebräuche aufsmerksam zu machen:

mertfam zu machen;

auf gute Führung und guten Ruf aller Arbeiter und Arbeiterinnen, ins-besondere der jugendlichen, in- und außerhalb der Fabrit zu achten; gemeinnüßige Beftrebungen und Beranftaltungen zum Wohle des Fabritunternehmens und aller babei Beschäftigten anzuregen und zu unter-

Mitglieder des Ausschuffes find bie Oberfarber, Obermeifter und ferner borläufig 15 Perfonen.

Letztere 1.5 Bersonen werden gewählt, und zwar alljährlich zur Ofterzeit. Zur Wahl berechtigt und verpflichtet sind alle Arbeiter und Arbeiterinnen,

welche fein festes Monatsgehalt beziehen und bas 21. Lebensjahr bereits vollendet haben.

Wählbar find alle männlichen Arbeiter der Fabrik, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens einem vollen Jahre der Fabrik ununterbrochen ansgehören und sich tadellos geführt haben.
Die Wahlen erfolgen mittelst Stimmzettels abteilungsweise und werden durch ben betreffenden Abteilungsmeister geleitet. Es wählen nach derzeitigem Zahlenvers

haltnis ber Arbeiter:

Färber und Appreteure Maschinisten, Beizer, Schloffer,

Schreiner, Tagelöhner . . . Mis gewählt ift berjenige zu betrachten, welcher die meiften ber abgegebenen

Stimmen auf fich vereinigt. Die Annahme der Wahl fann nur von Berfonen abgelehnt werden, welche

schon zwei Jahre hintereinander als Ausschußmitglied thätig waren.

Der Arbeiterausschuß mahlt aus fich einen Borsigenden, einen Stellvertreter

Der Borfigende beruft und leitet die Sigungen, ftellt die Tagesordnung auf und unterbreitet diefe ben Fabritherren und holt Benehmigung ju Sigungen und Beichlüffen ein.

§ 6. Der Ausichuß ift in fich beschluffabig, wenn zwei Drittel feiner Mitglieber anwefend find, und faßt feine Beschluffe mit einfacher Majorität.

Uber die Beratungen und Beschluffe wird Prototoll geführt. Erft durch die

Unterfcrift eines ber Fabritherren erhalten Befchluffe bindende Rraft.

Die Fabritherren haben das Recht, Genehmigung zu verfagen, Abanderungsvorschläge zu machen und den Gegenstand zu nochmaliger Beratung auf die Tages= ordnung ju fegen.

§ 7. Abänderungen dieses Statuts und Auflösung des Ausschuffes können nur mit Zustimmung oder auf Berfügung der Fabrikherren vorgenommen werden. Die Wahl findet Mittwoch, den 26. cr. statt, durch Abgabe von Zetteln, die verteilt werden und auf welche der Name des zu Wählenden deutlich vermerkt fein muß.

Das Refultat der Wahl wird durch Plakat bekannt gemacht. Görlig, Seidenberg u. Ebersdorf i. B., den 26. Februar 1890.

Otto Müller u. Co.

Beer & Co., Mechanische Wirkwarenfabrik, Ciegnitz.

Die Firma übersendet uns unterm 2. Juli 1890 das nachfolgende Statut eines "Einigungsamtes", mit dem Bemerken, daß fie noch keine "Gelegenheit gehabt habe, dasselbe praktisch wirken zu sehen".

§ 1.

Die Firma Beer & Co., hierfelbst errichtet hiermit zwischen ihren Arbeitern und den Inhabern der Firma ein sogenanntes Einigungsamt. Diefes Einigungsamt hat die Berpflichtung, jede Streitigkeit bezüglich Lohn. Arbeitszeit und Fehlerhaftigkeit der Ware zu vermitteln.

Jede Streitigkeit hat von seiten des Arbeiters vor dieses Einigungs= amt gebracht zu werden, und ist, bevor dasselbe nicht seinen Spruch gethan hat, kein anderer Weg einzuschlagen, ebenso muß die Arbeit, bis der Spruch gethan ift, fortgesett werden.

§ 3.

Diefes Einigungsamt besteht einerseits aus drei Arbeitern, welche durch Majorität von fämtlichen Arbeitern der Firma Beer & Co. gewählt werden. Diese drei gewählten Arbeiter führen den Titel "Arbeiterälteste". Anderer= seits bestehen die weiteren Mitglieder des Einigungsamts in den Chefs der Fabrik und dem ersten Werkführer. Im Behinderungsfalle können sich die Chejs und der Werkführer durch eine andere Versönlichkeit vertreten lassen.

Den Vorsitz bei diesem Einigungsamt führt einer der Chefs der Fabrit. Die Beschlüsse werden durch Majorität gesaßt und durch einen Beamten der Fabrik protokolliert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die drei Arbeiter= ältesten sich über den Gegenstand der Streitfrage vorher besprechen und schlüssig werden. Zedoch untersagt und verboten ist es ausdrücklich, daß bei dieser Beratung ein anderer Arbeiter, insbesondere ein auswärtiger Ar= beiter hinzugezogen wird.

Bei Stimmengleichheit ber Mitglieber des Einigungsamtes wird ein höherer städtischer Beamter ober ein höherer Beamter ber Regierung zur Beilegung der Streitfrage als Obmann gewählt.

§ 5.

Sitzungen des Einigungsamts finden statt, wenn zwei der Arbeiterältesten oder einer der Chess dies beantragen, und ladet der Borsitzende in diesem Falle die Mitglieder des Einigungsamts schriftlich ein. Die Leitung der Versammlung hat der Vorsitzende zu übernehmen.

 \S 6

Die Dauer des Amtes eines Arbeiterältesten erstreckt sich bis zum Ablauf des Kalenderjahres. Im Laufe des Monat Rovember eines jeden Jahres sindet die Neuwahl der Arbeiterältesten für das kommende Jahr statt. Die Wiederwahl der ausscheidenden Mitglieder ist zulässig. Ist einer der gewählten Arbeiterältesten verhindert, sein Amt auszuüben, so kann der Borsitzende oder sein Stellvertreter an Stelle desselben eine Neuwahl von seiten der Arbeiter eintreten lassen. Zeit und Ort der Wahl der Arbeiterältesten wird durch den Vorsitzenden oder durch den Wertsührer bekannt gemacht. Die Wahl leitet der erste Werksührer der Fabrik.

Regnit, ben 3. Februar 1890.

gez. Beer & Co.

Keramische Industrie.

Corenz Hutschenreuther, Porzellan-Fabrik, Selb in Bayern.

I. Geft. Schreiben des Fabrikbesiters herrn L. Hutschenreuther an den Ausschuß des Bereins für Socialpolitik vom 12. Juli 1890.

Auf die gefällige Zuschrift vom 6. c. beehre ich mich Ihnen über die in meiner Fabrik bestehende Einrichtung eines "Personal-Ausschusses" solgenedes ergebenst zu berichten: Derselbe ist zusammengesetzt aus den fünf Beissitzen der Fabrikkrankenkasse, welche auf Grund des Kassenstatts ohne Mitwirkung der Firma von der Generalversammlung gewählt sind, und drei von der Firma hierzu ernannten, in der Fabrik beschäftigten Arebeitern. Dieser aus acht Mann bestehende Ausschuß wählt unter sich einen Obmann, resp. Vorstand.

Der Ausschuß tritt zusammen auf Einladung des Vorstandes oder auf Antrag des Fabrikherrn und ist beschlußsähig, wenn $^{3}/_{4}$ seiner Mitglieder anwesend sind. Die Obliegenheiten des Ausschusses sind hauptsächlich:

Die Überwachung der Fabrikordnung mit der Befugnis, Übertretungen derselben mit Geldstrasen bis zu 3 Mk. zu Gunsten der Fabriktranken- oder Invalidenkasse zu ahnden. Er hat Beschwerden der Arbeiter wie des Fabrikherrn entgegenzunehmen, sür deren Erledigung zu sorgen, sowie Differenzen und Beleidigungen der Arbeiter unter sich zu schlichten. Außerdem stehen dem Ausschusse sehr wesenkliche Besugnisse bei der Berwaltung der Fabrik-Invalidenkasse, als z. B. die Beschlußfassung über Pensionierung von Mitgliedern dieser Kasse, Beantragung von Unterstützungen, Absindungen zc. — Die Ausschußwerhandlungen werden in einem besonderen Buche protokoliert und von den anwesenden Mitgliedern unterzeichnet.

Das Wirken des Personal-Ausschusses in meinem Etablissement hat sich bisher als ein recht gedeihliches und ersprießliches erwiesen; die Arbeiterschaft steht dem Ausschusse mit Achtung gegenüber und fügt sich stets willig dessen Entscheidungen. Das Verhältnis des Ausschusses zu dem Fabrikherrn war bisher ebenso ein gutes und ungetrübtes und trägt deshalb wesentlich bei zur Zusriedenheit im Arbeiterpersonal. Socialdemokratische Einflüsse waren bislang hier noch nicht wahrnehmbar, und dürften solche event. auch so leicht

keinen Eingang bei meinen Arbeitern finden. Zu Lohnstreitigkeiten und Arbeitseinstellungen ist es seit Bestehen der Fabrik noch niemals gekommen. Früher waren die Wohlsahrts-Einrichtungen sür das Fabrikpersonal durch anliegendes Statut geregelt, welches jedoch durch das Inkrasttreten der neuen socialpolitischen Gesetzebung nur noch teilweise in Krast besteht, und erst nach Abschluß derselben kann eine Neuregelung der Verhältnisse vorgenommen werden.

Bon Besprechungen meiner bisherigen Ginrichtungen in der Preffe ift mir nichts bekannt.

II. Statuten des Lokal-Bereins der Porzellanmanufaktur zu Selb. 1872.

3 wed bes Bereins.

- § 1. Die Arbeiter der Porzellanmanufaktur zu Selb bilden gemäß des Statuts für den Berband keramischer Gewerke unter sich einen Berein, welcher ihr geistiges und materielles Wohl heben, das gegenseitige Einverständnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer fördern, etwaige Differenzen zwischen denselben schlichten und den Mitgliedern in Krankheits= oder Unfällen sowie im Alter eine Unterstützung gewähren soll.
 - § 2. Die Mittel zur Erreichung biefes Zwecks bieten: a) eine mit dem Perfonal vereinbarte Fabrikordnung,
 - b) ein bei Erfordern aus beiden Teilen gleichmäßig zusammenzu= fetzendes Schiedsgericht,

c) eine Fabrittranten= und Begrabniftaffe,

d) eine Invaliden= und Unfallkaffe; außerdem ift angestrebt: die Grundung einer Sparkaffe.

Die Lehrlinge find zum Besuch der bestehenden gewerblichen Fortbildungs=

schule verpflichtet.

§ 3. Obige Fabriktranken= und Invalidenkassen werden nach eigenen Statuten von der Vorstandschaft des Lokalvereins geleitet.

Bon ben Mitgliebern.

§ 4. Mitglieder dieses Bereins find alle männlichen Arbeiter der Fabrik, die eine technische Beschäftigung haben, mit Ausnahme der Lehrlinge und Taglöhner.

Dahin gehören: Mobelleure, Dreher, Maler, Drucker, Oberbrenner, Glasurer, Formgießer, Kapselbreher, Schleifer, Schmelzer und Massemüller, und sind die Genannten zur Teilnahme an diesem Berein verpslichtet.

Ausdehnungen und Ginschränkungen dieser Klassifitation sind nicht aus-

geschlossen.

§ 5. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Eintritt als Arbeiter in die Fabrik und die eines in der Fabrik beschäftigten Lehrlings mit Beendigung bessen Lehrzeit.

Die Mitgliedichaft endet mit dem Austritt aus dem Dienste der

Fabrik.

§ 6. Jedes Mitglied erhält bei seinem Eintritt in den Berein ein Exemplar der Bereinsstatuten und der Fabrikordnung nebst den Statuten für die Kranken- und Invalidenkasse und verpflichtet sich, denselben sowie

den Anordnungen der Borstände und den Beschlüffen der Generalbersammlung

treulich nachzukommen.

§ 7. Da eine Lokalvereinskaffe als folche nicht besteht, so haben die Mitglieder auch keine Vereinsbeiträge zu bezahlen; dagegen sind dieselben gehalten, der Kranken= und Invalidenkasse beizutreten und die dort vorzgeschriebenen Beiträge zu leisten.

§ 8. Beschwerden gegen Mitarbeiter und Borgesetzte, sowie gegen außerhalb des Bereins stehende Personen haben die Mitglieder bei der Borstandschaft anzubringen, welche dieselben in besonderen

Sigungen erledigt.

§ 9. Ist bei einer Beschwerbe eines oder mehrerer Arbeiter gegen ben Fabriksherrn oder umgekehrt der beklagte oder klagende Teil mit der Entscheidung des Ausschusses unzufrieden, so ist nach § 23 der Verbandsstauten der Sühneversuch einzuleiten, gelingt auch dieser nicht, so kann dieser Fall mit Einverständnis der Majorität des Ausschusses an ein Schiedsgericht gebracht werden, zu dem jeder der streitenden Teile zwei Experten ernennt, die unter dem Vorsitze eines Verwaltungsbeamten des Bezirks zusammentreten. Gegen den Ausspruch dieses Schiedsgerichtes giebt es keine Bezusung.

§ 10. Jedes Mitglied ist stimm= und wahlberechtigt und verpflichtet, eine auf es treffende Wahl in den Ausschuß einmal an=

zunehmen.

Bon der Bereinsleitung.

§ 11. Der Lokalverein wird geleitet:

a) durch den Borstand, welcher der jeweilige Besitzer der Fabrik oder

beffen Stellvertreter ift, und

b) durch acht Aussichußmitglieder, von denen fünf durch Bereinsmitglieder gewählt und drei durch den Fabrikbesitzer ernannt werden. Diefer Aussichuß wählt unter sich einen Obmann, der in Berhinderungsfällen des Borstandes dessen Stelle vertritt.

In dem Ausschuffe sollen die einzelnen Gewerkschaften der Fabrik im

Berhältnis zu ihrer Größe vertreten fein.

§ 12. Der Vorstand verwaltet das Vermögen der unter der Leitung des Lokalvereins stehenden Kranken= und Invalidenkasse nach den dort geltenden Bestimmungen.

Er beraumt die Ausschuffigungen und Generalversammlungen an und

führt in benfelben ben Borfik.

Ist ein Beratungsgegenstand gegen die Person des Vorstandes selbst gerichtet, so bleibt letterer selbstwerständlich bei der betreffenden Beratung

ausgeschloffen und wird durch den Obmann vertreten.

§ 13. Der Ausschuß hat sich auf Einladung des Vorstandes zu verstammeln und die ihm durch die Statuten des Lokalvereins sowie die der zugehörigen Kranken= und Invalidenkasse zugewiesenen Funktionen gewissen= haft und unparteiisch zu verrichten. Er ist beschlußsähig, wenn ^{3/4} seiner Mitglieder anwesend sind. Er wacht über die Fabrikordnung und hat

bas Recht, über die Mitglieder bei Übertretung derselben Gelbstrafen von 35 fr. bis fl. 1.45. fr. zu Gunften der Invalidenkasse zu verhängen.

Er hat die Beschwerden der Mitglieder wie des Prinzipals oder dessen Stellvertreters entgegenzunehmen und für rasche Erledigung derselben zu sorgen.

§ 14. Die Ausschußverhandlungen werden nach jeder Sitzung in ein Protokollbuch niedergeschrieben und von den anwesenden Mitgliedern unter-

zeichnet.

§ 15. Die Mitglieder des Ausschuffes teilen sich in diejenigen Arbeiten, welche ihnen außerhalb der Ausschuffitzungen obliegen und beziehen kein Honorar. Entstehende Verwaltungskoften werden auf Conto der Invalidenstasse gebracht.

§ 16. Die Abstimmung geschieht mittelst Kugelung, und entscheibet überall, wo es nicht anders bestimmt ist, einsache Stimmenmehrheit; bei

Stimmengleichheit entscheibet die Stimme des Borfigenden.

§ 17. Der Ausschuß ist verpsclichtet, alljährlich eine summarischstatistische Zusammenstellung über Verhältnisse und Leistungen des Vereins,
vorgekommene Erkrankungsjälle und deren Dauer, vorhandene Invalidität
und stattgehabte Todessälle auszusertigen.

Von der Generalberjammlung.

§ 18. Am Schlusse jeden Jahres findet eine Generalversammlung statt, in welcher die Ausschußmitglieder gewählt werden und der Vorstand seinen Rechenschaftsbericht über die Kranken- und Invalidenkasse vorlegt.

Dieser Rechenschaftsbericht wird dem Ausschuß zur Prüsung und Genehmigung behändigt. Zur näheren Ginsicht für die Mitglieder liegt der-

felbe acht Tage bei dem Ausschuß offen.

§ 19. Die Generalversammlung ift beschluffähig, wenn über die Hälfte

der Mitglieder versammelt ift.

§ 20. Statutenabänderungen können nur im Sinne der Berbandssftatuten erfolgen, und ift außer ²/3 Majorität zu deren Giltigkeit noch die Stimme des Borstandes ersorderlich.

- § 21. Wenn ¹/4 der Mitglieder eine außerordentliche General= versammlung verlangen, so muß sie der Vorstand binnen acht Tagen anderaumen; dabei muß jedoch von den Petenten der Zweck dieser Versammlung angegeben werden.
- III. Das altere Krankenkassen=Statut ift durch ein neueres gemäß ben reichsgesetzlichen Vorschriften ersetzt.
- IV. Aus dem Invalidenkassen Statut, 1872. (Hat in der Zwischenseit mehrsache und wesentliche Abanderungen ersahren.)
- § 1. Mitglieder des Lokalvereins, welche durch Alter oder durch einen unverschuldeten Unglücksfall oder durch eine über ein Jahr dauernde Krankheit in ihrem bisherigen Berdienste ganz oder teilweise gestört find,

erhalten bis zur Wiedergenesung, beziehungsweise bis zu ihrem Lebensende eine Invaliden = Unterstühung (Pension), welche mit ihrem letztweisligen durchschnittlichen Berdienst, mit der Dauer der Bereinsangehörigkeit und mit dem Grade der Arbeitsunsähigkeit im Berhältnis stehen soll. Ebenso erhalten die Witwen der Mitglieder eine entsprechende Pension.

§ 6. Die Invalidenunterstützungskaffe unterliegt der Verwaltung der

Vorstandschaft des hiesigen Localvereins.

§ 7. Über die Penfionierung eines Mitgliedes beschließt die Vorstandschaft nach Maßgabe dieser Statuten mit einsacher Stimmenmehrheit.

§ 8. Ist ein zu pensionierendes Mitglied noch imstande, leichtere Arbeiten zu verrichten, so ist die Borstandschaft ermächtigt, demselben bloß einen verhältnismäßigen Teil der Normalpension zu bewilligen. Ebenso kann eine bereits gewährte Pension entsprechend dem Grade etwa wiedererlangter Arbeitssähigkeit gemindert werden. Ist ein Mitglied im Felde invalid geworden, so unterliegt es dem Ermessen der Borstandschaft, demsselben aus dieser Kasse eine Pension zu bewilligen, ebenso dessen Witwe für den Fall, daß es im Felde blieb.

(Die folgenden Paragraphen handeln von den Beiträgen der Mitglieder und dem Zuschuß bes Fabrikherrn, sowie von den Leiftungen der Kaffe an

Penfionen und Witwengeldern.)

§ 18. Bezüglich der Statutenveränderung und Auslösung dieser Kasse gelten die Bestimmungen wie beim Lokalverein und der Krankenkasse. Für den Fall der Auslösung wird bestimmt, daß von dem Vermögen dieser Kasse, nachdem alle statutarischen und landesgesetzlichen Verpflichtungen erstült sind, 75 % unter die Mitglieder im Verhältnis ihrer eingezahlten Beiträge verteilt, die übrigen 25 % aber dem Fabrikherrn zur sreien Verssügung gestellt werden.

V. Aus der Fabrikordnung.

§ 2. Der Eintritt bedingt eine 4wöchentliche Probezeit, während welcher dustritt täglich ersolgen kann. Nach Ablauf dieser Probezeit tritt für beide Teile vierwöchentliche Arbeitskündigung ein.

Un diefe Ründigungsfrist foll jedoch ber Fabrikherr nicht gebunden fein, wenn sich ein Arbeiter grobe Unziemlichkeiten gegen feine Borgefetten ober

gar Vergeben zu ichulden tommen läßt.

§ 3. Jeber eintretende Arbeiter hat sogleich dem bestehenden Lokals verein beizutreten und dessen Statuten wie dieser Fabrikordnung unweigers

lich Folge zu leisten.

§ 6. Uneinigkeiten im Personal, Beleidigungen oder Mißhandlungen unter demselben sind strenge zu vermeiden, bei deren Vorkommen aber sosort der Vorstandschaft des Lokalvereins anzuzeigen, welche dieselben schlichtet, beziehungsweise durch Geldstrasen ahndet. Wer sich ihrem Ausspruche nicht fügt, oder ohne besondere Genehmigung der Vorstandschaft auf gerichtliche Genugthuung dringt, hat Entlassung zu gewärtigen.

§ 7. Den Arbeitern ift der Genuß von Spirituofen, das Lefen von

Büchern und Zeitungen sowie jede andere ungeeignete Beschäftigung in den Arbeitslokalitäten verboten.

§ 12. Jeder Arbeiter ist verpflichtet, vorkommende Unzulässigkeiten oder Übertretungen dieser Fabrikordnung sosort dem Fabrikherrn oder einem Mitgliede der Borstandschaft des Lokalvereins zur Anzeige zu bringen.

Bärensprung & Starke, Chonwarenfabrik, Frankenau bei Mittweida.

I. Gefl. Schreiben des Fabrikbesitzers Herrn Kommerzienrat Kurt Starke an den Ausschuß vom 4. Juni 1890.

In Erledigung Ihrer an mich unter dem 23. Mai 1890 gerichteten Anfrage, die Organisation der Arbeiterausschüffe betreffend, beehre ich mich Ihnen solgendes ganz ergebenst zuzusertigen:

1. Eine Fabrikordnung, in welcher Sie vom § 9 bis mit 14 das

Erforderliche finden werden.

- 2. Mit dem Fabrikausschusse machen wir unausgesetzt die besten Ersahrungen. Während ansangs die Einrichtung mit Mißtrauen aufgenommen wurde, ist sie jetzt vollständig im Gange und erfreut sich des ungeteiltesten Bertrauens der Arbeiter.
- 3. In der Litteratur und Presse ist vielsach von meinen Einrichtungen Rotiz genommen worden, so in den Berichten der sächssischen Fabrikinspektoren von 1887/89. Im "Bolkswohl" zulezt in Nr. 8 vom 20./2. 1890. In den Briesen an einen Arbeitgeber von Dr. Jul. Post in Hannover (Berlin, Verlag von Kob. Oppenheim) u. s. w.

II. Aufforderung zur Errichtung von Arbeiterausschüssen ("Bolkswohl" Nr. 8, Jahrg. XIV).

Seit nunmehr zehn Jahren habe ich in meiner Fabrit diese Einrichtung geschaffen. Mein Fabrikausschuß besteht aus fünf Personen, von denen alljährlich drei von meinen Arbeitern frei gewählt und zwei aus dem Kreise meiner Beamten und Arbeiter von mir ernannt werden. Mit diesem Ausschuß, welcher in den ersten Jahren nur mit Widerwillen und Mißtrauen gegen meine gute Absicht an seine Ausgabe herantrat, habe ich zahlreiche Wohlsahrtseinrichtungen sür meine Arbeiter ins Leben gerusen, die sich glänzend bewähren, zum Segen meiner Arbeiter wirken und insebesondere ein wahrhaft herzliches Einvernehmen zwischen ihnen und mir geschaffen und erhalten haben. Diese Einrichtungen bestehen in einer schon lange wirkenden Invalidenkasse Arbeitersparkasse — Arbeiterbibliothek — Konsumwirtschaft sür die täglichen Bedürsnisse der Arbeiter — Errichtung von Arbeiterwohnungen — einer allgemeinen Hülskasse sür unglücksfälle aller Art, außerhalb der Reichskassen wirkend, u. s. w. — Alle

diese Einrichtungen werden selbständig von dem Fabrikausschuß geleitet, mit dem ich auch sonst alle Borkommnisse in der Fabrik berate und ordne.

Man dars nicht glauben, daß die Arbeiter sosort bereitwillig auf meine Idee eingegangen sind; nein, mit schweren Kämpsen und unter schweren Geduldsproben habe ich mir das jetzt unter uns waltende Vertrauen errungen. Ich glaube aber auch, daß dies durch keinen äußeren Einfluß mehr erschüttert werden kann! Es hat nicht an Versuchen seitens der Socialdemokratie gesehlt, diesen Frieden zu stören; diese Versuche sind aber alle an dem gesunden Sinne meiner braven Arbeiter und deren Liebe zu mir gescheitert!

Angelegenheiten wie Streik — Achtstundenbewegung — Feier des 1. Mai — u. s. w. spielen deshalb bei uns gar keine Rolle, würden aber zwischen uns in der ruhigsten Weise besprochen und gewiß im Sinne

der Vernunft erledigt werden.

Also noch einmal: Gründet in euren Arbeitsstätten Arbeiterausschüfse! Rüftet euch aber mit Geduld und verzagt nicht gleich, wenn ihr ansangs trübe Ersahrungen macht! Die Hand, welche sich mit wahrer Menschen-liebe dem Arbeiter immer wieder entgegenstreckt, wird endlich doch ergriffen und sestgehalten.

Frankenau.

Curt Starke.

III. Aus der Fabrikordnung von Barenfprung & Starke.

§ 7.

Die Strafgelder fließen in die Fabrikkrankenkaffe.

89

Berficherungen und Sulfstaffe.

Neben der reichsgesetzlich geordneten Unsall- und Krankenkassen = Bersicherung besteht für die Beamten und Arbeiter noch folgende Einrichtung:

- 1) Jeder in der Fabrik, mindestens 10 Jahre, beschäftigte Arbeiter, gleichviel welchen Geschlechts, erhält im Falle dauernder Invalidität, welche durch Alter oder gewöhnliche, nicht der Unfallkasse zur Last sallende Krankheiten entstanden sein sollte, aus der Geschäftskasse eine jährliche, nach Belieben des Empfängers in wöchentlichen oder monatlichen Katen an den Lohntagen zu ershebende Rente von
 - Einhundertfünfzig Mark.

Bei Invalidität, für welche die Unsallversicherung auszukommen hat, oder wenn seitens des Reiches eine besondere Invaliditätskasse erreichtet werden sollte, soll, im Falle die dort gezahlte Prämie 150 M nicht erreicht, der Fehlbetrag ebensalls aus der Geschäftskasse gezahlt werden:

2) die Familien der Beamten, welche mindestens 5 Jahre im Geschäfte zur Zusriedenheit des Inhabers thätig gewesen sind, werden durch Aufnahme einer Lebensversicherung ihres Oberhauptes, in Höhe von 3000 M seitens des Geschäftes sichergestellt.

Die vorgenannten Invaliditätsrenten sowie die Lebensversicherungspolicen und die im Todessalle hierauf gezahlten Kapitalien dürsen ohne ausdrückliche Genehmigung der Firma an andere nicht veräußert oder verpfändet werden;

3) die allgemeine Hülfskaffe, aus welcher nach Beschluß des Fabrikausschuffes einmalige Unterstützungen in besonderen Unglücks= jällen den Arbeitern oder deren Angehörigen gewährt werden können.

Die Raffe wird gebildet:

a) aus einem Anteil vom Gewinne der Fabrikwirtschaft (§ 12), b) aus Vermächtnissen, Geschenken und sonstigen Zuwendungen.

Die Kasse wird unter Kontrolle des Fabrikausschusses im Comptoir der Fabrik verwaltet und über dieselbe in der Jahresversammlung Bericht erstattet.

§ 10. Sparkasse der Arbeiter.

Jeder Arbeiter ist verpflichtet, wöchentlich mindestens 50 & einzulegen; Ausnahmen finden nur statt bei Krankheitsfällen und während der Dauer etwaigen Urlaubes.

Die Spargelder werden Sonnabends vom Lohne abgezogen und in

einem sicheren Geldinstitute ginstragend angelegt.

Alljährlich Mitte Dezember wird das Gelb nebst den entsallenden Binsen erhoben und an die Sparer zurückerstattet.

Die Aufsicht und Kontrolle hierüber steht ebenfalls dem Fabrit-

ausichuffe zu.

§ 11. Bilbungsmittel.

Von dem Fabrikinhaber wird den Arbeitern eine nach den Grundsigen der Bolksdibliotheken zusammengesetze Büchersammlung zur Verfügung gestellt, aus welcher jeder Arbeiter nach der in jedem Buche gedruckt enthaltenen Bibliothekordnung unentgelklich Bücher für sich entnehmen kann. Die Ausgabe und Einnahme der Bücher findet nur Sonnabends während der Mittagspause statt.

§ 12.

Fabrikwirtschaft.

Bur Beköstigung der Arbeiter mährend der Arbeitszeit unterhält die Firma einen Speisesaal mit den zum Schankbetriebe erforderlichen Einzichtungen.

Jeder Arbeiter hat darin seinen bestimmten Plat — Aleiderhaken — Bierglas — Porzellangesäß für Kaffee. Alles mit gleichlautenden Rummern

versehen.

In dem Saale befindet sich ein großer Kochherd, welcher eine Stunde vor jeder Mahlzeit geheizt wird, und auf welchem die mitgebrachten Speisen durch die angestellte Wirtschafterin angewärmt werden. Das Kochen und Anwärmen derselben auf den Fabrikösen ist hinfort nicht mehr gestattet.

Die Rosten der Einrichtung des Saales, die Anschaffung und Unter-

haltung des Inventars, die Heizung und Beleuchtung werden von dem Gesischäft bestritten.

Die Verabreichung der Lebensmittel erfolgt durch die Wirtschafterin auf Kosten der Arbeiterschaft, welche zu diesem Zwecke nach Art eines

Konsumvereins zusammenhält.

Die auf gemeinschaftliche Rechnung angekauften Verbrauchsartikel werden nach einem von dem Fabrikausschuß aufgestellten Tarif verkaust. Die Bezahlung erfolgt nur mit Wertmarken, welche gegen Kasse im Fabrikcomptoir, woselbst über die Entnahme ein besonderes Conto geführt wird, zu entnehmen sind. Alljährlich wird von dem Fabrikausschuß, welchem überhaupt die Aussicht über den Betrieb obliegt, Inventur gemacht und der erzielte Gewinn wie solgt verteilt:

1) 10% an die in § 9 genannte allgemeine Bulfskaffe.

2) Der Rest nach Höhe ber im Comptoir entnommenen Wertmarken als Gewinnanteil an die Arbeiter.

§ 13. Fabrikausschuß.

Derfelbe besteht aus:

1) dem Werkführer, 2) dem Buchhalter,

3) drei von den Arbeitern gewählten Arbeitern.

Der Ausschuß mählt unter fich einen Borfigenden, einen Schriftführer

und einen Raffierer.

Der Fabrikausschuß wacht über die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Fabrik nach Maßgabe vorstehender Fabrikordnung, er entscheidet über die zu verhängenden Strasen, besorgt die Angelegenheiten der Sparkasse, die Aufsicht über die Hulfskasse, die Fabrikwirtschaft und sührt den Vorsitz in den Arbeiterversammlungen (§ 14).

Der Ausschuß versammelt sich auf Ginladung feines Borfigenden. Bei

Abstimmungen entscheibet absolute Stimmenmehrheit.

Die Beschlüsse sind in ein Protokoll aufzunehmen, und ist dieses nach der Sigung, von sämtlichen Anwesenden vollzogen, dem Fabrikinhaber zur Kenntnisnahme zu überreichen; dem Fabrikinhaber steht das Recht zu, die Beschlüsse sür ungültig zu erklären, wenn dieselben gegen eine reichse oder landesgesetliche Bestimmung oder gegen die Fabrikordnung verstoßen.

Den Beichluffen des Ausschuffes, dafern dieselben in obigem Sinne keinen Widerspruch gefunden, hat sich jeder Arbeiter unweigerlich ju fügen.

§ 14.

Arbeiterverfammlungen.

Ende Dezember jeden Jahres findet eine allgemeine Arbeiterversammlung statt, an welcher jeder Arbeiter bei 10 & Strafe teilzunehmen hat. In derselben erstattet:

¹ Namentlich werden Kaffee, Thee, gutgegorenes einfaches Bier und Upfelwein zu ben billigften Preisen verkauft. Der Schnapsgenuß ift ganglich verpont.

1) Der Vorsitzende Bericht über sämtliche, die Arbeiter betreffenden Vortommnisse in der Fabrit, als da find:

a) Beränderungen in dem Personalbestand,

b) Unglucksfälle und deren Folgen. c) vorgekommene Beftrafungen,

d) die Berhältniffe der Sparkaffe und der allgemeinen Gulfskaffe,

e) die Angelegenheiten der Fabrikwirtschaft;

2) werden Anträge auf Abanderungen der Fabrikordnung besprochen und, wenn diefelben Unnahme finden, durch den Fabritausschuß mit dem Fabritinhaber verhandelt:

3) fann über etwaige gemeinsame Einrichtungen im Interesse der Arbeiter,

wie über Vergnügungen verhandelt werden;

4) werden die 3 zum Fabrikausschuß gehörenden Mitglieder der Arbeiter

gewählt.

Außerordentliche Versammlungen sind abzuhalten, wenn der Fabrikausschuß dies für nötig halt, oder mindestens 10 Arbeiter unter Angabe bes Grundes schriftlich darauf antragen.

Jede Versammlung ist mindestens 3 Tage vorher durch Anschlag im Comptoir und dem Speisesaal mit Angabe der Tagesordnung bekannt zu

machen.

§ 17.

Reder Arbeiter hat bei seinem Antritt diese Kabrikordnung, zum Beichen, daß er auf Grund derfelben angestellt worden ift, zu unterschreiben, hat derfelben in allen Stücken pünktlich Folge zu leisten und erhält ein ge= drucktes Exemplar ausgehändigt.

Vorstehende Fabrikordnung gründet sich auf die freie Vereinbarung des Fabrikinhabers und des Fabrikausschuffes und kann ohne Genehmiauna beider Teile nicht einseitig abgeändert werden.

Angenommen 1./3. 1881. Revidiert Frankenau 1. Januar 1887.

Der Kabrikinhaber. Der Kabritausichuß. (Unterichriften.)

Kürstlich Isenburg-Wächtersbacher Steingutfabrik zu Schlierbach, Bessen = Massan.

(Quelle: Gefl. direkte Mitteilung der betreff. Materialien.)

Das Altestenkollegium der Fabrik wurde von dem Direktor Herrn Max Rösler im Frühjahr 1884 nach dem Borbilde von F. Brandts in Gladbach ins Leben gerufen und hat fich feitdem trefflich bewährt. Das grund= legende, mit dem Kollegium vereinbarte Statut erfuhr im Laufe der Zeit mancherlei Abanderungen durch zahlreiche Beschlüffe des Ausschuffes und die Ausbildung gewiffer Gepflogenheiten. Der nachstehend mitgeteilte Ent= wurf zu einem neuen Statut umichließt alle "jene Anderungen und Feft=

stellungen, welche sich nach Beratung mit den Altesten als nützlich erwiesen haben".

Herr Rösler hat diesen Entwurf als Vorsitzender des "Verbandes keramischer Gewerke in Deutschland" den Mitgliedern dieses Verbandes mit der Einladung zur diesjährigen Generalversammlung (vgl. unten) in Form eines schriftlichen Reserates unterbreitet, dem wir solgendes entnehmen:

"Soviel auch schon über die Einrichtung geschrieben und gesprochen wurde, so häusig sehlt es dabei an wirklicher Sachkenntnis und an der Bezeichnung klar umrissener Grenzen. Da Ihnen ein nach allen Richtungen hin musterhaftes Statut nicht vorgelegt werden kann, so soll Ihnen wenigstens eine aussührliche Anleitung zur Aufstellung eines solchen sür die jeweiligen besonderen Verhältnisse an einem Beispiele gegeben werden durch das unten solgende Statut. Dasselbe saßt zusammen, was sich bisher in einer unserer Werkstatten bewährt hat. Dies Statut sagt, und darüber

follte ja nicht hinausgegangen werden:

Der Fabrikleiter ist nicht mehr absoluter, sondern konstitutioneller Monarch in allen Dingen. Es darf gar nichts geschehen ohne sein Wissen und seine Genehmigung. Wissend, daß anständige Arbeiter auch die besten sind oder wenigstens die zuverlässigsten, überträgt er solchen Leuten selbst die Polizei über Ihre Kameraden. Sobald die Leute mitregieren, sind sie ersahrungsgemäß konservativer und strenger wie wir selbst, sie sind mißetrauisch gegen Neuerer und Schwäßer, sie lassen Stänker und Hehre rincht auskommen, sie haben ein ausgesprochenes Gerechtigkeitsgesühl und Besserungsstreben. Selbst den äußersten Fall angenommen, daß eine ganze Gruppe, sagen wir z. B. von Drehern oder Malern, zusammenhält und Schwierigkeiten machen wollte — die Mehrheit aus den anderen, nicht minder wichtigen und einflußreichen Gruppen, unterdrückt einseitige Strebereien und Störungen.

Sie können aus den auf ganz bestimmte Verhältnisse zugeschnittenen Bestimmungen leicht entnehmen, was sich für jeden einzelnen von Ihnen etwa eignet, was zu ändern ist, womöglich von vornherein im Einverständnis mit bewährten Mitgliedern Ihrer Arbeiterschaft.

Die Mehrheit des Borftandes hat gewünscht, daß Ihnen dieses Beisspiel zu sorglicher Erwägung und Beurteilung noch vor der Generalverssammlung vorgelegt werde. Zedes Borftandsmitglied hat von seinem subjektiven Standpunkt aus Bedenken gegen die eine oder andere Bestimmung geäußert. Auch jeder von Ihnen wird zu ändern haben, wird besserrt bönnen. Ich dars die beruhigende Bersicherung hinzusügen, daß, was immer dieses auf Bollkommenheit durchaus keinen Anspruch erhebende Statut enthält, nichts darin enthalten ist, was in den lokalen Berhältnissen, auf welche es zugeschnitten ist, sich nicht von selbst in natürlicher Entwickelung herausgebildet und sich nicht bereits bewährt hat, oder was sür die Zukunst hier irgend gesährlich erschiene. Allerdings sind diese lokalen Berhältnisse die Frucht langjährigen, mühevollen Schassens und abgeschiedener, örklicher Lage. Aber es braucht niemand daran zu verzweiseln, Ähnliches zu ers

Schriften XLVI. - Sering.

reichen, wenn er unverdroffen und ausdauernd mit warmem Herzen und voller Kraft an die gleiche Arbeit geht und die verständigen Genoffen seiner gesamten Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf ihre Beschäftigung und ihre Stellung sich zu Mitarbeitern erwählt und heranzieht."

Entwurf eines Statuts für den Ültestenausschuß der Urbeiter der Wächtersbacher Steingutfabrik.

Anmerkung. Der Entwurf ist weitläufig, enthält Wiederholungen und auch begründende oder belehrende Bemerkungen, welche streng genommen nicht in ein Statut gehören. Ich habe das nicht für überstüffig gehalten, um nach allen Seiten verständlich zu sein, bei den Arbeitern, welche bei knapper Form noch Erklärungen bedürften, bei den Unternehmern, welche vielleicht da oder dort bedentlich würden über die Tragweite einer Bestimmung.

§ 1. 3 m e c.

Der Zweck des Altestenausschusses ist, als eine von den Arbeitern selbst gewählte Körperschaft die Fabrikleitung bei allen Maßnahmen und Beranstaltungen zu unterstützen, welche auf das Gedeihen der Fabrik, sowie auf die Wohlsahrt der in der Fabrik beschäftigten Leute abzielen. Dieses Gebeihen und diese Wohlsahrt hängen untrennbar zusammen und bedingen sich gegenseitig.

§ 2. Wirkungstreis.

Insbesondere ist es die Aufgabe aller Altesten, sowohl einzeln als in ihrer Gesamtheit, unter den Arbeitern

Eigennut, Rohheit, Leichtfinn, Leidenschaft und Unredlichkeit zu

bekämpfen,

Streitigkeiten zu verhüten und zu fchlichten,

jede Benachteiligung ober Störung bes Betriebes zu verhindern, Ehrenhaftigkeit, strenge Disciplin, gute Sitten und Einigkeit aufrecht zu erhalten,

den Ehrgeiz bester Arbeitsleiftungen und besten Ruses zu wecken, das stetige Wachsen der Kenntnisse, Fertigkeiten und des materiellen Wohlbefindens anzustreben,

den Geist wahrer Kameradschaft, verständiger und sparsamer

Lebensführung und treuer Pflichterfüllung zu pflegen,

die Erhaltung und Hebung religiösen und patriotischen Sinnes zu fördern,

in allen diesen Richtungen fämtlichen Arbeitern mit gutem Bei=

fpiele voranzugehen.

Die Altesten sollen serner aufrichtig und ernst mitwirken bei der Aufrechtshaltung aller bereits bestehenden Ordnungss, Unsalverhütungss und Krankensvorschriften, bei allen sonstigen lokalen, oder allgemein gesehlichen Anordnungen und Einrichtungen, welche das Interesse, die Eesundheit, Sicherheit und Ausbildung der Arbeiter, sowie die Ehre und das Gedeihen der Fabrik betreffen.

Ganz befonders sollen die Altesten die jugendlichen Arbeiter überwachen auch außerhalb der Fabrik, jedem leichtsinnigen oder unsittlichen Berkehr der jungen Leute mit Nachdruck entgegentreten, sie zur Erfüllung ihrer Pflichten gegen Borgesetzte und ältere Arbeiter, Geschwister, Bormünder und Eltern anhalten, auf ihre gute Erziehung bedacht sein.

Geht aus diesen Sätzen schon hervor, daß die Altesten sowohl Pflichten wie Rechte haben, so wird ihnen noch ausdrücklich das Recht eingeräumt:

Bei Aufrichtung neuer Ordnungsbestimmungen und Wohlfahrts= einrichtungen ihren Rat zu erteilen,

auf vorhandene Migstände aufmerksam zu machen,

an die Fabrifleitung jederzeit Anträge zu stellen, welche auf oben genannte Aufgaben Bezug haben,

den Meistertitel an Arbeiter zu verleihen,

als Schiedsgericht bei allen Arten von Streitigkeiten unter den hiesigen Arbeitern zu wirken, denen die Anrufung der Gerichte in solchen Fällen so lange untersagt ist, bis dieses Schiedsgericht seines Amtes gewaltet hat,

die Aushülfskaffe zu verwalten und Unterstützungen aus derfelben

an bedürftige Arbeiter oder deren hinterbliebene zu gewähren,

die Rechtspslege innerhalb der Arbeitergemeinschaft sowohl in Bezug auf das Berhalten in der Fabrik, als namentlich außerhalb derselben auszuüben, demgemäß Rohheit, Unsittlichkeit, Unredlichkeit, Mißbrauch eingeräumter Gewalt, Unbotmäßigkeit, Ungehorsam, Bosheit, Klatscherei, Schädigung an Eigentum oder Ehre zu strafen, auch dieserhalb zeitzweise oder gänzliche Entlassung aus der Fabrik zu veranlassen.

Die Altesten erfüllen ihre Aufgaben in Einzelthätigkeit, in gemeinschaftlichen Sitzungen und in einzelnen oder gemeinsamen Besprechungen

mit der Fabrifleitung oder deren Bertreter.

Insbesondere haben die Altesten bei allen Wahrnehmungen, welche etwa ihr Einschreiten gegen Arbeitsgenossen veranlassen, zunächst sich mit den betreffenden Abteilungsvorständen über geeignete Maßnahmen zu besprechen.

§ 3. Ginteilung.

Der Altestenausschuß teilt sich in einen Hauptausschuß und in diesem unterstehende Altestenausschüffe der einzelnen Abteilungen.

Anmerkung ju § 3. Diese Teilung ift in kleinen Fabriken unnötig. In größeren ist fie geboten, spart viel Zeit, vereinfacht und vertieft bie Wirksamkeit.

§ 4. Wahlrecht.

Alle Altesten werden von jenen ständigen männlichen und weiblichen Arbeitern der Fabrik, welche nicht im sesten Monatsgehalte stehen und das 21. Lebensjahr bereits vollendet haben, alljährlich vor Ostern gewählt. Wählbar als Alteste sind nur solche Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in jeder Beziehung unbescholten sind, welche bereits ununterbrochen wenigstens 10 Jahre lang in der Fabrik gearbeitet und das 30. Lebensjahr zurückegelegt haben.

Anmerkung zu § 4. Das 30. Lebensjahr bezeichnet die unterste Altersgrenze für die nötige Reife des Urteils und der Erfahrung. Die neue Gesetzesvorlage über Gewerbegerichte knüpft das Wahlrecht an ein Alter von mindestens 25, die Wählbarkeit an ein Alter von mindestens 30 Jahren.

§ 5. Vom Hauptausschuß.

Es wird zuerst der Hauptausschuß gewählt und zwar abteilungsweise mittelst Stimmzetteln unter Leitung der Abteilungsvorstände. Es bilben je eine Abteilung:

- a) die Müller, Presser, Maschinenwärter, Schlosser, Schmiede, Schreiner, Kistenmacher, Maurer, Thongräber, Fuhrleute und Hosarbeiter,
- b) die Former, Dreher, Flechter, Pinnenmacher und Formengießer,
- c) die fämtlichen Leute in den Brennhäufern, der Glasurstube, beim Uberfangen und in der Kokermacherei,
- d) die Rauhmaler,
- e) die Schmelzmaler,
- f) die Muffelbrenner, Steindruder und Rupferdrucker,
- g) die fämtlichen Magazinarbeiter.

Jede dieser Abteilungen wählt in den Hauptausschuß mindestens einen Altesten. Zählt eine Abteilung mehr als 30 Angehörige, so wählt sie in den Hauptausschuß für je 30 Angehörige je einen Altesten, wobei ein etwa überschießender Rest von 20 und weniger unberücksichtigt bleibt, von 21 und mehr sür voll gerechnet wird.

Anmerkung zu § 5. Man könnte, wo die Einrichtung ganz neu und Borsicht geboten ift, die Gültigkeit der Wahlen von der Zustimmung der Fastrikleitung abhängig machen, jedoch nur für das erste Mal. Ist die Einrichtung erst im Gang, so kann und soll jede Fabrikleitung unbescholtene Leute von mindestens lojähriger Tienstzeit im gereisten Alter, welche das Berrtrauen ihrer Genossen zu dem Amte bernift, ohne Widerrede als Alteste ansnehmen. Man könnte auch nur einen Teil der Mitglieder wählen lassen, den andern ernennen. Alle Beschränkungen des Bestimmungsrechts der Arbeiter werden aber wenig zweckentsprechend und förderlich sich erweisen, können das gegen leicht Niftrauen säen. Bon Bedeutung für die sachgemäße Zusammenstehung des Ausschusses sind allein die Bestimmungen über das Tienstalter und das Eebensalter.

Jeder Gewählte muß mindestens die Hästet der in seiner Abteilung abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Die Abteilungsvorsteher haben

den Wahlgang so lange zu wiederholen, bis dies der Fall ift.

Die Annahme der Wahl kann nur von jenen abgelehnt werden, welche bereits zwei Jahre hintereinander Alteste waren. Scheidet durch andauernde Krankheit, Tod, Weggang oder auf sonstige Weise ein Mitglied aus dem Ausschusse, so hat die betreffende Abteilung eine Ergänzungswahl baldigst vorzunehmen.

Der Hauptaussichuß wählt aus sich mittelst Stimmzetteln in zwei gestrennten Wahlgängen einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben, wobei die Gewählten ebenfalls mindestens die Hälfte der abgegebenen

Stimmen auf sich vereinigen muffen.

Der Borsitzende beruft und leitet die Sitzungen, in welchen parlamentarisch zu verhandeln ist, stellt die Tagesordnung auf, unterbreitet diese der Fabrikleitung und holt deren Genehmigung für die Beschlüsse ein.

Bu allen Sitzungen ist der Fabrikleiter einzuladen. Er oder ein von ihm bestimmter Stellvertreter hat bei den Sitzungen lediglich eine beratende, nur in zweiselhaften Fällen eine entscheidende Stimme.

Der Ausschuß ist beschlußsähig, sobald zwei Drittel seiner Mitglieder anwesend sind, und saßt seine Beschlüsse mit einsacher Majorität. Unentsichuldigtes Ausbleiben von einer Sigung wird vom Ausschusse selbst gerügt oder mit Geldstrase zu Gunsten der Aushülskasse gebüßt.

Über die Beratungen und Entscheidungen ist ein Protokollbuch zu führen. Auf Berlangen des Ausschusses stellt die Fabrikleitung einen

schreibgewandten Protofollführer.

über den Gang der Verhandlungen und Abstimmungen ist seitens Aller strengste Verschwiegenheit zu beobachten; auch die geringste Verletzung dersielben wird vom Ausschusse selbst bestraft.

Bei Berhandlungen, in welchen ein Altester ober ein naher Berwandter besselben perfonlich beteiligt ift, hat berselbe bie Sigung zu verlaffen.

§ 6. Abteilungsausschuß.

Außer dem Hauptausschusse besteht ein Abteilungsausschuß für jede Abteilung. Den Abteilungsausschuß bilden immer jene Altesten, welche jeweilig im Hauptausschusse siehen. Beträgt deren Anzahl nicht wenigstens 3, so ist der Abteilungsausschuß durch eine Wahl, welche der Hauptausschuß aus den mindestens 30 Jahre alten, mindestens 10 Jahre ununterbrochen in der Fabrit thätigen Angehörigen jener Abteilung vornimmt, auf die Mindestzahl 3 zu bringen. Im Falle eine Abteilung nicht eine genügende Anzahl von geeigneten Leuten der bezeichneten Altersstuse ausweisen son der Altersbestimmung ausnahmsweise Umgang nehmen.

Bu dem Abteilungsausschuß gehört außerdem immer der Aufseher oder Borstand der betreffenden Abteilung als ständiger Borsitzender. Betreff Stimmenzahl bei der Wahl und Annahme derselben, Ergänzung ausgesichiedener Mitglieder, Versahren bei den Beratungen u. s. w. gelten ganz

Diefelben Bestimmungen wie beim Sauptausschuffe.

§ 7. Wirtungstreis der Abteilungsausichüffe.

Derfelbe erstreckt sich auf alle dieselben Punkte wie der des Hauptaußschusses. Insbesondere aber liegt den Abteilungsältesten ob die Ersüllung aller jener Aufgaden zunächst bei den Angehörigen ihrer Abteilung. Die Thätigkeit der Abteilungsausschüsse soll alle rein persönlichen und minder wichtigen Angelegenheiten erledigen, soll die ganze Einrichtung rasch und leicht wirken lassen, auch immer die etwa nötigen Voruntersuchungen umfassen.

Allein üben die Abteilungsausschüffe das Recht aus:

ausgelernten Gesellen Meistertitel und Meisterrecht zu verleihen, Gesellen die etwaige Genehmigung zu erteilen, einen eigenen Hausstand zu gründen.

§ 8. Berufung.

Glaubt sich bei schwereren Strafurteilen jemand mit dem Bescheide seines Abteilungsausschusses nicht beruhigen zu können, so kann er Berusung an den Hauptausschuß ergreisen, dessen Arteil aber dann für ihn endgültig ist. Über die Zulässigkeit einer Berusung befindet die Fabrikleitung.

§ 9. Geichäftsgang.

Alle Wünsche, Beschwerden und Streitigkeiten ohne Unterschied sind vorerst persönlich bei dem Fabrikleiter anzubringen. Zu diesem hat jeder Fabrikangehörige während der Geschäftsstunden freien Zutritt und findet bei ihm freundliches Gehör. Ze nach Art und Bedeutung des Gegenstandes überweist der Fabrikleiter sodann denselben zur Untersuchung und Erledigung an den Abteilungsausschuß oder gleich an den Hautausschuß. Immer zunächst an den betreffenden Abteilungsausschuß, wenn es sich um persönliche Angelegenheiten oder um Vorkommnisse lediglich innerhalb einer Abteilunghandelt.

Anmerkung zu § 9. Es wird in manchen, namentlich in sehr großen Fabriken nicht möglich sein, daß der Fabrikleiter selbst die Leute jederzeit anhört. Das örkliche Statut kann dann ja seine Bertretung in einem besonderen Beamten oder in den Abteilungsvorständen bestellen. Ich perfönlich lasse mir diese ständige direkte Fühlung mit den Arbeitern, ihren Wünschen und Verhältnissen nicht nehmen, durch welche erst das richtige gegenseitige Vertrauensverhältnis begründet und gesestigt wird. Ich habe dadurch auch jenen gründlichen Sindlich in die Anschaungen und Vedürsnisse der Arbeiter, welchen so viele Aussührungen der Herren welche über Socialpolitik reden und schreiben, leider vermissen lassen. Der Zeitauswand, welchen dieser beslehrende und fruchtbringende Verkeyr kosset, ist weit geringer als der, welchen die verschiedenen von den Gesehen auserlegten Ehrendmter, die mancherlei eingesorderten Berichte und Rachweisungen u. derzl. Inanspruchnahmen verlangen. Die Arbeiter sind schon von selbst so verständig, nicht zu ungelegener Zeit und unnötigerweise einen Chef zu behelligen, von welchem sie sehen, daß er mindestens dasselbe Maß an Arbeit und Sorge sich selbst auferlegt, wie irgend einem seiner Leute.

Alle Beschlüsse der Altesten erhalten erst durch die Genehmigung der Fabrikleitung bindende Kraft. Die Fabrikleitung hat das Recht, unter Angabe ihrer Gründe die Genehmigung zu versagen, Abänderungsvorschläge zu machen und den Gegenstand zu abermaliger Beratung auf die Tagesordnung zu setzen. Sollten solche wiederholte Beratungen ein Einverständnis zwischen der Fabrikleitung und der Mehrheit des Hauptausschusses nicht erzielen, so ist der Gegenstand zu verlassen. Handelt es sich jedoch um eine Sache von einschneidender Bedeutung für den serneren gedeihlichen Fortgang der Fabrik, so haben sich Fabrikleitung und Hauptausschuß über ein Schiedsegericht zu verständigen, zusammengesetzt aus gänzlich unbeteiligten Personen. Der Spruch dieses Schiedsgerichts ist dann endgültig für alle Teile.

Anmerkung 2 zu § 9. An Stelle bieses, von Fall zu fall zu bildens ben Schiedsgerichtes könnte ein nach dem Beschluß 2 der vorjährigen Generals versammlung gebildetes Berbandschiedsgericht, oder könnten die gesetzlichen Einigungsämter treten, welche demnächst errichtet werden sollen.

Damit sollen die äußersten Grenzen gesteckt sein, salls etwa die Wirkssamkeit der Altesten auch auf allgemeine Lohnfragen mit der Zeit sich erstrecken sollte. Es soll ferner damit klar bezeichnet sein, daß die Altesten unter allen Umständen ausbauend, helsend und erhaltend der Fabrikleitung, welche mit Errichtung diese Statuts eine große Machtsülle vertrauensvoll in die Hände der Arbeitervertreter legt, zur Seite zu stehen und sich mit ihr gütlich zu verständigen haben in allen Angelegenheiten, auch in der

wichtigsten des ungestörten und einmütigen Fortbetriebs der Fabrik als eines Gemeinwesens, dessen Gedeihen und Ruf die rastlos bessende Thätig=

keit aller Fabriksangehörigen gilt.

Dieses Gemeinwesen hat seine berusene Spitze in der Fabrikleitung, seine aussührenden Organe in den Beamten, seine in Wohlsahrtsangelegensheiten, in Rechtsprechung und Gesetzgebung beratende und helsende Körperschaft in den Altesten.

Alle von der Fabrikleitung genehmigten Urteile und Beschlüsse werden in Gegenwart der Altesten unter Auszählung der Gründe vom Fabrikleiter oder dessen Betroffenen mitgeteilt und werden von der Fabrikleitung ausgeführt oder vollstreckt.

§ 10. Umfang der Borlagen feitens der Fabrikleitung.

Die Fabrikleitung legt alle auf die Ordnungsbestimmungen, die Wohlssahrtseinrichtungen, das Lehrlingswesen, Entlassungen, auf die Lebenssührung und das gesamte Berhalten der Arbeiter außerhalb der Fabrik bezüglichen Angelegenheiten den Altesten vor, unbeschadet des Rechtes sedoch, auch unsahängig von den Ältesten Anordnungen zu treffen und selbst oder durch die Abteilungsvorstände Strasen in Bezug auf Borgänge in der Fabrik zu verhängen, auch jederzeit Kündigungen des Arbeitsverhältnisses vorzunehmen. Die Bestimmung der Arbeitslöhne und der sonstigen Arbeitsvertragsverhältnisse, die Arbeitsverteilung, alle technischen und kausmännischen Maßnahmen, sowie die Ausübung des, dem Besitzer einer Fabrik zustehnden natürlichen Hausrechtes sind der Fabrikleitung vorbehalten. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Ältesten auch bei darauf bezüglichen Borstommnissen zu Kate gezogen werden und daß sie als Bertreter der Arbeitersschaft der Fabrikleitung darauf bezügliche begründete Wünsche vortragen.

§ 11. Berpflichtung.

Allen bestätigten Beschlüssen der Altesten ist unbedingt strenge Folge zu geben. Wer sich dessen weigert, scheidet sosort aus der Arbeiterschaft der Kabrik aus.

§ 12. Beränderungen

dieser Statuten oder gänzliche Auflösung des Altestenausschuffes können nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Fabrikleitung vorgenommen werden.

Schlierbach, 15. Mai 1890. —

Über die Erfolge, welche die Thätigkeit des Schlierbacher Altesten= follegiums begleitet haben, äußert sich ein Bericht des herrn Rösler an

Viftor Böhmert ("Arbeiterfreund" 1889 S. 467):

Nunmehr, fünfjährige Erfahrung hat mir gezeigt, daß die Altesten stets gerecht, mit reislicher Uberlegung, mit geschickter Berücksichtigung aller Berhältnisse entsicheiden. Zumeist ist das Urteil der Altesten in Straffällen ein strengeres, als ich es gesällt haben würde. Nicht immer war ich im ersten Augenblicke einverstanden mit den Entscheidungen und Borschlägen der Altesten, aber ich habe diese Beschlüsse immer gebilligt, weil ich nach eingehender Erwägung mir sagen durste, daß die Leute doch das Richtige getrossen, hatten. Bei den Arbeitern ist das Institut geachtet und gesürchtet. Ich salse den Altesten alle Bortommnisse von Wichtigkeit oder von prinzzipieller Bedeutung unterdreiten und nehme sie nur bei geringsügigen Angelegenheiten und kleinen Disciplinarvergehen nicht in Anspruch. Lohnstreitigkeiten sind seit den

15 Jahren, welche ich die hiesige Fabrik leite, überhaupt nicht, vorgekommen. Ich würde jedoch keinen Anstand nehmen, auch solche durch die Altesten schlichten zu lassen, und bin sicher, daß dies in der gerechtesten und sachlichsten Weise geschehen würde, sowie daß sich die Leute jedem Entscheid der Altesten auch auf diesem Gebiete ohne jeden Widerpruch fügen würden. Ein Widerpruch gegen eine Entscheidung ber Altesten ift seitens ber Arbeiter bei mir noch nicht vorgetommen. Es ift ferner noch nicht vorgetommen, daß sich ein Altester selbst irgend ein ernstliches Bergeben hat zu Schulden tommen laffen. Es findet bei den allfährlichen Wahlen gewöhnlich einiger Wechsel in den Persönlichkeiten statt. Seitdem fich die Ginrichtung ein-geburgert und das allgemeine Ansehen und Zutrauen errungen hat, werden die Wahlen sehr forgsam vorgenommen. Sie fallen immer auf durchaus zuverläffige und verständige altere Leute, ohne Rudficht auf etwaigen Besig, höheren Berdienst ober hervorragende Stellung, und zwar ohne jede Ginflugnahme meinerseits. Diejenigen, welche Alteste waren ober find, ftellen in der That eine Auswahl der besten jenigen, welche Alteste waren oder sind, stellen in der That eine Auswahl der besten unter den einzelnen Arbeitergruppen dar. Die Leute sind sich der Verpflichtung, ein Borbild zu geben, welche ihnen die Wahl in das Kollegium auferlegt, voll bewußt. So wirft die Einwirkung auch direkt erziehlich auf die Einzelnen. Andrerzseits entlastet, sie den Leiter einer Fabrik von Verantwortung, erspart ihm mancherlei Arbeit und Arger. Ich halte sie für ebenso zeitgemäß als nüglich, das Gedeihen einer Fabrik wie das aller seiner Angehörigen in jeder Richtung sördernd. Ich bin zu dieser Überzeugung gekommen, ehe die wirtschaftlichen Borkommnisse und die Zeitungen die Fragen der beständigen Fühlung mit den Arbeitern und der Einigungsämter in den Vordergrund rückten."

Aus den im "Schlierbacher Fabrikboten" abgedruckten Protokollen bes Altestenkollegiums und der Abteilungsausschüffe entnehmen wir noch folgende, die Thätigkeit derselben charakterisierende Entscheidungen und Beichlüffe:

"Am Sonnabend, den 18. Mai abends vereinigte sich das Altestenkollegium mit den Abteilungsvorftanden der Fabrif unter dem Borfit des Direttors gu einer

mit den Abteilungsvorständen der Fabrik unter dem Borsit des Direktors zu einer gemeinschaftlichen Beratung über Fabrikangelegenheiten. Den ersten Gegenstand der Behrechung bildete die Neuregelung des Lehrlingsverhältnisses "Am Berfolg des Aufstages "Jam Kehrlingswesen" in Nr. 3 des "Fabrikden". In Aussührung des für richtig erkannten Grundgedankens dieses Aussages wurde einstemming beschossen.

Alle jugendlichen Arbeiter der Fabrik sind Lehrlinge, sur welche die Bestimmungen des Lehrlingsvertrages gültig sind. Das Lehrlingsverhältnis dauert in der Regel 4 Jahre, unter allen Umständen aber dis zum vollendeten 18. Lebensighten. Immer unter Beodachtung dieser letzten unabänderlichen Bestimmung, sieht es den Altesten jener Abteilung, in welcher der Lehrling arbeitet, zu, in außervordentlichen Fällen die 4jährige Lehrzeit abzukürzen oder zu verlängern. Un die Lehrzeit schließen sich die Gestellen ahre. Diese sollen ausgebend von der Ansicht Lehrzeit ichließen fich bie Gefellen jahre. Diefe follen, ausgehend von ber Unficht, daß die geiftige und körperliche Reife eines jungen Mannes nicht vor dem vollendeten 20. Lebensjahre zu erwarten ift, unter allen Umftanden fo lange dauern, bis dieses Lebensalter erreicht ift, also in der Regel zwei Jahre. Die Gesellenzeit wird ab-geschlossen durch die Freisprechung zum Meister. Diese Freisprechung erfolgt durch ben Direttor, nachdem die Altesten der betreffenden Abteilung ihre Enticheidung getroffen haben, ob ein Gefelle fahig und würdig ift, als Meifter feines Gewerbes fich

zu führen und zu gekten.
An ben bister üblichen Lohnverhältnissen, wie sie der Lehrvertrag festigt, ändern diese Bestimmungen nichts. Der ältere Geselle, welcher im ganzen bereits 6 Jahre in der Fabrik war, steht nur insosern hinter dem Meister zurück, als nur Meister wählbar ins Altestenkollegium und bei anderen Wahlhandlungen sind, welche mit dem Betriebe der Fabrik und der Leitung der Arbeiterangelegenheiten unmittels

bar zusammenhängen.

Rommen fremde Arbeiter hierher, fo treten fie immer als Gefellen ein. Rachbem fie einige Bochen hier gearbeitet haben, enticheiben die Alteften aus denfelben Befichtepunkten wie bei den hiefigen Leuten, ob ihnen der Meiftertitel und die Meifter= rechte zu geben feien ober nicht. Das bezieht fich auch auf folche Arbeiter, welche

als Befellen feinerzeit von hier in die Frembe gingen und später hierher gurudfehrten

Mit dem Freisprechen zum Weister wird das Anerkenntnis der Kameraden ausgedrückt, daß jemand reif fei, für sich selbst und für die anderen als Mann eingu-stehen. Wenn nun zu irgend einer handlung die Reife gehört, so ist es zur Be-gründung einer Familie. Die Altesten haben daher beschloffen, daß als Fabritangehöriger feiner heiraten durfe, der nicht jum Meifter gesprochen fei. Will fich jemand an diefe vorforgliche Bestimmung nicht tehren, fondern einen Sausstand gründen, bevor die Altesten feiner Abteilung ihn durch die Freisprechung bazu nach Maßgabe seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten, sowie seines Berdienstes, für fertig und geeignet erkannt haben, so muß er eben aus unserer Arbeitsgenossenschaft ausicheiben. In einer Arbeitsgenoffenschaft, welche fich gegenseitig die wefentlichsten Dienste fortgeset zu leiften hat, namentlich auch in Fallen der Rot, ift die Aufrichtung fester Schranken durch freie Bereinbarung nötig. Die Gestattung, daß jeder schon im jugenblichen Alter außerhalb der Werkstatt thue und treibe, was er wolle, die schwerwiegenosten Berpflichtungen eingehe, den Ruf der Arbeitsgenossenschaft schädige oder ihre Opserwilligkeit und Hülfsbereitschaft nach Belieben belaste, halten

wir nicht für Freiheit, sondern für Zügellofigfeit. Sodann wurde beschloffen, alle jene kleinen Kapitalbeträge, welche unter bers ichiedenen Titeln zu dem Zwecke angesammelt wurden, um in Rotfallen Unterstützungen an Arbeiter oder deren Witwen und Waifen zu gewähren, in einer ein= sigen Kaffe mit der Bezeichnung: "Notkaffe für die Angehörigen der Wächtersbacher Steingutfabrit" zu vereinigen. Die verschiedenen Betrage find: der Wohlthatigteitsfond, das Resttapital der früheren Unterstügungskaffe, die Beinreichgabe (Bermächtnis unseres verstorbenen Kameraden, des Reisenden Lorenz Weinreich), 80% des Sparkasseminns. Alle etwaigen Geschenke, auch Gelbstrafen sollen kunftighin in biese Kasse fließen. Aus dieser Notkasse sollen auch die etwaigen Unterstützungen an Arbeiter, welche länger als ein Jahr trank find, gewährt werden. Die Verwaltung bieser Notkasse untersteht dem Altestenkollegium. Dieses wählt aus sich aljährlich einen engeren Ausschuß von 5 Mitgliedern aus 5 verschiedenen Abteilungen. Der Fabritbirettor kommt als vorfigendes Mitglied des Unterstützungsausschuffes hinzu. Der Ausschuß haftet dem Altestenkollegium für fürsorgliches Gebaren mit

der Raffe.

Da es nicht selten vorkommt, daß kleinere Beträge Sorge lindern und Freude bringen konnen, wo rasche Sulfe not thut und es nicht am Plate ift, daß viele Perfonen von der Gabe erfahren, wird der engere Ausschuß ermächtigt, Gaben bis zu einem jeweiligen Betrage von 20 Mark aus eigener Machtvollkommenheit, auf einftimmigen Beichluß hin, zu gewähren. Ohne das gesamte Kollegium zu fragen, darf aber an dieselbe Berfon nicht mehr als eine solche Gabe im Laufe bes Jahres vers abreicht werben."

Der Altestenrat der Massemuller, Handwerker und Hosarbeiter traf folgende

Enticheidungen:

Um 30. Rovember 1889. Ein alter Arbeiter, welcher trop wiederholter War= nungen und Borstrafen leider zeitweilig dem Trunte front, wird auf die Zeit von 4 Wochen von der Fabrit ausgeschlossen mit dem gleichzeitigen Berbote, innerhalb dieser Frist ein Wirtshaus zu betreten. Falls er nun nicht in sich gehen und sich

beffern follte, tritt gangliche Entlaffung ein.

Am 20. Dezember 1889. Ein verheirateter Arbeiter hatte einem der Fabrif-mädchen in unlauterer Absicht Darlehen gewährt und forderte dieselben zuruch, als das Mabchen sich ihm nicht zu Willen zeigte. Nach forgfältiger Brufung ber Sach-lage wurde ber Arbeiter mit dem Berlufte ber verschiedenen Darlehen und einer weiteren Zahlung an die Aushulfstaffe bestraft, dem Mädchen bagegen auferlegt, die

ganze ichuldige Summe ebenfalls an die Aushülfskasse zu zahlen.
Die Altesten der Brennhausabteilung haben am 20. Januar einen verheirateten Brennhausarbeiter zur Strase sofortiger Entlassung wegen Unehrlichkeit verurteilt. Derselbe hatte sich zwei Tassen angeeignet. So gering der Wert derselben ist, so bestelben ist, beutet der Borgang doch einen Bertrauensmigbrauch und einen Diebstahl. Ginen Unehrlichen aber konnen und wollen die Brennhausleute nicht als Rameraben in

ihren Reihen dulben.

Die Abteilungsältesten ber Former und Dreher verurteilten einen Lehrling, welcher sich beim Einkauf von Ehwaren im Orte einer Entwendung schuldig gemacht hatte, zu einer gehörigen körperlichen Züchtigung und zur Androhung sofortiger schimpflicher Entlassung nebst Anzeige beim Gericht, sobald verschärfte Aufmerksamskeit ihn wieder auf ähnlichen, schlechten Wegen sinden würde. Der Junge gelobte Besserung.

Der Altestenrat der Schmelzmaler traf folgende Entscheidung:

Einem 15jährigen Lehrling, mittellose Waise, wurde in anbetracht seiner guten Führung und fümmerlichen Lage ein wesentlich höherer Lohnsat als ihm laut Cehrsvertrag gebührt, ausnahmsweise zugebilligt.

Villeroy & Boch, Steingut= und Mosaikfabriken zu Mettlach, Agb. Trier.

I. Gefl. Schreiben des Fabrikbesitzers Herrn Geheimen Kommerzienrat R. Boch an den Ausschuß vom 8. August 1890.

Arbeiterausschüfse im Sinne der gegenwärtigen Bestrebungen hat unsere Firma, welche in acht getrennten Fabriken ca. 5000 Arbeiter beschäftigt, bis jetzt nicht ins Leben gerusen. Auch beabsichtigen wir solche Ausschüfse, die nicht in unmittelbarer Anlehnung an unsere übrigen Arbeitervertretungen zu wirken berusen, vorerst nicht einzusühren. Wir werden vielmehr solange, als es überhaupt möglich sein wird, die seit mehreren Generationen betreffs der Behandlung von Arbeitern versolgten Grundsätze und Traditionen aufrecht zu erhalten suchen.

Daß unsere Arbeitertassen und sonstige Wohlsahrtseinrichtungen den weitestgehenden Ansprüchen der Arbeiter entsprechen, dürste schon aus dem Umstande zu erweisen sein, daß bei der Gründung der neuen gesetlichen Krankenkassen eine unverkennbare Unzusriedenheit unter unseren Abeitern entstand, welche lieber von diesen Kassen befreit bleiben wollten und sich mit den ihnen weit größere Vorteile dietenden bestehenden älteren Kassen begnügen wollten. Um diesem Wunsche Kechnung zu tragen, wurden die Statuten der letzteren Kassen den gesetlichen Bestimmungen entsprechend umgeändert, und es bestehen jeht zwei besondere Kassen in den meisten unserer Fabriken.

Das Bedürfnis von sogenannten Arbeiterausschuffen ist bei uns bis jetzt nicht fühlbar gewesen, und ist beren Einführung auch noch nicht beantragt worden. Seitens unserer Firma ist stetz ber größte Wert darauf gelegt worden, daß alle Wünsche, Anträge, Beschwerden, Klagen direkt und ohne Vermittelung von Zwischenpersonen an die Fabrikleiter vorgetragen werden konnten. Wir sind der Ansicht, daß Zwischeninstanzen nicht dazu geeignet sind, das gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zu sördern. Wenn dasselbe einmal gelockert ist, wie dies leider an so mancher Stelle der Fall ist, dann vermag auch kein Arbeiterausschuß nach dieser Richtung eine Besserung herbeizusühren. Der persönliche Verkehr zwischen beiden Teilen, die sortwährende Fühlung mit den Arbeitern, die direkte Wahrnehmung ihrer Bedürsnisse sind und bleiben unstreitig das beste Mittel,

um ihr Vertrauen zu erhalten, und gleichzeitig die erste Bedingung, um dem

Arbeitgeber die ihm nötige Autorität zu sichern.

Meinerseits sehe ich nicht ohne ernste Bedenken den Folgen entgegen, (obligatorische? D. Herausg.) Bildung von Arbeiteraus= schüffen nach fich gieben wird. Da wo die Verhaltniffe noch gute find, wie es bei uns glücklicherweise noch der Kall ist, da sollte man m. E. sie zu erhalten suchen und es vermeiden, dem Arbeiter neue Rechte einzuräumen, die man niemals wird zurückziehen können. Die Erfahrungen, welche wir auf diesem schwierigen Gebiete gemacht haben, bestätigen uns, daß die feit mehreren Generationen ausgeübte wohlwollendste Behandlung der Arbeiter die besten Früchte getragen hat, und eine gesetliche Inschutnahme des Arbeiters durch Errichtung von Arbeiter=Vertretungen oder Ausschüffen für unfere Ver= hältniffe jedenfalls nicht erforderlich ift.

Ich wage es selbstverständlich nicht, einen Tadel über die heutigen Bestrebungen auszusprechen — beschränke mich vielmehr, in Beantwortung der ad b gestellten Frage eine offene Ansicht auszusprechen und unfere hie-

figen Verhältnisse zu schildern.

Im übrigen gestatte ich mir auf das hier beigelegte Statut hinzuweisen, aus welchem zu ersehen ist, daß unsere über 80 Jahre bestehende Raffe, die sogenannte "St. Antonius-Bruderschaft", von einem Arbeitervorftand verwaltet wird, deffen Mitglieder zur Sälfte von den Arbeitern und zur Sälfte von uns felbst gewählt werden. Diefem Borftande schenken wir unsererfeits das weitgehendste Bertrauen, und wir trachten dahin, mit Rudficht auf die ben Arbeiterausschüffen nunmehr zugesprochene Bedeutung, denfelben unferer= feits als folchen anzuerkennen und zu behandeln, ohne daß in den Augen unferer Arbeiter eine auffallende Anderung des bisherigen Berhaltniffes da= durch hervorgerufen wurde. Wir konnen gewiffermagen behaupten, daß unfere Kaffenvorstände gleichzeitig auch für alle sonstigen die Arbeiter betreffenden Fragen als Arbeitervertretungen betrachtet und behandelt werden, mahrend wir eigentliche Ausschüsse nicht haben.

Aber unfere Einrichtungen und Erfahrungen ist bis jetzt wenig veröffentlicht worden — Prof. Julius Post in Hannover hat in seinem jüngst erschienenen Werke einiges von unseren speciellen Ginrichtungen beschrieben.

sich auf:

II. Aus dem Statut der St. Antonius Bruderschaft, im Jahre 1819 auf Veranlaffung von J. P. Boch in Mettlach errichtet,

revidiert in den Jahren 1831, 1848, 1863 und 1874 und dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 entsprechend neu aufgestellt im Jahre 1887.

^{§ 1.} Unter dem Ramen "St. Antonius-Bruderschaft" bildet fich aus Arbeitern ber Steingut- und Mofaitfabriken ber Firma Billeron & Boch zu Mettlach ein Berein, welcher seinen Sig in Mettlach hat und gegenseitige Gulfeleistung sowie Förberung fittlicher Bilbung bezweckt.

§ 2. Die gegenseitige Gulfeleistung bes Bereins an seine Mitglieber erstreckt

^{1.} arztlichen und wundarztlichen Beiftand und freie Arznei im Falle einer Ertrantung, fowie Brillen, Bruchbander und fonftige Beilmittel;

2. Geldunterftugung im Salle zeitweiliger Erwerbslofigkeit durch Rrantheit oder Berlegung;

3. Beitrag ju ben Begrabnistoften, Totenamt und Grabftein verftorbener Mit-

alieber

4. Anterftugung der Angehörigen der längere Zeit einberufenen landwehr: und refervedienftpflichtigen Ditglieder;

5. Unterftugung der hinterlaffenen Witmen und Rinder unter 15 Nahren:

- 6. Einrichtung einer Spar- und Darlehnstaffe für die Mitglieder. § 3. Die Mittel zur Gemährung biefer Gulfeleiftungen werben
- aufgebracht durch:

1. einmaliges Gintrittsgelb;

2. vierwöchentliche Beitrage der Mitglieder;

3. vierwöchentliche Beiträge der Fabriken in gleicher Höhe ber Mitgliederbeiträge;

4. Strafgelber ber Mitglieber wegen Fehlens gegen die Bereinsstatuten und die

Fabrifordnung; 5. die Zinfen und sonftigen Erträgnisse der angelegten Gelber bes Bereins. § 4. Jeder ständige Fabritarbeiter, welcher bas 18. Lebensjahr guruckgelegt und bas 35. noch nicht überschritten hat und bessen durchschnittlicher Berdienst min bestens 2 Mart per Arbeitstag beträgt, fann Mitglied des Bereins werden. Jedes neu aufzunehmende Mitglied hat vor feiner Aufnahme ein vom Bereinsarzte aus-

geftelltes Atteft über feinen Gefundheitszuftand einzureichen. Uber die Aufnahme entscheidet der Borftand.

§ 6. Die Mitgliedschaft erlischt mit bem Ausscheiden aus der Fabrit, und haben die Ausscheidenden nur Ansprüche auf Erstattung bon 75 % des von ihnen ent= richteten Eintrittsgelbes, vorbehaltich der zur Zeit des Ausscheidens etwa bestehenden Unsprüche auf Krankenunterstützung im Umfange des § 6 des Gesetzes vom 13. Juni 1883.

Die Ausschließung eines Mitgliedes tann erfolgen:

Lie Ausschlegung eines Mitgliedes tann expolgen:

1. infolge unehrenhafter oder unsittlicher Handlungen;

2. wenn dasselbe wiederholt den Anordnungen des Borstandes sich widerset;

3. infolge eines die dürgerlichen Sprenrechte aberkennenden Urteils.

§ 20. Jedes Mitglied, ohne Mücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft, hat vom dritten Tage seiner Erkrankung an dei einer Krankheitsdauer bis zu 6 Monaten Anspruch auf eine tägliche Krankenunterstützung, welche die Hälfte des Durchschnittsverdienstes seiner Klasse der Tank und darunter dem Verein Angehörenden hört der Unterstützungsanspruch damit auf.

Bei längerer Mitgliedschaub Krankseitsdauer treten folgende Setstekungen ein:

Bei langerer Mitgliedschaft und Rrantheitsdauer treten folgende Teftfetaungen ein : Die Dauer des Unterstützungeanspruchs im Rrankheitsfalle vom 1. des 7. Monats an gerechnet beträgt bie Salfte ber Mitgliebichaftsjahre - bas angefangene Jahr

voll gerechnet.

§ 26. Redes verftorbene Mitglied wird auf Kosten des Vereins beerdigt. Der=

felbe bezahlt Sarg, Totenamt, Begräbnis und Grabmal. § 28. Bei Sterbefällen ber Mitglieder erhalten deren Witwen und Waisen

bie ihnen zukommende Unterstützung, vom Sterbetag ab gerechnet, ausbezahlt. § 32. Wenn es die Vermögensberhältniffe des Bereins erlauben, jo erhalten die Familien der Referviften und Landwehrmanner, welche auf langer als 4 Wochen jum Militärdienste eingezogen werden, für die Dauer der Einberufung aus der Bereins-taffe eine tägliche Unterstühung von 25 Pfennig, worüber der Borstand zu beschließen hat.

§ 33. Die Bereinskaffe nimmt von Mitgliedern Geldersparnisse von Mf. 10.—

ab an.

§ 34. Der Borftand ift befugt, aus der Bereinstaffe den Mitgliedern Gelber gegen annehmbare Burgichaft ober nach Gutbefinden gegen hinlangliche Sicherung burch Grundguterverpfandung zu leihen.

§ 36. Die Organe des Vereins find:

- 1. die Generalberfammlung und
- 2. der Borftand.

§ 37. Die Generalversammlung besteht aus Bertretern der Mitglieder. Für die Wahl derselben werden sämtliche Bereinsmitglieder jährlich durch die Fabrifdirektion in folgende Gewerkschaften eingeteilt:

1. Maffebereiter, Magazinier, Sandwerter;

2. Former, Anfertiger ber Waren;

3. Ofenarbeiter :

4. Maler und Drucker; 5. Mojaitfabrit.

Hür jede Gewerkschaft wird in gesonderter Wahlhandlung auf je 10 Mitglieder ein Bertreter gewählt.

Bahlberechtigt find alle Mitglieder, mahlbar alle großjährigen, welche fich im

Befige der burgerlichen Chrenrechte befinden.

Der Wahltermin muß 8 Tage vorher durch Anschlag bekannt gemacht werden. Die Wahl findet unter Leitung der Fabrikdirektion mittelst verdeckter Stimmzettel durch einfache Stimmenmehrheit ftatt.

§ 38. Die Generalversammlung findet jährlich im Laufe des Monats Juni unter Borsit des Generaldirektors oder eines von ihm dazu Bevollmächtigten statt. Sie muß 8 Tage vorher unter Mitteilung der Tagesordnung befannt gemacht werden. Außergewöhnliche Generalversammlungen können durch Beschluß des Borstandes

ober auf Antrag von mindestens 1/10 der Vereinsmitglieder berufen werden. vorschriftsmäßig berusene Generalversammlung ist beschlußfähig.

In der Generalversammlung findet die Vorlegung des Rechnungsabschlusses, der Bericht über die Thätigkeit des Worftandes und sonstige Bereinsangelegenheiten, sowie die Berlejung der neu aufgenommenen Mitglieder ftatt. Anträge des Vorstandes, jowie aus der Mitte der Bersammlung, welch lettere 8 Tage borber an den Borfigenden bes Borftandes einzureichen find, werben zur Diskuffion geftellt, Befchluffe, mit Ausnahme berer über Statutenanderungen, werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefagt. Den Abstimmungsmodus bestimmt der Borfigende.

§ 39. Die Leitung des Bereins, die Aufsicht über das sittliche Betragen der Mitglieder find einem Borstande von 12 Mitgliedern übertragen, denen je

ein Bertreter zur Seite steht. § 40. Die Wahl des Borftandes findet in der Generalversammlung in der Beise ftatt, daß die Bertreter der in § 37 unter 1—4 genannten Gewerkschaften je

ein, die Mojaitfabrit zwei Mitglieder und deren Stellvertreter mahlen.

Die Wahl findet mittelft verdeckter Stimmzettel burch einfache Mehrheit ftatt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die General-Direktion ernennt sobann die anderen 6 Mitglieder und deren Stellvertreter auf die Dauer eines Jahres. (§ 42.)

§ 41. Als Borstandsmitglied ist nur mahlbar, wer 25 Jahre alt und min=

bestens seit 5 Jahren in der Fabrik beschäftigt ist. § 42. Die Mitglieder des Vorstandes und ihre Stellvertreter werden auf ein

- Jahr gewählt, ihre Wieberwahl ist zulässig. § 43. Der Borsipende des Borstandes wird jährlich aus bessen Mitte von der Generaldirektion ernannt, sein Bertreter durch den Vorstand gewählt. Er hat den Borfig in den Berfammlungen bes Borftandes, führt bas Berzeichnis ber Mitglieder, an ihn müffen alle Klagen und Anträge gerichtet werden. Er vertritt den Berein nach außen.
- § 45. Jeden Monat muß der Borfigende die Mitglieder des Borftandes zu einer Sigung berufen.

Er ist verpflichtet, eine folche binnen 8 Tagen zu berufen, wenn 5 Mitglieder besselben unter Angabe des Grundes dies bei ihm beantragen.

§ 46. Der Vorstand hat das Recht, diejenigen Mitglieder, welche sich gegen Die Statuten ober die Anordnungen ber Bereinsverwaltung berfehlen, ju Bunften der Vereinstaffe zu Gelbftrafen bis zur Sohe von Mart 5 .- zu verurteilen.

§ 47. Beichlüffe des Borftandes über Gegenstände, die in den Statuten nicht vorhergefehen find, Abanderungen einzelner Beftimmungen berfelben, fowie Bufage tonnen nicht ohne Genehmigung ber Fabritbirektion gur Ausführung tommen.

Dieselben sind nach jeder Vorstandssigung durch den Vorfigenden der Fabrit-

direttion vorzulegen.

§ 50. Das Raffenwesen bes Bereins besorgen die Kassierer beider Fabriken. § 56. Rein Bereinsmitglied darf das andere vor Gericht laden, ohne vorher den Gegenstand des Zwistes dem Borstande mitgeteilt und denselben um herbeiführung einer Einigung gebeten zu haben.

Stettiner Portland-Cement-fabrik in Züllchow.

Gefl. Schreiben des Herrn Kommerzienrat Dr. Delbrück vom 10. Juli 1890 an den Ausschuß d. B. f. S.=P.

..... Ich erlaube mir, Ihnen in Abschrift alles mitzuteilen, was bisher in unserer Fabrik in dieser Angelegenheit geschehen ist. Sie werden daraus entnehmen, daß ich ohne alles Bedenken die Machtvoll-kommenheiten des Ausschusses sehr weit gesteckt habe, und daß ein Schaden

daraus bis jett durchaus nicht erwachsen ift.

Die erste Bildung des Ausschuffes geschah im Marz des Jahres unter meinem Borfitz in einer Zeit, in welcher gerade in Stettin und Umgegend die Gemüter hoch erregt waren; ein eigener Abgefandter der focialdemo= kratischen Centralleitung war mit der Aufreizung unserer Arbeiter zu Ausständen und Widerständen beauftragt. Unfere jungeren Arbeiter waren gewonnen und hatten bald die Majorität. Die älteren, zur Ruhe mahnen= den Arbeiter wurden bedroht und beschimpft und wandten fich um Schut an ihre Borgesetten; ein allgemeiner Strike ftand unmittelbar bevor. Gingaben mit übermäßigen, unerfüllbaren Forderungen wurden mir zugestellt. Überall fah man trogige, seindselige Gebärden, genug, es war ein Zustand, wie ein folcher während des 36 jährigen Bestehens der Fabrik noch nicht annahernd bestanden hatte. Etwas Entscheidendes mußte geschehen; ich ent= schlok mich, fämtliche Arbeiter, etwa 500 an der Zahl, zusammenzurusen, ihnen mitzuteilen, daß jeder Berfuch, durch einen Strife Lohnforderungen gu erzwingen, sofortige Entlassung nach sich ziehen murde, und einen Ausschuß, gemäß Rr. 1 der Unlagen, mählen zu laffen. Abfichtlich ordnete ich keine Beschränkung ber Wählbarkeit an. Der Erfolg war ein überraschender. Obaleich die Arbeiter fich das Wort gegeben hatten, nur die in einer Borversammlung sestgestellten Kandidaten, natürlich die Repräsentanten der extremften Forderungen, zu wählen, so kam doch eine Anzahl der alten, besonnenen Arbeiter in den Ausschuß, und die extremen Wortführer waren in den Beratungen des Ausschuffes durchaus fügsam und vernünftigen Vorstellungen zugänglich. Der Umschlag am Tage nach der Berfammlung in der gangen Arbeiterschaft war geradezu ein verblüffender. Ein gang neuer Beift schien in die Gemüter eingezogen zu fein. Wo fich ein Vorgesekter zeigte, wurde er respektvoll gegrüßt und allen Anordnungen auf das gefliffentlichste Folge geleistet. Freilich muß ich bemerken, daß in der Versammlung eine Lohnzulage, aber hauptfächlich nur in der Form zugefagt war, daß diefelbe an diejenigen Arbeiter zur Auszahlung gelangen follte, welche bis zum 1. November ununterbrochen in der Fabrit gearbeitet Andere sosort gewährte Lohnzulagen trugen nur den Charatter von Ausgleichungen zwischen den verschiedenen Kategorieen der Arbeiter, und

biese Ausgleichungen wurden vorgenommen unter Zuziehung und auf Borschlag der Mitglieder des Ausschuffes. Charakteristisch war dabei, daß von den Ausschußmitgliedern alle unbilligen Forderungen auf das bestimmteste zurudgewiesen wurden, und daß diese Burudweifungen von den Betroffenen

ruhig ertragen wurden.

Auch weiterhin zeigte sich die Einrichtung des Ausschusses als sehr förderlich für das gute Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeit= geber, wie dies namentlich auch aus den Beschlüffen über die Sonntags= arbeit und über das Berhalten am 1. Mai, fiehe Anlage III, hervorgeht. Nach diefen Erfahrungen fann ich mein Urteil nur dahin abgeben, daß ich die Bildung von Arbeiterausschüffen auf das angelegentlichfte Wo Ubelstände hervortreten, wird die Schuld barin liegen, daß die perfönliche Einwirkung des Arbeitgebers nicht richtig oder nicht genügend zur Unwendung gebracht worden ift.

I. Bekanntmachung.

Bur Entgegennahme von Mitteilungen der Direftion und zum Zwed der Wahl eines Arbeiterausichuffes berufen wir famtliche Arbeiter unferer Fabrif zu morgen, Dinstag ben 25. März b. 3., mittags 1 Uhr auf ben Cementboben der Mühle.

(Folgt bie Bezeichnung ber Wählergruppen und bie Zahl ber zu mählenden Bertreter in Ubereinstimmung mit ber in Anl. IV getroffenen befinitiven Ordnung). Wahlberechtigt find nur Arbeiter, welche das 20. Lebensjahr bereits erreicht

Die Wahl erfolgt nach Borschlag von Randidaten durch einfache Mehrheit der Anweienben. Die Direttion.

gez. Dr. Delbrüd.

II.

Züllchow, 25. März 1890.

In den Arbeiterausichuß wurden gewählt: (folgen die Ramen der 14 von den 7 Gruppen der Arbeiterichaft gewählten Bertrauensmänner).

Mit diesen einzelnen Gruppen unter Beistand des betreffenden Meisters sind die Löhne und Accorde für jede einzelne vorsommende Arbeit durchberaten. Diese neuen Festsehungen wurden dann in der Fabrit angeschlagen und jeder aufgefordert, die Arbeit zu verlassen, welcher zu diesen Löhnen nicht arbeiten wolle.
Die einzelnen Cohnsäße s. Lohnbuch!

Sigung des Arbeiterausschuffes.

Anwesend: Dr. G., Borfigender, 6 Meister und 14 Arbeitervertreter.
Eröffnung 9 Uhr vormittags.
Es wird folgendes festaetebe:

Es wird folgendes festgesett:
1. Die Sigungen des Gesamtausschusses werden nach Bedurfnis einberufen. Nur eine ganze Kolonne joll das Recht haben, den Antrag zu stellen, daß eine Sigung stattsinden möge.

2. Die Conntagsarbeit foll thunlichst eingeschränkt werben. Die Ur-beitervertreter find sämtlich einverstanden, daß bei dringendem Bedurfnis gearbeitet wird. Dazu gehört außer Ofenbetrieb, Reparaturen, die sich nicht aufschieben laffen, auch Dlangel an Fässern, an Steinen, sowie Berladung von Fässern in Dampfer.

3. Die Arbeitervertreter ertlären, fich an der socialistischen Feier des 1. Mai nicht beteiligen zu wollen, und heißen es gut, daß diejenigen, welche am

1. Mai nicht arbeiten, entlassen werden.
4. Der Borfigende fordert die Ausschulgmitglieder auf, Schutzvorrichtungen zur Berhütung von Unfällen zu beantragen, sowie dafür zu sorgen, daß diese Borrichtungen gebraucht und auch im Stand erhalten werden.
5. Schließlich machte derselbe Mitteilungen über den Stand der Invalidens

faffe fowie Bermendung der Belber.

Schluß 11 Uhr (folgen die Unterschriften).

IV.

Züllchow, 8. Juli 1890.

Eröffnung der Sigung abends 6 Uhr durch den Borfigenden Dr. G. Anwesend 3 Meister und 14 Mitglieder bes Ausschuffes.

1. Das Prototoll der Sigung vom 13. April wird vorgelejen und genehmigt.

2. Die Satungen bes Arbeiterausschuffes werden in folgender Faffung genehmigt.

Satungen des Urbeiterausschusses der Stettiner Portland=Cement-fabrik in Züllchow.

§ 1. 3med und Thätigfeit bes Ausschuffes. Der Arbeiterausichuß bezweckt die Bermitllung zwischen den Arbeitern und der Leitung ber Fabrit. Alle Buniche der Arbeiter, die Fabrit und deren Ordnung betreffend, find durch den Ausschuß der Fabritleitung zu unterbreiten. Es bilben also namentlich Gegenstand der Beratung des Arbeiterausschuffes: a) Lohnfragen, Ort und Zeit der Auszahlung der Löhne, b) Arbeitszeit und Arbeitsdauer, c) Disciplin unter den Arbeitern, d) Beratung von Einrichtungen zur Berhütung von

Unfällen, e) sanitäre und Wohlfahrtseinrichtungen, f) Strafen ac.
§ 2. Zusammenseigung des Ausschufses.
Der Ausschuf wird von allen Arbeitern, welche älter als 20 Jahre sind, jährlich im März neu gewählt. Die Wahl erfolgt in öffentlicher Wahlhandlung nach Vorschlägen von Kandidaten gruppenweise, und zwar erwählt:

a) die Gruppe der Brenner, Steinfahrer, Kunststeinarbeiter drei Vertreter

aus ihrer Gruppe,

b) die Gruppe ber Muller, Schloffer, Majchinisten drei Bertreter,

Bofleute und Schiffer drei Bertreter, c) = : Former und Biegler brei Bertreter, Böttcher zwei Bertreter. d) = e) =

Wählbar ist jeder, welcher 25 Jahre alt ist und 5 Jahre hintereinander in ber Fabrit gearbeitet hat.

Den Borsig im Arbeitcrausschuß führt ein mit dem Borsig von der Fabrik

beauftragter Beamter der Fabrit. § 3. Sit Sigungen des Ausschuffes.

Die Fabritleitung beruft nach Beburfnis entweder Gesamtausschuffigungen oder Gruppensitungen, je nachdem die vorliegenden Fragen die ganze Arbeiterschaft ober nur eine einzelne Gruppe angehen. So werden Lohnfragen gewöhnlich mit den einzelnen Gruppen verhandelt; ist mit einer Gruppe feine Einigung zu erzielen, so kann die Fabrikleitung die streitigen Punkte dem Gesamtausschuß zur Begutachtung vorlegen.

Jede einzelne Gruppe kann Berufung von Sitzungen des Gesamtausschusses oder

Gruppenfigungen bei ber Fabrifleitung beantragen.

§ 4. Gultigfeit der Beichluffe des Ausichuffes.

Die Beschlüffe des Ausschuffes werden mit einfacher Mehrheit gefaßt — fie erhalten für bie Arbeiter bindende Rraft burch Genehmigung der Fabritleitung.

§ 5. Über jede Sigung wird vom Borfigenden ein Prototoll aufgenommen. Dieses wird durch Unterschrift von Ausschußmitgliedern in der nächsten Sigung beglaubigt. -

3. Es wird beschlossen, diese Satungen, sobald sie Genehmigung der Fabritleitung erlangt haben, als Anhang den Krankenkassenstatuten beizustügen.
4. Für die in der Fabrit beschäftigten Mädchen soll eine besondere Stube
eingerichtet werden, deren Betreten außerhalb der Arbeitsstunden jedem
Jungen oder Mann verboten ist. Der Ausschuß schlägt vor, 3 Mart
Strafe für Nichtbesolgen dieser Anordnung sestzusezen.

5. Als Babezeit wird feftgeftellt: Die Jungens baden Mittwoch jede Woche in der Frühstucks- und Mittagspaufe, ferner Donnerstag jebe Woche in allen Baufen.

Die Madchen baben Freitag febe Woche mittags 12—1. Der Ausschuß regt an, es moge dafür gesorgt werden, daß besonders bie jugendlichen Arbeiter wöchentlich einmal baben. Meister Th. über-

die jugendlichen Arbeiter wöchentlich einmal baben. Meister Th. übernimmt, seine Jungens dazu anzuhalten.

6. Wird beschlossen, die Fadrikleitung zu ersuchen, den Jungens auf den
Namen ausgestellte und gestempelte Lohnzettel mitzugeben, auf denen
der Wochenlohn berechnet ist. Der Ausschuß bittet, dieses durch die
Tagesdlätter öffentlich bekannt zu machen, um es den betreffenden Eltern
mitzuteilen. Man ist der Meinung, daß dieses Mittel vorläufig versucht werden soll, um den Betrügereien der Jungens den Eltern gegenüber Einhalt zu thun, und die Jungens zur Ordnung anzuhalten
dadurch, daß sie genötigt werden, das verdiente Geld auch wirklich
abzugeben. abzugeben.

Schluß 7 Uhr 15 Minuten.

gez. Dr. G.

Berliner Jahriken.

Hamburg = Berliner Jalousie = Fabrik von Heinrich freese, Hauptgeschäft Berlin.

I. Entwicklung und Thätigkeit des Altesten-Kollegiums. (Gefl. Schreiben bes Fabritbesitzers Hern h. Freese an den Ausschuß des B. f. S.=P. vom 15. Juni 1890.)

Das in der Berliner Fabrik des Unterzeichneten am 3. Juni 1884 zusammengetretene Altesten-Kollegium der Arbeiterschaft bestand früher aus 10 und besteht jetzt aus 15 Personen, welche teils von dem Endesunterzeichneten aus den Betriebsbeamten und Arbeitern ernannt, teils von einer Generalversammlung aller Fabrikmitglieder jährlich mit Stimmenmehrheit gewählt werden.

Die Ursache der Berusung ist der Wunsch des Unterzeichneten gewesen, sür eine einzusührende neue Fabrikordnung eine gemeinsame Beratung hersbeizusühren, sowie sür innere Fabrikangelegenheiten ein geeignetes Forum

zu gewinnen.

Den Vorsitz sührt der früher vom Unterzeichneten dazu ernannte, neuerbings durch Wahl des Kollegiums dazu berusene Werksührer, und wird von einem Angestellten der Fabrik über die Vorgänge und Beschlüsse ein kurzes Protokoll gesührt, welches letztere — wenn auch in primitiver Form — sür alle Situngen seit 6 Jahren vorhanden ist und ein getreues Vild der Verhandlungen bietet. Die Verhandlungen haben gewöhnlich eine Dauer von 2 Stunden. Die Funktion eines Arbeitervertreters ist unentgeltliches Ehrenamt. Es haben seit 1884 im ganzen 48 Situngen, durchschnittlich 8 Situngen per Jahr stattgesunden. Der Unterzeichnete ist sast in allen Situngen anwesend gewesen. Meist wohnen den Verhandlungen auf einer besonderen Bank auch aus der Arbeiterschaft Zuhörer bei. Die Verhandlungen sinden in geordneter Weise nach Schluß der Arbeit statt, und wird letzterer an den Verhandlungstagen sür die ganze Fabrik eine Stunde srüher angesetzt.

Gegenstände der Tagesordnung sind gewesen: Beratung oder Anderung der bestehenden Fabrik – und Betriebsvorschristen, Beschwerden gegen die meist nur 5—10 Psennig betragenden Ordnungsstrasen und sonstige Fabrikangelegenheiten. Als letzter Punkt der Tagesordnung ist vorschriftsmäßig anzusetzen: "Wünsche und Beschwerden der Arbeiter", und kann hierzu jedes Fabrikmitglied das Wort erbitten. Der Beschwerdeweg gegen eine verhängte Geldstrafe ist nach der mit der Arbeitervertretung vereinbarten Fabrikordnung dahin geregelt worden, daß sich der Bestrafte nach seiner Wahl entweder an den Unterzeichneten oder an seine Kollegen in der Arbeitervertretung wenden kann.

Seit dem Jahre 1888 erstreckt sich die Besugnis der Arbeitervertretung noch auf die Arbeitszeit, und kann eine Verlängerung oder Verkürzung der Arbeitszeit über die Dauer von 2 Wochen in einem Quartal nicht ohne Zustimmung der Arbeitervertretung stattsinden.

Die auf diese Weise vor 6 Jahren in Thätigkeit getretene Arbeitervertretung hat sich sowohl für den Unterzeichneten als sür die Arbeiterschaft bewährt. Die Arbeitervertretung hat 1884 sür die Fabrik einen gemeinsamen Biereinkauf in das Leben gerusen, und ist im letzten Jahre ein Umsah von 2411.50 Mark mit einem Gewinn von 572.60 Mark sür die Fabrikmitglieder erzielt worden.

Die Arbeitervertretung hat 1887 kleine Sparabzüge eingeführt, welche vom Wochenlohn gefürzt und jum Weihnachtsfest im gangen ausgezahlt Inzwischen verzinst die Fabrit diese Ginlagen mit 6 Prozent pro Jahr, und find Weinachten 1889 1246.80 Mark Ginlagen und 35.28 Mark Rinfen außgezahlt worden. Die Arbeitervertretung hat 1888 eine Unterftügungskaffe gegründet, in welche jeder Arbeiter wöchentlich 5-10 Pfennig Dajür erhält er in Krankheitsjällen zu dem ihm von den zu zahlen hat. Ortstrankenkaffen wöchentlich gezahlten Krankengelde einen Zuschuß von 4-6 Mark die Woche. In Diefe Kaffe zahlt der Unterzeichnete einen Beitrag von 1/2 Prozent der gezahlten Arbeitslöhne, und wies die Raffe Ende Mai 1890 nach 21/2 jährigem Bestehen einen Bestand von 1045.58 Mark auf. 3m Jahre 1889 hat die Arbeitervertretung an 8 Fabrikmitglieder, im laufenden Jahre an 2 Fabrikmitglieder für 10 jährige Fabrikangehörigkeit ein Diplom verliehen und aus der Unterstügungskaffe ein Geldgeschenk beigefügt. Auch hat die Arbeitervertretung Ordnungswidrig= keiten ihrerseits auf Antrag des Werksührers mit Geldstrafen bis zu 3 Mark beleat.

In der letzten Zeit hat die Arbeitervertretung auch mehrsach über die Frage der Einsührung einer verfürzten Arbeitszeit verhandelt, und sogar wegen der Tragweite der Sache eine Generalversammlung aller Fabrikmitsglieder zur Äußerung über diesen Gegenstand einberusen. Nach Anhören dieser Versammlung ist demnächst in der Sitzung der Arbeitervertretung vom 28. April d. I. beschlossen worden: a) die achtstündige Arbeitszeit als gegenwärtig undurchsührbar abzulehnen, dagegen d) das Angebot des Unterzeichneten, die Arbeitszeit dauernd und ohne Verkürzung der Löhne auf neun Stunden herabzusehen, anzunehmen. In derselben Sitzung wurde hinsichtlich der Feier des 1. Mai mit Stimmenmehrheit beschlossen, nachedem der Unterzeichnete erklärt hatte, daß er gern bereit sei, den Fadriksmitgliedern auf dem Wege gütlicher Verhandlung, und wenn die Geschäftsse

lage es gestatte, einen Kuhetag zu gewähren, ein einseitiger Bruch des Arbeitsvertrages dagegen durchaus bedenklich und die ganze Feier eine zwecklose Demonstration sei:

1. eine Betheiligung an der Feier des 1. Mai aus den angegebenen

Gründen gänzlich abzulehnen, dagegen

2. an den Unterzeichneten das Ersuchen zu richten, einzelne, trot dieses Beschlusses an diesem Tage sehlende und vorher um Urslaub einkommende Arbeiter im Interesse des Friedens nicht zu maßregeln.

Die Arbeitszeit der Fabrik ist insolge der vorgedachten Beschlüsse das hin geregelt worden, daß dieselbe

im Sommer von 6-8, 81/2-12, 11/2-5,

im Winter von 7—8, 81/2—12, 11/2—4, 41/2—61/2 Uhr

stattfindet, so daß die Fabrikmitglieder im Sommer um 5 Uhr nachmittags frei sind. Gin Betrieb mit Überstunden oder an Sonn = und Feststagen sindet auch innerhalb der in der Fabrikordnung gezogenen Grenzen seit längerer Zeit nicht mehr statt. Nur nach einem bedeutenden Brandsalle ist eine Ausnahme gemacht worden.

Für die Angelegenheit der Accordtarise hat in der Fabrik des Unterzeichneten die Arbeitervertretung sich nicht geeignet, weil in der Fabrik zehn verschiedene Handwerke betrieben werden, und die in der Arbeitervertretung sitzenden Schlosser, Klempner oder Gelbgießer nicht als kompetent sür Accordtarise der Maler oder der Näherinnen gelten konnten. Die Tarise werden daher mit den verschiedenen Werkstellen vereinbart, dagegen hat die Arbeitervertretung für diese Tarisvereinbarungen eine jedesmalige zweizährige Dauer sestzest, nach deren Ablauf eine Erneuerung auf denselben Zeitraum eintritt. Bei einsacheren Verhältnissen ist die Arbeitervertretung unzweiselhaft auch der beste Verhandlungskörper sür Tarissragen.

Ebenso hat die Arbeitervertretung gemeinsam mit dem Unterzeichneten für Arbeiter, welche 5 Jahre in der Fabrik sind, an Stelle der gesetzlichen vierzehntägigen Kündigungsfrist eine vierwöchentliche eingesührt und, wie aus Vorstehendem erhellt, in jeder Weise eine anerkennungswerte Wirksam-

feit entfaltet.

Was die Frage der Zusammensehung der Arbeitervertretung anbetrifft, so hat der Unterzeichnete vor 6 Jahren Bedenken getragen, die Körperschaft gänzlich der freien Wahl zu überlassen. Diese Bedenken liegen auch jett insosern noch vor, als der Betriebsunternehmer wünschen muß, in der Arbeitervertretung auch Werkmeister, Betriebssührer, Fabrikbeamte und dergleichen vertreten zu wissen. Bei gänzlich freier Zusammensehung ist, da diese Beamten nicht immer allgemein beliebt sind, deren Wahl nicht gessichert, während sie dem Unterzeichneten als durchaus wünschenswert erscheint. Anderseits müssen die frei gewählten Vertreter die Mehrheit haben. Der Unterzeichnete glaubt deshalb, daß dem Betriebsunternehmer ein Ernennungsrecht bis zu einem Drittel der Gesamtzahl zuerkannt werden muß. Hür die übrigen zwei Drittel werden die Arbeiter bei ihren Wahlen

zweisellos die richtigen Personen zur Wahrnehmung ihrer Interessen zu treffen wissen.

Was nun die Frage anbetrifft, ob die Ginführung von Arbeitervertretungen irgend welche Nachteile haben tann, fo glaubt der Unterzeichnete nicht, daß folche eintreten werden. Jedenfalls werden die Vorteile die etwaigen Nachteile weit überwiegen. Das Zusammenwirken der Betriebsunternehmer, Betriebsführer und Arbeiter in gemeinfamer Forderung des Wohlergebens ber Fabrifangehörigen wird nach vielen Seiten bin einen mäßigenden Gin= flug ausüben. Den Betriebsführern wird die Möglichkeit, in den Bersammlungen unter den Augen ihrer Vorgesetzten etwaige Ausschreitungen zur Sprache gebracht zu feben, manche unnötige Scharfe nehmen und ihr Berantworklichkeitsgefühl erhöhen. Dem Chef ermöglichen sie eine nähere Fühlung mit der Gesamtheit seiner Arbeiter. Dem Arbeiter dagegen giebt eine Sikung seiner Vertretung eine Gelegenheit, sich auszusprechen und borhandene Migstände offen zu berühren, zum Vorteil des Unternehmers, dem fie sonft vielleicht nie ju Ohren dringen wurden. Weit entfernt alfo, Bundftoff zu häufen, werden die Sigungen bazu beitragen, vielen Bundftoff Es bleibt also nur die Beforgnis bestehen vor politischer Agitation in den Arbeiterausschüffen, und diese lettere ift immerhin dent= Sie wird am besten vermieden werben, wenn der Betriebsunter= nehmer thunlichft felbst an den Sigungen teilnimmt. Läft fich dies nicht ermöglichen, fo wird wenigstens die Anwesenheit des technischen Oberbeamten, der das Unternehmen leitet, erforderlich fein. Giner derartigen Agitation tritt außerdem die Anwesenheit der Betriebsbeamten sowie bas Vorhandensein der unter den Arbeitern immerhin vertretenen verschiedenen politischen Parteien wirksam entgegen. Gegen groben Mißbrauch geben auch die bestehenden Gesetze ansreichenden Schutz. Der Unterzeichnete kann daher diese Besorgnisse aus seiner Kenntnis der Berhältnisse nicht teilen. Wefentlich fällt anderseits die unverkennbare Wirkung berartiger Sitzungen als Erziehungsmittel ins Gewicht. Der Arbeiter lernt fachlich zu verhandeln und zu entscheiden.

Wird zuerst das Neue und Ungewohnte der Einrichtung in einzelnen Fällen zweisellos einige Schwierigkeiten bieten, so können dieselben gegenüber den zu erreichenden Borteilen nicht in Betracht kommen, und kann der Unterzeichnete nach Maßgabe seiner eigenen Ersahrungen die gesetzliche Einführung von Arbeitervertretungen nur dringend bestürworten.

In der legten Sigung der Arbeitervertretung konnte mit Befriedigung davon Kenntnis genommen werden, daß eine große Anzahl in= und ausländischer Etablissements die Einrichtungen der Fabrik als Muster für gleiche Einrichtungen benutzt und diesbezügliche Schreiben an die Fabrik gerichtet habe.

II. Fabrikordnung.

Aus Kap. 2. Arbeitsvertrag. a. Die äußere Ordnung der Fabrik wird durch diese Fabrikordnung, ber Geschäftsgang ber einzelnen Arbeitsraume burch bie Betriebsordnung geregelt.

b. Abanderungen:

- 1. diefer den Arbeitsvertrag bilbenden Bestimmungen, sowie auch
- 2. der in den Werkstellen aushängenden Arbeitstarise finden nur auf dem Wege freier Bereinbarung zwischen Chef und Arbeiterschaft, hinsichtlich der Tarise durch Berhandlung mit der betrefsenden Werkstatt, hinsichtlich der Fabrike und Betriebsordnung mit der in §§ 47—50 behandelten Körperschaft statt.

Aus Rap. 3. Eintritt.

Jeder in die Fabrik eintretende Arbeiter hat seine Unterwersung unter diese durch Vereinbarung mit der Arbeiterschaft her= gestellte Fabrikordnung, die Betriebsordnung für seine Werkstatt, sowie deren ordnungsmäßig nach § 2 b zu Stande kommenden und bekannt gegebenen Nachträge zu erklären.

Aus Rap. 5. Strafen.

- § 5. a. Die für Übertretung der Fabrit- und Betriebsordnung seftgesetten Gelb = und Ordnungsstrasen werden am Wochenschluß von der Löhnung gekürzt.
 - b. Über ihre Rechtmäßigkeit kann nach freier Wahl vom Beftraften angerufen werben

1. die Entscheidung des Chefs oder feines Bertreters,

2. = = ber Bertretung der Arbeiterschaft (§§ 48-50),

welche darüber auf Anrufen endgültig beschließen.

- c. Die Strafen, über welche im Fabrikkomptoir vom Werkführer eine offene Tasel geführt wird, werden zu Vergnügungen der Arbeiterschaft nach Maßgabe des § 43 verwendet.
- d. Verhängen von Strafen außerhalb ber ausdrücklich vorgesehenen Fälle, sowie über die sestgesehten Straffate hinaus ist unzulässig.

Aus Rap. 6. Arbeitszeit.

- § 6. a. Die normale Arbeitszeit ist 9 Stunden. Im Sommer von morgens 6 Uhr bis abends 5 Uhr mit halbstündiger Frühstückspause von $8-8^{1/2}$ Uhr und $1^{1/2}$ stündiger Mittagszeit von $12-1^{1/2}$ Uhr. Im Winter von morgens 7 Uhr bis abends $6^{1/2}$ Uhr mit gleicher Frühstücks und Mittagszeit und halbsstündiger Vesperpause von $4-4^{1/2}$ Uhr.
- § 8. a. Die regelmäßige Arbeitszeit kann aus besonderem Anlaß für einzelne Räume oder sür die ganze Fabrik durch vorherigen Ansichlag zeitweise bis zu 2 Stunden verlängert oder verkürzt werden, jedoch ohne vorangegangene Beratung mit der in §§ 47—50 behandelten Arbeitervertretung nur bis zur Dauer von 2 Wochen in einem Vierteljahr.

- b. Tritt die Notwendigkeit einer Verkürzung oder Verlängerung der Arbeitszeit auf längere Dauer ein, so ist die vorherige Ein= berufung und Zustimmung der Arbeitervertretung ersorderlich.
- c. Bur Accord-, Lohn- oder Privatarbeit in den Freistunden hat der Werksuhrer Erlaubnis zu erteilen.
- d. Für die Tage von Weihnachten bis Neujahr nach Maßgabe des jedesmaligen Anschlages, serner am Tage des jährlichen Sommerssestes (§ 43c), sowie am Tage nach Ostern und Pfingsten, den Tagen vor Ostern und Pfingsten von 4 Uhr ab, dem Tage vor Weihnachten von 2 Uhr ab, bleiben sämtliche Werkstellen gesichlossen.
- e. Dagegen wird nach altem Herkommen in den beiden Wochen vor Weihnachten die Arbeitszeit zu Gunsten der Arbeiterschaft um 1 Stunde verlängert.
- f. Werden die Wertstellen um 5 Uhr nachmittags geschloffen, so fällt die im § 6a. vorgesehene Besperpause fort.
- § 10. a. Zur Sonn = oder Festtagsarbeit darf nur in dringenden Aus= nahmefällen, im ganzen nicht über sechsmal im Jahr geichritten werden.
 - b. Die Arbeitszeit ift an folchen Tagen auf die Dauer von 7 Stunden beschränkt.
 - c. Ausbleiben ohne erhaltenen Urlaub wird mit Geldstrafe bis zu 1 Mark bestraft.

Mus Rab. 8. Getrante.

- § 13. a. Der Bierkonsum der Fabrik ist durch Beschluß der Arbeitervertretung für gemeinsame Rechnung der Fabrikmitglieder eingerichtet.
 - b. Die Ausgabe von Bier außerhalb der festgesetzten Zeit, sowie jedes Kreditgeben über den Wochenschluß hinaus ist bei 10 Ps. Strase untersagt, und das Bier während der Arbeitszeit bei gleicher Strase unter Verschluß zu halten.
 - c. Abrechnung führt der Werksührer, welcher zweimal im Jahre der Arbeitervertretung einen Nachweis über den Bertrieb zu geben hat.
- § 15. a. Trunkenheit während der Arbeit wird mit Gelbstrase bis zu 3 Mark bestraft.
 - b. Feiern während der Arbeitszeit wird neben den für Verspätung nach §§ 9a. und 11 c. sestgesetzen Strafen zufätzlich mit 1/2 Pfennig pro Minute bestraft.
 - c. Unjug, Allotria oder Schlägerei in der Fabrik oder auf dem Bau wird in leichteren Fällen mit Gelbstrase bis zu 1 Mark bestrast, in schweren Fällen vor die Arbeitervertretung verwiesen.

Aus Rap. 17. Unfälle und Rrantheiten.

§ 42. a. Die Angehörigkeit aller Fabrikmitglieder zu einer Krankenkaffe

ift gemäß Reichsgesetz vom 15. Juni 1883 obligatorisch. Die Wahl der Kasse steht jedoch jedem Fabrikmitgliede völlig frei.

b. Die wöchentlichen Kassenbeiträge werden am Wochenschluß von der Lohnzahlung gefürzt und vom Hauptcomptoir an die Krankenstaffen abgeführt.

c. Der gesetzliche Zuschuß ber Fabrik von einem Drittel des Beitrages wird sämtlichen Fabrikmitgliedern, also auch denjenigen gewährt, welche einer eingeschriebenen

freien Hülfstaffe angehören.

d. Zur Unterstützung in Krantheitsfällen dient die in § 43 behandelte Unterstützungskafse, zu welcher jedes Fabrikmitglied einen Wochenbeitrag zu leisten hat, der bei einem Arbeitsverdienst von 21 Mark und mehr 10 Pfennig, bei geringerem Wochenverdienst 5 Pfennig beträgt.

Rap. 18. Straftaffe.

§ 43. a. Aus den Geldern, welche aus der Berletzung der Fabrikordnung und Betriebsordnung, aus dem Erlös von Fabrikabfällen an Band, Zink, Gisen und Fastagen, sowie den sonstigen Eingängen zusammensließen, und welche in der im § 45 behandelten Fabriksparkasse zinsbar angelegt werden, werden zwei getrennte Kassen unterhalten, welche der Selbstverwaltung der Arbeitersschaft unterstellt sind.

b. Die eine Hälfte des Ertrages der Fabrikabfälle ist zuzüglich der nach § 42 geleisteten Beiträge zur Unterstühung von Fabrikmitgliedern bei eintretender Krankheit oder sonstiger unverschuldeter

Notlage bestimmt.

c. Die andere Hälfte des Ertrages der vorgedachten Abfälle, sowie die Strafgelder (§ 5) werden zu einem alljährlichen Sommersest der Arbeiter verwendet, das ein von der Generalversamm= lung aller Fabrikmitglieder jährlich freigewähltes Festkomitee von 3—7 Bersonen zu leiten hat.

d. Über die Berwendung der Unterstügungstaffe entscheidet die nach § 48 zusammengesete Bertretung der Ar=

beiterschaft in freier Beichlußfaffung.

e. Über die Berwendung der Festkasse, sowie Ort und Zeit der Festlichkeiten und die Höhe der von den Teilnehmern zu leistenden Eintrittsgelder entscheidet die Generalversammlung fämtlicher Fabrikmitglieder, die vom Festkomitee einberusen und nach einer von der Generalversammlung gegebenen Geschäftsordnung geleitet wird.

f. Wird durch die anberaumten Bersammlungen die Arbeitszeit beeintrachtigt, so find diefelben vorher in Bezug auf die festzusetende

Beit mit bem Chef zu vereinbaren.

§ 44. Zu den im § 43 behandelten, von der Arbeiterschaft verwalteten Kaffen zahlt der Chef folgende Beiträge:

a. Bur Festkaffe

- 1. für sich und seine Familie jährlich 100 Mark,
- 2. für die Mitglieder des Hauptcomptoirs, für welche damit Eintritt und Stimmrecht verbunden ist, und deren Familie, sowie
- 3. für die von ihm eingeführten Gäfte den von der Generalversammlung jedesmal im allgemeinen seftgesetzten Betrag.
- b. Bur Unterstügungkaffe einen Beitrag von 5 pro Mille ber gezahlten Arbeitslöhne.

Rap. 19. Sparfaffe.

- § 45. a. Die Sparkaffe der Fabrik verzinst alle Einlagen mit 6 Prozent pro Jahr.
- § 46. a. Neben den vorgedachten freiwilligen Einlagen find durch Beschluß der Arbeitervertretung seit dem Januar 1887 Sparabzüge eingeführt worden, welche die Ansammlung eines kleinen Sparbetrages für jedes Kabrikmitglied bezwecken.
 - b. Diese Sparabzüge betragen während des Winters wöchentlich 30 Piennig,
 - c. während des Sommers wöchentlich 50 Pfennig, und
 - d. für jugendliche Arbeiter und Burichen die Sälfte.
 - e. Der Betrag kann durch jedes Mitglied freiwillig beliebig erhöht werden und gelangt nebst den aufgelaufenen Zinsen in der Weihnachtswoche zur Auszahlung.

Rap. 20. Arbeitervertretung.

- § 47. a. Zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterschaft in allen inneren Fabrikangelegenheiten besteht in der Fabrik ein Altesten-Kollegium von 15 Personen, welches als Vertretung der Arbeiterschaft diese Fabrikordnung mit dem Chef vereinbart hat.
 - b. Bon den 15 Mitgliedern der Arbeitervertretung find 4 Personen aus der Zahl der Fabrikmitglieder jährlich vom Chef zu ernennen.
 - c. Die übrigen 11 Mitglieder sind jährlich im Januar von der Generalversammlung aller Fabrikmitglieder zu wählen. Die Wahl ersolgt durch Stimmzettel. Wählbar ist jedes Fabrikmitglied, welches ¹/2 Jahr der Fabrik angehört. Scheidet im Lause des Jahres ein Mitglied aus, so ergänzt sich die Arbeitervertretung durch Zuwahl.
- § 48. a. Die Vertretung der Arbeiterschaft wird einberufen:
 - 1. im Auftrage bes Chefs,
 - 2. auf Antrag aus der Arbeiterschaft (nach § 49a.),
 - 3. auf Antrag aus der Bertretung (nach § 49 a.),
 - 4. auf eigenen Beschluß des Rollegiums (§ 50 b).
 - b. Sie hält ihre Situngen nach Bedarf, mindestens alle 3 Monate einmal, ab und hat
 - c. über ihre Situngen Protofoll zu führen.
- § 49. a. Die Bertretung der Arbeiterschaft tritt zusammen, sobald eine Anderung

1. diefer von ihr angenommenen Fabrifordnung,

2. der im § 2a. genannten Betriebsordnung vom Ches beabsichtigt oder von sämtlichen Mitgliedern wenigstens einer Werkstatt oder von 5 Mitgliedern der Arbeitervertretung beantragt wird.

b. Die Einberufung erfolgt durch Anschlag und hat mindestens zwei Tage vor der Sitzung stattzufinden. Die Tagesordnung ist

im Fabrikcomptoir anzuschlagen.

c. Zu den Verhandlungen haben auch Fabrikmitglieder als Gäfte Zutritt. Zu dem am Schlusse jeder Tagesordnung anzusetzenden Punkte: "Beschwerden und Wünsche der Arbeiterschaft" kann jeder Arbeiter sich zum Worte melden.

§ 50. a. Die Bertretung tritt ferner auf Anrufen derfelben Personen zu=

jammen:

1. bei allgemeinen Fabrikangelegenheiten aller Art, sobald diefelben nicht Angelegenheiten der Festkasse betreffen, mithin nach § 43 e. vor die Generalversammlung oder das Festkomitee gehören,

2. bei Streitigkeiten oder Bergehen von Fabrikmitgliedern,

3. bei Beschwerben wegen ordnungswidriger ober zu hoher Bestrafung (§ 5 b.).

4. bei Berlängerung oder Verfürzung der Arbeitszeit auf länger als auf die Dauer von zwei Wochen in einem Vierteljahr (§ 8 b.),

5. bei Antragen auf Unterftützung (§ 43 b.).

b. Die Arbeitervertretung regelt ihre Gefchaftsführung burch eine

von ihr felbit gegebene Geichaftsordnung.

c. Sie verwaltet die Unterstützungskaffe (§ 43) und beschließt über die Höhe der Unterstützungen, sowie der von den Fabrikmitgliedern nach § 42 für diese Kasse zu leistenden Beiträge.

d. Sie kann Ordnungsstrasen gegen Fabrikmitglieder bis zum Höchstbetrage von 5 Mark verhängen, wie auch Strasen, die verhängt sind, auf Anrusen der Bestrasten (§ 5 b.) nach Prüsung der Sachlage ermäßigen oder ganz niederschlagen.

Berlin, den 9. April 1888.

Samburg=Berliner Jaloufie=Fabrif.

Beinr. Freese.

Die Arbeitervertretung (jolgen 13 Unterschriften).

III. Aus der Betriebsordnung.

Rap. 1. Tarife.

§ 1. a. Die Herstellung aller Jalousieteile erfolgt auf Accord.
b. Die für die Werkstellen geltenden Accordtarise hängen in jedem Raume aus. Sie beruhen auf freier Vereinbarung zwischen Chef und Arbeiterschaft, und werden in der Regel für die Tauer von zwei Jahren vereindart.

c. Wird bei Ablauf dieser Gültigkeitsdauer eine Anderung des Tarifes von der einen oder anderen Seite gewünscht, so ist dies 6 Wochen vorher mitzuteilen, und ist binnen dieser Frist eine neue Vereindarung herbeis zuführen.

d. Findet eine berartige Mitteilung vor Ablauf des Tarifes nicht ftatt, fo

ift damit ber Tarif auf 2 Jahre verlangert.
e. Treten mahrend ber Gultigkeitsbauer bes Tarifes neue Artikel hingu, ober andert fich die Berftellungsweise anderer, fo erfolgen baburch berbei-

geführte Tariffestjegungen auf die Dauer des ganzen Tarifes. a. Fabrikmitglieder, welche auf Wochenlohn ftehen, haben Lohnerhöhungen mit dem Wertführer zu vereinbaren, welcher die Zustimmung des Chefs § 2.

hafür einzuholen hat. b. Anberungen bes Lohnsabes find auf bem Wochenzettel bes Fabritmitgliebes bom Bertführer zu bescheinigen und treten bann erft mit Beginn ber nächsten Woche in Rraft.

c. Für bie Solapflafterer bewilligt ber bie Arbeiten leitenbe Gefchaftsführer bie Lohnsage.

Rap. 11. Vorschüffe.

§ 20. a. Kleine Borichuffe bis jur nächsten Lohnzahlung werben auf schriftliche Anweisung bes Wertführers (Form. 25 a) im Hauptlager erteilt.

b. Borfchuffe biefer Art werden indeffen erft von Mittwoch fruh an gewährt

und bei der nächften Lohnzahlung gefürzt.

c. Bur Bermeibung leichtfertigen Borgens find ferner fur jebe gange ober angebrochene Mart eines berartigen Borichuffes 5 Pfennig ju Gunften ber Straftaffe zu entrichten.

d. Bom Chef felbst gewährte Darleben, sowie am Bochenschluß gegebene Boricouffe auf in Arbeit befindliche Accordarbeiten fallen nicht unter

biefe Beftimmung.

In ber legten Woche vor Weihnachten werden der Inventur wegen Borschüffe irgend einer Art nicht gewährt, und find möglichst sämtliche schwebenden Vorschüsse vorher abzurechnen.

Berlin, ben 18. Dezember 1888.

hamburg-Berliner Jaloufie-Fabrit. Beinr. Freefe.

Die Arbeitervertretung (folgen 14 Unterschriften).

Geschäftsordnung der Arbeitervertretung.

Bermaltung.

§ 1. Die Leitung und Ginberufung bes Alteften-Rollegiums ber Arbeiterschaft erfolgt gemäß ben in ben §§ 47-50 ber Fabritorbnung niebergelegten Beftimmungen.

§ 2. a. Die Geschäfte der Körperschaft werden geführt durch einen Borstand, welcher jährlich im Januar von der Arbeitervertretung gemählt wird.

b. Der Borftand befteht aus dem erften Borfigenden, dem zweiten Borfigenden und bem Schriftführer.

§ 3. a. Der erste Borfigende leitet die Berhandlungen und hat den Anschlag zur Einberufung fowie die im Fabrikcomptoir anzuschlagende Tagesordnung zu unterzeichnen. Für die mit der Geschäftsführung verbundenen schrift-lichen Arbeiten fungiert der Schriftführer.

b. Fehlt ber erfte Borfigende, fo tritt ber zweite Borfigende an feine Stelle, fehlt ber zweite Borfigende ober ber Schriftfuhrer, fo bestimmt bie Ber-

fammlung ben Erfag. Die Schriftstude ber Bersammlung befinden sich im Fabrikcomptoir unter Berichlug des Borftandes.

Berjammlung.

§ 4. a. Die Einberufung erfolgt durch Anschlag nach § 49 d ber Fabrikordnung.

b. Die Sitzungen finden meist am Schlusse bes ersten Wochentages statt, und zwar in der Regel 1/4 Stunde nach Schluß der Arbeit.
c. Die Einberufung der Sitzungen erfolgt nach Bedarf; jedoch muß alle 3 Monate mindestens eine Sitzung stattsinden.

a. Der Anschlag, durch welchen eine Styung einberufen wird, sowie die Befanntmachung der Tagesordnung hat nach § 49d der Fabrikordnung spätestens 48 Stunden vor Stattsinden der Versammlung zu erfolgen.
b. Die Tagesordnung für die Sitzungen wird vom Vorsigenden seltgestellt, § 5.

unter Berüchfichtigung etwa vorangegangener Beichluffe ber Berfammlung ober nach § 50a ber Fabritordnung von Mitgliedern ber Körperichaft ober von einer Wertstatt geftellter Untrage.

c. Die Tagesordnung hat regelmäßig als letten Bunkt "Beschwerben und Winsche ber Arbeiter" zu enthalten d. Gegenstände, welche nicht auf der Tagesordnung stehen, dursen nur zur Beratung gelangen, wenn die Mehrheit der Versammlung damit einverstanden ist.

a. Un ben Debatten nehmen nur folche Personen Anteil, welche der be-§ 6. ratenben Rörperichaft angehören.

b. Fabrikmitglieder, welche als Gafte den Berhandlungen beiwohnen wollen, haben auf der erhöhten Bant im Raume Plat zu nehmen und fich jeder unbefugten Ginmischung in die Beratungen zu enthalten.

a. Die Mitglieder erhalten das Wort nach Reihenfolge der Melbung.

b. Der Chef ober jein Bertreter erhalten auch außer ber Reihenfolge das

§ 8. Mitglieder, über die Unterftugungsantrage vorliegen, haben fich mahrend ber fie betreffenden Beratung und Abstimmung gu entfernen.

b. Mitglieder, welche verhindert find, einer Berfammlung beizuwohnen, haben sich beim Borsitzenden zu entschuldigen. Unentschuldigtes Aussbleiben berechtigt die Bersammlung zum Verhängen einer Ordnungs: ftrafe bis zu einer Mart.

Prototoll.

§ 9. a. Das über jede Sigung abzufaffende Prototoll ift bei Eröffnung der nachften Sigung zu verlefen und anzunehmen. Berichtigungen find nicht burch Abanberung bes Prototolles, fondern burch Rachtrage zu bewirten. b. Das Prototoll wie die Nachtrage find nach Annahme vom Borfigenden

und Schriftführer zu unterzeichnen.

c. Die Prototolle und Schriftstude der Arbeitervertretung find allen Mitgliebern zugängig.

Bierverkauf. § 10. a. Der in § 35 der Fabrifordnung beregte Bierverkauf wird dahin geregelt, daß mit dem Bertaufe je ein Mitglied der Jaloufie- und ber Tifchlerwertstatt beauftragt werden, und

b. für ihre Mühewaltung mit der Hälfte des beim Engroßeinkaufe erzielten Rabattes an dem von ihnen verkauften Bier entschädigt werden, während die andere Hälfte den Konsumenten zufällt.
c. Der Einkauf und die Abrechnung liegt dem Werkführer ob, der halbjährlich in einer Situng darüber Bericht giebt.
d. Die Ausgabe von Bier während der Arbeitszeit ist durch die Fabrikordnung verboten; hat jedoch jemand seine Frühstücks oder Besperpause außer der Zeit, so ist die Verabsolgung an ihn gestattet.

Unterstügungen. § 11. a. Uber den Stand ber aus den Beitragen des Chefs und der Fabritmitglieder gebildeten Unterftügungstaffe wird burch ben Borfigenden halbjahrlich einmal Bericht erstattet.

Die Unterftugungspflicht an ein Fabritmitglied wird anerkannt, wenn dasselbe länger als eine Woche erfrantt und länger als 1/2 Jahr in ber Fabrit beichäftigt ift.

c. Die Unterstügungskaffe zahlt bei Eintritt eines folden Falles eine wöchentliche Unterstügung, und zwar

an Fabritmitglieder, welche länger als ½ Jahr feit Bestehen der Kasse in der Fabrit sind, vom Tage der Erkrankung bis Ablauf der 6. Woche, an Fabritmitglieder, welche länger als 1 Jahr in der Fabrit beschäftigt sind, vom Tage der Erkrankung dis Ablauf der 13. Woche in einem Ralenderjahre.

d. Die Unterstützungen werden gewährt auf Grund des vom behandelnden Argt unterfchriebenen Rrantenicheines berjenigen Orts- ober Bulfetaffe,

welcher berfelbe angehört.

a. Das Unterftütungsgelb beträgt pro Boche bei § 12. Stufe I bei einem Lohnsat bis 20.99 Mart = 4 Mart,

b. In Falle des Ablebens zahlt die Kasse für Fabrikmitglieder nach den im § 12a angegebenen Stufen den hinterbliebenen eine Unterstützung von 30-60 Mark.

c. Die Zahlungen erfolgen vom Hauptkomptoir gegen Unterschrift des Borfigenden und eines jährlich von der Bertretung gewählten Kontrolleurs.
a. Jedes Fabritmitglied ist verpflichtet, zu der Unterstühungskaffe einen wöchentlichen Zuschung zu Leisten, und zwar: § 13. a. Stufe I wöchentlich 5 Pf.,

10 =

b. Fabritmitglieder, welche binnen 6 Monaten wieder aus ber Fabrit ausscheiden, erhalten ihren an die Unterstühungskaffe gezahlten Zuschuß un= vertürzt zurück.

c. Gine Rudzahlung ber gezahlten Beitrage an andere Fabritmitglieder

findet dagegen nicht ftatt.

a. Der Unterflühungskaffe muß am Schluß bes ersten Jahres ein Beftand von 150 Mart verbleiben. Diefer Bestand muß sich in jedem weiteren § 14.

Jahre um 50 Mart erhöhen. b. Bermindert fich der Beftand der Unterstützungstasse auf diesen Betrag, fo hat die Arbeitervertreiung die in den §§ 11 und 12 festgefesten Untersstützungen durch Abanderung der Geschäftsordnung herabzusehen. Gine beschlöfene Herabzusehen tritt erst vier Wochen nach Beröffentlichung in Rraft.

c. Gelbbewilligungen außerhalb ber in § 11 feftgesetten Ausbehnung, sowie zu anderen als zu den angegebenen Zwecken find zuläffig, jedoch nur, wenn eine Majorität von 2/3 ber anwesenden Mitglieder der Arbeiter-

vertretung dafür ftimmt. d. Gin Antrag auf Auflösung der Unterftühungskaffe tann nur von min-bestens der Halte der Bertretung gestellt werden, und muß zur Auflösung berselben eine Majorität von 5/6 der Anwesenden vorhanden sein. Der angesammelte Betrag wird bann nach § 11c unter die Mitglieder verteilt.

e. Abanderungen dieser Geschäftsordnung, sowie der Fabrif- und der Betriebsordnung fönnen nur in zweimaliger Abstimmung in zwei aufeinander folgenden Sigungen beschloffen werden. Berlin, den 28. April 1890.

Die Arbeiter=Bertretung. Bond, Borfigenber.

Rietschel & Henneberg, Fabrik für Centralheizungen und Ventilationsanlagen, Berlin und Dresden.

I. Das Rollegium der Fabritältesten.

(Gefl. Mitteilung des Königl. Kommerzienrats Herrn Henneberg an den Ausschuß des Ber. f. Soc.-Pol. vom 8. Juni 1890.)

Die Einrichtung eines Altesten-Kollegiums wurde bei uns Ende 1888 zunächst in Form eines Kuratoriums für die gleichzeitig neubegründete Unterstützungskasse getroffen. Die letztere bezweckt, in besonderen Rotsällen, welche außerhalb der gesetzlichen Leistungen der bestehenden oder noch zu errichtenden Kranken=, Unsall=, Alters= und Invalidenkassen sallen, den Arbeitnehmern, ihren Familien oder Hinterbliebenen Unterstützungen zu gewähren. Die Kasse wird durch regelmäßige Beiträge der Firmeninhaber und die zur Erhebung gelangenden Strasgelder dotiert. (Bgl. die nachsstehenden Satungen.)

Bon vornherein war jedoch eine Erweiterung des Wirkungskreises der Fabrik-Altesten in Aussicht genommen, und zu meiner Freude hat sich die Hoffnung ersüllt, welche ich bei der Gründungsversammlung aussprach: "Daß die Arbeiter in diesem Ältesten-Kollegium eine berechtigte und geordnete Vertretung ihrer Interessen erblicken und auch über solche Fragen, welche an sich die Unterstützungskasse nicht betressen, durch dieses Organ

mit uns verhandeln möchten."

In der That hat 'in mancherlei Lohn= und Accordfragen, bezüglich gewiffer Feiertage, bezüglich notwendiger Überstunden, Landpartieen 2c. die Einrichtung sich bei uns recht gut bewährt und ihre eigentliche Probe gestegentlich der Agitation für den 1. Mai bestanden.

Abgesehen von den Formern und Kupferschmieden, welche bereits vor dem 1. Mai sich im Ausstande besanden, hat bei uns, gestützt auf einen Beschluß des Altesten-Kollegiums, niemand geseiert, bis auf 2 Arbeiter, die natürlich entlassen wurden. Selbst die bekannten Agitatoren unter unseren Leuten haben entgegen ihrer vorherigen Agitation ruhig gearbeitet.

Durch die Neuredaktion unserer Fabrikordnung (s. unten), mit welcher sich der Altestenrat einverstanden erklärt hat, ist nun die Erweiterung der Kompetenz des Kollegiums auch officiell zugestanden, und hoffe ich das

Befte davon.

II. Satungen der Unterstützungstaffe.

§ 1. Auf Beschluß der derzeitigen Inhaber der Firma Rietschel & Henneberg, des Herrn Ingenieurs R. Henneberg und des Herrn Kausmanns G. Börner, wird hierdurch für die dei genannter Firma beschäftigten Arbeitnehmer und ihre Familien eine Unterstützungskasse begründet.

§ 2. Sämtliche bei ber Firma Rietschel & Henneberg beschäftigten Arbeitenehmer werben vom Tage bes Inkraftretens dieses Statuts Witglieder ber Kasse. Jeder neu in ein Arbeitsverhältnis Eintretende erlangt mit dem Tage bes Einstritts die Mitgliedschaft.

Der Austritt aus der Kaffe ift eine Folge des Austritts aus dem Arbeitsver= band der Firma, fei es, daß diefer Austritt durch Entlaffung ober freiwilligen Abgang herbeigeführt wird.

Mit dem Austritt erlischt jeder etwaige Anspruch des ausscheidenden Mitgliedes

an bie Raffe.

§. 3. Die Mittel der Unterstützungstaffe werden durch eine bei Erlag dieses Statuts erfolgende erstmalige Einzahlung der Firmeninhaber in Höhe von 1000 Mart und ferner durch alljährlich sich wiederholende Einzahlungen beschafft. Die Begründer ber Kasse wollen diese von ihnen freiwillig zu leistenden Jahresbeiträge in der Regel nicht unter 1000 Mark bemessen, behalten sich aber etwaige Reduktionen für den Hall ungünstigen Geschäftsganges oder wesentlich verminderter Arbeiterzahl ausdrücklich vor.

Außerdem sollen die in Gemäßheit der Fabrikordnung der Firma Rietschel & Henneberg von den Arbeitern zur Erhebung gelangenden Strafgelber an die Unterstügungekasse abgesührt werden.

Die Raffe gemahrt teine festen Benfionen, sondern zeitweise Unterstützungen und zwar ausichließlich an ihre Mitglieber und beren Familien. Sie hat vornehmlich ben 3med:

in besonderen Notfällen, welche außerhalb der gesehlichen Leistungen der bestehenden oder noch zu errichtenden Krantens, Unfalls, Alterssund Invalidens taffen fallen, den Arbeitnehmern, ihren Familien oder Sinterbliebenen Unter-

ftükungen zu gemähren.

In Abereinstimmung mit ben einschlägigen Beftimmungen bes Krankenber-ficherungs-Gesehes bom 15. Juni 1883 gilt als Regel, daß keine Unterftühungen zu gemahren find, wenn die Unterftugungsbedurftigteit boswillig, burch eigenes grobes Berfculden, schuldhafte Beteiligung an Schlägereien ober Raufhandeln, durch Truntfälligfeit ober geichlichtliche Ausichweifungen und bergleichen berbeigeführt ift.

In Ausführung des im § 4 bezeichneten Zwecks werden Unterftühungen gewährt: a. auf Antrag der unverschuldet in Not gekommenen Arbeiter felbst (Formular A); b. auf Antrag der Fabrifältesten (§ 7) (Formular B). Gedruckte Formulare für derartige Anträge werden im Komptoir verabfolgt, find auch vom Meister und von den Fabrikältesten zu beziehen.

Die Bermaltung ber Raffe geschieht burch die Firma Rietschel & Benneberg unter perfonlicher Kontrolle der Firmeninhaber. Die Berfügung über die der Kasse jufließenden Gelder fieht den Firmen-inhabern in Gemeinschaft mit den Fabritältesten zu.

Es find jedoch jahrlich mindeftens 40 Prozent der eingegangenen Gelder jur Bilbung eines zinstragenden Sulfskaffenfonds gurudtulegen, ber nur in allgemeinen Notlagen mit Genehmigung ber Firmeninhaber angegriffen werben barf. Die Binfen bes Gulfekaffenfonds fliegen ber Unterflugungstaffe gu.

hat der Hulfstaffenfonds eine folde Hohe erreicht, daß feine Zinfen der bis dahin ermittelten durchichnittlichen Jahresausgabe der Unterftugungstaffe entsprechen,

fo hören die Gingahlungen der Firmeninhaber auf.

Der Bulfstaffenfonds ift in munbelficheren Papieren anzulegen und als "Eigen-tum ber Unterstühungstaffe" von den Firmeninhabern in Aufbewahrung zu nehmen.

Das Rollegium der Fabritälteften besteht aus 5 Personen, bon benen 3 durch die in Berlin wohnhaften Mitglieder der Unterftupungstaffe aus ihren Mit= gliedern, 2 durch die Geschäftsinhaber ebenfalls aus den Raffenmitgliedern gewählt werben.

Die Wahl erfolgt das erste Mal bei Inkrafttreten dieser Sahungen, später (von

1889 an) alljährlich zu Weihnachten. Wählbar ift jedes in Berlin wohnhafte Kaffenmitglied, welches feit mindeftens 3 Jahren bei ber Firma Rietichel & henneberg ununterbrochen beschäftigt ift. Behufs Bornahme ber Wahl durch die Kassenmitglieder werden lettere von einem durch die Geschäftsinhaber beauftragten Beamten durch Bekanntmachung in

ben Werkstätten zu einer Berkammlung berufen, in welcher die Wahl mittelst Stimm-zettel nach einsacher Majorität der anwesenden Mitglieder erfolgt. Über die Wahlhandlung wird ein Prototoll aufgenommen.

Wiederwahl ift geftattet.

Die Fabrifalteften mahlen fich einen Borfigenben, welcher nach Bedarf bie Situngen des Alteften-Rollegiums beruft und leitet.

Das Kollegium ist beschlußfähig, wenn wenigstens 3 Mitglieder desselben an-

mefend find,

wesend sind.

Das Altesten-Kollegium hat die Berpstichtung, die in Gemätheit des § 5 einsgehenden Unterstützungsanträge zu prüsen, auch sich von Krantheits-, Unglücks- und Notsällen in der Arbeiterschaft oder deren Familien, sowie in den von verstorbenen Arbeitern hinterlassenen Familien, Kenntnis zu verschaffen und ersorberlichenfalls Anträge zu deren Abhülse oder Linderung durch die Unterstützungskasse zu stellen.

Die im Altesten-Kollegium zur Annahme gelangten Anträge werden den Geschäftsinhabern schriftlich übermittelt. (Formulare liegen im Komptoir

jur Berfügung.)

Rach Gingang ber Untrage prufen die Geschäftsinhaber bieselben fofort und

veranlaffen das Weitere.

Liegt ein Bebenken gegen die Beschlüffe ber Fabrikaltesten vor, so wird eine Sigung der Fabrikaltesten anberaumt, an welcher die Geschäftsinhaber stimmberechtigt Teil nehmen und in welcher nach Stimmenmehrheit definitiver Beschluß gefaßt wird.

Bei diefem Befchluß behalt es in jeder Beziehung der Raffenmitglieder untereinander und dieser Mitglieder zu den Fabritältesten, den Geschäftsinhabern, sowie

gur Raffe fein Bewenden.

§ 9. Unberungen und Bufage ju gegenwärtigen Sagungen tonnen vom Alteften Rollegium beantragt werben und bedurfen ber Genehmigung ber Geschäftsinhaber, um in Kraft zu treten. Wollen die Geschäftsinhaber solche Anderungen und Zufäge vornehmen, so muffen dieselben in gemeinschaftlicher Sigung mit bem

Alteften-Rollegium borgetragen und jum Befchluß erhoben werben.

Mit Auflösung ber Firma Rietichel & Henneberg löst fich auch bie Unterftugungstaffe auf. Der borhandene Bermögensbestand wird jur halfte ber Firma jur Disposition gestellt, die andere Hälfte unter die Arbeitnehmer, im Berhältnis ber Jahre, welche hindurch fie ber Raffe angehört haben, verteilt.

III. Aus der Fabrikordnung.

§ 17.

Agitationen, welche geeignet find, bas gute Ginvernehmen zwischen uns und unseren Arbeitern zu beeinträchtigen, find bei Strafe ber sofortigen Entlaffung unterfagt. Beschwerden und Wünsche sind den Fabritältesten mitzuteilen, welche, sosern sie dieselben als berechtigt anerkennen, dieserhalb mit uns in Berbindung zu treten haben.

Ludw. Coewe & Co., Commandit-Gesellschaft auf Aktien, Maschinen- und Waffen-Fabrik zu Berlin.

(Gefl. Schreiben der Firma vom 31. Mai 1890.)

Der von uns beabsichtigte Arbeiterrat ist bisher nicht in Wirksamkeit getreten, und zwar lediglich deshalb, weil unsere Arbeiter, beeinflußt durch die außerhalb unsere Fabrik stehenden Fachvereine, welche ihren Einfluß auf ihre Mitglieder zu verlieren glauben, wenn derartige Arbeiterausschüssezur Bertretung der Interessen der Arbeiter gewählt werden, sich der Einsehung des Arbeiterrates gegenüber ablehnend verhielten und bei der Wahl sast sämtlich unbeschriebene Zettel abgegeben haben. Insolgedessen haben wir vorläusig das Projekt sallen lassen, doch denken wir, dasselbe in Zukunst, wenn sich die Verhältnisse unter den Arbeitern etwas geklärt haben werden, wieder auszunehmen.

Wormser Lederindustrie.

Dörr & Reinhart, Cederwerke in Worms.

I. Gefl. Schreiben der Firma an den Ausschuß des B. für Soc.=Bol. vom 11. Juni 1890.

Unter guten Arbeiterverhältniffen feit 50 Jahren lebend, haben wir, um allenfalls tommenden Schwierigkeiten vorzubeugen, im Juni v. 3. in ber circa 700 Röpfe gahlenden Arbeiterschaft unferes haufes einen Arbeiter= ausschuß errichtet.

Diefe Ginrichtung arbeitet seit jener Zeit zur vollsten Zufriedenheit

beider Teile.

In der sachlichsten Weise bringt der Ausschuß die Wünsche der Ar= beiterschaft vor; nicht allein Befchwerden finden ihre Erledigung, sondern auch die Arbeiterwohnungsfrage hat eine eingehende Behandlung erfahren.

Das Interesse der Arbeiterschaft bekundet sich nicht minder durch von dem Ausschuffe vorgeschlagene Betriebsverbefferungen und Unfall= verhütungsmaßregeln.

Wir können daher unfere Einrichtung nur zur Nachahmung empfehlen.

II. Satungen für den Arbeiterausschuß.

Infolge ber Befanntmachung:

An unfere Arbeiter!

Die berzeit bestehende Fabrifordnung ift nicht mehr zeitgemäß. Wir haben daher eine neue Fabrikordnung entworfen, welche wir mit einem Ausichuß, zusammengeset aus Wertführern, Aufsehern und Arbeitern, beraten wollen.

Diefer Ausschuß foll bestehen:

1. aus ben vier alteften Wertführern ber verschiedenen Fabritations= 3weige, 2. aus vier von uns ernannten Aufsehern,

3. aus acht Arbeitern, welche von ben mindeftens fünf Jahre in unseren Fabriken beschäftigten volljährigen, mannlichen Arbeitern aus beren Mitte zu mahlen find. Der auf biefe Weife gebilbete Ausschuß tagt unter bem Borfib

eines der Nabrifinhaber.

Schriftführer ist der Borftand des Bureaus für Arbeiteranges legenheiten.

Die Wahllisten werden alsbald aufgestellt, und der Tag sowie die

Form der Wahl noch naher befannt gegeben.

Die von den Arbeitern gewählten acht Bersonen bilden sofort einen Arbeiterausschuß, welcher fich, so oft es nötig erscheint, mindestens aber alle 14 Tage, unter dem Borfitz eines der Fabritinhaber oder eines Stellsvertreters versammelt, um innere Angelegenheiten zu besprechen.

Indem wir unseren Arbeitern hiervon Kenntnis geben, erwarten wir

eine rege Beteiligung an der Wahl. Worms, am 15. Juni 1888.

Dörr & Reinhart.

wurde der Arbeiterausschuß am 19. Juni 1889 gewählt, und arbeitet derselbe unter nachstehenden vorläufigen Satungen:

§ 1.

Der Arbeiterausschuß hat in erster Linie die Aufgabe, das gute Ginvernehmen zwischen der Arbeiterschaft und der Firma zu pflegen und hierin allen Arbeitern mit gutem Beispiel voranzugehen.

§ 2.

Der Arbeiterausschuß wird aus acht nicht unter 25 Jahre alten, in unseren Diensten stehenden Arbeitern gebildet, welche hierzu mittelst gesichlossener Stimmzettel, in geheimer Wahl, auf die Dauer von zwei Jahren gewählt sind. Und zwar wählen unsere volljährigen, im Besitze der bürgerslichen Ehrenrechte besindlichen männlichen Arbeiter, sosern sie zur Zeit der Wahl ununterbrochen mindestens sünf auseinandersosgende Jahre in unseren Diensten stehen, aus derzenigen Gruppe, welcher sie zugeteilt sind, ihren Berstreter, sowie einen Ersaymann desselben.

Letterer tritt an Stelle des Ausschußmitgliedes, wenn dieses vor Ablauf feiner Amtsdauer aus dem Ausschuß bezw. unseren Diensten scheidet, oder wenn und so lange dieses durch längere Krantheit verhindert sein sollte, an den Sitzungen teilzunehmen. Bei dieser Wahl giebt einsache Stimmenmehrheit den Ausschlag; bei Stimmengleichheit entscheidet das von dem

Leiter der Wahlhandlung zu ziehende Los.

Alljährlich scheibet die Hälfte des Arbeiterausschusses aus diesem aus; für die Ausscheibenden und ihre Ersaymänner finden in der Regel im Monat Juni durch diesenigen Gruppen, aus welchen sie hervorgegangen waren, Neuwahlen statt. Ausscheidende sind wieder wählbar. Um die Reihensolge des Ausscheidens herzustellen, bestimmt das vom Vorsigenden des Ausschusses im Juni 1890 zu ziehende Los, welche vier Mitglieder nach ausnahmsweise einjähriger Amtsdauer im Jahre 1890 auszuscheiden haben. Die Wahlen zum Arbeiterausschuß werden von einem Beaustragten der Firma ausgeschrieben und geleitet. Die Namen der Wahlberechtigten und Wählbaren sind mindestens 3 Tage vor der Wahl durch Anschlag im Saale unserer Konsumanstalt oder an einem sonst geeigneten Ort zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.

Die Mitglieder des Arbeiterausschusses verwalten ihr Amt als ein Chrenamt.

Der Ausschuß versammelt sich mindestens alle 14 Tage auf Ginladung

10 *

der Firma und unter dem Vorsitz eines der Fabrikinhaber oder eines von

diefem zu ernennenden Stellvertreters.

In dringenden Fällen können mindestens 5 Ausschußmitglieder beantragen, daß die Firma innerhalb thunlichst kürzester Frist eine Ausschuß= sitzung anberaumen lasse.

§ 3.

Der Arbeiterausschuß hat:

- a. Die Aufrechterhaltung der Fabrikordnung, bei deren Feststellung er mitgewirkt hat, bestens zu fördern und die jugendlichen Arbeiter zu tüchtigen, ehrenhaften und ordnungsliebenden Mitarbeitern heranbilden zu helsen;
- b. für gewissenhafte Besolgung der Unsallverhütungsvorschriften, sowie aller das Interesse, die Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter bezührenden Anordnungen Sorge zu tragen:
- c. in ber Handhabung der Ordnung und in dem Bestreben, gute Arbeit zu erzielen, die Werkmeister und das Aufsichtspersonal zu unterstützen, sowie auch Veruntreuungen und Vergeudungen entgegenzutreten.

§ 4.

Der Arbeiterausschuß hat das Recht, die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter zu untersuchen und dahingehende Anträge in der Ausschuß= sitzung zu stellen.

Diefe Antrage follen, wenn deren Erledigung nicht dringend erscheint,

in der Regel in der nächsten Ausschußsitzung erledigt werden.

 $\S 5$

Die Thätigkeit des Arbeiterausschusses unterbricht in keiner Weise den seither gepflegten persönlichen Verkehr zwischen den Fabrikinhabern und der Arbeiterschaft.

§ 6

Über die Verhandlungen des Ausschusses wird ein aussührliches Prostokul geführt, welches von dem Vorsitzenden, dem Schriftführer, sowie von sämtlichen anwesenden Mitgliedern unterzeichnet wird.

§ 7.

Die vorstehenden Satzungen wurden mit dem Ausschuß beraten und vereinbart. (Unterschriften.)

III. Aus der Fabrikordnung.

Beraten und beschloffen im Berein mit ber Firma von dem bazu berufenen Ausschuffe der Deifter, Aufseher und Arbeiter. Worms, im Juli 1887.

§ 1.

Diese Fabrifordnung vertritt die Stelle eines Arbeitsvertrags zwischen uns und unserem Arbeitspersonal.

§ 2.

Sämtliche in unsere Dienste eintretende Personen haben durch eigen-

händige Unterschrift zu bestätigen, daß sie von dieser Fabrikordnung Kenntnis genommen haben und sich derselben ohne jeglichen Borbehalt unterwersen.

Durch schriftliche Verträge können abweichende Bestimmungen getroffen werden.

§ 23.

Zur Erhaltung des guten Einvernehmens zwischen der Firma und ihren Arbeitern besteht in den Dörr & Reinhartschen Fabriken ein Arbeiterausschuß, welcher die allensallsigen Beschwerden der Arbeiter, sowie geeignete Abhülfsvorschläge vorzutragen hat; derselbe versammelt sich, so ost es nötig ist, mindestens aber alle 14 Tage, auf Einladung und unter dem Vorsitze eines der Fabrikinhaber oder eines von diesen ernannten Stellvertreters.

IV. Der Jahresbericht des Großh. Hess. Fabritinspektors für die Provinz Starkenburg und den Kreis Worms für 1889 citiert die vorftehenden Bestimmungen der Dörr & Reinhartschen Fabrikordnung und fährt dann fort:

jährt dann fort:

Infolge dieser Bestimmungen fand im Juni die Wahl des Arbeiterausschusses unter der Beteiligung sämtlicher in den Fabriten von Dörr & Reinhart anwesenden Wähler statt, und der Ausschuß begann seine Thätigkeit, welche in regelmäßiger Weise sortgesetzt wurde. Durch die Bildung des Ausschusses soll nach dem Willen der Fabritinhaber der früher bestandene persönliche Vertehr der Fabritarbeiter mit den Fabritinhabern seine Unterbrechung erleiden. Bei den Sizungen des Arbeiterausschusses sind Beamte, Wertmeister zu. der Fabrit nicht zugegen, und die Wünsche oder Beschwerden werden seitens der Ausschussmitglieder direkt an einen anwesenden seithaber der Fabrit gerichtet. Die Beamten, Wertmeister zu. ersahren nicht, wer Beschwerden oder Wünsche der Wusschussen und nur dann etwa den Gegenstand von Beschwerden oder Wünschen, wenn sie vom Arbeitgeber darüber zum Bericht ausgesordert werden. Über die Verhandlungen des Ausschussses werden Protosole in ein Buch eingetragen. Wenn auch in den Ausschussses werden Protosole in ein Buch eingetragen. Wenn auch in den Ausschussses mitmer Wünsche vorgebracht werden, welche vom Arbeitgeber nicht oder nur teilweise erfüllt werden sonnen, so können doch darüber Ausster Ausschussen werden kann. Den Arbeitgebern sind durch den Arbeiterausschuss auch Mißstände zur Kenntnis gelangt, und diese Mißstände konnten infolgebessen beseitigt werden. Meines Exachtens ist das Beispiel, welches die Firma Dörr & Reinhart in Worms den anderen Arbeitgebern durch das Institut des Arbeiterausschusses gegeben hat, letzteren sehr zur Nachahmung zu empfehlen.

V. Aus den "Gedenkblättern zur Jubelfeier des fünfzigjährigen Beftehens des Haufes Dorr & Reinhart" entnehmen wir noch folgendes:

Die Betriebskrankenkasse gewährt Krankengeld in der Höhe der Hälste des durchschnittlichen Berdienstes, freie ärztliche Behandlung und Heilmittel bis zur Dauer von 52 Wochen und außerdem für die nichtwersicherungspflichtigen Frauen und Kinder der Kassenmitglieder freie ärztliche Behandlung und Heilmittel auf die Dauer von 13 Wochen.

Der Borftand der Krankenkaffe (drei von der Firma ernannte, sechs von der Generalversammlung der Kassenmitglieder auf 3 Jahre mittelst Stimmzettels gewählte Mitglieder) verwaltet zugleich eine Unterftühungs=

kasse. Die Einnahmen dieser Kasse bestehen aus den Zinsen eines von der Firma gestisteten Kapitals von 25 000 Mark und werden verwandt zur Ergänzung der Kranken= und Sterbegelder der Mitglieder, sowie zur Gewährung von Unterstützungen bei Geburten, Krankheiten und Sterbesällen in deren Familien.

Ein besonderer Ausschuß verwaltet die Konsumanstalt (Verkaussladen, Bäckerei, Bier=Zäpserei und Speiseanstalt — 1889: Umschlag 174055 Mark; Reingewinn, an die Bediensteten der Firma nach Verhältnis des Umschlags zu verteilen, 15514 Mark). Der Ausschuß besteht aus einem von der Firma zu ernennenden Vorsitzenden und aus 4 Beisitzern, welche durch die seit mindestens 10 auseinander solgenden Jahren bei der Firma beschäftigten Arbeiter aus ihrer Mitte aus 2 bezw. 4 Jahre gewählt werden.

Einem "gefelligen Verein des Betriebs= und Arbeitspersonals" (Bibliothek, Lesezimmer, Gesangsabteilung) unter selbstgewähltem Vorstand zahlt die Firma das Gehalt des Dirigenten und stellt Heizung und Be-

leuchtung des Lokals.

Im übrigen berichten die "Gedenkblätter" von einer freiwilligen Sparkaffe, der Gewährung von zinslosen und verzinslichen Darlehen, Alters=versorgungen (ohne Beiträge der Arbeiter) und den vermieteten Arbeiter=wohnungen der Firma.

Cornelius Heyl, Worms.

Gefl. Schreiben ber Firma an den Ausschuß des Ver. für Soc.-Pol. vom 20. Juni 1890.

Das Schreiben des Ausschuffes für Socialpolitik vom 25. Mai d. 3. bezüglich "Arbeiterausschüffe" ift mir zugekommen, und beeile ich mich, Ihnen inliegend eine Bekanntmachung vom 26. März d. J. zu behändigen, aus welcher hervorgeht, daß ich Vertrauenspersonen der Arbeiterschaft zunächst zur Regelung der zu einem regelmäßigen Betrieb nötig werdenden überstunden habe wählen lassen. Es ist selbstverständlich, daß mit diesen Vertrauenspersonen alle Fragen besprochen werden können, bei denen der Fabrikherr Beachtung darauf legen muß, auch die Ansichten seiner Arbeiterschaft zu kennen, und hat sich die Einrichtung "gewählter Vertrauenspersonen" bis jeht in allen Fällen als nachachtungswert und nühlich bewährt.

Unlage. Bekanntmachung.

Die eigenartige Natur des Betriebs in meinen Fabriken hat zur Folge, daß die seit Jahrzehnten in meinem Hause eingesührte zehnstündige Arbeitszeit nicht immer regelmäßig eingehalten werden konnte.

Witterungs= und Fabrikationsverhällnisse, sowie die von dem Sonnenlichte abhängige Arbeit veranlassen in den betreffenden Werkstätten Unregelmäßigkeiten und Schwankungen in der Arbeitszeit, die unvermeidlich zu überstunden sühren müssen. Diesem Umstande durch Mehreinstellungen ganz zu begegnen, liegt nicht in dem Interesse des Arbeiterstandes, denn bie Zahl der Arbeitskräfte darf nicht nach diesen zufälligen oder periodischen Schwankungen bemessen werden. In der Lackledersabrik, deren Betrieb so sehr vom Sonnenlichte abhängig ist, würde beispielsweise die Bermeidung von Überstunden im Sommer, eine vermehrte Herbeisührung von Unterstunden im Winter sicher im Gesolge haben.

Diese Frage habe ich nunmehr geregelt und folgende Be= ftimmungen in die Kabrikordnung meines Hauses ein=

gefügt:

Die Dauer der regelmäßigen Arbeit eines Tages beträgt zehn Stunden. Sie beginnt morgens um 6 Uhr und endigt abends 6 Uhr. Zum Mittagessen ist die Stunde von 12—1 Uhr, zum Frühstück die Zeit

von 8-81/2 Uhr, zum Besperbrod von 4-41/2 Uhr frei.

Jum Zwecke der Festsetzung der Überstunden sinden gemeinsame Beratungen statt, zu welchen die Firma außer dem zuständigen Branchensjührer zwei Vertreter ernennt und jede Werkstätte drei Vertrauenspersonen wählt. Kleinere Werkstätten werden in Gruppen vereinigt. Diese aus sechs Mitgliedern bestehenden Körperschaften treten werkstättenweise bezw. gruppenweise unter dem Vorsitz des Branchensührers zussammen und beschließen mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Freiherrn von Hehl oder des von ihm ernannten Vertreters den Ausschlag.

Über die in der Zeit von 6—7 Uhr abends notwendig werdenden Überstunden sinden Beratungen im voraus statt in der Weise, daß jeweils für die nächsten drei Betriedsmonate, beginnend am 1. April 1890, eine Berständigung herbeigesührt wird. Überstunden nach 7 Uhr abends, die nur ganz ausnahmsweise sich als notwendig erweisen werden, bedürsen Regelung von Fall zu Fall und sind nach vierzehn Tagen, wenn sie in-

zwischen nicht ausgehört haben, Gegenstand erneuter Beratung.

Die Wahlen der drei Vertrauenspersonen und ihrer drei Ersatleute sinden alle zwei Jahre am letten Arbeitstag des Monats März statt. Diesenigen drei Personen einer seden Werkstätte bezw. Wahlgruppe, welche bei geheimer Wahl die meisten Stimmen auf sich vereinigen, sind bei den Beratungen die regelmäßigen Vertreter ihrer Werkstätte oder Gruppe. Die weiter gewählten drei Personen werden, wenn von den Vertrauenspersonen jemand verhindert, ausgetreten oder gestorben ist, als Ersatleute nach Maßgabe der auf sie gesallenen Stimmen zugezogen. Im Falle von den sechs Gewählten während der zweisährigen Wahlperiode drei Personen ausgetreten oder gestorben sind, sindet Ergänzungswahl statt.

Wahlberechtigt find alle Arbeiter und Arbeiterinnen, welche über 18 Jahre alt find, wählbar alle über 18 Jahre alten Personen, welche in mindestens einjähriger Fabrikangehörigkeit die Bedürsnisse des Betriebs kennen gelernt haben. Werkmeister und Aufseher sind weder wahlberechtigt noch wählbar. Vertrauenspersonen sind nach

Ablauf der 2 Jahre wieder mahlbar.

Worms, 26. März 1890.

Cornelius Beni.

Chemische Jahriken.

L. Vossen & Co., Fabrik chemischer Produkte, Neuß a. Rh.

I. Gutachten. (Gefl. Schreiben der Firma an den Ausschuß des Ber. f. Socialpolitik vom 9. August 1890.)

Wir empfingen am 4. crt. die geehrte Zuschrift des Ausschuffes des Bereins für Socialpolitik und beehren uns, dem Wunsche entsprechend,

ad a. unsere Betriebsordnung ergebenst einzusenden.

Gelegentlich einer Neuaufstellung derfelben Anfangs 1889 haben wir auch die Einrichtung eines Arbeitervorstandes (Arbeiterausschuß) eingeführt,

wie Sie aus Art. 15 entnehmen wollen.

Wir haben die im Princip freie Wahl zu dieser Arbeitervertretung insofern eingeschränkt, als wir nur solche Leute zu der beregten Thätigkeit berusen erachten, welche längere Zeit, 5 Jahre, bei uns sind, sich dadurch als
ordentliche, brauchbare Leute und anhänglich an die Fabrik erwiesen haben. Mit den anderen, meist jüngeren, ost wechselnden Leuten Angelegenheiten
allgemeiner Natur, Wohlsahrtseinrichtungen u. s. w. zu beraten und denselben gar eine Art Aussicht über die anderen, immerhin eine Einwirkung
auf dieselben, zuzutrauen, ist nicht angehend. Schon zum Verständnis des
Iweckes der Einrichtung, vielmehr noch zur Anwendung derselben, gehört
eine gewisse Keise, dann aber Kenntnis des betreffenden Betriebes und seiner
notwendigen Ansorderungen, endlich Fühlung mit dem Arbeitgeber, seinen
Bestrebungen und Ansichten.

Alles das findet sich, wenn überhaupt, nur bei solchen Arbeitern, die längere Zeit in einem bestimmten Betriebe beschäftigt sind, nicht bei der täglich wechselnden Masse, namentlich nicht leicht bei den jüngeren Leuten, welche nach den sortwährenden Ersahrungen bei allen Schwierigkeiten mit den Arbeitern die ungebärdigsten, wankelmütigsten und aller Verführung,

fremden schädlichen Einflüssen am meisten ausgesetzt find.

Zur Frage b. (Ersahrungen) bedauern wir wenig Erfreuliches mitteilen zu können, wie Sie aus der solgenden Mitteilung an eine andere Stelle vom 20. April 1889 ersehen wollen. Damals schrieben wir:

"Wir wollen nicht unerwähnt lassen, daß die Mitglieder des Arbeiters vorstandes sich ansänglich der ihnen zugewiesenen Thätigkeit wenig geneigt zeigten. Dieselben erklärten namentlich, daß sie sich den Haß der übrigen Arbeiter zuziehen würden, indem eine noch so vorsichtige Handhabung der Einrichtung unter ihrer Mitwirkung Schwierigkeiten und Mißhelligkeiten unvermeidlich erscheinen lasse. Bei Vorgängen außerhalb der Fabrik, welche wir auch einem bessenden Einflusse ausgesetzt sehen möchten, würden sie sich nun gar nicht einmischen können."

"Obschon wir nach Lage der Verhältnisse uns der Richtigkeit dieser Einwände nicht verschließen konnten, haben wir doch betont, daß es eben darauf ankomme, manche bestehende Übelstände langsam zu bessern, ersläutert, wie gerade die beabsichtigte Einrichtung sich vor allem hierzu eigne, und darauf hingewiesen, daß es nun bei den Mitgliedern des Arbeitersvorstandes selbst stehe, den ohne Zweisel zweckmäßigen Bestrebungen zu einer

gedeihlichen Wirfung zu verhelfen."

"Sie erbaten fich Bedenkzeit und entschloffen fich dann zögernd zur Annahme."

"Wie die übrigen Leute die Sache aufnehmen werden, und inwieweit sich die angestrebten Ziele werden erreichen lassen, wird nun abzuwarten sein. Die Resultate eigener unausgesetzter Bestrebungen für das Wohl unserer Leute lassen leider keine besonderen Hoffnungen aufkommen."

"Es wird noch längerer Einwirkung aller dazu Berusenen bedürfen, um die Grundlagen zu schaffen, auf welche die Einrichtungen zur Besserung der Lage der Arbeiter mit Sicherheit des Ersolges ausgebaut werden können."

"Der Arbeitgeber hat jest noch sast ausschließlich mit Leuten ohne alle sittliche Erziehung, ohne Pflichtgefühl und durch mannigsache Einflüsse versdorben, zu thun und sieht sich dadurch in seinen besten Bestrebungen beshindert, wie auch andererseits bei Personen, die eine bessere Einsicht haben dürsten, vielsach noch kein Berständnis für beregte Frage vorhanden ist, wodurch ebensalls Unannehmlichkeiten und Hemmungen aller Art entstehen."

Inzwischen ist mehr wie ein Jahr verflossen, und trat der Arbeitersvorstand einigemal auf unsere Beranlassung zusammen, um Lohnfragen 2c.

zu besprechen.

Eine Thätigkeit aus eigenem Antriebe entwickelte der Arbeitervorstand in keiner Weise. Seine Einsetzung ist auf das moralische Verhalten der Arbeiter ohne allen Einstluß geblieben. Nach wie vor sinden Arbeitsseinstellung ohne Kündigung, Versuche die Krankenkasse zu hintergehen, Außebleiben mit Vorschüssen statt.

Sagen wir u. a. denjenigen, die eine Absicht, die Arbeit widerrechtlich zu verlassen, kundgeben, es sei dies nicht gestattet nach der Betrießsvordnung, die mit den Arbeitervertretern selbst vereinbart sei, so hört man nur antworten, dies sei gleichgültig, sür die Betressenden bestehe keine Fabrikordnung, kurz, es herrscht so ziemlich der alte regellose Zustand.

Es giebt eine Anzahl orbentlicher Leute, die so von Haus aus ansgelegt sind, der größere Teil kümmert sich mangels jeder sittlichen Grundslage weder um Geseh noch Betriebsordnung, und, was in unserm Staate

das Traurigste ist, man kann mit Ersolg den Bertragsbruch nicht zur Be-

strafung bringen.

Solange dieser wahrhaft unbegreifliche Zustand andauert, ist im wesentlichen keine moralische Hebung des Volkes, keine Einkehr zu Rocht und Gewissen zu exhossen.

Auch an dieser Stelle möchten wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Nichtbestrasung des Vertragsbruches eine Unmenge Schwierig= keiten, Verluste und Arger für die Industriellen nach sich zieht und es soweit nicht Wunder nehmen kann, wenn die Reigung, mehr wie das Rotwendigste sür den Arbeiter zu thun, im großen ganzen so selten noch ist.

Wir huldigen zwar selbst bem Grundsate, daß man sich durch Undankbarkeit nicht abhalten lassen soll, nach Kräften das Gute anzustreben, müssen aber doch gestehen, daß dies Bestreben im praktischen Leben manche Einschränkung ersahren muß, und es dürste, wie die Ersahrung lehrt, bei weitem nicht jedermanus Sache sein, so vorzugehen.

Die bei ber neuen Gewerbeordnung in Aussicht genommene sogenannte Buße für den Bertragsbruch wird nur dann Abhülse zu schaffen geeignet sein, wenn wirksame Magnahmen für die Eintreibung der Strafe getroffen

werden.

Läßt man die dem entgegenstehenden Borschriften bestehen, wie sie heute sind: Unantastbarkeit des anderswo verdienten Lohnes, die Einschränkung der Psändbarkeit 2c., so wird das Unheil noch vermehrt, welches jetzt schon durch die thatsächliche Unaussührbarkeit der in der jetzigen Gewerbeordnung vorgesehenen Vollstreckung geschaffen ist. Solche lediglich auf dem Papier stehende Vorschriften müssen notwendigerweise den schon jetzt bedenklichen Mangel an Achtung vor dem Gesetz noch vermehren.

ad c. Gedruckte Mitteilungen über den vorliegenden Gegenstand liegen von unserer Seite nicht vor. Wir hatten mehrsach Beranlassung, uns Behörden gegenüber darüber zu äußern, ohne bekannten Erfolg.

Erwägt man, daß einerseits die Staatseinrichtungen nicht entfernt die notwendigen Borbedingungen zur gedeihlichen Entwicklung der Arbeiterverhältnisse gewähren und dem freudig zur Mitwirtung bereiten Arbeitgeber die Hände allerwegen gebunden sind, z. B. durch mangelhafte Erziehung der Jugend, Gestattung des unbeschreiblichen Wohnungswuchers, des so wenig eingeschränkten Branntweinvertriebes, Nichtbestrafung des Bertragsbruches und der Trunkenheit, Erschwerung der Möglichkeit, billige Arbeiterwohnungen zu errichten durch die Bauordnung u. s. w., so muß die Art, wie man ebensalls von Staats wegen Besserung zu erlangen hosst, insosern besremden, als die Hauptursachen der herrschenden unbesriedigenden Zustände immer noch so wenig berücksichtigt werden.

II. Aus der Betriebsordnung für die Fabrik von L. Boffen & Co.

1. Die gegenwärtige Betriebsordnung vertritt die Stelle eines zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer geschlossen Bertrages, und find unsere sämtlichen Arbeiter verpflichtet, sich den nachsolgenden Bestimmungen über die Arbeitsbedingungen u. s. w. zu unterwersen.

Diese Vorschriften haben dem Königl. Gewerberat zu Düffeldorf und dem Arbeitervorstand (Art. 15) vorgelegen und sind von ihnen genehmigt worden. Sie treten am Tage der Bekanntmachung an der Fabriktasel in Kraft.

7. Die gewöhnliche Arbeitszeit, mit Ausnahme einzelner durch den Betrieb bedingter Abweichungen, beträgt für die Tages= und Nachtschicht nach Abzug der vier Paufen 10 Stunden.

8. Der allgemeine Betrieb ruht an Sonn= und Feiertagen.

15. Die von den Arbeitern gewählten vier Beifiger zum Vorstande der Fabrikkrankenkasse bilden, salls sie mindestens 5 Jahre in unseren Diensten sind, den Arbeitervorstand. Werden Mitglieder des Vorstandes der Krankenkasse gewählt, welche weniger als 5 Jahre bei uns sind, so sindet eine besondere Wahl zu dem Arbeitervorstand statt, wobei nur Arbeiter wählbar sind, welche 5 Jahre und länger bei uns beschäftigt sind.

Der Arbeitervorstand soll ein vermittelndes Organ zwischen dem Fabrikinhaber und den Arbeitern sein, um die guten Beziehungen unter denselben
zu erhalten und zu fördern, über Ordnung und gute Sitten sowohl in der Fabrik selbst, wie bei dem Verhalten der Leute außerhalb derselben wachen
und ersorderlichensals dem einzelnen mit Fürsorge und Kat zur Seite
stehen.

Insbesondere hat der Arbeitervorstand folgende Aufgaben:

Auf treue Befolgung der Fabrifordnung zu achten;

wünschenswerte Underungen und Ergänzung derselben zu beantragen und Worschläge anderer Art, welche geeignet sind, die Zusriedenheit und das Wohl der Arbeiter zu fördern, dem Fabrikinhaber zu unterbreiten.

Streitigkeiten zwischen Arbeitern der Fabrik zu untersuchen und

Vorschläge zur Abhülse zu machen.

Beschwerden der Arbeiter über Strasen und sonstige Vorkommnisse

zu untersuchen und Vorschläge zur Abhülse zu machen.

Bei wiederholten Bergehen gegen die Fabrikordnung, Koheit, Trunksucht oder unordentlichem Lebenswandel eines Arbeiters denselben zu verwarnen und nötigensalls Entlassung des Betreffenden zu beantragen.

Endlich und insbesondere in Fällen unverschuldeter Rot, Unglück, längerem Erkranken von Arbeitern oder von Familienmitgliedern derselben den Fabrikherrn in Kenntnis zu setzen und Vorschläge

zur hülfeleistung zu machen.

Das am längsten in unseren Diensten befindliche Mitglied des Arbeitervorstandes führt den Borsit bei den Beratungen, ruft die Mitglieder zusammen und nimmt Beschwerden sowie Anträge der Arbeiter entgegen.

Die Gegenstände der Beratungen und Beschlüsse werden dem Fabrikinhaber mitgeteilt. Derselbe ist berechtigt, den Verhandlungen beizuwohnen und legt seinerseits in der Regel alle die Fabrikordnung und das Wohl der Arbeiter betreffenden Angelegenheiten dem Vorstande vor, unbeschadet seines Rechtes in geeigneten Fällen auch selbstständig Anordnungen zu treffen. Auch ist der Fabrikinhaber bezw. sein Stellvertreter jederzeit bereit, bessondere Anliegen einzelner Leute entgegenzunehmen und denselben mit Rat und That beizustehen.

16. Un Wohlfahrtseinrichtungen find vorhanden:

Die Fabrikkrankenkasse unter Aufsicht der königl. Regierung in Düsselbors.

Die Privat=Familienkrankenkasse für die Verheirateten.

Die Arbeiterfüche.

Die Brausebadeinrichtung.

Alle geregelt burch besondere Satungen oder Vorschriften.

19. Im Interesse eines regelmäßigen, geordneten Betriebes ersuchen wir alle unsere Arbeiter, obige Borschriften pünktlich zu besolgen und ihre Arbeiten mit Borsicht und Ausmerksamkeit zu verrichten.

Die Nichtbesolgung dieser Vorschriften wird, wenn Ermahnungen sich

als fruchtlos erweisen, mit Strafen ober Entlaffung belegt.

Die Strafgelder, mit Ausnahme des Erfates verursachter Schäden,

fließen in die Fabriktrankenkaffe.

Der Fabrikinhaber wird in allen die Betriebsordnung betreffenden Angelegenheiten von dem Direktor der Fabrik vertreten.

Neuß, im Februar 1889.

gez.: L. Boffen & Comp. C. Müller.

Gesehen und genehmigt.

Düffeldorf, den 14. März 1889.

Der Rgl. Gewerberat. Der Arbeitervorstand.

(Unterschriften.)

Chemische Fabriken von G. Siegle & Co. in Stuttgart und feuerbach.

I. Geft. Schreiben bes Fabritbesitzers Herrn Geheimen Kommerzienrat G. Siegle, M. d. R., an ben Aussch. d. B. f. S.-P. v. 26. Juni 1890.

Auf die Anfrage des Ausschuffes des Bereins für Socialpolitik vom

23. vor. Monats habe ich Folgendes zu erwidern:

a) Die "Statuten für das Altestenkollegium der Fabriken von G. Siegle & Co. in Stuttgart und Feuerbach" liegen bei; dieselben sind für Stuttgart (ca. 150 Arbeiter) und für Feuerbach (ca. 100 Arbeiter) seit mehr als Jahressrift in Krast.

b) Die Ersahrungen, welche ich mit diesem Altestenkollegium gemacht habe, sind nur gute bis jett; insbesondere nach der Richtung des Berhältnisses der Arbeiter unter sich. Gelegentlich einer statistischen Ausnahme über Haushaltungsbudgets übernahm das Ältestenkollegium sehr bereitwillig die Aufgabe, die Arbeiter über Aussüllung der Fragebogen u. s. w. zu instruieren, sodaß die Angaben eine gewisse Kontrolle bekamen. Da die Arbeiter übershaupt zu den besseren gehören und teilweise seit langer Zeit dem Ge-

schäfte angehören, so sind die Berhältnisse in dieser Richtung vollkommen befriedigende.

II. Statuten für das Altesten-Rollegium der Fabrifen von G. Siegle & Co. in Stuttgart und Feuerbach.

Um es ben Arbeitnehmern möglich ju machen, in freundlichem Busammen-wirten mit bem Arbeitgeber bas eigene Wohl, sowie bas Gebeihen bes ganzen Ge-

ichaftes zu fordern, wird ein Alteften-Rollegium eingesett.

Bufammenfetung: Mitglieder dieses Kollegiums find für Stuttgart die von ber Generalversammlung gewählten Borftandsmitglieder der Krankenkasse, benen das Recht zusteht, zwei weitere Mitglieder sich beizuwählen. In den Fabriken, die keine eigenen Krankenkassen, haben, wird das Kollegium aus drei bis fünf von den Arbeitern gewählten Mitgliedern gebildet.

Obliegenheiten:

a. Dasjelbe hat für Aufrechterhaltung von Chrenhaftigkeit, Ordnung und guter Sitte seitens des Arbeiterpersonals innerhalb und außerhalb der Fabrit mitzuwirken, Streitigkeiten unter den Arbeitnehmern zu schlichten, und bei Bergehungen innerhalb der Fabrit Strafen zu beantragen;

b. für Aufrechterhaltung ber Fabritordnung, der Unfallverhütungsvorschriften und der sonstigen, das Interesse der Arbeitnehmer und die Ehre und Wohlfahrt des Geschäftes überhaupt berührenden Anordnungen Sorge zu

tragen:

c. seine Gutachten über alle ihm vom Arbeitgeber vorgelegten Fragen des

Arbeiterintereffes und ber Wohlfahrt bes Befchaftes abzugeben;

d. es tann ferner ber Arbeitgeber bei allen Ginrichtungen, Die gu Gunften der Arbeiter und ihrer Familien getroffen werben, das Rollegium gur Mitwirtung beiziehen.

Geschäftsordnung: 1. Das Rollegium mahlt feinen Borfigenden und deffen

Selchaftsoronung: 1. Vas Kollegium wahlt jeinen Vortigenden und besten Stellvertreter selbständig ohne Mitwirfung des Arbeitgebers oder eines Beamten.

2. Der Arbeitgeber oder ein Beauftragter desselben kann den Sizungen answohnen, führt aber nicht den Vorsitz und hat auch keine Stimme.

3. Sizungen sinden statt entweder auf Antrag des Arbeitgebers (resp. seines Stellvertreters) oder auf Antrag der Mehrheit des Kollegiums. In letzterem Falle ist wenigstens 1 Tag vorher dem Arbeitgeber Anzeige davon zu machen, und sind demselben die Gegenstände der Verhandlung mitzuteilen.

4. Über jede Sizung ist ein Prototoll aufzunehmen und eine Abschrift davon dem Arbeitgeber zu überwitteln

dem Arbeitgeber zu übermitteln.

5. Der Arbeitgeber behalt fich bas Recht vor, fein Beto gegen bie Ausführung der gesaßten Beschlüffe einzulegen, ober beren wiederholte Beratung zu verlangen, wenn er solche für schädlich ober satungswidrig halt.
6. Beide Teile find befugt, über gewisse Berhandlungen und Beschlüffe Bersichwiegenheit zu proklamieren, deren Bruch durch Ausschließung aus dem Kollegium

bestraft werden tann.

7. Jährlich einmal wird den Arbeitern (ber Generalversammlung), so weit thunlich, Bericht über die Thätigkeit des Kollegiums erstattet. —

Rahere Bestimmungen über bie Strafgemalt bes Rollegiums, sowie über bie Ginfügung bes Rollegiums in bie "Fabritorbnung" bleiben ben Beratungen besfelben vorbehalten.

Anderungen der Statuten oder Zufäte bedürfen der Genehmigung des Arbeitgebers.

Vereinsbestrebungen.

Derein der anhaltischen Urbeitgeber, begründet am 6. Dezember 1887.

I. Aus den Sakungen des Bereins.

§ 2. Zwecke des Vereins find die Verbesserung der socialen Stellung und materiellen Lage des Arbeiterstaudes, sowie die Förderung des friedlichen Busammenwirkens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Um diese Zwecke zu erreichen, sollen, soweit dies nicht schon in ein= zelnen Unternehmungen geschehen, folgende Einrichtungen in Aussicht genommen werden:

> a. Bildung von Altestenkollegien aus frei gewählten Bertretern der von den einzelnen Arbeitgebern beschäftigten Arbeit= nehmer:

> b. Errichtung von Sulfskaffen für die Arbeitnehmer und ihre

Kamilien:

c. Vorkehrungen zu billiger Beschaffung der notwendig= ften Lebensbedürfniffe für die Arbeitnehmer und ihre Familien, sowie

d. zur Förderung und Unterstützung des Sparbetriebs der Ar-

beitnehmer.

In Ausführung des § 3 empfiehlt die Generalversammlung den ein= zelnen Vereinsmitgliedern, die von ihnen festzusegenden Satungen des Altestenkollegiums auf Grundlage der nachstehenden Entwürfe aufbauen zu wollen.

Normal=Satungen des Altestenkollegiums.

§ 1.

In Ausführung des § 3a der Satungen des Vereins der anhaltischen

Arbeitgeber wird hierdurch ein Altestenkollegium aus den Arbeitnehmern der Firma gebildet.

§ 2.

Das Altestenkollegium hat im allgemeinen die Aufgabe, alle Intereffen der Arbeitnehmer im Sinne der Satzungen des Bereins der anhaletischen Arbeitgeber und im Wege sreundlichen Zusammenwirkens zu försdern und hierin allen Arbeitnehmern mit gutem Beispiel voranzugehen.

Insbesondere liegen ihm hiernach folgende Pflichten ob:

a. das Arbeiterpersonal, und namentlich auch den jüngeren Teil desselben zu überwachen, um Chrenhaftigkeit, Ordnung und gute Sitten aufrecht zu erhalten und insbesondere den Simulationen und dem Genuß des Branntweins entgegenzuwirken;

b. für Aufrechthaltung der Fabrikordnungen, Unsallverhütungsvorschriften und sonstigen, das Interesse der Arbeitnehmer und die Ehre und Wohlsahrt des Unternehmens überhaupt berühren-

den Anordnungen Sorge zu tragen;

c. seine Gutachten über alle ihm vom Arbeitgeber vorgelegten Fragen des Arbeiterinteresses und der Wohlsahrt des Unter-

nehmens überhaupt abzugeben:

d. Es kann dem Altestenkollegium serner vom Arbeitgeber in den von Letzterem sestzustellenden Grenzen die Mitwirkung zur Erreichung aller Ziele übertragen werden, die sich der Verein der anhaltischen Arbeitgeber in seinen Satzungen gestellt hat, insbesondere auch die Teilnahme an der Begründung, Leitung und Kontrolle der zu Gunsten der Arbeitnehmer und ihrer Familien zu treffenden Wohlsahrtseinrichtungen.

§ 3.

Das Altestenkollegium besteht aus Arbeitnehmern der Firma , die am ersten auf Reujahr solgenden Sonnabend auf je ein Jahr von den Arbeitnehmern gewählt werden. Die Wahlhandlung leitet ein von dem Arbeitgeber bezeichneter Beamter oder Arbeitnehmer. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar. Im Laufe des Jahres erledigte Stellen werden durch Zuwahl ergänzt. Das Altestenkollegium wählt jährslich seine Vorsigenden und Stellvertreter. Die Mitglieder verwalten ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich.

Wo eigene Fabrikkrankenkassen (§§ 59—68 des Krankenversicherungs=gesetzes) bestehen oder künftig errichtet werden, kann das Altestenkollegium aus den von den Arbeitnehmern gewählten Vorstandsmitgliedern dieser

Raffe gebildet werden.

§ 4.

Die Geschäftsordnung des Altestenkollegiums stellt der Arbeitgeber nach Anhörung des Kollegiums sest. Die Sitzungen finden nach Bedürsnis und auf Antrag des Altestenkollegiums oder des Arbeitgebers in einem von Letzterem eingeräumten Lokale statt. Derselbe kann den Sitzungen persönlich oder durch einen Vertreter beiwohnen. Er behält sich das Recht vor, sein Beto gegen die Aussührung von Beschlüssen einzulegen oder deren nochmalige Beratung zu verlangen, wenn er folche für schädlich oder sakungswidrig hält.

Das Altestenkollegium sowohl als die Arbeitgeber sind besugt, über gewiffe Berhandlungen und Beschlüffe Berschwiegenheit zu proklamieren, beren Bruch durch Ausschließung aus dem Rollegium bestraft werden fann.

Anderungen gegenwärtiger Satungen ober Zufätze zu denfelben be=

burfen der Genehmigung des Arbeitgebers.

bürsen der Genehmigung des Arbeitgebers.

Bemerkungen. Die formelle Bildung von Altestenkollegien auf Grund vorzstehender Satungen dürzte sich nur da empfehlen, wo ein Unternehmen mindestens 25 ständige Arbeitnehmer zählt. Bei einer geringeren Zahl wird der Arbeitgeber am besten thun, sich eine oder mehrere Bertrauenspersonen von den Arbeitnehmern bezeichnen zu lassen, mit denselben in freier gemeinschaftlicher Thätigkeit die in vorstehenden Satungen gesteckten Ziele anzustreben. Sine gleiche Bereinsachung dürzte sich auch für solche Unternehmungen empsehlen, welche nur bestimmte Teile des Jahres hindurch in Betrieb sind oder nur einen kleinen Stamm ständiger Arbeitnehmer beschäftigen. Auch bliebe der freien Bereinbarung kleinerer Arbeitgeber, unter Zuziehung des Bereinsvorstandes anheimgegeben, sür mehrere Unternehmungen in demselben Gewerdszweig ein gemeinschaftliches Altestenkollegium zu organisieren.

Ad § 3. Es wird am besten jedem Arbeitgeber überlassen, die Mitgliederzahl des Kollegiums zu bestimmen, auch nach Bedürfnis sür eine gleichmäßige Bertretung einzelner Abteilungen größerer Werke, z. B. Formerei, Gießerei, Maschinensabrit zu sorgen. Drei Personen dürste viellleicht als die geringste Mitgliederzahl für Werte mit 25 bis 100 Arbeitseitnehmern festzuhalten sein, zu benen sür jede weiteren 100 Arbeits

beitnehmern festzuhalten fein, zu benen für jebe weiteren 100 Arbeit= nehmer je 2 ober 3 weitere Mitglieder hinzutreten wurden.

Berichterstattungen von Mitgliedern des Bereins der anhaltischen Arbeitgeber über die Durchführung der Bereinssatzungen im Jahre 1888, herausgegeben bom Borftande des Bereins unterm 29. März 1889.

(Wir geben aus dem umfaffenden Bericht nur die auf die bestehenden Alteftentollegien unmittelbar bezüglichen Stellen — unter Beifügung einiger Ergänzungen - wieder.)

1. Deutsche Continental=Ba3=Besellschaft in Deffau.

Rurg nach Grundung bes Bereins murbe für die hiefigen Unternehmungen der Gefelichaft, die Gasanstalt, Centralwerfstatt und Clektrische Centralstation, auf Grund der allgemeinen Bereinssahungen ein gemeinschaftliches Altesten tolle gium gebildet, welches nach den für dasselbe aufgestellten Spezialsatungen aus 2 Arbeitenehmern der Gasanstalt. 4 Arbeitinehmern der Gentralstellten Centralstellten Und 1 Arbeitinehmer der Elektrischen Centralstation besteht. Dasselbe hat dieher die ihm gestellten Aufgaben, besonders die Beratungen der Hülfskassen, einer neuen Fadriksordnung, der Arbeiterwohnungsfrage, der Centralhülsskasse, einer neuen Fadriksordnung, der Arbeiterwohnungsfrage, der Centralhülsskasse, der Lohnzahlungstermine u. s. w. mit Umsicht und Verständnus erledigt, so daß die an diese Institutions arkünsten Corporationen Eschiedung der Verbeiter bei das die Institutions der Verbeiter Generatungen bei der Verbeiter der Verbeiter Generatungen Schiedung der Verbeiter Generatungen der Verbeiter Generatungen der Verbeiter der ftitution getnüpften Erwartungen fich in vorliegendem Falle voll erfüllt haben.

Das Berhalten der Arbeitervertreter im Alteftentollegium und Bulfstaffenvorstande ift bisher nicht nur ein burchaus paffendes und verftandiges gemefen, difeitiges Interesse entgegengebracht worden. Wie sehr ubrigaden stets ein reges alleitiges Interesse entgegengebracht worden. Wie sehr übrigens die Arbeiter die Beschlüsse berartiger von ihnen selbst gewählter Ausschüsse achten, geht wohl am besten aus dem Umstande hervor, daß bis jest auch noch nicht eine einzige Klage ober Beichwerde über bie Borichlage und Urteile beiber Rollegien eingelaufen ift;

auch gab ein von der Firma veranftaltetes Arbeiterfest Belegenheit, die gunftige Einwirfung ber im Sinne bes Bereins geleiteten Beftrebungen auf bas Berhaltnis bon Arbeitern und Arbeitgeber gu beftätigen.

Aus ben Cagungen bes Alteftentollegiums ber Deutschen Anhang:

Continental=Bas-Befellichaft in Deffau.

Insbefondere liegen dem Alteftentollegium folgende Pflichten ob:

a. Im Arbeiterpersonal, und namentlich auch beim jüngeren Teil besselben, Disciplin, Ehrenhaftigkeit, Ordnung und gute Sitten aufrecht zu erhalten, Streitigkeiten zu verhüten ober zu schlichten, insbesondere auch bie Truntfucht und Robbeit zu betampfen;

b. und c. wie im Normalstatut.

d. in den vom Gesellschaftsvorstand oder den bezüglichen Statuten festzustellenden Grenzen an der Begründung, Leitung und Kontrolle ber zu Gunften der Arbeiter und ihrer Familien zu treffenden Wohlfahrtseinrichtungen

e. Wüniche und Beich werben ber Arbeiter ju untersuchen und, fo weit fie folde für gerechtfertigt halten, mit ihren Unträgen jur Renntnis bes Beichäftsvorftandes ju bringen, ingbefondere find alle Untrage ber Arbeiter auf Borichuß zunächft an bas Alteftentollegium zu richten und werben bon letterem an den Geschäftsvorstand mit einer furzen Begutachtung abgegeben;

f. die Bulfataffe nach beren besonderen Sahungen zu verwalten; g. als Festtomitee bei allen betreffenden Gelegenheiten zu wirten. — Es fteht dem Altestenkollegium frei, fich in solchen Fällen, wenn erwünscht, durch Zuwahl zu verstärken.

§ 3. Das Altestenkollegium besteht 3. 3t. aus 9 Mitgliedern, wovon in getrennten Wahlhandlungen 2 von den Arbeitern ber Gasanstalt, 4 von den Arbeitern ber Centralwertstatt und 1 von den Arbeitern ber Eleftrischen Station aus ihrer Mitte gemählt merden; Wähler und mahlberechtigt ift jeder ftandige Arbeiter, melcher ber gesetlichen Krankenversicherung unterliegt. 2 Mitglieder enblich werden vom Geschäftsvorstand aus den Beamten der Gesellschaft erwählt.

Die Wahl erfolgt am ersten auf Neujahr folgenden Sonnabend jeden Jahres auf ein Jahr, unter ber Leitung eines vom Geschäftsvorstand bestimmten Beamten mittelst Stimmzettel. Über die Wahlhandlung wird ein Protofoll aufgenommen. Das Altestenkollegium wählt jährlich in seiner ersten Sigung den Vorsitzen:

den und Schriftführer. In Berhinderung des Borfigenden tritt das an Jahren

ältefte Mitglied an feine Stelle.

Tas Altestenkollegium kann zur Erledigung bestimmter Aufgaben einzelne Mitglieder deputiren, auch Bertrauensmänner aus den Kreisen der Arbeiter auziehen.

§ 4.

Die Mitglieder verwalten ihr Umt als Chrenamt unentgeltlich.

Die Sigungen bes Rollegiums finden allwöchentlich einmal zu bestimmter Beit im Sigungszimmer des Altestenkollegiums statt, im übrigen nach Bedürsnis und auf besondere Einladung bes Borsigenden. Der legtere ist außerdem zur Einsberusung einer Sigung verpflichtet, sobald der Geschäftsvorstand unter Angabe der zur Beratung zu stellenden Gegenstände dies verlangt. Der Geschäftsvorstand fann den Sigungen persönlich oder durch einen Stellvertreter beiwohnen. Die Tagesordnung sonklicher Sigungen ist dem Geschäftsvorstand vom Borsigenden des Altesteners einenklicher Zusabstanz verballe im Der Verlangt. tollegiums mindeftens 1 Tag vorher mitzuteilen; er behalt fid, bas Recht vor, fowohl die Tagesordnung zu vermehren, als auch ihm ungeeignet erscheinende Gegenstände

bavon abzufegen. Die Beschlüffe erfolgen durch Stimmenmehrheit, bei Gleichheit der Stimmen entscheibet der Borsigende. Alle Beschlüffe und Protokolle find in ein Protokollbuch einzutragen, welches nach jeder Feststellung eines Prototolles und bor Ausführung

Schriften XLVI. - Gering.

ber Beichluffe bem Geichaftsvorftand vorzulegen ift. Derfelbe fann feinen Ginfpruch gegen die Ausführung von Beschlüffen geltend machen ober beren nochmalige Beratung verlangen, wenn er folche für ichablich ober ftatutenwibrig halt.

§ 5. Underungen gegenwärtiger Statuten ober Bufage ju benfelben bedürfen ber Genehmigung bes Geichäftsborftandes.

Borstehende Satzungen sind bei ihrer Bereinigung mit denen der Hülfskasse bon neuem durchgesehen und in zwei gemeinsamen Lefungen vereinbart awischen

Geichäftsvorftand

und dem Alteftenfollegium

(Unterschriften.)

Genehmigt Deffau, 23. Januar 1890. Das Directorium der Deutschen Continental= Bas= Gesellschaft. von Dechelhäuser.

2. Berlin=Unhaltische Maschinenbau=Aktien. Gesellschaft in Deffau und Berlin.

Die Einrichtung des Altestenkollegiums auf Grund der Sahungen des Arbeit= gebervereins besteht seit Ansang bes Jahres 1888. Die Zahl der jest bei uns beschäftigten Arbeiter beträgt 448. Das Berhalten der Borstandsmitglieder sämtlicher Einrichtungen (Altesten-

follegium, Sulfätaffe, Krantentaffe) ist wohlanftändig und anregend. Weit Rucksicht auf bieses forderliche Berhalten wird tunftig die Zeugnis-Ausfertigung an Lehrlinge, welche ihre Lehrzeit beenbet haben, unter Zuziehung bes Alteftentollegiums ftattfinden. Im Sinblick hierauf halten sich die Mitglieder des Alteftenkollegiums laufend in Kenntnis, inwieweit sich die Lehrlinge durch Tüchtig=

keit, Beistungen in der Handwerkerschule, Wohlverhalten u. f. w. auszeichnen. Der Besuch der Unfallverhütungsausstellung seitens aller Arbeiter, welcher vom Altestenkollegium angeregt worden ist, wird zur Förderung guten Ginvernehmens mit den Arbeitern und gur Belebung geiftiger Thatigfeit von uns gern burchgeführt

werben.

Unhang. herr Direktor Blum außert fich über die Wirksamkeit ber Ausschüffe der Deffauer und der Berliner Fabrit wie folgt (vgl. Prototoll der Berhand-

lungen d. Berliner Ber. f. Gewerbefleiß vom 5. Mai 1890):

. Die Arbeiterausschüffe, die ich aus eigener Anschauung kenne, und ich bin glücklich, sie zu besitzen, follen eine vermittelnde Thätigkeit zwischen den Bunschen ber Arbeitnehmer und der Arbeitgeber ausüben. Wir haben in unserer Dessaucr Fabrit seit etwa 11/2 Jahren und hier seit etwa einem halben Jahre Arbeiterausschüffe mit großem Erfolg. Wir haben gefunden, daß namentlich alle kleinen Wünsche der Arbeiter rasch zur Erledigung kamen; es kamen Wünsche an uns heran in den Sitzungen, die die Arbeiter, wenn fie erfüllt werden, sosort befriedigen, die fonft gar nicht zu unferer Renntnis tamen und die vielleicht als Quangelei eines die sonst gar nicht zu unserer Kenntnis famen und die vielleicht als Muängelei eines Sinzelnen betrachtet wurden. Wir sind in der Lage, allen kleinen Wünschen, die sich auf die Wohlfahrt, z. B. auf die Bedürfnisanstalten, die Kantinen oder ähneliche allgemeine Einrichtungen beziehen, rasch nachkommen zu können. Wir haben die Erfahrung, daß die eigene Verwaltung der Kantinen sich sehr gut bewährt; die Klagen über mangelhafte Speisen haben mit dem Moment aufgehört, wo die Arsbeiter selbst die Verwaltung haben. Wir haben ferner gute Ersahrungen auf dem Gebiete des Lehrlingswesens. Wir haben es jest eingerichtet, daß die Lehrlingsbriefe freigesprochen werden unter Juziehung des Arbeiterausschusses. Die Lehrlingsbriefe werden mitunterzeichnet von dem betreffenden Mitgliede des Arbeiterausschusses. Wir haben in Bezug auf die Leitung der Reransigungen, wo immer Streit war Wir haben in Bezug auf die Leitung der Bergnügungen, wo immer Streit war zwischen einzelnen Kategorien, gute Ersahrungen gemacht; es ist jest Ginigkeit. Wir machten auch jest die besten Ersahrungen bei der drohenden Gelegenheit des 1. Mai. Es find Agitatoren auf Bunfch bes Arbeiterausschuffes ichon vor langerer Zeit ent= fernt worden, und wir tonnen tonftatieren, daß folche Arbeiter, Die nicht erschienen

waren und sich frank melbeten, auf Wunsch bes Arbeiterausschusses nachträglich entlassen werden mußten, nachdem sich herausgestellt hatte, daß sie diese Krankheit nur vorgeschützt. Wir haben auch auf die sittliche Hebung des ganzen Arbeiterstandes, oder unserer Mitarbeiter, eine vorzügliche Einwirkung konstatieren können, und ich danke es dem Geheimrat Öchelhäuser, welcher seit langen Jahren anregend gewirkt hat, ganz besonders, daß er uns auf diesen Weg gebracht hat. Ich glaube es ganz bestimmt sagen zu können, daß ich in der Lage din, auf diesem Wege mit meinen Arbeitern auch fernerhin Friede und Ruhe zu haben.

3. F. Sallftrom, Rupfer-, Metall- und Gifenwarenfabrit in nienburg a. Saale.

Die Bildung eines Altestenkollegiums ift im Monat April 1888 erfolgt. Sowohl Altestenkollegium als auch Hülfskassenvorstand find in ihren Beschlüssen selbständig, und habe ich mir nur mein Einspruchsrecht gewahrt. Das Berhalten beider Organe hat dis jest nur fördernd gewirkt.

4. Brauerei jum Balbichlößchen, Attien=Gefellichaft, Deffau.

Auf Anregung des Vereins der anhaltischen Arbeitgeber haben wir durch Statut vom 1. Januar 1888 einen aus 10 Mitgliedern bestehenden Arbeiterrat (Altestentollegium) gebildet. Derselbe hielt im Jahre 1888 10 Situngen, in denen er zum Teil über von uns gestellte Fragen sein Gutachten abgad, — wozu wir in ähnlichen Fällen früher den Vorstand unserer Krankentasse in Anspruch zu nehmen pflegten — zum Teil auch selbst Anträge stellte und die Anregung zur Verbesserung unserer Einrichtungen gab.

Bei den Berhandlungen bes Arbeiterrats lag uns fehr viel baran, die Mitglieder besfelben zu veranlaffen, daß fie eigene Antrage ftellten und uns auf Mängel in unserem Betriebe und in unseren sonstigen Einrichtungen aufmerklam machten.

Wenn wir auch anerkennen muffen, daß wir in diesem Bestreben Entgegenstommen gesunden haben, so weicht doch die Zurückhaltung, welche die Mitglieder des Arbeiterrats bei den Beratungen zeigten, nur sehr langsam, und muffen wir bei der Leitung der Berhandlungen noch regelmäßig unterstüßend eingreisen, damit Anregungen der Mitglieder, welche für uns und das Berhältnis zu unserem Personal wertvoll erscheinen, nicht unbeachtet bingeben.

sonal wertvoll erscheinen, nicht unbeachtet hingehen.
In dieser Zurückaltung scheint sich ein Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit der vom Berein der anhaltischen Arbeitgeber bethätigten Bestrebungen zu äußern. Daher glauben wir, daß die vom Berein angeregten Einrichtungen bei den Arbeitnehmern bessers Berständnis und leichtere Einführung finden würden, wenn man den Arbeitnehmern Gelegenheit böte, den Berhandlungen des Bereins beizuwohnen.

5. Deutsche Solvan: Werte, Aftien: Gesellschaft in Bernburg. Sodafabrifate 1.

Unser Altestentollegium, dessen Bildung am 19. Dezember 1887 erfolgte, besteht aus dem jeweiligen Worstande unserer Fabrikkrankenkasse und Hülfskasse, sowie aus dem jedesmaligen Anappschaftsättesten des Anhaltischen Anappschaftsvereins für die Belegschaft unseres Ernst Solvanschachtes in Roschwig und unserer Soolpumpskation in Plomnig.

Wir haben dasselbe bisher bei allen von und beabsichtigten Wohlsahrtseinrichtungen für unsere Arbeiter zu Rate gezogen und auch seine Ansicht über alle
vom anhaltischen Arbeitgeberverein angeregte Fragen, z. B. Bildung einer Centralbillskafie Berhefferung ber Arbeitermahnungen zu eineshalt

hülfstaffe, Berbesserung der Arbeiterwohnungen zc. eingeholt. Das Altestenkollegium hat bisher seine Ausgabe mit Berständnis aufgesaßt und stets im vollsten Einverständnis mit uns gehandelt.

^{1 1015} Arbeiter, babon 402 Mitglieber ber Sulfstaffe.

6. Borfter & Gruneberg, demifde Fabrit in Leopoldshall.

Das Altestenkollegium ift im Dezember vorigen Jahres gebildet worden bei ber Reumahl des Borftandes unferer Betriebstrantentaffe. Der Krantentaffenvorftand bildet gleichzeitig das Altestenkollegium. Besonderes ist nicht anzuführen wegen zu kurzer Zeit des Bestehens der neuen Einrichtung.

7. Concordia, chemische Fabrit auf Aftien in Leopoldshall.

Das Altestenkollegium hat sich als selbständige Institution unter gemeinschaft-lichem Borstande mit unserer Betriebskrankenkasse gebildet. Die Arbeiter haben sich dis jeht an den Bestrehungen des Bereins sehr teil-nahmslos gezeigt; auch ist ihr Berhalten in dem Altestenkollegium ein ziemlich paffibes.

Jedoch bleibt es nicht ausgeschlossen, daß das Interesse für die Sache mehr gewedt wird, sobald die Zwede und Ziele des Bereins unter den Arbeitern mehr

gefannt und erfannt find.

8. Cuny & Co., Zuckerfabrik in Bernburg.

Ein Altestenkollegium, gebildet aus drei aus der Mitte der Arbeiter gemählten

Bersonen, besteht seit Anfang Februar 1888 als selbständige Institution. Das Interesse, welches von dem Arbeitspersonal gezeigt wird, ist bis jest nicht ein soldes, wie es im hindlic auf die gute Sache eigentlich wünschenswert wäre. Es geht dies schon daraus hervor, daß sich die Jahl der bei Konstituierung der Hülfstasse beigetretenen Mitglieder vermindert, statt vermehrt hat. Wir sind jedoch der Überzeugung, daß bei längerem Bestehen der Kasse die Vorteile, welche durch diese Institution für die Arbeitnehmer geschaffen werden, mehr und mehr erkannt werden dürsten.

9. Deffauer Aftien=Buder=Raffinerie in Deffau.

In Ausführung bes § 3a der Sahungen erfolgte im März 1888 die Bildung eines Altesten Rollegiums als felbständige Inftitution. Dasfelbe besteht nur aus

Die Arbeiter haben die getroffenen Ginrichtungen gut aufgenommen und im allgemeinen fich fehr fachgemäß und ohne Borurteil bei ben Beratungen beteiligt. Nur bei ber Bahl bes Borfigenden bes Altesten-Rollegiums hatten fie fich in ber Persönlichkeit des Betreffenden geirrt, und mußte derselbe wegen begangener Berstöße gegen die Hülfskaffe sein Amt als Borsigender und als Witglied des Altestens Kollegiums niederlegen.

10. D. Mertel, Steinmehmeifter in Bernburg.

Die Bilbung eines Alteften-Rollegiums ift erfolgt.

Die Arbeiter find fehr zurudhaltent und verhalten fich fogar g. T. ablehnend gegen die Beftrebungen unferes Bereins, obgleich das Berhaltnis zwischen ihnen und mir ein fehr gutes ift. Diefelben find bisher in nötigen Fallen bon mir bereits im Sinne bes Bereins unterftugt worben und glauben, bag eine Anderung biefes Berhaltniffes nicht in ihrem Intereffe fei.

11. Ziegler, Uhlmann & Co., Speditions-Geschäft in Wallwiß= hafen bei Deffau.

Die Konstituierung des Altesten-Kollegiums ist erfolgt, in Berbindung mit der errichteten statutarischen Hülfstasse, unter gemeinschaftlichem Borstand.
Das Berhalten der Arbeiter in dem Hülfstassenvorstande bezw. dem innerhalb besselben bestehenden Altesten-Kollegium ist als gut zu bezeichnen. Über Mangel an Teilnahme der Arbeiter an den Bestrebungen des Bereins der Anhaltischen Arsbeitgeber haben wir Klage nicht zu führen.

12. Alfred Ronig, Buchbruderei und Berlag in Bernburg.

Mit meinen eigenen Arbeitern stehe ich in so engem Berkehr, daß das Zwischen= glied eines Altesten-Rollegiums teinen rechten 3wed haben murbe, beson-bers, da die Zahl der alteren Arbeiter nur eine geringe ist.

Die gleichen Berhältnisse finden sich in den übrigen Buchdruckereibetrieben. Für den einzelnen Betrieb durfte sich deshalb die Bildung eines Altesten-Kollegiums wohl kaum auch im allgemeinen empfehlen. Wohl aber würde eine solche Bereinigung der älteren und verständigsten Arbeiter von Gruppen von Betrieben, vielleicht von Ortsgruppen, ihre Borteile mit sich bringen. Der Bildung von jolchen sieht jedoch der bekannte, zu großer Macht gelangte Buchdrucker-Gehülfen-Berband entgegen. In bemielben befinden fich die meisten Gehülfen. Sie werden dadurch für alle anderen ähnliche Ziele verfolgenden Bereinigungen unzugänglich. Die Richtverbandler find in folder Minderzahl, daß fich für fie im einzelnen Ort nichts unternehmen laßt.

13. S. S. Art'l, Buchdruderei und Berlag in Deffan.

Der ergebenst Unterzeichnete erlaubt sich im Anschluß an das letzt empfangene Circular die Mitteilung ju machen, daß in feinem Betriebe von der Errichtung von Hülfstaffen abgesehen werden konnte, weil gerade die Schriftseher Deutschlands das vielleicht unter allen Arbeitnehmern beft organifierte Raffenmefen befigen. Andererfeits erhalten die in dem Betriebe bes Unterzeichneten beschäftigten Schriftseher und Buchbrucker den ihnen nach dem Deutschen Buchbrucker-Tarif zustehenden Lohn, bei bessen Aufstellung die von ihnen zu leistenden Hülfsbeitrage volle Berücksichtigung gefunden haben. Die Errichtung eines Arbeiterrats wird von den Gehülfen selbst nicht für nötig gehalten; außerdem scheint mir mein Betrieb auch nicht groß genug, um fur benfelben eine berartige Inftitution ins Leben ju rufen.

IV. Aus dem Bericht des Borftandes des Bereins anhaltischer Arbeit= geber, erstattet in der zweiten ordentlichen Generalversammlung zu Deffau am 28. März 1889.

Es find nach den von den Mitgliedern eingefandten Berichten bis Ende Februar d. 3.: 8 Altestenkollegien, 8 Hulfstaffen und 5 kombinierte Kollegien begründet worden. Stellt fich dies Berhaltnis anscheinend ungunftig, wenn man die Bahl diefer Ginrichtungen mit der Mitgliederzahl vergleicht, so ist dabei zu berücksichtigen, daß etwa die Hälfte der Mitglieder eine so geringe Zahl von Arbeitern beschäftigt, daß die Bildung geschlossener kollegialischer Einrichtungen nicht ausführbar erscheint, wie dies auch bei der Bildung des Bereins (siehe die Bemerkungen zu den Sahungen des Alteftentollegiums und ber Bulfetaffe) vorausgefehen murbe. Auch beftanben bei 12 Bereinsmitgliedern bereits Raffeneinrichtungen, welche ihnen die Errichtung getrennter Sulfetaffen entbehrlich ericeinen liegen. Dit Berudfichtigung diefer Umftanbe wird es nur als ein günstiges Ergebnis betrachtet werden können, wenn die gedachten beiden Fundamental-Einrichtungen bereits von der Mehrzahl der größeren Unterenehmungen mit 3239 Arbeitern — 40% der Gesamtzahl, durchgeführt worden sind.

Die Berichte ber Mitglieder lauten fast ausnahmalog günftig über bie wachsenbe Teilnahme ber Arbeiter an Diesen Einrichtungen. Es wird ben noch jurud: gebliebenen Unternehmungen, soweit fie ihrer Ausbehnung und Betriebart nach gur Gründung solcher Einrichtungen, wenn auch in etwas abweichenber Gestaltung, be-fähigt sind, bringend empsohlen, damit auch ihrerseits vorzugehen und sich nicht durch die anfänglich vielleicht hervortretende Teilnahmlofigkeit ober felbst Abneigung der

Arbeiter bavon abhalten gu laffen.

V. Aus dem Bericht des Borftandes des Bereins anhaltischer Arbeitgeber, erstattet in der dritten ordentlichen Generalversammlung zu Deffau am 28. April 1890.

. . . Der wichtigfte Fortichritt unferer Bereinssache im laufenden Jahre ift unftreitig Die am 17. Februar c. burch unser Bereinssache im laufenden Jahre ift unstrettig bei am 17. Februar c. burch unser Worstandsmitglied, Herrn Bergrat Weißleder, mit Genehmigung dos Staatsministeriums bewirtte Einsehung eines Altestenstollegium 3 auf der fiskalischen Grube Leopoldshall. Anhalt ist hierin also der preußischen Regierung vorangegangen, welche seitdem auf den Saarbrückener staatlichen Steinkohlengruben Bertrauensmänner wählen ließ, die unser Altestenstollegium ersehnen Dien. Überhaupt darf der anhaltische Arbeitgeberverein ohne Aberhebung sagen, daß von ihm aus über ganz Deutschland die Anregung zur Vildung von Arbeitergeischwissen ersonzen ist. bon Arbeiterausschüffen ergangen ift.

Die Berhaltniffe zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in Unhalt find auch in bem unruhigen und verhängnisvollen Jahre 1889 ungetrübt geblieben, wenn man von einigen unbedeutenden Ausständen absieht. Die günstigen Einwirfungen ber Allestentollegien sind mehrsach hervorgetreten, insbesondere auch auf dem Leopolds-haller Salzwerke, dessen Belegschaft sich bei den auf den Nachbargruben im März und April dieses Jahres ausgebrochenen Arbeiterausständen nicht beteiligt hat. Die Arbeitslöhne sind kaft durchgängig im Wege freiwilliger oder durch friedliche Unter-

handlungen berbeigeführter Bugeftandniffe angemeffen erhöht worden.

Derein der Urbeitgeber des Umtsbezirks Mittweida.

Der im August 1888 gegründete Berein, dessen Satzungen im wesent= lichen mit denjenigen des Vereins der anhaltischen Arbeitgeber übereinstimmen, hat sich im September 1888 mit einem Rundschreiben an die Arbeitgeber gewendet und fie ersucht, die Arbeiter auf die Thätigkeit des Bereins und insbesondere auch auf die Wahl der Ausschüffe und deren Rechte und Pflichten hinzuweisen und vorzubereiten.

Das zu diefem Zwecke in den Arbeitsstätten der Bereinsmitglieder an-

geschlagene Platat "Un unsere Arbeiter" hat folgenden Wortlaut2:

geschlagene Plakat "An unsere Arbeiter" hat folgenden Wortlaut":

Sine große Zahl der Arbeitgeber des Amtsbezirkes Mittweida haben sich nach dem Borgange anderer Landesteile zu dem Zweck vereinigt: die Verbesserung der spreicialen Stellung und des allgemeinen Wohlbesindens des Arbeiterstandes, sowie ein friedliches und freundschaftliches Zusammenwirken der Arbeitgeber und ihrer Arbeiter nach Kräften zu fördern! Der Verein giebt sich der sicheren Zuversicht hin, daß die Arbeiterhmer die damit dargebotene Hand vertrauensvoll ergreisen und zur Erreichung dieses schönen Zieles auch ihrerseits krästig beitragen werden. Als Grundslage zur Verfolgung der Vereinszweck ist die Bildung der in den Vereinsfahungen vorgesehenen Arbeiterausschäftig ist anzusehen, welche wie folgt zu bilden sind:

1. Arbeitsstätten von 11—50 Arbeitern wählen gemeinsam einen Vertrauensmann.

1. Arbeitsstätten bis zu 10 Arbeitern wählen gemeinsam einen Vertrauensmann. 2. Arbeitsstätten von 11—50 Arbeitern bilden einen Ausschuß von 2 durch die Arbeiter erwählten und 1 von dem Arbeitgeber ernannten Mitzliedern. 3. Arbeitsstätten von über 50 Arbeitern bilden einen Ausschuß von 3 gewählten und 2 ernannten Mitzliedern. Weibliche Arbeiter wählen mit, sind aber nicht wählbar; Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren nehmen an der Wahl nicht teil. — Der Ausschuß wählt unter sich einen Borsißenden und einen Schriftsührer. Obwohl nach erfolgter Wahl, welche in allen Arbeitsstätten des Amtsbezirfes dis zum 20. September durch Stimmzettel erfolgen soll, eine gemeinschaftliche Versammlung behufs Erklärungen der Obliegenheiten der Ausschäftsiffe einderusen werden wird, so mögen dieselben doch schon hier in großen Zügen befannt gegeben werden. Dem Arbeiterausschuß be-

¹ Die Grube zählt 1050 Arbeiter. Das Kollegium besteht aus 21 Mitgliebern unter selbsigewähltem Borsigenden und Schriftführer. Bgl. "Arbeiterzeitung" Nr. 10. 1890. — ² Ugl. "Arbeiterfreund" 1889, Heft 3.

ziehentlich dem Bertrauensmann liegt ob: 1. die Aufrechterhaltung der zwischen Arbeitgeber und Arbeiterausschuß vereinbarten Fabritordnung, der Unfaleverhütungsvorschriften und aller das Interesse der Arbeiter, wie die Ehre und Wohlschrt des Unternehmens betreffenden Anordnungen; 2. die Leitung und Beaufsichtigung der im Interesse der Arbeiter bestehenden, oder noch durchzusührenden Wohlfahrtseinrichtungen; 3. die Führung aller Berhandlungen mit dem Arbeitgeber, welche im Interesse das Unternehmens wie der Arbeiter ersorderlich sein sollten; 4. die Beaussichtigung der jugendlichen Arbeiter und deren Anzegung zur Ordnung und guten Sitte; 5. die Beurteilung aller ihm vom Arbeitzgeber im Interesse Unternehmens wie der Arbeitenkener vorgelegten Fragen.

Es wird uns mitgeteilt, daß der Berein gegenwärtig 26 Mitglieder zählt, darunter sämtliche größere Fabriken des Bezirks. Die Bildung der Ausschüffe "schreitet langsam, aber sicher vorwärts und würde noch bessere Fortschritte machen, wenn die Mitglieder sich der Frage persönlich mehr annehmen wollten, anstatt sie ihren Beamten zu überlassen".

Linksrheinischer Verein für Gemeinwohl.

Rundschreiben des Borstandes, M.-Gladbach, 31. Januar 1889.

Nachdem der Borstand des Bereins als eine der zuerst in Angriff zu nehmenden Ausgaben die Errichtung von Altestenkollegien (Arbeitervorstände) bezeichnet hatte, wählte derselbe in seiner Sizung vom 6. September 1888 einen Ausschuß, dem die Beratung dieser Angelegenheit zugewiesen wurde. Am 20. September trat der letztere zu seiner ersten Sizung zusammen. Die eingehenden Erörterungen der Frage in der eben erwähnten und in zwei weiteren Sizungen — wobei die Herren Franz Brandts, Peter Busch und Mich. Molls in der Lage waren, auf den Ersahrungen, welche sie mit den in ihren Etablissements bestehenden Altestenkollegien gemacht, zu sußen, während sämtliche Mitglieder sich zwischenzeitlich auch mit einem Teile der einschlägigen Litteratur bekannt gemacht hatten — haben zur Ausstellung der nachstehenden Muster-Sazungen (Normalstatuten) gesührt, welche demnächst vom Arbeitsausschuß und vom Gesamtvorstande geprüft und in der Vorstandssitzung vom 31. Januar 1889 in der hier vorsliegenden Form sessentellt wurden.

Indem wir nunmehr diesen Entwurf sämtlichen Mitgliedern zur Kenntnisnahme unterbreiten, richten wir an alle Industriellen unter denselben die dringende Bitte, der Sache ihre volle Teilnahme zuzuwenden und die Einrichtung eines Altestenrates in ihren Betrieben ins Leben zu rusen.

Die einzelnen Paragraphen der Satzungen werden weiter unten noch näher erläutert werden; an dieser Stelle sei eine kurze Einleitung voraus=

geschickt, welche die Bedeutung der Sache im allgemeinen betrifft.

Wenn die durch die Einsührung der Maschinen vollständig veränderte Produktionsweise auf der einen Seite den unteren Ständen unzweiselhaft insosern zu gute gekommen, als dieselben sich manche Genüsse und Bequemslichkeiten verschaffen können, die früher nur den Mehrbegüterten zu Gebote standen, so darf auf der anderen Seite nicht geleugnet werden, daß die Fabrikarbeit manche sittliche Gesahren in sich birgt, welche in der guten

alten Zeit, wo Meifter, Gefelle und Lehrling in engem Verkehr mit einander standen, nicht bekannt waren. Sowohl der größere Zusammenfluß von Ar= beitern — häufig verschiedenen Alters und Geschlechts — als auch die Thatfache, daß in Fabriken meiftens die Aufficht den Fabrik- refp. Werkmeistern überlassen ist, deren Anstellung vielsach nur auf Grund ihrer tech= nischen Befähigung geschieht, sowie die nur felten mögliche Gegenwart des Arbeitgebers, welche an und für sich einer sittlichen Aufsicht gleichzurechnen ware, und endlich das Fehlen jedes familienartigen Bandes bei der Arbeiter= schaft einer Fabrik, welches Meister, Geselle und Lehrling in der Wertstatt umschloß — haben allmählich die Gefahr eines fittlichen Riederganges der Fabritbevölkerung in induftriereichen Begenden berbeigeführt, die allen Ernft= gefinnnten den Gedanken nahe legen muß, wie derfelben entgegenzuwirken Und wenn nun eingestanden wird, daß die Fabrikarbeit eine folche Gefahr im Gefolge hat, so wird auch der Fabrik bezw. dem Fabrikherrn Die Pflicht zugesprochen werden muffen, nach Rraften berfelben fteuern gu helfen. Es kann nicht unfere Aufgabe fein, darzuthun, welch andere Faktoren noch mitzuwirken haben an der Vorbeugung des sittlichen Nieder= ganges bezw. der fittlichen Hebung des Arbeiterstandes, ebenso wie wir die außerhalb der Kabrik liegenden Ursachen, welche etwa mit zu dem Nieder= gange beitragen konnen, bier unberudfichtigt ließen; für uns kommt es nur darauf an, festzustellen, daß dem Arbeitgeber eine moralische Verpflichtung, nach dieser Richtung bin thätig zu sein, obliegt.

Ein Mittel, welches zu diesem 3wecke schon feit einiger Zeit von be= rufener Seite vorgeschlagen wird und zugleich geeignet ift, ein befferes bezw. engeres Berhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitern wieder herzustellen, ift das bereits in verschiedenen Betrieben bestehende "Altestenkollegium" oder ber "Altestenrat". Wir wollen aber von vornherein betonen, daß die dem= felben zugeschriebenen fegensreichen Wirkungen nur bann erreicht werden tonnen, wenn der Arbeitgeber es versteht, den toten Buchstaben der Satungen Leben einzuhauchen, d. h. den Altestenrat zu einer Ginrichtung zu machen, die in Wahrheit nicht nur ein mehr familiäres Verhältnis zwischen ihm und feinen Arbeitern herftellt, sondern auf der anderen Seite auch durch die Mitglieder des Altestenrates und die Bertrauenspersonen die Arbeiter= schaft seiner Fabrit mit einem Bande umschlingt, welches für gute Sitte und Ordnung burgt. Die Wirksamkeit des Altestenrates wurde wesentlich unterftugt werden, wenn demfelben eine Arbeiterhulfstaffe unterftellt wurde, aus welcher einesteils die Leiftungen der Krankenkasse — wo der Altestenrat ein Bedürfnis dazu anerkennt — über das gesetliche Dag hinaus erganzt, fowie in besonderen Notfallen (Familienereigniffe, Rrantheit in der Familie zc.) vorzugsweise den verheirateten, mit vielen Rindern gescaneten Arbeitern Unterftugungen gewährt werben. Die Mittel einer folchen Gulfstaffe, wie fie bereits in einigen Ctabliffements bestehen, konnen beschafft werben durch Beiträge der Arbeiter im Berhältnis zu ihrem Lohn und durch einen Zuschuß des Arbeitgebers etwa in gleicher Sohe wie der Besamtbeitrag der Arbeiter. Unter allen Umständen darf aber nicht aus dem Auge gelaffen werden, daß die wohlthätigen Folgen des Altestenrates fich erst allmählich zeigen können, da durch denselben die Arbeiterschaft gewiffer=

maßen erst erzogen werden foll.

Es ift hier absichtlich ber fittliche Ginflug bes Altestenrates als bas lette und höchste Ziel desfelben in den Bordergrund geftellt worden. Da= mit follen indeffen die weiteren Borzuge dieser Einrichtung, welche mehr auf praktischem und socialem Gebiete liegen, feineswegs unterschätt werden. Wir führen hier aus den vorerwähnten Schriften einige Außerungen an, welche den Wert des Altestenrates auch nach diefen Richtungen bin beleuchten. Herr Generalsekretär hitze vergleicht im "Arbeiterwohl" die Kabrik mit dem Staat und fagt u. a.:

"Die Organisation der Arbeit (in der einzelnen Fabrik, Werkstatt 2c.) wird wefentlich und im großen Ganzen ftets eine "monarchifche" fein muffen, das steht fest. Eine andere aber ist die Frage, ob diese Monarchie eine "absolute oder gemäßigte" fein muffe reip. konne, ob die bestehende abso= lute Monarchie nicht doch eine gewiffe tonstitutionelle Fortbildung zuläßt. Falls lettere — eine mehr konstitutionelle Berfaffung — überhaupt mög= lich und praktisch ist, wird offenbar jeder, der liberal, im guten Sinne des Wortes, denkt und fühlt, derselben den Vorzug vor der absoluten geben und jeden dahin gehenden Vorschlag mit voller Sympathie prüfen: das können wir ichon von vornherein als felbstverständlich hinstellen. Daß eine gewisse Mitheranziehung des "Bolkes" zur "Regierung" eminent versöhnlich wirkt, das Ehrgefühl hebt und auch Mißgriffe der "Regierung" seltener macht, ift ebenfalls tlar. Dag endlich eine gewiffe "Selbstverwaltung" die befte Schule der Erziehung bilbet, das "Gemeingefühl" hebt, sowie daß felbstgegebene, resp. mitberatene und durch selbstgewählte Organe ausgeführte Gesetze freudigern Gehorsam finden als "octropierte", kann auch wohl zu den "ausgemachten Wahrheiten" unferer Zeit gerechnet werden."

Wir laffen nunmehr den Entwurf der Satungen folgen.

Statut

bes Altestenrats ber R. N. schen Fabrik in M.
§ 1. Der Borstand der Krankenkasse soll neben der Fürsorge für die kranken Mitglieber es als ganz besondere Ausgade betrachten, für Erhaltung und Förderung des Geistes der Zusammengehörigkeit, der Ordnung und der guten Sitte unter den Arbeitern der Fabrik nach Möglichkeit mitzuwirken und, soweit thunlich, allen Arsbeitern mit Fürsorge und Rat zur Seite zu stehen.

^{&#}x27; Fassung von § 1 für den Fall, daß nicht der Krantentassenvorstand die Funktionen des Altesenrates übernimmt, sondern ein besonderes Kollegtum hierfür gebilder wird: § 1. Jum Zwocke der Erhaltung und Förderung der Zusammengebörigkeit, der Ordnung und guten Stite unter den Arbeitern der Fabilt wird ein Altessenrat gebildet. Derielbe befteht

Derlethe besteht
a. auß (4)* Bertretern der Firma, bon denen einer als Borsigender, einer als Schriftsührer fungiert. — Bertreter der Firma find außer dem Fadrikerrn selbst etwa ein stellvertretender Borsigender, der Obermeister und ein Prototolssühren.
b. auß (8) von den Arbeitern je auf (2) Jahre gewählten Beslitzern.
Wahlberechtigt sind alle mindestens (21) Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen der Fadrik. Mitglieber des Borstandes können nur jolche Arbeiter bezu Arbeiterinnen werden, welche mindestens (24) Jahre alt sind und mindestens (2) Jahre der Fadrik angehören.
Die Wahl geschiebt durch verbeckte Stimmzeitel in der Weise, daß jeder Wählende so viele Ramen aufschiebt, vie er Vorstandsmitglieber zu wählen dat. Ginsache Stimmenmehrheit genügt, bei Stimmengleicheit entscheibt das Los. (Forts. S. 170 unten.)

^{*} Die in Rlammern stehenden Ziffern und Wörter find als durchaus fakultative Borickläge zu betrachten und ben besonderen Berhältniffen entsprechend festzusehen.

Speciell liegt es bemfelben als Altestenrat ob:

a. auf treue Beobachtung ber Fabrifordnung ju achten, für gerechte Ausführung berfelben Sorge ju tragen und, wenn notig, Berwarnungen und Strafen auszusprechen;

b. Abanderungen und Erganzungen der Fabrifordnung, wo folche notwendig ober wünschenswert erscheinen, sowie Borichlage anderer Art, bie im Interesse der Arbeiter wie der Fabrit liegen, für die Tagesordnung zu beantragen und, falls nach § 3 tein Ginfpruch bes Fabritheren erfolgt, jur Beratung ju bringen ;

c. die jugendlichen Arbeiter innerhalb wie außerhalb der Fabrit zu übermachen, jedem leichtfinnigen, der (guten) (driftlichen) Sitte widerftrebenden Bertehr ber jungen Leute beiderlei Geschlechts mit Nachdruck entgegenzutreten; solche Be-ftimmungen und Einrichtungen anzuregen, welche geeignet erscheinen, dieselben vor sittlichen Gesahren zu bewahren, sie zur Erfüllung ihrer Pflichten gegen Eltern und Borgesette anzuhalten, sowie ihre sittliche Erziehung, geistige und

technische Ausbildung zu fördern; d. dafür Sorge zu tragen, daß nicht ungebührliche Reden geführt, nicht unan-ftändige Lieder gesungen oder sonst (gute) (chriftliche) Sitte und Anstand ver-

lett werde;

e. bei Streitigkeiten zwischen Arbeitern der Fabrit, die öffentlich bekannt und für das gute Berhältnis und den Frieden in der Fabrit störend find, die Streitenden vorzuladen und auf Beilegung der Streitigkeiten zu wirken, eventuell Genugthuung und Strafe dem ichuldigen Teil aufzulegen. Ebenjo hat jeder Arbeiter das Recht, aus fich die Bermittelung des Borftandes bei Streitigkeiten mit andern Arbeitern der Fabrit, auch folchen privater Natur, anzurufen;

f. Die Bermarnung, Beftrafung oder Entlaffung folder Arbeiter zu veranlaffen, welche für die Chre der Fabrit, für die Sittlichkeit, für den Frieden in der Fabrit oder unter den Arbeitern bedenklich find; Veruntreuungen, Simu-lationen, böswillige oder leichtfinnige Schädigung der Interessen der Fabrik

jur Unzeige zu bringen.

Arbeiter, die sich innerhalb ber Fabrit öffentlicher Berhöhnung ber Religion ober der guten Sitte ober grober unsittlicher Sandlungen schuldig machen, ober in truntenem Zuftande betroffen oder der Veruntreuung überführt werden, ober Schlägerei veranlaffen oder daran teilnehmen, fonnen durch Borftandsbeschluß (nach Maggabe bes § 4 bezw. bes Fabrifreglements) sofort entlassen werden.

Diefelben Bergehen, außerhalb der Fabrik begangen, sowie liederlicher Lebens= wandel, leichtfinniges Schulbenmachen, wiederholte Truntenheit ziehen Berwarnung

ober, wenn bieje fruchtlos erscheint, Ründigung nach sich.

Ungehorsam, Widersetlichkeit gegen die Vorgesetten der Fabrit, Unverträglichkeit mit den Mitarbeitern, böswilliges Verderben von Stoffen oder Maschinen kann ebenfalls mit sofortiger Entlassung ober Kündigung (nach Maßgabe des § 4 bezw. des Fabritreglements) bestraft werden — unbeschadet des Rechtes auf Schadenersaß.

g. Die für das Wohl der Arbeiter bestimmten Ginrichtungen der Fabrit mitzuberaten und bei Ginführung resp. Berwaltung berselben seine Mitwirkung zu

Leihen.

§ 2. Gelbstrafen, die den Betrag von 50 Pfennigen für den einzelnen Fall

Aufgabe bes Alteftenrates ift : (Siehe oben Gefamtinhalt bon a-f.)

Es werben gewählt bon den Arbeitern (6) Bertreter, von ben Arbeiterinnen (2).

Ober: Es werben gemählt von ben Arbeitern ber Weberei 3 Bertreter, "Farberei, Balterei und Appretur 2 Bertreter, "Schreinerei, Schlosserei und sonstigen Abteilungen 1 Bertreter,

[&]quot;Schreinerei, Schlossert und sonstigen Abteilungen 1 Bertreter, bon den Arbeiterinnen zusammen 2.
Jedes Jahr (im Dezember) scheibet (die Hälfte) der Beisiger aus, zum erstenmal durchs Los. Die Ausscheibenden tonnen wieder gewählt werden. Scheiden mehr wie (zwei) Beisiger dor Abtauf ihrer Amtsdauer aus, so sinde teine Ergänzungswahl statt; die Amtsdauer der Erfahmtiglieder erlischt mit dem Jahre, mit welchem diejenige der ausgeschiedenen Beisiger erloschen wirde.

oder die einzelne Arbeit übersteigen, sowie die Strafe der Entlassung kann nicht der einzelne Meister oder Angestellte, sondern — außer in den Fällen, wo der Fadritherr persönlich biese Strasen verhängt — nur der Arbeitervorstand sessen. Gegen Strasen unter 50 Pfg., die von den Meistern oder Angestellten innerhald ihrer Juständigkeit, oder durch die Fadritordnung als solche sessenges werden, steht dem Arbeiter, wenn er dieselben für ungerecht oder für zu hoch erachtet, der Appell an den Borstand offen.

Strafen, die der Fabritherr perfonlich verhangt, unterliegen nicht ber Rompeteng

es Vorstandes.

§ 3. Die Tagesord nung jeder Borftandssigung ist vorher dem Fabritheren vorzulegen, und hat derfelbe das Recht, ungeeignet erscheinende Punkte von der Tagessordnung abzusehen.

Der Fabritherr resp. ein Bertreter der Firma führt den Borsit; an der Abftimmung nehmen in der Regel nur die von den Arbeitern gewählten Borftands-

mitglieder teil.

§ 4. Die Beschlüsse und Entscheidungen des Vorstandes find in ein Protokollbuch einzutragen; durch die Unterschrift des Fabrikherrn erhalten dieselben bindende Araft, und sind sie in diesem Halle durch die zuständigen Organe zur Ausstührung zu bringen.

und find fie in biefem Falle durch die zuständigen Organe zur Ausführung zu bringen. Der Fabrikherr hat das Recht, die Genehmigung zu versagen, Abanderungssvorschläge zu machen und den Gegenstand zu nochmaliger Beratung auf die Tagess

ordnung ju fegen.

- § 5. Dem Borstand steht es zu, Bertrauenspersonen für die verschiedenen Abteilungen der Fabrik oder für solche Ortschaften, welche im Borstande nicht vertreten sind, zu wählen, die ihn in Ersüllung seiner Aufgaben unterstützen. Die Wahl geschieht im Borstand durch geheime Wahlzettel; bei Stimmengleichheit einischeibe das Los. Die Namen der Vertrauenspersonen sind öffentlich bekannt zu geben. In der Regel sollen die Vertrauenspersonen aus den wenigstens (30) (25) Jahre alten und mindestens (5) (2) (1) Jahre in der Fabrik beschäftigten Arbeitern genommen werden. Die Vertrauenspersonen können vom Vorstande zu den Sigungen eingeladen werden und haben in diesem Falle gleiches Stimmrecht. Bei jeder ganzen oder teilweisen Neuwahl des Vorstandes sindet auch Neuwahl der Vertrauenspersonen statt.
- § 6. Specielle Aufgabe ber Bertrauenspersonen wie ber einzelnen Borstandsmitglieder ist es noch, zum Schute ber ihnen unterstellten Arbeiter und der Interessen der Fabrit a) von den Übelständen in der Fabrit, z. B. über schlechtes Material, über ungenügende Borarbeit in den einzelnen Betriedsteilen, über Nachlässisseit oder Parteilichseit bei der Justellung der Arbeit durch die Angestellten, über Rachlässisseit oder Parteilichseit bei der Justellung der Arbeit durch die Angestellten, über Hehler an den Maschinen und ungeeignete Einrichtungen irgend welcher Art den höheren Angestellten oder dem Prinzipal in schiestlicher und geeigneter Weise Anzeige zu machen; die daruf zu achten, ob die Sicherheitsvorrichtungen und die für die Gesundheit der Arbeiter getroffenen Einrichtungen in gutem Justande sind, bezw. von den Arbeitern zweckentsprechend benutzt und die dahin zielenden Worschriften treu einzgehalten werden; c) in entsprechender Weise Anzeige zu machen, wenn Arbeiter sich zu Arbeiten melden oder angestellt werden, die augenfällig der Gesundheit und den Kräften und Fähigkeiten derselben nicht entsprechen; d) in Notfällen, von denen die Arbeiter betroffen werden, sich nach den häuslichen Verhältnissen derselben zu erkundigen und dann sir dieselben sich deim Prinzipal oder dem Borstande zu verwenden; e) dassur zu songestellten und ehre die behandelt und zu schnellem und gutem Arbeiter von ersteren in der richtigen Weise behandelt und zu schnellem und gutem Arbeiten angeleitet werden.

§ 7. Über die Berhandlungen und Abstimmungen im Borstande ist, salls nicht für einzelne Gegenstände ausdrücklich anders beschlossen wird, strengste Berschwiegens heit zu beobachten und wird schwere Berlezung mit Ausschluß aus dem Borstande bestraft. Bei Berhandlungen, wo ein Borstandsmitglied persönlich beteiligt ist, hat

dasfelbe die Sigung zu verlaffen.

§ 8. Der Fabritherr legt in der Regel alle die Fabrifordnung und das Wohl ber Arbeiter betreffenden Angelegenheiten dem Borftande zur Beratung vor, undesschadet des Rechts jedoch, auch unabhängig vom Arbeitervorstande Anordnungen zu treffen.

Indem wir schließlich die Einführung von Altestenräten auf Grund vorstehender Satzungen wiederholt dringend anempfehlen, bemerken wir, daß es natürlich Sache jedes einzelnen Fabrikherrn sein wird, die Bestimmungen den besonderen Verhältnissen seines Betriebes bezw. seinen Anschauungen anzupassen.

Verband keramischer Gewerke in Deutschland.

Bericht über die am 4. u. 5. Juni 1890 in Berlin abgehaltene breizehnte Hauptversammlung. (Aus dem "Sprechsaal", amtl. Organ des Berb. fer. Gew., 1890, Ar. 28.)

Bunkt 10 der Tagesordnung. Errichtung von Altesten= ausschüfsen der Arbeiter. Der erste Vorsigende, Herr Direktor Max Rösler, hatte zu diesem Punkte der Tagesordnung nicht allein das Reserat übernommen, sondern auch den Entwurf zu einem neuen Statut für den seit Jahren schon bestehenden und sich durchaus bewährenden Altestenausschuß der von ihm verwalteten Wächtersbacher Steingutsabrik mitgeteilt. Reserat und Statutentwurf waren gedruckt und den Herren Mitgliedern mit der Einladung zur Hauptversammlung behändigt worden.

Das Referat lautete:

Unter Punkt 11 der Tagesordnung der zwölften Hauptversammlung des Verbandes, abgehalten am 4. und 5. Juni 1889 in Berlin: "Stellung des Verbandes zu Veranstaltungen, welche Streitigkeiten mit den Arbeitern verhüten oder schlichten sollen", hatte die Hauptversammlung einstimmig beschlossen:

1. die Bildung von Altestenkollegien allen Berbandsmitgliedern zu

empfehlen;

2. den Borstand mit der Bearbeitung einer Borlage zu betrauen, betreffend die Bildung einer Kommission, ähnlich wie unsere Musterschutztenmission, welche dort einzutreten hat, wo die lokalen Altestenstollegien nicht ausreichen, um eine Einigung zu erzielen. Diese Kommission soll auch von den Altestenkollegien selbst angerusen werden können.

Der Gesamtvorstand hat sich seitdem wiederholt und eingehend mit der Aussührung dieser Beschlüsse beschäftigt. Er kam vorerst zu der Überzeugung, daß es nicht genüge, eine einsache Empschlung der Altestentollegien auszusprechen, sondern daß sür deren Einrichtung eine geeignete Handhabe in einem Musterstatut zu bieten sei, welches jeder seinen Berzhältnissen anpassen könne. Erst wenn diese Ausgabe gelöst sei, und Arbeiterausschüsse, oder diesen ähnliche Bertretungskörper in den meisten Fabriken eingerichtet seien, werde es möglich sein, mit Aussicht auf Ersolg an die Aussührung des Punktes 2 der vorjährigen Beschüsse zu gehen.

Es wurde nun ein Statut für einen Arbeiterausschuß beraten. Dabei stellte sich heraus, daß es nicht möglich ist, ein solches aufzustellen, welches allen zum Teil sehr von einander abweichenden Meinungen Rechnung trage, die sämtlich ihre volle Berechtigung haben. Aus dem allgemeinen Teil der Beratungen ist serner hervorzuheben, daß eine Minderheit überhaupt erst die in Aussicht stehende gesetzliche Regelung der Angelegenheit abwarten wollte. Bon anderer Seite wurde demgegenüber geltend gemacht, daß etwaige gesetzliche Bestimmungen über Arbeiterausschüssse sich doch nur auf ihre Gestaltung, ihre notwendigsten Ausgaben und ihren Geschäftsgang erstrecken würden. Die Berwertung der Ausschüssses ur Ersüllung weiterer Zwecke, also z. Ausbildung der Fachtüchtigkeit, Erhaltung und Förderung der Moral werde auch serner Sache der einzelnen Fabriken sein, weil dafür immer die örtlichen Verhältnisse, die Eigenart der Arbeiter und der Fabriksleiter maßgebend sein würden. Von dritter Seite wurde geäußert, daß, ehe die zu erwartende gesetzliche Einrichtung, welche keinessalls erschöpsend und alles umsassend aussalen werde, zum praktischen Ausbau gelange, unsere Einrichtung längst ihre Brauchbarkeit bewiesen und sördernd für das Ganze gewirkt haben könne.

Es wurde ferner die Überzeugung mehrseitig ausgesprochen, daß das Statut deshalb ausstührlich gehalten sein müsse, weil es zur Richtschnur für die gesamte Thätigkeit der Ausschüffe dienen solle und weil gerade die erschöpfende Bezeichnung aller überwiesenen, ganz bestimmten Wirkungsfreise am ehesten davor schüße, daß sich etwa die Thätigkeit gegen das Interesse der Fabrik, gegen die Fabrikleitung selbst kehre oder sonst über jest gezogene Grenzen misbräuchlich hinausgreise.

Wo ein gesunder Sinn bei der Mehrheit der vorhandenen Arbeiter sehle, da seien Arbeiterausschüsse allerdings nicht angedracht, ja könnten in gesährlicher Weise die Minderheit der guten Elemente unterdrücken. Ein Mittel, die offene oder versteckte Socialdemokratie dort, wo sie schon herrscht, zu bekämpsen, seien die Ausschüsse wohl nicht, dagegen sollten alle jene ohne Säumnis sie errichten, welche noch auf den gesunden Sinn ihrer Arbeiter rechnen können und erwarten dürsen, Einsicht bei ihnen zu sinden und zu wecken.

Der Meinung, die Einrichtung bedeute einen Sprung ins Dunkle, wurden die bereits vorliegenden Erfahrungen entgegengeftellt. Ferner wurde hingewiesen auf die großen Lehren der Bölkergeschichte. Alle Parlamente enthalten auch minder genehme Elemente. Aber jene monarchischen Staaten= gebilde feien die am weitesten vorgeschrittenen und festestbegrundeten, die rechtzeitig und freiwillig den Boltern weise Berfaffungen gegeben haben, welche gegenseitige Pflichten wie Rechte aller Teile jest umgrenzen und bezeichnen. Wir wollen nicht in lächerlicher Selbstüberschätzung unsere Kabriken mit Staaten vergleichen. Aber zweisellos gleichen fie den Einzel-Bellen, aus denen fich die Staatenkorper bildeten, das find die Gemein-Jedes Gemeinwesen braucht feste, auf Bereinbarung beruhende Beftimmungen für die Regierenden wie für die Regierten. Der Kabritleiter foll nicht unverantwortlicher absoluter Herrscher, sondern der naturliche, flandige erfte Beamte fein, Buter und Ausführer der Gefete, Wächter und Pfleger des Gemeinwohles. Die Arbeitergemeinde ftellt ihre Bertretung in gewählten bewährten Meiftern ihm zur Seite. Wo fich eine folche Einrichtung einlebt, ba ift ein Streit undentbar ober unmöglich. ba ist allen schädlichen Einmischungen von außen der Boden entzogen.

Freilich das Statut allein thuts nicht. Vorerst ist die vorbereitende und aussührende Thätigkeit der Fabrikleitung die Hauptsache. Mit dem Arbeiterausschuß ist dann nur der erste, aber grundlegende Schritt gethan zur zeitgemäßen Umwandlung sowohl, wie zum künstigen sicheren Bestehen und Gedeihen unserer Fariken. ———

(Fortsetzung des Referats und Statutenentwurf vgl. oben S. 113-119.)

Der Vorsitzende, Herr Generaldirektor Kens Boch, eröffnete die Distussion mit der Bemerkung, daß ältere Fabriken, wie die seiner eigenen Firma im Saargediet, neben und mit den schon seit siedzig Jahren bestehenden Hülfskassen auch ähnliche Einrichtungen von Arbeiterausschüssen haben, welche aber bei dem guten Verhältnis der Arbeiterschaft zu den Fabrikinhabern lediglich mit der ersteren beschäftigt sind. Zum Teil sind es Überwachungskommissionen sür jugendliche Arbeiter, zum Teil Verwaltungsinstanzen der Wohlsahrtseinrichtungen, welchen aber auch viele Mittel zustehen, auf Zucht und Ordnung zu halten. Zedensalls sei die Einrichtung von Arbeiterausschüssen zu empsehlen und in Kücksicht auf das vorliegende als Anleitung und Muster zu betrachtende Wächtersbacher Statut mit der Maßgabe, daß die Bestimmungen desselben je nach örtlichen Verhältnissen zu modisszieren seien.

Auch Herr Kommerzienrat Pabst betont das im ganzen gute Einvernehmen mit den Arbeitern der baherischen Fabriken; einige größere derselben haben ebenjalls bereits ähnliche Einrichtungen wie die schon von voriger Hauptversammlung empsohlenen und in der Borlage näher bezeicheneten. Auch seine Meinung sei, die Ausschüffe zu empsehlen, mehr könne der Berband seinen Mitgliedern gegenüber nicht thun, zu einer zwangsweisen Einsührung von Arbeiterausschüssen habe der Verband keine Macht, sehr wahrscheinlich thue dies aber das neue Geseh. Und um jene vorläusig sakultative Einsührung der Ausschüsse einzuleiten, sei den Mitgliedern die Vorlage gemacht worden, welche zwar auf besondere Verhältnisse zugeschnitten, aber eine gute Anleitung abgebe. Auch der Vorstand trete sür Ausschüsse ein, aber wünschenswert wäre es, wenn aus der Versammlung noch Meinungen und Ansichten geäußert würden.

Nachdem von vielen Teilnehmern der Bersammlung Zustimmung zu der Borlage ausgesprochen worden war, bat Herr Proturist Müller den Borstand, einen Beschluß herbeizusühren, daß die Altestenausschüffe allgemein zu empschlen seien.

Es kam sodann ein schriftlicher Eingang des Herrn Kommerzienrat Koch-Rahla zur Verlesung, welcher sich mit Einzelheiten des Wächtersbacher Statutenentwurfs beschäftigte, indes keine weitere Diskussion veranlaßte.

Der Vorsitzende, Herr Generaldirektor Kens Boch, resumierte darauf das der Einrichtung von Arbeiterausschüssen zustimmende Ergebnis der Verhandlungen, wies auf die den Reichstag eben jett beschäftigende Rovelle zur Gewerbeordnung hin, welche in § 134 d ebensalls von Arbeiterausschüssen handelt, so daß auch an den, dieser Einrichtung etwa noch nicht Geneigten die Notwendigkeit der eingehenden Beschäftigung mit der Vorlage binnen kurzem herantreten würde, und empfahl der Versammlung, zu beschließen:

bie Hauptversammlung spricht die Überzeugung auß, daß Arbeiteraußschüffe allgemein zu empsehlen seien und daß Herrn Direktor Max Rösler der Dank des Verbandes gebühre für seine bereitwillige und mühevolle Bearbeitung der Vorlage, deren Ginzelheiten leicht je nach lokalen Verhältnissen modifiziert werden können, wie das auch bei der schon verhandelten Anleitung zur Aufstellung von Lehrverträgen der Fall sei.

Es erfolgte allgemeine Zustimmung.

Enquete des Vereins chemischer Industrieller.

Der "Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands" hat unterm 15. Februar 1890 an famtliche Mitglieder Fragebogen verfandt, um deren Ansichten über die in Aussicht ftehende Neuordnung bezw. Errichtung von Gewerbegerichten und andere gesetliche Magnahmen, wie auch über die Ratsamkeit von Arbeiterver= tretungen der einzelnen Werke zu ermitteln. Wie das Bereinsorgan, die "Chemische Industrie" (15. Mai 1890) berichtet, ift die Schaffung von Arbeiterausschuffen von der überwiegenden Majorität der Befragten im allgemeinen gebilligt worden. Von mehreren Seiten wird jedoch darauf bingewiesen, daß bei der Berschiedenartigkeit der in Betracht tommenden Ber= hältnisse nicht in allen Fällen die Bildung derartiger Organe durchführbar und erstrebenswert erscheint; es wird namentlich hervorgehoben, daß die Thatigteit der für einzelne Betriebe eingesetten "Alteftenkollegien" oder Arbeiterausschüffe für die größeren induftriellen Unternehmungen, in welchen hunderte und Taufende von Arbeitern beschäftigt würden, zwar von Borteil werden konnte, dagegen den kleineren Betrieben, in welchen bei einem Beftande von 50 bis 100 Arbeitern der direkte Berkehr zwischen dem Arbeit= geber und dem einzelnen Arbeiter noch durchführbar, leicht mehr Schaden als Nupen bringen würde. — Die obligatorische Einführung von Arbeiter= ausschüffen ift zumeist zurudgewiesen worben.

Begnerische Resolutionen.

Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaft= lichen Interessen der Saarindustrie und die südwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen= und Stahlindustrieller haben in ihrer am 17. Dezember 1889 abgehaltenen Generalversammlung, solgende Resolution, betreffend die Errichtung von Arbeiterausschüfsen, angenommen:

"Die vorgeschlagenen Arbeiterausschüffe zur Schlichtung von Lohn-, Arbeits- und sonstigen aus dem Dienstwerhältnisse entspringenden Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeiter haben das Bestehen eines — thatsächlich nicht bestehenden — allgemeinen Interessensgegensaßes beider Teile und einer Interessensolidarität jedes Teils für sich zur notwendigen Boraussetzung. Mit ihrer Errichtung ift ein Prinzip anerkannt und als Richt= schnur für die Butunft eingesett, aus welchem die Socialdemokratie ihre Eriftenzberechtigung herleitet; die lettere wurde in den Ausschuffen den besten Boden zu rascher ungehinderter Fortentwicklung finden. Es ist hiernach mit Sicherheit zu erwarten, daß die Arbeiterausschüffe nicht als Friedens= institution, sondern als permanentes Kampfelement wirken werden, deffen Gefährlichkeit um so größer ist, als die Mitglieder der Ausschüffe bei dem heutigen Spfteme der Arbeitsteilung in den feltenften Fällen die ihrer Ent= scheidung unterliegenden Fragen in dem erforderlichen Umfange beherrschen, tropdem aber sich zur Abgabe ihres Wahrspruches stets verpflichtet fühlen werden. Berminderung des Wohlwollens, des Zutrauens, der Achtung in dem perfonlichen Berhaltnis amischen Arbeitgeber und =nehmer, Beschrankung beider Teile auf den fogenannten Arbeitsbertrag, Lockerung der Disziplin und Organifierung häufiger Arbeits-Ausstände zur Durchsetzung auch unberechtigter Forderungen werden die nachsten Folgen der Errichtung der= artiger Ausschüffe sein, denen sich weiterhin die Lahmlegung der Handels= und Industrieunternehmungen, die baraus folgende Arbeitslofigkeit einerseits und Gefährdung des Besitzstandes andererseits, sowie die Erschütterung der gefellschaftlichen und ftaatlichen Ordnung anschließen werden. In Erwägung deffen erklären fich die unterzeichneten Bereine prinzipiell gegen die Errichtung von Arbeiterausschüffen, seben vielmehr eine Lösung der heutigen Schwierigkeiten nur da als möglich an, wo der Arbeitgeber perfönlich jedem seiner Arbeiter Gelegenheit giebt, seine Beschwerden einzeln ober burch ad hoc gewählte Delegierte anzubringen und, soweit diese Beschwerden sich als billig und gerecht erweisen, Beneigtheit zu entsprechender Abhülfe bethätigt."

(Nationalzeitung vom 21. Dezember 1889, Morgenausgabe, Nr. 713.) Der Centralverband deutscher Industrieller hat in seiner Delegiertenversammlung vom 22. Mai 1890 zu Franksurt a. M. gelegentlich einer Beratung des Gesehentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, die Frage der Arbeiterausschüffe beiläufig behandelt und, allerdings unter lebhastem Widerspruch seitens einzelner hervorzagender Industrieller, eine schroff ablehnende Stellung eingenommen. Die letztere sand ihren Ausdruck in der solgenden von der Majorität angenommenen Resolution:

"Mit der Bestimmung in § 134a des Gesetzentwurss erklärt sich der Centralverband einverstanden" — das ist die Bestimmung, welche den Erlaß einer Arbeitsordnung in den Fabriken obligatorisch macht — "was dagegen den Inhalt der Arbeitsordnung betrifft, so ist der Centralverband der Ansicht, daß solcher nicht Gegenstand der gesetzlichen Feststellung bilde, vielmehr in solgerichtiger Aufsalfung der privatrechtlichen Natur des Arbeitsvertrags Sache der Feststeung durch den Arbeitgeber sei. Solcher Ansicht widerspricht auch die Bestimmung des § 134 d des Entwurfs, daß vor dem Erlaß der Arbeitsverdnung oder eines Nachtrags zu derselben den Arbeitern Gelegenheit zu geben sei, sich über den Inhalt derselben zu äußern, und wird die Bestimmung des § 134 d des Gesetzentwurfs daher für nicht annehmbar erklärt."